G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Helmut Ridder
Europa nach Helsinki
Zur Perspektive von Akzeptanz und Widerstand

Jörg Huffschmid
Alternativen wirksamer und sozialer Wirtschaftspolitik

Christoph Butterwegge
Das Staatsverständnis der SPD
am Beispiel des „Orientierungsrahmens '85"

Robert M. W. Kempner
Die Nürnberger Prozesse – dreißig Jahre danach

Jürgen Kuczynski
Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht

Manohar L. Sarin
Indien vor und nach Ausrufung des Ausnahmezustands
am 26. Juni 1975

Olaf Cless
DDR-Forschung zwischen Ignoranz und Objektivität

12'75

Dezember 1975 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Dezember 1975

CHRONIK DES MONATS NOVEMBER 1975 1297

KOMMENTARE UND BERICHTE

Gesellschaft für Menschenrechte e. V., NTS und andere *Norman R. Wiener* 1300

Fünf Jahre Werkkreis Literatur der Arbeitswelt . . . . . *Peter Fischbach und Uwe Naumann* 1303

HAUPTAUFSÄTZE

Europa nach Helsinki. Zur Perspektive von Akzeptanz und Widerstand . . . . . *Helmut Ridder* 1307

Alternativen wirksamer und sozialer Wirtschaftspolitik *Jörg Huffschmid* 1318

Das Staatsverständnis der SPD am Beispiel des „Orientierungsrahmens '85" . . . . . *Christoph Butterwegge* 1342

Die Nürnberger Prozesse — dreißig Jahre danach *Robert M. W. Kempner* 1356

Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht *Jürgen Kuczynski* 1361

Indien vor und nach Ausrufung des Ausnahmezustands am 26. Juni 1975 . . . . . *Manohar L. Sarin* 1367

DDR-Forschung zwischen Ignoranz und Objektivität . . . . . *Olaf Cless* 1376

BÜCHER

Automation in der BRD . . . . . *Robert Katzenstein* 1387

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 1388

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten . . . . . *Jörg Goldberg* 1391

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Darmstädter Appell für Entspannung und Abrüstung vom 11. Oktober 1975 (Wortlaut) 1393

Appell an die Frauen der Welt, verabschiedet vom Weltkongreß im Internationalen Jahr der Frau in Berlin (DDR) am 24. Oktober 1975 (Wortlaut) 1396

Zionismus-Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 10. November 1975 (Wortlaut) 1400

JAHRESREGISTER 1975 . . . . . I—XVI

diesem Komitee bestehen enge Verbindungen der „Gesellschaft für Menschenrechte", die vor allem ihren Niederschlag in sogenannten konzentrierten Aktionen finden.)

Maximow und vor allem Pachmann nehmen aktiv an den entspannungsfeindlichen Aktionen der „Gesellschaft für Menschenrechte" teil. So trat z. B. Pachmann auf einer am 8. Mai 1975 durchgeführten provokatorischen Demonstration vor der DDR-Vertretung in Bonn als Redner auf und verlangte die Freiheit für seine „Gesinnungsgenossen" in allen sozialistischen Ländern.

Bei der Betrachtung aller dieser Machenschaften der „Gesellschaft für Menschenrechte" — unbeanstandet und teilweise gefördert von der Bundesregierung — erhebt sich, insbesondere nach Abschluß der KSZE und der Unterzeichnung ihrer Prinzipien auch durch die BRD, letztlich die Frage, wie ernst es die Bundesregierung mit ihren weltweit verkündeten Entspannungsbemühungen nimmt. Gerade nach Abschluß der Sicherheitskonferenz in Helsinki und den auch von der Bundesrepublik gutgeheißenen Prinzipien und Dokumenten fällt es schwer, an derartige Bemühungen zu glauben, solange Vereinigungen wie die „Gesellschaft für Menschenrechte" ihr antikommunistisches Unwesen treiben dürfen.

Norman R. Wiener

Fünf Jahre Werkkreis Literatur der Arbeitswelt

Der Werkkreis, 1970 gegründet als eine Vereinigung von schreibenden Arbeitern und Angestellten, die mit Schriftstellern, Journalisten, Pädagogen und Wissenschaftlern zusammenarbeiten, hat sich „die Darstellung der Situation abhängig Arbeitender" zur Aufgabe gemacht. „Auf diese Weise versucht der Werkkreis, die menschlichen und materiell-technischen Probleme der Arbeitswelt als gesellschaftliche bewußt zu machen. Er will dazu beitragen, die gesellschaftlichen Verhältnisse im Interesse der Arbeitenden zu verändern" — so das Programm des Werkkreises, beschlossen am 7. März 1970.

Als politischer Hintergrund der Werkkreis-Gründung müssen die wirtschaftliche Rezession von 1966/67, die Studentenunruhen, die breite Protestbewegung gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze und schließlich die spontanen Streikbewegungen der Jahre 1968/69 gesehen werden. Ein daraus resultierendes gewachsenes Bewußtsein großer Teile der Lohnabhängigen — was sich besonders in innergewerkschaftlichen Diskussionen ausdrückte — bewirkte, daß Arbeiter und Angestellte zur Selbsttätigkeit und Selbstdarstellung drängten. Herstellung und aktive Verbreitung von Literatur der Arbeitswelt mußte in diesem Zusammenhang bedeuten

— Öffentlichkeit über Betriebe, Arbeitsbedingungen und Mißstände in der Arbeitswelt herzustellen,

— mitzuarbeiten an der Befreiung der Lohnabhängigen aus ihrer — im weitesten Sinne — kulturellen Unterprivilegierung und als Sprachrohr dieser Gruppe zu fungieren, um Wünsche, Hoffnungen und Veränderungsvorstellungen der Arbeitenden zum Ausdruck zu bringen,

— mit literarischen Mitteln beizutragen zur Einleitung und Durchführung eines Selbstverständigungsprozesses in der Arbeiterklasse, auch zu benennen als Mitarbeit an der Herstellung von Arbeiteröffentlichkeit.

Da die Entwicklung der Dortmunder Gruppe 61, ihre zunehmende Literari-

sierung und Abschließung gegenüber Kräften aus der Arbeiterbewegung die Möglichkeiten zur Durchsetzung dieser Ziele nicht bot, trennten sich Ende 1969 einige Mitarbeiter von ihr und schlossen sich mit schon bestehenden „Werkstätten schreibender Arbeiter" zum Werkkreis zusammen.

Der Werkkreis fördert die Kooperation von Arbeitern und Angestellten mit Intellektuellen, besteht aber für seinen Bereich auf dem Vorrang der Mitarbeit von Arbeitern und Angestellten — sie machen etwa 70 % aller Mitglieder aus. Die Hauptarbeit wird in lokalen Werkstätten geleistet, in denen Texte gemeinsam erarbeitet, diskutiert und verbessert werden, nicht der einzelne Schreiber tritt mit fertigen Texten an die Öffentlichkeit, vielmehr wird die Kollektivität der Arbeit gesucht; aus Texten, die Erfahrungen eines einzelnen widerspiegeln, werden so Texte, in die Erfahrungen der Gruppe eingehen. Im Werkkreis arbeiten Sozialdemokraten, Kommunisten, Parteilose — alle fast ausnahmslos aktive Gewerkschaftsmitglieder — zusammen. Bei allen Unterschieden im einzelnen betonen sie den Bündnischarakter des Werkkreises mit dem gemeinsamen Nenner einer grundlegenden demokratischen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse mit sozialistischer Zielrichtung.

Fünf Jahre nach seiner Gründung kann der Werkkreis auf einige Erfolge zurückblicken. In über 35 Literatur- und Graphik-Werksättten arbeiten heute rund 350 Mitglieder und Mitarbeiter. Mit ihrem wichtigsten Veröffentlichungsmittel, den Lesungen, Diskussionen und anderen Veranstaltungen, ferner durch die Mitarbeit an Betriebs- und Jugendzeitungen, in Volksbildungsstätten, Gewerkschafts- und Freizeitheimen kommen die Werkkreismitglieder in direkten Kontakt mit dem spezifischen Zielpublikum, den Arbeitern und Angestellten, und erhalten so die Möglichkeit, die Qualität der Texte im Hinblick auf die politische Aussage, die Erreichbarkeit der Adressaten und die gewählte Form direkt zu überprüfen.

Hinzu kommen Buchveröffentlichungen, seit 1973 in einer eigenen Reihe im Fischer-Taschenbuch-Verlag; allein die bislang erschienenen 13 Bände haben eine Auflage von fast 300 000 Exemplaren erreicht (die zuerst veröffentlichten Bände liegen inzwischen in dritter und vierter Auflage vor), zusammen mit Werkkreis-Büchern anderer Verlage und Eigendrucken liegt die Gesamtauflage der Buchpublikationen weit über 400 000 Stück. Die Bücher werden nicht nur in Buchhandlungen, Supermärkten, Kaufhäusern und an Kiosken vertrieben, sondern zu einem erheblichen Teil direkt über die Werkstätten und ihre Mitglieder: im Anschluß an eigene Veranstaltungen, mittels Büchertischen bei Veranstaltungen von Gewerkschaften, Jugendverbänden und Parteien.

Die Taschenbuchreihe im Fischer-Verlag dokumentiert auch, welch breites Spektrum die Texte des Werkkreises im Hinblick auf Stoff- und Genrewahl inzwischen umfassen. Im Rahmen der Fragestellung und Diskussion im Werkkreis über Veränderung und Alternativen der gesellschaftlichen Situation findet zunehmend eine Ausweitung der Themen über den Bereich der reinen Arbeitssituation hinaus statt. Interpretiert man den Gegenstand von Literatur der Arbeitswelt als Behandlung aller Themen- und Lebensbereiche der arbeitenden Bevölkerung, bestimmt von der ihnen zugrundeliegenden Organisationsform, der Arbeit her, so kommen neben rein betriebsbezogenen Themen weitere Problemkreise in Betracht: der Freizeitbereich, Familienprobleme, aber auch historische Ereignisse, internationale Solidarität und anderes. Dafür werden, so das Werkkreis-Programm, „alle erprobten und neuen Formen realistischer Gestaltung benutzt": Gedichte, Erzählungen, Montagen, Reportagen, Interviews, Tage-

buchaufzeichnungen, Romane usw. Es geht also keineswegs nur um die Herstellung operativer Literatur, die in Form von kurzen Reportagen, Berichten und Gedichten in aktuellen politischen Auseinandersetzungen vorgetragen oder gedruckt werden kann, sondern auch um größere Formen — gerade die Vielfalt aller literarischen Mittel ermöglicht das Ansprechen neuer Leserkreise und damit eine Erweiterung auch der politischen Wirkung.

Die literarische Qualität der Texte ist dabei sehr unterschiedlich, bedarf kritischer Untersuchung im einzelnen. Die Ursache solcher Qualitätsunterschiede liegt zum Teil im Anspruch des Werkkreises begründet: ihm geht es nicht allein darum, seine einmal gewonnenen Mitglieder und Mitarbeiter im Schreiben zu üben und ihre Texte zu verbreiten, sondern er bemüht sich zugleich um die Einbeziehung und Aktivierung neuer Arbeiter und Angestellter. Durch Reportagewettbewerbe zum Beispiel werden neue Mitarbeiter angesprochen; für viele von ihnen bedeutet das erste Niederschreiben eigener Erfahrungen und Anschauungen bereits einen individuellen Emanzipationsprozeß. Die kollektive Arbeitsweise der Werkstätten ermöglicht es, die einzelnen Mitglieder kontinuierlich zu qualifizieren. In den Werkstatt-Diskussionen kann der übergreifende gesellschaftliche Zusammenhang und die politische Bedeutung von Einzelproblemen herausgearbeitet und in Texte umgesetzt werden. Durch solche koordinierte Text- und Bildungsarbeit wird vor allem die Frage der literarischen Gestaltung in Verbindung mit den jeweiligen Themen und im Hinblick auf das Zielpublikum diskutiert. Ergänzend werden überregionale theoretische Schulungen und Seminare durchgeführt, bei denen es um die kritische Aneignung von literarischen Traditionen der Arbeiterbewegung geht: um die Aufarbeitung der literaturtheoretischen Diskussionen im Bund Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller und im antifaschistischen Exil zum Beispiel.

Waren die ersten Buchveröffentlichungen des Werkkreises noch von der Tendenz geprägt, die Situation der abhängig Arbeitenden als schlecht und veränderungsbedürftig darzustellen, ohne konkrete Möglichkeiten für demokratische Aktionen, ohne kämpferische Vorbilder in die Gestaltung einbeziehen zu können, so wird in den jüngsten Veröffentlichungen deutlich, wie der Werkkreis dieser Gefahr einer einseitigen Fixierung auf die bloße Wiedergabe der schlechten Wirklichkeit bewußt entgegenwirkt. In dem Band „Der rote Großvater erzählt", erschienen im April 1974, kommen zum Beispiel Veteranen der deutschen Arbeiterbewegung aus der Zeit von 1914 bis 1945 zu Wort; sie berichten und erzählen von politischen Aktionen und versuchen, ihre Erfahrungen für die Gegenwart fruchtbar zu machen. Der Band „Dieser Betrieb wird bestreikt", erschienen im Dezember 1974, enthält die Ergebnisse des letzten Reportagewettbewerbs des Werkkreises, der unter dem Thema „Kollegen, schreibt Streikberichte!" die Darstellung von Streikerfahrungen angeregt hatte; die Mehrzahl der darin aufgenommenen Texte thematisiert bundesdeutsche Streiks aus den Jahren 1973/74 und widerlegt damit die Legende von der passiven, leidenden Arbeiterklasse der BRD. Dem Betriebsroman „Elephteria oder Die Reise ins Paradies", April 1975, liegt ebenfalls ein beispielgebender Arbeitskampf zugrunde, der Streik bei der Pierburg KG in Neuss 1973, bei dem ausländische und deutsche Arbeiterinnen gemeinsam und erfolgreich für ihre Interessen gekämpft hatten.

Die letzten Beispiele zeigen, daß die literarischen Möglichkeiten des Werkkreises eng zusammenhängen mit der ökonomischen und politischen Entwicklung in der Bundesrepublik. Da sich der Werkkreis als Teil der Arbeiterbewegung versteht, sind seine Texte daran zu messen, ob sie den gegenwär-

tigen Stand der Klassenauseinandersetzungen spiegeln, dabei deren fortschrittlichste Tendenzen aufspüren und sie verstärken helfen. Positive Beispiele in diesem Sinne gibt es, wie die angeführten Texte zeigen, aber noch zu wenig Bände und Beiträge stellen die ganze Breite demokratischer Aktivitäten in der Arbeiterbewegung dar. Oft bleibt man bei der Propagierung des Gewerkschaftseintritts stehn, noch selten sind Texte, die konkret positive Modelle von politischer und gewerkschaftlicher Arbeit aufzeigen. Will der Werkkreis sich wirklich als Maßstab seiner literarisch-politischen Arbeit den Stand der Klassenauseinandersetzungen nehmen, dann muß er verstärkt dazu übergehen, mit anderen Organisationen zusammenzuarbeiten. Die Erfahrungen der aktivsten Kolleginnen und Kollegen, die mangels Zeit wohl seltener im Werkkreis mitarbeiten können, müssen für die Texte fruchtbar gemacht werden. Ebenso sollten verstärkt sachkundige, mit den Zielen des Werkkreises sympathisierende Journalisten und Schriftsteller zur Mitarbeit an einzelnen Bänden herangezogen werden, auch wenn sie nicht ständig in einer Werkstatt mitarbeiten können (was laut Satzung des Werkkreises nötig wäre).

Der Werkkreis ist nach fünfjähriger Arbeit zu einem festen Bestandteil der demokratischen Kultur in der BRD geworden. Seine bisher erreichte Breitenwirkung ist beachtlich. Um sie weiter auszubauen, muß vor allem die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, die im Werkkreis-Programm als Notwendigkeit betont wird, intensiviert werden. Punktuell gibt es bereits erfolgversprechende Kooperation zwischen Gewerkschaften und Werkkreis, die sich zum Beispiel ausdrückt in der Einbeziehung von Werkkreis-Texten in gewerkschaftliche Schulungsveranstaltungen, Lesungen vor Gewerkschaftskursen, der Abnahme größerer Mengen von Werkkreis-Bänden durch Einzelgewerkschaften und kostenlosen Verteilung an Lehrgangsteilnehmer und aktive Kollegen etc. Wenn es dem Werkkreis gelingt, solche Zusammenarbeit kontinuierlich zu erreichen, ohne darum auf das Prinzip solidarischer Kritik an innerorganisatorischen Entwicklungen und politischen Entscheidungen der Gewerkschaften zu verzichten, wird er seine Wirkungsmöglichkeiten noch erheblich erweitern können.

Peter Fischbach und Uwe Naumann

Kleine Bibliothek Politik Wissenschaft Zukunft

59 *Krysmanski/Marwedel* (Hrsg.), Die Krise in der Soziologie. 294 S. DM 12,80

60 *Menschik* (Hrsg.), Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau. Ca. 320 S. ca. DM 14,80

62 *Kühnl,* Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. 512 S. DM 9,80

73 *Badstübner/Thomas,* Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–1955. 512 S. DM 9,80

Pahl-Rugenstein

Europa nach Helsinki

Zur Perspektive von Akzeptanz und Widerstand*)

Von Helmut Ridder

I

Nur wenige Monate trennen uns von der Abschlußsitzung der KSZE in Helsinki, von der Gipfelkonferenz der verantwortlichen Staatsmänner und Politiker aus 35 Teilnehmerstaaten, von der feierlichen Verabschiedung einer Schlußakte, die den Ertrag fast dreijähriger Arbeiten an einem Projekt zusammenfaßt, dessen Verwirklichung als Vollzug einer „historischen Wende" bezeichnet worden ist. Das ist sicher, wenn die Qualifikation kein leichtfertiges Hantieren mit großen Worten ist, sondern politisch verantwortungsbewußter Reflexion entstammt, ein großes Wort. „Der heutige Tag ist ein Tag der Freude und der Hoffnung für Europa. Wir haben alle Ursache zu glauben, daß ein neues Zeitalter in unseren gegenseitigen Beziehungen angebrochen ist . . .", sagte der finnische Staatspräsident Urho Kekkonen bei der Eröffnung der Schlußsitzung am 30. Juli 1975. Sollte diese Einschätzung und sollten die nicht weniger hoch greifenden Einschätzungen zahlreicher anderer Politiker illusionär sein, haltlose Verbalisierung aussichtsloser Träume? So möchte es scheinen, wenn man die Reaktion der amtlichen, halbamtlichen und offiziösen Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland, deren Presse heute schon nicht einmal mehr Nachklänge zu Helsinki präsentiert, unreflektiert auf sich einwirken läßt. Dem entspricht es auch, daß im Rahmen des insgesamt ziemlich bescheidenen bundesdeutschen Medienechos während der Schlußsitzung in Helsinki selbst die „Begegnungen am Rande der Konferenz" — solche Begegnungen sind traditioneller Gegenstand habituellen Entzückens von Astrologen und Bewunderern „klassischer Diplomatie" — wesentlich mehr Aufmerksamkeit fanden als der Inhalt der zur „Pflichtübung" heruntergespielten Schlußakte des als „Großer Zirkus" bezeichneten Unternehmens.

Nähere Analyse wird uns vor der Gefahr bewahren, den historischen Stellenwert der KSZE und der Schlußakte von Helsinki nach ihrer bundesrepublikanischen Rezeption bestimmen zu wollen, die sich im Vergleich mit der Aufnahme in den anderen Ländern, den Ländern beider Blöcke ebenso wie den blockfreien Ländern, als eine ungewöhnlich bornierte darstellt. Halten wir aber einige Szenen aus dem bedeutungsvollen Ensemble von partiellem Verschweigen wesentlicher Inhalte, langzeitigem Schweigen über die Konferenz überhaupt, Herunterspielen und Umakzentuieren fest. Repräsentativ ist sicher die von der Bundesregierung vor dem Deutschen Bundestag verfolgte Verkaufsstrategie, die denn auch kein Plädoyer für die Zukunft, sondern eine halsstarrige Apologie der Vergangenheit war. Der Deutsche Bundestag hat die Konferenzergebnisse demgemäß in einer Entschließung begrüßt, bei deren Annahme ein gutes Gehör ein deutliches Zähneknirschen vernehmen konnte, das sich freilich nicht in einer neuerlichen „Gemeinsamen Erklärung" zu artikulieren vermochte, die den „Geist von Helsinki" unverhüllt verurteilt hätte. Aber es wurde nicht ein einziges Zeichen zur Popularisierung und nationalen Umsetzung gesetzt, und dies, obwohl die Teilnehmerstaaten sich feierlich verpflichtet haben, „den durch die Konferenz eingeleiteten multilateralen Prozeß" der Entspannung voranzutreiben. Obwohl sie ferner schon

*) Nachschrift eines Vortrags.

für 1977 ein neues Treffen der Vertreter aller Teilnehmerstaaten festgelegt haben, bei dem doch nicht zuletzt über das Aufgehen der Saat von Helsinki geurteilt werden soll. Wie kann ein solches Urteil ohne die Beteiligung der öffentlichen Meinung zustande kommen, auf die man um so mehr angewiesen ist, als — leider — vorerst noch kein förmliches Folgeorgan der Konferenz eingerichtet wurde? Ist nicht die Bundesrepublik Deutschland wie jeder andere Teilnehmerstaat durch die Unterschrift ihrer Regierung ausdrücklich verpflichtet, der Bevölkerung die Bedeutung der Buchstaben KSZE und die Tragweite der Schlußakte von Helsinki zu erklären und 1977 darüber Rechenschaft abzulegen? Wird sie das in diesem Land, in dem die ungeheuere politische Kapazitäten absorbierende Wohlstandsdämmerung gerade erst begonnen hat, leisten *können,* selbst wenn sie es *wollte?* Doch schon mit den Ansätzen zu einem solchen Wollen hapert es.

So wird es also mit Helsinki in unserem Lande genauso gehen wie zuvor mit zahllosen anderen zukunftsbildenden Vorgängen: *Die gesellschaftlichen Kräfte selbst* werden, ungeschützt und nicht unterstützt, ja sogar mehr oder minder empfindlich behindert, einem seit Generationen dem Internationalismus entfremdeten Publikum Ursachen, Entstehung und Ergebnisse der Schlußakte vermitteln müssen. Sie werden Didaktiken der Vermittlung entwickeln müssen, die zudem in Rechnung stellen, daß die Materie unanschaulich und fremdartig erscheint. Sie werden ergründen müssen, welche unterschiedlichen Ursachen die verschiedenen Stufen des Nichtwissens haben. Und das alles heißt: Euphorie ist fehl am Platze. Siegesfeiern sind nicht angezeigt. Die Losung kann nicht heißen: „es ist erreicht". Die Gegner der Entspannung sind nicht „zerschmettert". Ob ihre Niederlage eine „entscheidende" war, kann erst im Rückblick von später gesagt — und sollte daher jetzt nicht geschrieben werden. Es ist darauf zu achten, daß in diesem Fall — abweichend von früheren Fällen der Leugnung geschichtlicher Notwendigkeiten — die Negation sich weitestgehend nicht als ausdrückliche Negation äußert und äußern wird. Sie wird taktisch schwanken zwischen einem härter werdenden fortgesetzten Schweigen und vordergründigen Bejahungen, die mit irritierenden Vergleichen arbeiten (auch der Wiener Kongreß hat u. a. schon dazu herhalten müssen) und schon vollzogene geschichtliche Abläufe rückwirkend umfunktionieren wollen. Nicht die Bloßstellung der geräuschvollen, aber abstrakt formulierenden Nein-Sager, die aus ihrem Herzen keine Mördergrube machen, kann demzufolge das Hauptziel bei dem Ringen um die Materialisation des „Geists von Helsinki" sein, der, ohne daß seine Logik allenthalben klar wäre, ebenso spürbar vorhanden ist wie die Hindernisse, die sich ihr entgegentürmen. Wichtiger ist zu erkennen, was für ein Handwerk die zwielichtigen Bejaher von Helsinki betreiben.

Die zweifellos zutreffenden Feststellungen des Bundeskanzlers in der 183. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 25. Juli 1975 in der Aussprache über die Erklärung der Bundesregierung zur KSZE zum Verhalten der parlamentarischen Opposition bedürfen also nicht der ständigen Wiederholung. Im Entschließungsantrag der CDU/CSU-Fraktion (Drucksache 7/3885) hatte es gar geheißen: „Maßgebliche Inhalte des Schlußdokuments der KSZE... dienen einer weltweiten Täuschung über die wahre Sicherheitslage in der Welt." Daß man sich mit solch horrendem Unsinn auch von den christlich-demokratischen Parteien des übrigen Westeuropa isoliert, liegt auf der Hand. Was spätestens morgen fällt, braucht nicht gestoßen zu werden, wenn man alle verfügbaren Kräfte auf den Widerstand konzentrieren muß, der bis übermorgen Bestand haben kann. Und das sind eben die widersprüchlichen, halbherzigen, uneinsichtigen, unaufrichti-

gen und uncouragierten Versuche, Helsinki einerseits anzunehmen, andererseits aber seinen Stellenwert zu verfälschen und die Gewichte der Schlußakte umzugewichten. Man überlasse es dagegen den derzeitigen Regierungsparteien, den Verbalradikalismus der CDU/CSU-Opposition in bezug auf die KSZE zu entlarven: Genauso wie die „Ost-Verträge", die überhaupt erst bis dahin unüberwindliche Sperren für das Zustandekommen einer KSZE weggeräumt haben, so wäre auch die KSZE-Beteiligung der Bundesrepublik, weil sie von der weltweiten Entspannungspolitik der Weltmächte gefordert wird, auch unter einer CDU/CSU-Bundesregierung nicht zu vermeiden gewesen, wenn sie auch in einer noch deutlicheren Bremsfunktion bestanden hätte. Aber gegenüber dem, was die derzeitige Regierungsmannschaft an Klassifikationen zu offerieren pflegt, ist mit aller Deutlichkeit das zu vermitteln, was die Augen- und Ohrenzeugen verspürt haben, die in Helsinki „dabei gewesen" sind: Daß wir das Wehen und die Wehen eines neuen Zeitalters erleben, „einen Wendepunkt in der jahrtausendealten Geschichte des europäischen Kontinents", der der Schlußpunkt der Geschichte „der Missetaten der Völker Europas" sein soll. So werden wir die Ambivalenzen der amtlichen Präsentation der Schlußakte hierzulande sehr gründlich analysieren müssen.

II

Sehr richtig hat der Bundeskanzler in seiner Rede vom 25. Juli 1975, aus der schon zitiert wurde, des weiteren bemerkt: Die „Einpassung unserer eigenen Entspannungspolitik in den weltweiten Rahmen war einerseits unvermeidlich — anders wäre die Ostpolitik nicht möglich gewesen —, sie war andererseits für uns von großem Nutzen. Sie hat im Westen, aber auch im Osten ebenso wie bei den Neutralen das Vertrauen in die Friedlichkeit des deutschen Volkes, in die Friedlichkeit der Bundesrepublik Deutschland, in die Zuverlässigkeit, in die zuverlässige Friedlichkeit der Bundesrepublik Deutschland ganz ungewöhnlich gestärkt und gestützt. Dieser Zuwachs an Vertrauen ist es ganz wesentlich, der unsere Handlungsfähigkeit so erweitert hat, zumal wir von dieser Handlungsfähigkeit einen Gebrauch gemacht haben, der allerdings [!] sowohl in den Augen unserer westlichen Bündnispartner, Freunde und EG-Partner wie auch in den Augen unserer östlichen Vertragspartner ein nützlicher, dem allgemeinen Frieden dienender Gebrauch war."

Darf man das „allerdings" des letzten Relativsatzes als einen nicht freudschen Versprecher werten, so kommen wir gleich zu der Frage, ob der nicht im mindesten in Zweifel zu ziehende erhebliche Zugewinn an internationalem Vertrauen in die Friedlichkeit einer Bundesrepublik Deutschland mit einem friedensnobelpreistragenden serenen pater seraphicus als Galions- und Aktionsfigur, eines Landes, das als Wirtschaftsriese über einen nicht unbeträchtlichen Spielraum von unwiderstehlichen Möglichkeiten der Influenzierung seiner engeren und Bündnisfreunde verfügt, ob dieser Zugewinn an Vertrauen auch objektiv gerechtfertigt ist. Die Inhalte der starren Gegnerschaft der CDU/CSU-Opposition gegen Helsinki und die KSZE rechtfertigen, eindeutig wie sie sind, das Vertrauen mit Sicherheit nicht. Aber obwohl man weiß, daß im Ernst-, d. h. im Regierungsfall die CDU/CSU nur mit Verschiebungen um Nuancen anders handeln könnte, muß man sich die Frage vorlegen, ob man es hier nur mit der äußersten Spitze eines teleskopartig ausgefahrenen und vielgliedrigen, im übrigen getarnten Widerstandes zu tun hat, der in seiner ganzen Breite viel hartnäckiger und um so schwerer zu bekämpfen ist, als er seinen Irrationalismus nicht offen an

den Tag legt. Es gibt in unserem Land — und hier macht sich sicher auch ein schweres Versäumnis der demokratischen Bewegung bemerkbar — zwar neben dem Struwwelpeter für Kinder neuerdings auch einen Anti-Struwwelpeter (über dessen Funktion und Treffsicherheit man übrigens sehr verschiedener Meinung sein kann), aber leider keinen Struwwelpeter für Erwachsene, der die für die Rezeption von Helsinki wirklich einschlägige Lektion vom Suppenkaspar mit aller Eindringlichkeit so darstellte, daß sie auch von allen systemstützenden Gruppierungen dieses Landes begriffen werden könnte. Es fehlt an überzeugungskräftigen Versuchen, diese Kräfte bei ihrem ja gar nicht illegitimen nationalen Interesse zu packen, an dem Interesse daran, daß die Bundesrepublik sich nicht mehr damit begnüge, „eine Wirtschaft auf der Suche nach ihrem Staat" zu sein, sondern daß sie diesen Staat auch findet, einen Staat, der nun eben nicht mehr in einer Reprise anachronistischer Strukturen bestehen kann. Das Notwendige in der Politik zu erkennen, dient durchaus auch demjenigen, dem das Notwendige nicht schmecken will. Das Notwendige so früh wie möglich zu tun, macht sich sogar bezahlt; wer das erkennt, wird es für attraktiv halten. Hinter uns liegen dreißig Jahre westdeutscher Politik, die nicht einmal das gesehen hat, weil sie Politik nicht als Praxis der Theorie vom Notwendigen zu betreiben vermochte, und die deswegen das Notwendige immer erst (aber immerhin — sonst wären die Folgen noch weitaus schlimmer) eine Sekunde vor zwölf getan hat und somit ohne Gratifikationen nachgeklappert ist, anstatt sich der Gratifikationen zu versichern, die nach geschichtlicher Gesetzmäßigkeit der Lohn für das Umsteigen vom Bremserhäuschen auf die Lokomotive sind. Zum Erkennen des Notwendigen ist die Entwicklung eines Sensoriums für die Differenziertheit von Situationen vonnöten; und man kann mit Fug und Recht sagen, daß die europäische (und auch die globale) Situation nach Helsinki differenziert ist wie lange nicht zuvor.

Sollte nicht sogar schon eine sich bloß an ganz borniert verstandenen Selfish interests festmachende Schlauheit der politischen Klugheit auf die Sprünge helfen können, ohne die gegenwärtig und in Zukunft auch das spezifisch nationale bundesdeutsche Interesse nicht mehr bedient werden kann? Wie sehr es selbst daran fehlt, mag die folgende politische Tagebuchnotiz, 48 Stunden nach der zitierten Bundeskanzlerrede festgehalten, verdeutlichen: Da erscheint auf der Reise nach Helsinki zu einem Sonntagsbesuch in Bonn und in Kirchgöns bei seinen Soldaten der Präsident Ford. „Hauptsächlich aus Zeitgründen", läßt er verlautbaren, müsse er auf den Berlin-Besuch verzichten. Für Nichttaube war das deutlich genug. Was sollte auch in diesem Zusammenhang der Besuch in einem der Souveränität entratenden, unter Besatzungsregime stehenden Gebilde, das — eine nicht als solche empfundene Wohltat — auch in Helsinki nicht am Konferenztisch gesessen hat, aber eben nicht, weil die Bundesrepublik Deutschland es dort vertreten hätte. Was nun offeriert Bonn dem Präsidenten ohne jede realistische Aussicht auf irgend eine Gratifikation in der gewünschten Richtung? Eine „Vermittlungs"-Aktion und das Eventualangebot eigener Waffenlieferungen an die Türkei, nachdem das Repräsentantenhaus der USA den amerikanischen Präsidenten insoweit aktionsunfähig gemacht hat. Ist dieser Akt ein Akt nationaler bundesdeutscher Politik? Liegt es im nationalen bundesdeutschen Interesse, mit illusionären Erwartungen etwas zu tun, was allseits nur den Verdacht erhärten kann, daß „diese Deutschen" immer noch die alten sind, diese Deutschen, die anerkannt, respektiert, manchmal umbuhlt und dabei zugleich gefürchtet, daher allenfalls *be*liebt, aber nicht *ge*liebt sind — wie von manchen Seiten das Deutschland von 1933 bis 1945, das sich allerdings sehr verrechnet hatte, als es meinte,

daß die spontane Übernahme des nackt-kriminellen Parts auf einer Seite in der globalen Systemauseinandersetzung immer und unter allen Umständen von denen honoriert würde, denen man das Schmutzigwerden ihrer eigenen Hände erspart?

Es ist also mit vollem Ernst — und mit großem Ernst — zu plädieren für eine Wendung zu einer nationalen bundesdeutschen Politik, die sich darüber Rechenschaft gibt, wo und wie unser Land, die Bundesrepublik Deutschland, richtig in den Lauf der deutschen und der europäischen Geschichte einzuordnen ist (was mit der geschichtsblinden Reaktivierung von exekutivstaatlichen Instituten des preußisch-deutschen „konstitutionellen" Systems durch vordemokratische Gehirne sicher nicht geschieht). Dies Plädoyer ist ein notwendiges Pendant zu der mit der KSZE signalisierten Wiedererweckung Europas als eines politischen Begriffs. Dieses Europa wird nämlich — ein prophetisches, wenn auch von ihm nicht sonderlich fortschrittlich gemeintes Wort von Charles de Gaulle — ein „Europa der [demokratischen] Vaterländer" sein. Die Vorstellung von der Bundesrepublik Deutschland als einem „Vaterland" ist bei uns bis jetzt noch nicht einmal aufgekeimt. Die Kraft, die zur Entstehung und Ausformung des entsprechenden Rollenbewußtseins erforderlich gewesen wäre, hat sich zwangsläufig verzehrt zwischen dem anachronistischen Anspruch einer die BRD zum Verweser der preußisch-deutschen Mission machenden Politik und dem Aufgebot der demokratischen Gegner dieses Anspruchs. Diese Demokraten werden nach Helsinki die an politischen Potenzen karge Landschaft der Bundesrepublik verstärkt nach bündnisfähigen Kräften und Potenzen auch „konservativer" Couleur absuchen müssen, die sich an der neuen Rollenfindung beteiligen können und in absehbarer Zeit zur Ablösung der derzeitigen Garnitur der smarten und halbsmarten Jungens anstehen, die ihrerseits die Garnitur der vordemokratischen Patriarchen und Monumente abgelöst haben und sich gegenwärtig vor lauter ebenfalls schon anachronistisch gewordenem atlantischen und EG-overdoing immer häufiger auf den eigenen Schlips treten, ins Straucheln geraten und, teils auch aus meist mit der deutschen „Spaltung" zusammenhängenden autobiographischen Gründen, auch vor titanenhaften Dummheiten nicht zurückschrecken und das darauf antwortende beredte Schweigen des Auslands nicht hören können. Der amtierende Bundesaußenminister äußerte justament vor der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki zu der politischen Entwicklung in Portugal anläßlich der Umbildung des Dreier-Direktoriums, es seien dort Entwicklungen zu befürchten, die schlimmer seien als das Salazar-Regime: „So wie *die* Kommunisten das immer tun", und: „Wir gehören nicht zu den Leuten, denen linke Diktaturen sympathischer sind als rechte." Letzteres wird ihm persönlich jedermann glauben. Aber ob man ihm und aufgrund der Geschichte dem von ihm repräsentierten Land auch glauben wird, das hier „rechte Diktaturen" nicht sympathischer sind als linke?

III

Die Schlußakte von Helsinki ist für uns, die Bundesrepublik Deutschland, *der* äußere Schlußakt eines inneren Regimes. Sie besiegelt das Ende eines expansionistischen Transitoriums, der Rivalität mit der DDR um die (eine) deutsche Staatlichkeit, einer Rivalität, die nach innen — unter wechselnden Formen und Nomenklaturen — die Gegner des Regimes auch auf legale Betätigungen hin einem Ausnahmezustand unterstellte. Die von diesem Schlußakt politisch geforderte Umgründung unseres Landes in einen definitiv normalen, nicht expansionistischen, nicht vom antidemokratischen Ausnahmezustand lebenden westeuropäisch-parlamentarisch-demokratischen Staat ist noch längst nicht vollzogen, er-

weist sich im Gegenteil als kurzfristig noch nicht einmal in Angriff genommen. *Der Befund kann nicht überraschen; denn das hat es in der neuzeitlichen* politischen Geschichte Deutschlands überhaupt noch nicht gegeben. Auch Weimar, der erste deutsche parlamentarisch-demokratische Staatsversuch, hat es im Innern nicht zur sozialen Demokratie und nach außen nur zum West- und nicht zu einem Ost-Locarno gebracht. Der in den 20er Jahren am europäischen Horizont aufsteigende Faschismus, der die verzweifelten Versuche der 30er Jahre ausgelöst hat, im Rahmen des Völkerbundes ein System des Widerstands und der kollektiven Sicherheit zu errichten, konnte nicht von ungefähr, sondern gerade eben im Nachkriegsdeutschland aufgrund tief eingewurzelter antidemokratischer Mentalitätsstrukturen die staatliche Macht usurpieren. Diese Mentalitätsstrukturen gehören zu dem „Schoß, aus dem das kroch". Daß er noch fruchtbar ist, wissen wir. Aber daß zu seiner Sterilisierung nicht nur kaum etwas unternommen, sondern daß diese Fruchtbarkeit sogar ein Faktor im Rahmen der inneren Verkaufsstrategie der Bundesregierung für die Schlußakte von Helsinki sein kann, das ist in der Tat erschütternd. Nichts anderes als ein Spiel mit jenen ungezähmten Instinkten ist es, wenn hierzulande bestimmten, isoliert gesehen richtigen Feststellungen über den Inhalt der Schlußakte von Helsinki bewußt ein falscher Stellenwert verliehen wird.

So erklärte Bundeskanzler Schmidt in der Bundestagsrede vom 25. Juli 1975, es könne „niemand mit Erfolg die Behauptung begründen, diese Konferenz stelle so etwas wie einen Ersatzfriedensvertrag dar; denn hier wird kein territorialer oder ordnungspolitischer Status festgeschrieben." Damit wird geleugnet, daß die Bundesrepublik Deutschland keine Aufgabe zur Missionierung in partibus infidelium mehr hat. Es wird suggeriert, es werde ein späterer „Friedensvertrag" grundsätzlich von dem abweichen können, was die Akte enthält, wohingegen es sich bei den allerdings nicht wenigen Verträgen, die die Bundesrepublik als Kriegsfolgeverträge noch sicher wird schließen müssen, doch nur darum handeln kann, was zusätzlich zur und was jedenfalls in Übereinstimmung mit der Schlußakte zu regeln ist. Historisch-politisch ist die Schlußakte eben doch — und die es leugnen, wissen es ganz genau — ein „Ersatzfriedensvertrag", holt sie doch nicht zuletzt von dem viel nach, was vor dreißig Jahren des anhebenden Kalten Krieges wegen, der eine Fortsetzung des Zweiten Weltkriegs mit anderen Mitteln und mit veränderten Kriegspartnern war, versäumt wurde.

Im Blick auf diese Funktion darf nicht die Feststellung unterbleiben, daß ungeachtet der Teilnahme Kanadas und der USA die KSZE-Schlußakte ein *essentiell europäisches Unternehmen* ist. Die USA selbst haben das sehr richtig erkannt und trotz der Gleichberechtigung ihrer Teilnahme bei den Verhandlungen die angemessene Zurückhaltung an den Tag gelegt. Damit dürfte auch die Gefahr gemindert sein, die zu den Lieblingsvorstellungen mancher bundesdeutscher Politiker gehört, daß sich, wenn ein Westeuropa übergreifendes Gesamteuropa schon nicht zu vermeiden ist, in diesem Gesamteuropa der KSZE gewissermaßen auch institutionell die je für sich den europäischen Bereich übergreifenden globalen Blöcke abbilden und möglicherweise sogar institutionalisieren, in die der Kalte Krieg die Welt zerrissen hat.

Noch ein weiteres ist mit dieser klugen amerikanischen Distanzierung, wenn auch vielleicht nicht restlos vermieden, so doch irgendwie aufgefangen, nämlich die Mißdeutung der Bildung des Neuen Europas als einer Fortsetzung *des* alten Europas, das in der Vergangenheit die verschiedensten kolonialistischen Imperialismen geboren hat. Unter dem Namen „Entwicklungshilfe" segelt heute so man-

cher partieller oder sogar totaler Neokolonialismus. Man muß den Argwohn ernst nehmen und darf den Argwohn nicht verargen, der einen Bewohner der mittleren und südlichen Breiten unseres Erdballs befallen könnte, wenn er nach Helsinki den Globus rotieren läßt und konstatiert, daß in der Tat *alle* Länder der nördlichen Breiten, die gleichzeitig auch die relativ entwickelten Länder dieser Erde sind, gemeinsam auf das KSZE-Schiff gestiegen sind. Man braucht nicht Wolfgang Harich zu heißen, um das „Nord-Süd-Gefälle" zu entdecken; es ist auch schon entdeckt. Der Bangigkeit davor, daß über die KSZE der Neokolonialismus zu geballter Konzertanz gelangen könnte, ist durch die Zurückhaltung der atlantischen Vertragspartner doch wohl ein Stück des Nährbodens entzogen worden. Nur am Rande ist danach noch zu vermerken, daß gerade die USA ja von ihren Bündnispartnern in diese Konferenz geradezu hineingezwungen worden sind.

IV

Würdigen wir einige weitere interne Verkaufsargumente der Bundesregierung.
Da ist des weiteren die Anerkennung des Grundsatzes, daß die Grenzen friedlich-vereinbarlich geändert werden können. Die Bundeskanzlerrede, die in manchen Teilen des staatsmännischen Zuschnitts nicht entbehrt und im Vergleich zu den außenministeriellen Bekundungen sich im allgemeinen etwa so ausnimmt wie die Darbietungen eines ersten Ballettänzers gegenüber den Bühnenleistungen eines volljährigen Elefanten, bringt diesen Punkt aber ärgerlicherweise in einen Zusammenhang mit dem „Grundsatz", wie der Bundeskanzler sagt, des „peaceful change", der ja nun wieder den berüchtigten „Wandel durch Annäherung" und ähnliche höchst belastete oder mindestens mehrdeutige Formeln assoziiert, die verständlicherweise als getarnte Plakatierung getarnter Unterwanderung, Einmischung, subversiver Systemaufweichung u. ä. attackiert worden sind. Nun ist an diesem „Grundsatz" (der friedlichen Veränderbarkeit der Grenzen) inhaltlich nichts neu, nichts, was nicht seit Jahrtausenden auch im Völkerrecht eine ganz banale Selbstverständlichkeit wäre. Es wäre ja auch geradezu ein Souveränitätsmangel, wenn souveräne Staaten sich untereinander nicht auch über Gebietszessionen vertraglich rechtswirksam einigen könnten. Und so steht denn im Schlußdokument der entsprechende Passus auch unter der Überschrift „Souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte" als eine Bekundung der Gleichheit der Rechte und Pflichten aller Teilnehmerstaaten, von denen jeder das Recht jedes anderen respektiert, „seine Beziehungen zu anderen Staaten im Einklang mit dem Völkerrecht und im Geiste der vorliegenden Erklärung zu bestimmen und zu gestalten, wie er es wünscht." Und dazu gehört selbstverständlich auch, „daß ihre Grenzen, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung verändert werden können". Dann folgt nach der Logik des „Geistes von Helsinki" der Abschnitt über die „Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt" und danach die Unverletzlichkeitsgarantie für die gegenwärtigen Grenzen. Dort wird das Versprechen abgegeben, „jetzt und in Zukunft keinen Anschlag [!] auf diese Grenzen" zu „verüben". Und da diese deutliche Sprache für manche Begriffsstutzige immer noch nicht deutlich genug war, heißt es abschließend: „Dementsprechend werden sie sich auch jeglicher Forderung oder Handlung enthalten, sich eines Teiles oder des gesamten Territoriums irgend eines Teilnehmerstaates zu bemächtigen." Zu solchen Forderungen gehört, wie wohl nicht weiter zu begründen ist, das, was z. B. das Bundesverfassungsgericht als das „Sich-Verantwortlich-Fühlen" der BRD für den angeblich noch immer existierenden deutschen Gesamtstaat beschreibt, weil es sich um nichts anderes als einen nur vorübergehend in die Tiefkühltruhe gelegten Gebietsanspruch handelt.

Es ist bekannt, daß die Aufnahme der Klausel über die Zulässigkeit der friedlichen Änderung der Grenzen auf Betreiben „des Westens" erfolgte, dem wiederum die BRD im Nacken saß, die wiederum und immer noch, anstatt sich zur Vorhut der Friedensoffensive zu schlagen (womit sich doch soviel verdienen ließe), den hinhaltenden Widerstand bevorzugt (mit dem sie nichts verdienen kann). Ob dieser „Erfolg" ein Erfolg war, ließ sich von vornherein bezweifeln, beschwor man doch die Erinnerungen beispielsweise an jenen unter deutschem Druck westlich-konzertant begangenen Erpressungsakt von 1938 gegenüber der Tschechoslowakei wieder herauf, dem der Zweite Weltkrieg und mit ihm die gewaltsame Einstampfung der meisten europäischen Grenzen folgte.

Solche Erinnerungen mit ganz aktuellem Gift aufzufrischen, blieb natürlich Herrn Genscher vorbehalten, der hierzu gleich zwei seiner unnachahmlichen und unverantwortlichen Frivolitäten zu präsentieren wußte: Im „Frankfurter Gespräch" für den Hessischen Rundfunk sagte er denn doch tatsächlich dieses: „daß es sich hier nicht etwa um eine einseitige Erklärung der Bundesrepublik oder ihrer westlichen Freunde handelt, sondern daß hier erstmals [!] auch [!] die Staaten des Warschauer Paktes, die Sowjet-Union und die DDR eingeschlossen, sich durch Unterzeichnung der Konferenzdokumente zu diesem Grundsatz der friedlichen Veränderbarkeit der Grenzen bekennen" (als ob es daran in abstracto überhaupt jemals irgendwo irgendwelche Zweifel gegeben hätte). Und dies sei von Bedeutung auch „für unser Streben nach der Fortsetzung des europäischen Einigungsvorgangs [dies betrifft allerdings wie ehedem West-Europa, das ja nach in der Bundesrepublik Deutschland verbreiteter Auffassung, wie die Bundesrepublik Deutschland für den „gesamtdeutschen Staat", für Gesamteuropa eine Art Alleinvertretunagsanspruch besitzt. D. Verf.]. Die Zusammenführung der Staaten Westeuropas darf auch nicht behindert werden, und auch dafür hat diese Bestimmung von der friedlichen Veränderbarkeit der Grenzen ihre Bedeutung, so daß man sagen kann, sie hält sowohl die deutsche wie die europäische Option offen [!]." Herrn Hallsteins „europäische Option" endet bekanntlich am Ural (nicht alle Großen der deutschen Geschichte waren so bescheiden).

Genau so — „Option" betreffend — die von Genscher für die Bundesregierung am 25. Juli 1975 abgegebene Erklärung, die die Bescheidenheit endgültig zu den tunlichst zu vermeidenden Tugenden zählt und von der „Beharrlichkeit" handelt, „mit der wir und unsere Freunde gerade um diese Passagen gerungen haben [die Passagen von der friedlichen Veränderbarkeit der Grenzen] ... Wir haben damit der europäischen und darüber hinaus der Weltöffentlichkeit erneut deutlich gemacht, daß wir unbeirrbar an unserer Politik festhalten, wie sie unser Grundgesetz legitimiert, wie sie in den Briefen zur deutschen Einheit niedergelegt ist, und deutlich gemacht, daß wir entschlossen sind, den Prozeß der europäischen Einigung fortzusetzen" — wenn's sein muß, bis zum Endsieg, ist man fast versucht zu ergänzen. Da werden „unsere Freunde" denn auch ganz schön erschrocken sein. Darüber, daß die deutsche und die europäische „Option" (früher sagte man „Frage") so „offen" sein soll, so offen für den bundesdeutschen Optativ; darüber, daß die Grenzen nach Helsinki noch flüssiger sein sollen als zuvor; darüber, daß es neben der europäischen Einigung durch die KSZE noch eine ganz andere gibt, die fortgesetzt wird... Verwenden wir nur einen Satz auf den allermildesten denkbaren Fall der Erfüllung solcher Wunschträume: Wenn das in Sicherheit zusammenarbeitende Europa der Zukunft nichts anderes sein würde als ein technisch-organisatorisches Dach, unter dem die Leitungen der roten Telefone des Westblocks, des Ostblocks und des Blocks der Blockfreien zusammenliefen, dann käme es besser gar nicht zustande. Das KSZE-

Europa wird ein Europa des pluralen Bi- und Multilateralismus, oder es wird überhaupt nicht sein.

V

Ein weiteres außerordentlich beliebtes amtliches innenpolitisches Verkaufsargument für die KSZE ist hierzulande die Sache mit der völkerrechtlichen Unverbindlichkeit der Schlußakte (die aber natürlich im Zusammenhang mit der soeben erörterten Anerkennung der Veränderlichkeit von Grenzen niemals ins Feld geführt wird). Das ist wiederum eine Argumentation, die nach außen peinlichste Erinnerungen heraufbeschwören muß und nach innen auch moralisch geradezu unverantwortlich ist, weil auf dem Sockel jüngster deutscher Geschichte eine solche Akzentuierung geradezu wie die Versicherung wirken muß, man werde gegebenenfalls auch dieses Dokument, wie früher völkerrechtliche Verträge, als einen „Fetzen Papier" behandeln.

Tatsächlich trifft zu, daß die Beschlüsse von Helsinki — aus verschiedenen Gründen — *nicht* die Form eines multilateralen völkerrechtlichen *Vertrags* angenommen haben; vielmehr ist im Ergebnis eine „Absichtserklärung" entstanden, die sich mit der typischen Eingangswendung für die gefaßten Beschlüsse „Die Teilnehmerstaaten werden ..." ausweist. Aber selbstverständlich wird, wer sich für nicht verpflichtet erklärt, die vereinbarten Texte einzuhalten, sich damit um die Glaubwürdigkeit seiner Entspannungspolitik bringen und sozusagen aus dem gerade werdenden Neuen Europa wieder „austreten". Es ist aber auch dem Juristenrigorismus und -formalismus zu widersprechen, der das, was nicht im strengsten Sinne rechtsverbindlich ist, für unverbindlich = nur nach Opportunitätsgesichtspunkten beachtlich erklärt. Darin liegt eine arge Verkehrung des differenzierten und komplizierten Prozesses der Entstehung gerade des modernen Völkerrechts, der mehr und mehr zugleich auch ein Prozeß einer in Stufen und Etappen erfolgenden „international legislation" ist. Es sei nur erinnert an die eine vergleichbare Funktion aufweisende Resolutionspraxis der Vollversammlung der Vereinten Nationen, die die Herausbildung eines entsprechenden mondialen Rechtsbewußtseins fördert, ohne einzelstaatliche Ratiizierungen erforderlich zu machen. Schon im Hinblick darauf, daß die Genese der Schlußakte von Helsinki auch ein solcher „Hilfsprozeß" der Entstehung von Recht ist, und zwar von Recht einer wahrlich ansehnlichen Größenordnung, ist der Hinweis auf die völkerrechtliche Unverbindlichkeit der Schlußakte, gelegentlich auch verbunden mit dem Hinweis auf das Fehlen eines Sanktionsmechanismus, schief. Noch schiefer wird er im Licht der auch juristisch unabweislichen Erwägung, daß jedem Völkerrechtssubjekt aus der Teilnahme auch an einer bloßen gemeinsamen Resolution oder Absichtserklärung, die mit ihren Zielsetzungen ja keine bloße Spiegelfechterei betreibt, zumindest aus dem allgemeinen Verbot des Handelns entgegen dem eigenen vorgängigen Handeln („venire contra factum proprium") die nicht bloß politische und moralische, sondern auch rechtliche Pflicht erwächst, nicht hinter den eigenen, beim Eintritt in die Verhandlungen vorhanden gewesenen Status quo von Zielaffinität zurückzufallen. Als gefährliche Irreführung der Adressaten erweist sich der Hinweis auf die Unverbindlichkeit der Schlußakte schließlich, wenn man berücksichtigt, daß der allergrößte Teil ihres Inhalts, teils von der UN-Charta her, teils schon mit viel älterem Entstehungsdatum, bereits *geltendes Völkerrecht ist,* an dessen Popularisierung es freilich bei uns ebenfalls gemäß tradierter Aversion (schon gegen den Völkerbund) empfindlich mangelt (übrigens leider auch bei vielen höchst aktiven Kräften der demokratischen

Bewegung, die den Blick über die Zaunpfähle noch sehr intensiv wird einüben müssen).

VI

Eine Grundpflicht freilich — der Grundsatz, den man ohne Zögern als den *wichtigsten* der ganzen Schlußakte, als den das KSZE-Europa schlechthin konstituierenden bezeichnen möchte — dieser Grundsatz und diese Grundpflicht ist noch nicht geltendes Völkerrecht. Es handelt sich um die Grundpflicht der *Zusammenarbeit* (die der Konferenz ja auch die eine Hälfte ihres Namens gegeben hat). Aus ihr wird sich ein riesiger Fächer von theoretischen und praktischen Problemen auffalten. Sie steht einerseits in außerordentlich delikaten Beziehungen zum völkerrechtlichen Interventionsverbot, an dem die KSZE selbstverständlich nicht rütteln wollte und konnte. Sie impliziert andererseits, da ja nicht die „Staaten" (als Abstraktionen), sondern *die Menschen zusammenarbeiten* sollen (und zwar tendenziell *alle* Menschen *aller* Teilnehmerstaaten, nicht nur kleine Equipen von Experten usw.), nicht bloß ein *Neben*einander, sondern auch ein *Mit*einander und *In*einander von Verrichtungen und von Gedankenmassen, die, soweit sie ideologischer Art sind, dennoch *gegen*einander und außerdem noch, da sie verschiedenen Epochen entstammen, im Verhältnis des *Nach*einander zueinander stehen. Die „historische Wende" — den Ausdruck haben die Redner von Helsinki mit Recht gebraucht — zum Neuen Europa macht das Nacheinander der Epochen als Gleichzeitigkeit erfahrbar; diese Erfahrung wird zwangsläufig auch dort Platz greifen, wo die Verkrustung der gesellschaftlichen Ordnung heute noch den Blick über den Kirchturmshorizont hinaus erschwert. Damit ist diese „historische Wende" zugleich ein transnational europäisches Exempel von „historischem Kompromiß", ein kühnes Modell möglicher tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen in präzedenzlosen Formen und nach präzedenzlosen Verfahren, die aber alle letztlich von einer wieder ins Bewußtsein rückenden gemeinsamen zivilisatorischen Grundlage her zu legitimieren sind.

Das erschließt sich aus der wohl wichtigsten Stelle der die Schlußakte einleitenden Formeln. Die Vertreter der Teilnehmerstaaten sagen da, sie seien „eingedenk ihrer gemeinsamen Geschichte" und einmütig „in der Erkenntnis, daß die vorhandenen gemeinsamen Elemente ihrer Traditionen und Werte bei der Entwicklung ihrer Beziehungen dienlich sein können". Das ist die Stelle, an der — weit über einen bloß geographischen und einen Europa-Begriff aus einer ephemeren politischen Konstellation heraus — das zivilisatorische Geschichtsfundament hervortritt. Was ist dieses Europa? Und was ist das Bekenntnis zu diesem Europa? Es ist das Bekenntnis zu einer über Jahrhunderte und Jahrtausende entwickelten ziviliastorischen Einheit, deren einheitsstiftendes Spezifikum die ungeheuere Schubkraft des erst Geschichte zur Entstehung bringenden Fortschrittsmotivs ist, das gerade diese Zivilisation vor dem Untergang bewahrt hat, der anderen Hochkulturen beschieden gewesen ist, ein Spezifikum, das bei aller Ausdifferenzierung, bei allen Gegensätzen, bei allen Schismen und Häresien, bei aller Fortsetzung, ja Intensivierung des ideologischen Konflikts, seit nun mehr als hundert Jahren insbesondere des ideologischen Konflikts zwischen den sich revolutionär und sozialistisch ausformenden und den in der bürgerlichen Formenwelt verharrenden politischen Systemen und Gesellschaftsordnungen, dennoch eine Rückbesinnung auf eine gemeinsame Basis gestattet, über die Konsens besteht. Die KSZE selbst, ihr Stattgefundenhaben und ihre wie auch immer gestaltete, aber ganz sichere Fortsetzung, ist der überzeugende Beleg dafür, daß diese Rück-

besinnung im Gange ist (wenn sie auch zwischen Rhein und Elbe kein geradezu stürmisches Tempo angenommen hat).

Wird das die zivilisatorische Einheit Europas konstituierende Fortschrittsmotiv näher und besser begriffen, so wächst das Verständnis für die Unterschiedlichkeit von Funktion und Stellenwert der im Konflikt befindlichen Ideologien. Es wächst und wird auch in den bürgerlichen Demokratien allmählich zur Gewißheit die Erkenntnis, daß auf die Verstümmelung der bürgerlichen politischen Freiheiten ebenso wie auf den freiwilligen Verzicht auf sie die Geschichte die Sanktion des Untergangs gesetzt hat. Es verbreitert sich der Basiskonsens über die Unverzichtbarkeit von Demokratie überhaupt. Und von daher ergibt sich die Einsicht in die Untrennbarkeit und in die dialektische Prozeßhaftigkeit von Nichteinmischung *und Zusammenarbeit.* Dabei werden sicher für lange Zeit die Ansichten über das, was für den Fortschritt geschichtlich notwendig und geschichtlich möglich ist, auseinandergehen. Aber ein kategorisches Nein zum Fortschritt im Zeichen der Demokratie liegt jenseits des Basiskonsenses des Neuen Europa. Wir verspüren das gerade in diesen letzten Wochen und Monaten: Das vom Antikommunismus über den Antisozialismus und den Antiliberalismus bis selbst zum Antireformismus reichende faschistische Nein zum humanitären und sozialen Fortschritt, über das Geschichte und Weltgewissen schon 1945 das letztinstanzliche Urteil gefällt haben, wird, exemplifiziert in dem zu Ende gehenden spanischen Regime, einhellig von dem der KSZE entwachsenden Europa verworfen. Dieses Regime wird sich beugen müssen oder sich selbst ausschließen. Ist das „Einmischung"? Es ist die unausweichliche Konsequenz aus dem Zusammenwachsen von Nichteinmischung und Zusammenarbeit und aus der Preisgabe einer fiktiven Neutralität gegenüber der Geschichte: Das Neue Europa ist in diesem Sinne „parteilich". Seine Partei ist die Demokratie. Die Totalabsage an die Demokratie ist Sabotage an der Zusammenarbeit. —

Bundespräsident Scheel hat soeben in diesem Zusammenhang bei seinem Staatsbesuch in Moskau die Sentenz von sich gegeben: „Die in Helsinki vereinbarten Verbesserungen des Austauschs von Informationen sollen einen offenen Wettbewerb der Ideen begünstigen." So zweifellos richtig dieser Satz ist, so zweifelhaft ist es, ob bei all denen, die — ebenso frohgemut oder auch nicht — dem „offenen Wettbewerb der Ideen" das Wort reden, auch ein richtiges Verständnis dieses Begriffs obwaltet. Nachdem die technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen und den nicht-sozialistischen Staaten Europas schon jetzt ein nur noch auf die Gefahr schwerster wirtschaftlicher Krisen hin reduzierbares Volumen angenommen hat, wird auch das von 1945 bis etwa 1947 schon aufgenommene, im Kalten Krieg eingefrorene *europäische* Gespräch über die Konkretisierung von „Freiheit" und den Pegel unverzichtbarer demokratischer Minima wieder in Gang kommen. Unfähig ist zu einem solchen Gespräch, wer auf Besitzständen aufruhende handfeste Interessen umstandslos als „Ideen" ausgibt (manche dieser Stilisierer wissen nicht einmal, was sie tun) und im eigenen Hause mit solchen „Ideen" die Ideen totschlägt — siehe das bürgerliche Trauerspiel der „Berufsverbote" usw. Wer darüber hinaus aus den Absichtserklärungen der Teilnehmerstaaten der KSZE zum „Dritten Korb" ein von außen ansetzendes Brecheisen zur Demontage sozialistischer Systeme macht, betreibt in der Tat Einmischung. „Offener Wettbewerb der Ideen zwischen West und Ost" wird in voller Breite und ohne die jämmerliche Berechnung von Austauschparitäten usw. erst dann stattfinden, wenn da, wo nicht der Weg in den Sozialismus gegangen worden ist (der ganz gewiß kein von Fehlern, Widersprüchen und Konflikten verschonter ist), die Restituierung der bürgerlich-demo-

kratischen Freiheiten stattgefunden hat und durch die Einlösung ihrer Verheißungen die Verbeulung der Ideen unmöglich geworden ist. Ein so ermöglichter „Wettbewerb der Ideen" ist eine allseitig höchst „ökonomische" Veranstaltung: Er kann den Preis, den die Menschheit für ihren Fortschritt zu zahlen hat, dem Nulltarif erheblich annähern.

Alternativen wirksamer und sozialer Wirtschaftspolitik

Von Jörg Huffschmid

I. Verschärfung der Krise, Scheitern der offiziellen Wirtschaftspolitik

Die Bundesregierung ist offensichtlich der Ansicht, die von ihr im August und September beschlossenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen seien ausreichend, die gegenwärtige akute Wirtschaftskrise in der BRD zu überwinden, daher müsse man jetzt vor allem die weitere Entwicklung abwarten. Auch die Mehrheit der Delegierten des Mannheimer Parteitages der SPD schien diese Meinung zu teilen, als sie hinsichtlich der Konjunkturpolitik empfahl, am besten zunächst einmal keine zu betreiben, sondern die Dinge sich entwickeln zu lassen. Inzwischen entwickeln sich die Dinge: es steigen die Unternehmergewinne wieder auf breiter Front, es steigen aber auch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Preise und Konkurszahlen, dagegen sinken Produktion und Reallöhne; die Krise geht weiter und verschärft sich, die materiellen Lebensbedingungen für einen großen Teil der Bevölkerung verschlechtern sich und werden sich in den nächsten Monaten weiter verschlechtern.

Ist die wirtschaftliche Lage der BRD durch eine weitere Verschärfung der Krise in diesem Winter gekennzeichnet, so die wirtschaftspolitische Konzeption der Bundesregierung durch tiefgreifende Ratlosigkeit angesichts der Tatsache, daß die konzeptionelle Grundlage aller offiziellen wirtschaftspolitischen Orientierungen offensichtlich hinfällig ist: diese Grundlage ist das Konzept vom Zusammenhang zwischen Gewinnen, Investitionen, Produktion und Beschäftigung in der Marktwirtschaft. Es zeigt sich am Verlauf der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in der BRD sehr deutlich, daß dieser Zusammenhang ein höchst einseitiger ist: Zwar sinken Produktion und Investition, zwar gibt es Arbeitslosigkeit, wenn die Unternehmensgewinne sinken, dies hat sich 1974 gezeigt; in umgekehrter Richtung besteht diese Abhängigkeit aber nicht, wie man an der Entwicklung in diesem Jahr sieht: zwar sind durch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen vom Dezember 1974 und durch die niedrigen Tarifabschlüsse des Jahres 1975 die Unternehmergewinne wieder gestiegen — die 5 großen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute rechnen für 1975 mit einer Zunahme der Einkommen aus Unternehmertätig-

keit und Vermögen von netto 5,5 % gegenüber einer Steigerung der Nettolohn- und -gehaltssumme um 4 % [1]) —, die Produktion wird in diesem Jahr jedoch real um 4 % niedriger sein als 1974 [2]), und die Arbeitslosigkeit liegt 1975 — im Jahresdurchschnitt ebenso wie am Jahresende — beträchtlich höher als im Vorjahr. Nach der Gemeinschaftsprognose der Institute wird sich die Situation auch im nächsten Jahr in dieser Hinsicht nicht wesentlich ändern: trotz einer angenommenen Nettogewinnsteigerung um 15,5 % (gegenüber einer Zunahme der Nettolöhne- und -gehälter um 3 %) werden die Investitionen real um ganze 2,5 Mrd. DM oder um 2 % zunehmen [3]), und es „wird die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 1976 etwa ebenso hoch sein wie 1975" [4]). Auch das Ende November erschienene Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sieht zwar den „Wiederaufschwung in greifbarer Nähe" versteht unter Wiederaufschwung aber in erster Linie steigende Gewinne bei gleichbleibend hoher Arbeitslosigkeit und einer Inflationsrate von 5 % [5]). Der zur Begründung für die Forderung nach Zurückhaltung bei den Lohnforderungen unablässig bemühte Zusammenhang zwischen steigenden Gewinnen und steigender Beschäftigung wird also von den quasi-amtlichen Instituten und Sachverständigen selbst nicht ernst genommen: sie prognostizieren steigende Gewinne bei unvermindert hoher und sogar steigender Arbeitslosigkeit.

II. Das Ziel des Vorschlags für eine andere Wirtschaftspolitik

Angesichts dieser aktuellen Krisensituation und der zu erwartenden weiteren Verschärfung sowie angesichts der wirtschaftspolitischen Hilflosigkeit der Regierung stellt sich die Frage nach wirtschaftspolitischen Alternativen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der damit verbundenen Belastung für breiteste Bevölkerungskreise mit größter Dringlichkeit, und diese Frage ist trotz aller offiziellen Nichtzurkenntnisnahme durch die Bundesregierung und die Repräsentanten der herrschenden Wirtschaftswissenschaften nicht mehr von der Tagesordnung abzusetzen. Dies beweisen zahlreiche Diskussionen und Vorschläge aus den Reihen der Gewerkschaften [6]), und es beweist auch die relativ breite Beachtung, die das „Memorandum für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik" gefunden hat, das 41 Wirtschaftswissenschaftler am 4. November 1975 in Bonn vorgelegt haben [7]) und an das sich die Ausführungen in diesem Artikel anlehnen. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß die Diskussion der Probleme, die mit derartigen Fragen verbunden sind, noch ziemlich in den Anfängen steckt. Dies

1) Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1975, in: DIW-Wochenbericht 42—43/1975, S. 358.
2) Ebd., S. 357.
3) Ebd., S. 357.
4) Ebd., S. 354. Faszinierend ist dabei die Begründung der Institute dafür, daß die Arbeitslosenzahlen nicht noch weiter steigen werden: „In den kommenden Monaten dürfte die Beschäftigung sogar noch zurückgehen. Allerdings wird die Zahl der Arbeitslosen deutlich weniger steigen, als die Zahl der Beschäftigten abnimmt, vor allem, weil viele arbeitslose Ausländer in ihre Heimatländer zurückkehren. Außerdem wird sich ein Teil jener Arbeitslosen, die auf längere Zeit keine Chancen einer Wiedereinstellung sehen (Arbeitnehmer, die bereits Anspruch auf Rente geltend machen können; Zweitverdiener, die aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert werden), wahrscheinlich nicht mehr als arbeitslos melden", ebd., S. 354. Die Arbeitslosigkeit wird also nicht deshalb in geringerem Umfang zunehmen, weil es weniger Arbeitslose gibt, sondern deshalb, weil weniger tatsächlich Arbeitslose als solche registriert werden!
5) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 25. 11. 1975, S. 11, und „Süddeutsche Zeitung" (SZ) v. 25. 11. 1975, S. 1.
6) Vgl. z. B. das 10-Punkte-Programm, das die IG Metall in einer Klausurtagung am 11. und 12. 9. 1975 verabschiedet hat und das Alternativforderungen zur offiziellen Wirtschaftspolitik enthält (abgedruckt in: „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik", 10/1975, S. 13). In diesem Zusammenhang sind auch die verschiedenen Stellungnahmen von Bedeutung, die der DGB in den letzten Jahren zur Wirtschaftspolitik abgegeben hat, vor allem die „Vorschläge für ein Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" vom 10. 12. 1974 (abgedruckt in: Wirtschaftspolitische Informationen der Abteilung Wirtschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand, 14/1974 v. 10. 12. 1974) sowie die Vorschläge, die in dem Brief von Heinz Oskar Vetter an Bundeskanzler Schmidt v. 9. 7. 1975 enthalten sind (abgedruckt in: Wirtschaftspolitische Informationen der Abteilung Wirtschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand, 5/1975 v. 22. 7. 1975).
7) Der volle Wortlaut findet sich u. a. in: „Blätter", 11/1975, S. 1287 ff.

ist auch weiter nicht verwunderlich: zu lange hat die herrschende Wirtschaftswissenschaft, deren Repräsentanten die Beraterposten für die Regierung ebenso besetzt halten wie die Lehrstühle der Universitäten, in ihren öffentlichen Sachverständigengutachten ebenso wie in ihrer Lehrtätigkeit die Diskussion über echte Alternativen der Wirtschaftspolitik abgeblockt, aus dem Bereich der Wissenschaft verwiesen und als „Ideologie" denunziert. Die Entwicklung der realen Verhältnisse diskreditiert diese Wissenschaft zwar aufs trefflichste, ihre Herrschaft ist damit aber noch nicht gebrochen und ist heute als Sozialisationsmilieu ökonomischer Intelligenz noch fast allgegenwärtig.

Worum geht es in erster Linie bei der Frage nach demokratischen Alternativen der Wirtschaftspolitik? Es geht um zwei zusammenhängende Probleme: zum einen darum, unter den gegebenen Verhältnissen möglichst schnell und möglichst umfassend die gravierenden materiellen Belastungen, denen die Mehrheit der Bevölkerung in der gegenwärtigen Krise ausgesetzt ist — also Arbeitslosigkeit und Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen — zu beseitigen. Dieses Problem der schnellen Abhilfe in einer bereits eingetretenen gravierenden Krisensituation behandelt das erwähnte Memorandum, und es wird auch Gegenstand dieses Artikels sein.

Daneben und darüber hinaus stellt sich aber die Frage nach einer präventiven Wirtschaftspolitik, die Krisensituationen wie die gegenwärtige vermeiden hilft und zu diesem Zwecke grundsätzliche Neuordnungen der ökonomischen Funktionszusammenhänge, der Planungs- und Entscheidungsstrukturen sowie des wirtschaftspolitischen Instrumentariums konzipieren und einführen muß. Konzeptionen einer derartigen weiterreichenden demokratischen Wirtschaftspolitik werden im nächsten Heft behandelt.

Um Mißverständnissen von vornherein vorzubeugen: es kann nicht darum gehen, die krisenfreie kapitalistische Wirtschaft zu entwerfen. Krisenfreie kapitalistische Wirtschaft hat es nicht gegeben und wird es nicht geben, solange die Kapitalverwertung das zwanghafte Entwicklungsgesetz der Wirtschaft ist. Die Gesetzmäßigkeiten der Krise sind Bestandteil des Funktionsmechanismus des Kapitalismus, sie drücken sich in der Tendenz zur periodischen Überakkumulation und zum Fall der Profitrate aus, und es besteht kein Anlaß, an der Wirksamkeit dieser Gesetze in der Zukunft zu zweifeln. Aber wenn man dies feststellt, muß man auch genau sein: kapitalistische Krise ist die Unfähigkeit des Kapitals, sich zu verwerten, ist zunächst und im Kern Krise des kapitalistischen Profits. Das Kapital — als Gesamtheit gesehen — versucht selbstverständlich, diese Profitkrise auf die Bevölkerung abzuwälzen und gerade dadurch seine eigenen Verwertungsbedingungen wieder zu verbessern. Nur ist mit der Zwangsläufigkeit dieses Versuchs noch nicht die Zwangsläufigkeit seines Gelingens eingeschlossen: es hängt von den jeweiligen konkreten Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen ab, ob und wieweit es den Unternehmern gelingt, die Profitkrise auf die arbeitende Bevölkerung durch Entlassungen, Kurzarbeit, Umsetzungen und Druck auf die Löhne abzuwälzen (ebenso wie es vom Kräfteverhältnis zwischen den einzelnen Kapitalen abhängt, welches Einzelkapital von dem für die Klasse insgesamt unvermeidbaren Verlust am meisten betroffen wird und welches sich individuell diesem Verlust auf Kosten anderer Einzelkapitale entziehen kann). Der Kampf der fortschrittlichen Kräfte für eine alternative Wirtschaftspolitik kann kein — illusionärer — Kampf gegen die kapitalistische Krise an sich sein, er ist vielmehr der Kampf gegen die Belastung der Bevölkerung durch die Krise des Profits.

Dieser Kampf allerdings muß im Hinblick auf kurzfristige und auf längerfristige Zielsetzungen geführt werden und bedarf des abgestuften Einsatzes kurzfristig und langfristig wirkender Instrumente; er muß darauf abstellen, einerseits die akute Krisensituation für die Bevölkerung zu beenden und darüber hinaus bestimmte Instrumente der Planung und Kontrolle zu entwickeln, die — indem sie die Wirkung des Profitprinzips bei der Steuerung des Umfangs und der Struktur der Produktion schrittweise einschränken — nicht nur die Abwälzung von Krisenlasten verhindern, sondern auch die Entwicklung und den Ausbruch von Krisen selbst längerfristig beeinflussen können.

Wenn in diesem Artikel zunächst kurzfristige Alternativvorschläge für eine wirksame Wirtschaftspolitik im Interesse der breiten Mehrheit der Bevölkerung diskutiert werden sollen, so muß gleich zu Anfang auf zwei weitere Einschränkungen hingewiesen werden:

Erstens werden nur die Möglichkeiten alternativer wirtschaftspolitischer Maßnahmen *der Regierung* untersucht und damit nur ein — und nicht der wichtigste — Teil der Strategien der fortschrittlichen Kräfte zur Sicherung des Lebensstandards der Massen überhaupt. Im Gesamtspektrum dieser Strategien spielt aber ganz sicher nicht die Einflußnahme auf die offizielle Wirtschaftspolitik der Regierung, sondern der direkte gewerkschaftliche Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen, vor allem die Auseinandersetzung in den laufenden und noch kommenden Tarifrunden sowie der Kampf gegen Entlassungen, Kurzarbeit, Streichung von außertariflichen Zulagen (Weihnachtsgeld) und Kündigung von Betriebsvereinbarungen auf der Ebene der Unternehmen die Hauptrolle. Nur der geschlossene gewerkschaftliche Druck, die konsequente Vertretung der Interessen der Lohn- und Gehaltsabhängigen kann im Kampf um die Erhaltung und den Ausbau der materiellen Lebensbedingungen zum Erfolg führen, und dieser Kampf wird immer noch in erster Linie in direkter Konfrontation mit den Unternehmerverbänden und Unternehmensleitungen ausgetragen, denen die Regierung allerdings auf vielfache Weise zur Seite steht.

Zweitens: Organisierter, vor allem gewerkschaftlicher Druck ist nun allerdings auch in bezug auf die Durchsetzung einer alternativen regierungsamtlichen Wirtschaftspolitik erforderlich. Die Kurzfristigkeit der hier als Sofortprogramm vorgeschlagenen Politik im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung beinhaltet zwar, daß diese Politik unter den gegebenen gesellschaftlichen Grundverhältnissen, also unter den Bedingungen des Privateigentums an Produktionsmitteln und des Marktes als wichtiger Steuerungsinstanz für die Produktion, möglich ist und stattfinden soll; sie beinhaltet aber nicht, daß sie ohne eine Änderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse möglich ist. Denn die gegenwärtig betriebene Politik ist ja just das Ergebnis und der Ausdruck des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses zwischen den Interessen des Kapitals und denen der fortschrittlichen Kräfte in der BRD. Der Ausweis der Wirksamkeit, der sozialen Wünschbarkeit und der Machbarkeit einer alternativen Wirtschaftspolitik wird zweifellos nicht die Folge haben, daß die Bundesregierung in sich geht und ihren Kurs ändert. Denn ihre Politik ist nicht nur durch falsche Theorien, sondern auch und in erster Linie durch mächtige Interessen bestimmt, denen nicht nur mit richtigen Theorien, sondern vor allem durch organisierten Gegendruck begegnet werden muß. Ohne derartigen Druck von der Seite derer, die unter der Krise in erster Linie zu leiden haben, wird die Bundesregierung ihre bisherige Politik dahingehend fortsetzen, daß sie die Gewinne noch weiter und noch stärker steigert, den gesellschaftlich produzierten Reichtum noch weiter zugunsten der Kapitaleigner umverteilt und damit die Lebensbedingungen der breiten Massen noch weiter verschlechtert.

Aus diesen notwendigen Einschränkungen kann aber nicht gefolgert werden, Alternativvorschläge für eine bessere Wirtschaftspolitik wie die hier diskutierten seien sinnlos, weil sie Alternativvorschläge für eine alternative Politik der *Regierung* und nicht der Gewerkschaften oder der autonomen Arbeiterklasse an sich seien, somit ein Appell an den bürgerlichen Staat seien, den man als in den Wind geschrieben abtun müsse. Denn solange Wirtschaftspolitik im System der bürgerlichen Gesellschaft wesentlich von Regierungen betrieben wird, solange es ganz bestimmte — in der Bevölkerung akzeptierte — „Kompetenzen" für Wirtschaftspolitik gibt, kann nur der Aufweis, daß auch innerhalb dieses institutionellen Rahmens Alternativen der Politik möglich sind, die Mobilisierung und den politischen Druck erzeugen, der nicht nur die bereits vorhandenen Möglichkeiten ausnutzt, sondern in weiterer Entwicklung die institutionelle Kompetenzverteilung selbst ändern wird. Die Kritik, die darauf hinausläuft, Alternativvorschläge innerhalb des Kapitalismus müßten Vorschläge für eine gewerkschaftliche Politik sein, die sich weder an den staatlichen Kompetenzen orientierten noch gar auf sie richteten, gibt durch die definitorische Festlegung, staatliche Politik im Kapitalismus sei eh nur Politik im Interesse des Kapitals und nichts als das, vorschnell ein Feld des Klassenkampfes auf und verzichtet darauf, durch gewerkschaftliche Mobilisierung die Kräfteverhältnisse auch innerhalb des Rahmens staatlicher Politik verändern zu wollen. Die fatale Konsequenz eines solchen Verzichtes liegt darin, daß sie die von der herrschenden Theorie und Propaganda verbreitete These bestätigt, daß es, wenn man sich einmal auf die bürgerliche Gesellschaft und ihre institutionelle Kompetenzverteilung einlasse, in der Tat keine Alternative zu der tatsächlich betriebenen Politik geben könne. Damit aber wird die ohnehin schon verbreitete Resignation bei all denen bekräftigt, die sich auf das Leben in der bürgerlichen Gesellschaft und mit ihren Institutionen eingelassen haben — und das ist beim gegenwärtigen Stand der Entwicklung der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung. Erst der Aufweis fortschrittlicher politischer Alternativen innerhalb des Systems der bürgerlichen Gesellschaft kann das politische Potential mobilisieren, das im Kampf um die tatsächliche Durchsetzung dieser Alternativen die Unversöhnlichkeit der Interessen der Lohn- und Gehaltsabhängigen mit denen des Kapitals erfährt, die Einsicht in die Notwendigkeit weitergehender Veränderungen der Gesellschaftsstruktur in diesem Kampf entwickelt und diese Änderungen dann auch durchzusetzen gewillt ist.

Eine kurzfristig wirksame Wirtschaftspolitik im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung hat sich zunächst auf die dringendsten Probleme der Bevölkerung zu konzentrieren. Sie muß zum einen dafür sorgen, daß diejenigen, die von der Krise bereits massiv betroffen sind, die Arbeitslosen, Kurzarbeiter und die finanziell schwächsten Schichten der Gesellschaft, nicht noch zusätzlich in ihren materiellen Lebensbedingungen eingeschränkt werden; dies bedeutet volle Aufrechterhaltung und weiteren Ausbau des Systems der sozialen Sicherheit und der Sozialleistungen. Sie muß zum anderen dafür sorgen, daß die Arbeitslosigkeit als Hauptübel der Gegenwart möglichst schnell und umfassend beseitigt wird, also eine wirksame Beschäftigungspolitik betreiben, ohne den materiellen Lebensstandard der Lohn- und Gehaltsabhängigen einzuschränken.

Erhaltung und Ausbau der Sozialleistungen einerseits und wirksame Beschäftigungspolitik andererseits sind die beiden Hauptfelder einer wirksamen und sozialen Wirtschaftspolitik; sie sollen in den beiden folgenden Abschnitten konkreter untersucht werden, ehe daran anschließend gezeigt werden soll, daß und wie das vorgeschlagene Alternativprogramm finanziert werden kann.

III. Erhaltung und Ausbau des Systems der sozialen Sicherheit und der Sozialleistungen

Die Bundesregierung verweist bei vielen Gelegenheiten darauf, daß sie eines der weitestgehenden und besten, wenn nicht gar das beste Sozialleistungssystem in der „freien Welt" habe [8]). Bei aller Skepsis gegenüber derartigen Aussagen und allen Zweifeln an der Güte dieses Sozialleistungssystems, die einem vor allem kommen müssen, wenn man es mit den Sozialsystemen der sozialistischen Länder vergleicht, ist anzuerkennen, daß das Sozialversicherungs- und -leistungssystem der BRD relativ breit und durchaus eine Errungenschaft ist — die im übrigen nur im heftigen Kampf gegen die Unternehmerverbände durchgesetzt werden konnte. Was aber nutzt das beste Sozialleistungssystem, wenn es bei außergewöhnlicher Beanspruchung teilweise zurückgenommen, wenn gesetzlich, beispielsweise im Arbeitsförderungsgesetz, festgelegte Ansprüche in kritischen Situationen getilgt werden? Eben dies hat die Bundesregierung getan: Von den Sparmaßnahmen in Höhe von 7,9 Mrd. DM, die durch das „Haushaltsstrukturgesetz" verabschiedet werden sollen, entfallen zwei Drittel, nämlich 5,1 Mrd. DM, direkt auf Sozialleistungen, davon 3,8 Mrd. auf die Verminderung der Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit zur Arbeitslosenversicherung — der Ausfall soll durch eine Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge von 2 auf 3 % des Bruttolohns bzw. -gehalts ausgeglichen werden —, 900 Mio. DM auf Streichungen der Leistungen im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes und weitere 343 Mio. auf Streichungen im Bereich des Ausbildungsförderungsgesetzes und des Graduiertenförderungsgesetzes [9]). Konkret heißt das für den Bereich des Arbeitsförderungsgesetzes:

1. „Einige Fälle, für die sich eine Förderung als arbeitsmarktpolitisch nicht sinnvoll erwiesen hat, (werden) aus der Förderung ausgeschlossen"; hierdurch werden 1976 rund 480 Mio. DM gespart [10]).

2. Der Zuschlag zum Schlechtwettergeld sowie das Kurzarbeitergeld für gesetzliche Feiertage werden gestrichen, das Arbeitslosengeld für solche Arbeitslose, deren Ehegatte noch erwerbstätig ist, wird gesenkt. Arbeitslosenhilfe soll es für Schul- und Hochschulabsolventen nur noch geben, wenn sie bereits beruflich tätig waren. Durch diese Streichungen werden 210 Mio. DM gespart [11]).

3. „Der Begriff der Zumutbarkeit bei Vermittlungsangeboten an Arbeitslose soll konkreter gefaßt werden." Was heißt hier „konkreter"? „Ein angebotener Arbeitsplatz muß auch dann als zumutbar gelten, wenn er nicht ganz so interessant, nicht ganz so nah und nicht ganz so gut bezahlt ist wie der bisherige Arbeitsplatz" [12]). Die „Konkretisierung" des Zumutbarkeitsbegriffs besteht schlicht in der Veranlassung, künftighin schlechtere Arbeitsplätze als zumutbar zu betrachten.

Die zunehmende Beanspruchung von Arbeitslosengeld ist ein alarmierendes Zeichen für die gravierende Verschlechterung der Lebensbedingungen für immer größere Teile der lohn- und gehaltsabhängigen Bevölkerung. In dieser Situation ist es eine unsoziale Politik, diese Verschlechterung durch Beschränkung des Anspruches und der Höhe des Arbeitslosengeldes zu verstärken. Ebenso unerhört

8) Vgl. die jeweils unter der Rubrik „Internationale Vergleiche" in den jährlich erscheinenden Sozialberichten der Bundesregierung enthaltenen Angaben.
9) Vgl. „Bulletin", hrsg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung („Bulletin") Nr. 111 v. 12. 9. 1975, S. 1094.
10) Ebd., S. 1097.
11) Ebd., S. 1097.
12) Ebd., S. 1097.

ist es, wenn die von den Unternehmen eingeschlagene Strategie, durch lohnmindernde Umsetzungen die Arbeitskraft zu dequalifizieren, durch die Dehnung der Zumutsbarkeitskriterien bei Arbeitsplatzangeboten und durch die Erschwerung von Umschulungs- und Ausbildungsmöglichkeiten von seiten der Arbeitsämter unterstützt wird. Es müßte im Gegenteil nicht nur unter sozialen, sondern auch unter längerfristigen „arbeitsmarktpolitischen" Gesichtspunkten dafür gesorgt werden, daß Arbeitslose besonders in strukturschwachen Bereichen und Branchen verstärkt die Gelegenheit zur Umschulung ohne finanzielle Einbußen erhalten, um später wieder einer normalen und qualifizierten Erwerbstätigkeit nachgehen zu können.

Wenn die Bundesregierung bekanntgibt, daß Ende August 1975 von den (registrierten) Arbeitslosen nur zwei Drittel Arbeitslosenunterstützung und nur 54 % reguläres Arbeitslosengeld erhalten haben [13]), so ist dies kein erfreuliches Zeichen für die sparsame Haushaltsführung der Arbeitsämter, sondern ein Skandal zu Lasten der Arbeitslosen. Die Minimalforderung einer sozialen Wirtschaftspolitik in der Krise besteht darin, daß alle Arbeitslosen Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer ihrer Arbeitslosigkeit erhalten. Um diese Forderung zu realisieren, muß die Anwartschaftsfrist ebenso gestrichen werden wie die Verweigerung von Arbeitslosengeld für Teilzeitbeschäftigte; es muß aber vor allem mit der nach geltendem Recht erlaubten Praxis der „Aussteuerung" von Arbeitslosen nach einer gewissen Zeit der Arbeitslosigkeit Schluß gemacht werden, die im Höchstfall ein knappes Jahr beträgt. Die Institution der Arbeitslosenhilfe ist entweder ganz zu streichen oder auf wenige Ausnahmefälle zu beschränken, während sie gegenwärtig zum Regelfall bei andauernder Arbeitslosigkeit wird: Wenn die Arbeitslosigkeit länger dauert, wird der Arbeitslose vom Versicherungsfall zum Fürsorgefall, mit erheblichen finanziellen Einbußen und all den bürokratischen Schikanen und Demütigungen, die die Praxis des Fürsorgesystems mit sich bringt.

Neben dieser Ausdehnung der *Dauer* des Arbeitslosengeldes für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit muß seine *Höhe* entschieden heraufgesetzt werden. Es gibt keine stichhaltigen Gründe dafür, daß ein Arbeitnehmer das Risiko für eine von ihm nicht verschuldete Arbeitslosigkeit dadurch mittragen soll, daß er, wenn ihn solche Arbeitslosigkeit trifft, finanziell schlechter gestellt ist als vorher. Vielmehr ist unter sozialen und Gerechtigkeitsgesichtspunkten zu fordern, daß Arbeitslosengeld in voller Höhe des durchschnittlichen Nettolohns- oder -gehalts der letzten Monate vor der Arbeitslosigkeit gezahlt wird. Jede andere Argumentation enthält letzten Endes in der einen oder der anderen Form die Hypothese, irgendwie sei der von Arbeitslosigkeit Betroffene an seiner Arbeitslosigkeit doch schuld und müsse durch eine Einbuße in seinem Lebensstandard hierfür bestraft werden. Wenn Arbeitslosigkeit aber nicht die Schuld des davon Betroffenen ist, sondern durch mangelnde Rentabilität des Kapitals herbeigeführt wird, besteht kein Grund für die staatliche Sozialpolitik, auch nur einen Pfennig weniger Arbeitslosengeld zu zahlen als der Nettolohn oder das Nettogehalt der letzten Monate beträgt; dieser Betrag ist in seiner Höhe dem Preisindex für die Lebenshaltung eines Arbeitnehmerhaushaltes anzupassen. Nur die Gewährung von Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit und in voller Höhe der bisherigen Nettobezüge kann verhindern, daß die unverschuldet von der Krise kapitalistischer Profite Betroffenen in ihrem Lebensstandard ein-

[13]) Die Zahl für das Arbeitslosengeld ergibt sich aus den Angaben, daß Ende August 64,3 % der registrierten Arbeitslosen Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe erhalten haben und daß 16,2 % aller Leistungsempfänger Arbeitslosenhilfe erhielten. Vgl. SZ v. 16. 9. 1975, S. 9, und „Weser-Kurier" v. 26. 8. 1975.

geschränkt werden — und daß im übrigen der durch eine solche Einschränkung hervorgerufene Ausfall an privater Konsumnachfrage die wirtschaftliche Krise noch verschärfen würde.

Auch die geplanten Streichungen im Bereich der Ausbildungs- und Graduiertenförderung sind als unsozial und kurzsichtig abzulehnen. Unsozial deshalb, weil sie ganz allgemein die Ausbildung produktiver und intellektueller Fähigkeiten, die die Gesellschaft zu ihrer eigenen Reproduktion braucht, dem Einzelnen aufbürden, der am Ende eines Studiums — wenn er überhaupt Arbeit findet — seine berufliche Tätigkeit tiefverschuldet beginnt und weil sie im besonderen wieder zu einer noch stärkeren Diskriminierung von einkommensschwachen Schichten im Bildungssystem der BRD führen müßte. Kurzsichtig ist eine solche Politik, weil sie den Anreiz zur intellektuellen Ausbildung, zur Aufnahme eines Studiums und damit zur Hebung des allgemeinen Qualifikationsniveaus für möglichst viele stark einschränken würde, was langfristig der Qualität der wissenschaftlichen Entwicklung und dem technischen Fortschritt äußerst hinderlich sein müßte. Demgegenüber ist die volle Aufrechterhaltung der Ausbildungsförderung und die Heraufsetzung der Ausbildungssätze mindestens entsprechend der Preisentwicklung zu fordern.

Auch die sozialen Leistungen für die sozial schwächsten Schichten müssen ausgedehnt werden, so daß ihr Lebensstandard allmählich an das gesellschaftliche Durchschnittsniveau angeglichen wird. Dies erweist sich vor allem angesichts der permanenten Preissteigerungen als notwendig, von denen die schwächsten Schichten am schwersten betroffen sind, und hinter denen die Anpassung der Sozialsätze ebenso permanent hinterherhinkt. In diesem Zusammenhang ist die allgemeine Erhöhung der Mehrwertsteuer — die ab 1. Januar 1977 vorgesehen ist — entschieden abzulehnen, weil sie gerade diese besonders schwachen Schichten in besonders gravierender Weise in ihren Lebensbedingungen trifft und einschränkt. Es ist im Gegenteil sogar zu fordern und realisierbar, die Mehrwertsteuer auf die Güter des dringendsten Lebensbedarfes — wie Brot, Kartoffeln, Milch, Eier usw., aber auch für Strom und Gas — ganz zu streichen, um auf diese Weise vor allem die sozial schwächsten Schichten, die von der Mehrwertsteuer auf diese Güter am härtesten betroffen werden, finanziell zu entlasten. Es könnte eine sinnvolle Lösung sein, zur Kompensation des hierdurch verursachten Einnahmeausfalls bei der Mehrwertsteuer die Sätze für hochwertige und Luxusgüter — vom Farbfernseher bis zur Luxusjacht — drastisch heraufzusetzen. In diesem Fall würde es sich um eine konjunktur- wie sozialpolitisch äußerst sinnvolle Umstrukturierung der Mehrwertsteuer ohne Aufkommenswirkungen handeln.

Daß die bisherigen Angriffe auf die Sozialleistungen in der BRD nicht die letzten sein werden, geht aus zahlreichen Veröffentlichungen der Unternehmerverbände hervor, in denen vor allem die Krankenversicherung und die Rentenversicherung als die beiden größten Posten der Sozialversicherung angegriffen werden und das Prinzip der stärkeren Selbstbeteiligung der Betroffenen gefordert wird [14]). Wo die nächste Attacke hinzielt, sagt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) in einem Leitartikel vom 11. November 1975, wenn sie verschiedene Möglichkeiten eines „behutsamen Abbaus" von Rentenleistungen — u. a. die Rückgängigmachung der 1975 um ein halbes Jahr vorgezogenen Rentenanpassung, die Einführung eines Beitrags der Rentner zur Krankenversicherung — fordert, mit dem Zugeständnis, daß dies „sich natürlich als ‚soziale Demontage' denunzieren" lasse. Der Angriff auf das System der sozialen Sicherung und der Sozialleistungen in

14) Vgl. die im Juli 1975 von der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) herausgegebene Broschüre „Soziale Sicherung unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen".

der BRD hat mit den gravierenden Eingriffen in die Leistungen der Arbeits- und Ausbildungsförderung erst begonnen, die Hauptangriffe werden erst kommen und sich auf die Kranken- und die Rentenversicherung richten. Um so wichtiger ist es, diesen jetzt erfolgten Angriffen entschieden entgegenzutreten und von der Bundesregierung „eine verbindliche Garantie für die Unantastbarkeit des Netzes der sozialen Sicherung" zu fordern, wie dies die IG Metall auf ihrer Klausurtagung vom 11. und 12. September d. J. getan hat.

Die hier vorgeschlagenen kurzfristigen Maßnahmen würden in erster Linie zur Folge haben, daß den von der gegenwärtigen Krise unmittelbar und am härtesten Betroffenen geholfen wird, daß ihre finanzielle Lage sich nicht erheblich verschlechtert und sie nicht ohne Schuld in plötzliche Armut sinken. Dies ist das Hauptziel des Ausbaus der Sozialleistungen, durch ihn wird die Arbeitslosigkeit selbst noch nicht beseitigt. Es ist aber auch anzumerken, daß über die Zunahme der staatlichen Transferzahlungen an Arbeitslose und Bedürftige der private Verbrauch — der bei Bezug von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe unvermeidlich eingeschränkt werden muß und der volkswirtschaftlich immerhin 55 % (real 60 %) der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ausmacht — wieder angekurbelt und ausgedehnt wird und daß von daher belebende Impulse auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und auf die Gewinnsituation der Unternehmen ausgehen, deren Umfang allerdings schwer abschätzbar ist.

Abschließend zu diesem Punkt noch eine Bemerkung: Die Sozialgesetze der BRD sind nicht vom Himmel gefallen, noch entspringen sie der fortschrittlichen Laune der SPD. Sie sind vielmehr Ausdruck der Lebens- und Sicherungsbedürfnisse der Lohn- und Gehaltsabhängigen in unserer Gesellschaft und Ergebnis eines langen Kampfes fortschrittlicher Kräfte — vor allem in den Gewerkschaften — gegen die unmittelbaren und mittelbaren Interessen der Unternehmer. Wenn es möglich war, diese Gesetze gegen die selbstverständlich nicht neuen, sondern immer schon angeführten „Sachargumente" der anderen Seite durchzusetzen, dann sollte es auch möglich sein, sie gegenwärtig zumindest in vollem Umfang aufrechtzuerhalten und anzuwenden, vielleicht sogar auszudehnen. Weder die Verabschiedung noch die Aufrechterhaltung und Anwendung dieser fortschrittlichen Gesetze verstoßen gegen einen *Sachzwang* oder ein Naturgesetz des Kapitals, beides verstößt vielmehr gegen das *Interesse* des Kapitals, gegen dieses Interesse aber verstößt es im Interesse der breiten Mehrheit der Bevölkerung.

IV. Wirksame Beschäftigungspolitik

Der zweite Bereich kurzfristig realisierbarer wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise besteht in einer wirksamen Beschäftigungspolitik. Zwar werden auch durch die finanzielle Entlastung der schwächsten Schichten über die Anhebung des privaten Verbrauchs schon wichtige Beschäftigungswirkungen erzielt werden können; bei dem Umfang und der Tiefe der gegenwärtigen Krise ist es jedoch zweifelhaft, ob diese Ankurbelungseffekte ausreichen, um die Akkumulationsbedingungen wesentlich zu verbessern. Ein derartiger Zweifel wird natürlich auch davon abhängen, wie die Ausdehnung der staatlichen Sozialleistungen finanziert werden soll; darüber wird später noch zu reden sein. Auf jeden Fall aber scheint es unabdingbar, zusätzlich zu der über die volle Ausschöpfung und Erweiterung der Sozialleistungen erfolgten Anhebung des privaten Verbrauchs andere beschäftigungssteigernde Maßnahmen durchzuführen.

Ausgangspunkt hierfür müßte die nachweisbare und eingangs belegte Tatsache sein, daß die Grundannahme der Symmetrie des Zusammenhangs zwischen

Gewinnentwicklung und Beschäftigungsentwicklung nicht stimmt: sinkende Gewinne ziehen zwar — unter den gegebenen gesellschaftlichen Umständen — unweigerlich sinkende Beschäftigung nach sich; wenn die Gewinne aber aus inneren — Kapitalentwertung, Mehrwertsteigerung — oder äußeren — Weltmarkt, Wirtschaftspolitik — Ursachen wieder steigen, dann heißt das noch lange nicht, daß auch die Beschäftigung wieder zunimmt.

Die zwingende Konsequenz aus diesen Tatsachen müßte für eine ernsthaft an der Beseitigung der Arbeitslosigkeit interessierte Regierung eigentlich darin bestehen, eine autonome Beschäftigungspolitik ohne Rücksicht auf die Gewinne der Unternehmen zu betreiben, statt wie die Bundesregierung unbeirrt weiter die Gewinne zu steigern, in der Hoffnung, daß sich irgendwann einmal doch ein positiver Effekt zeigen werde (diese Hoffnung ist langfristig natürlich nicht unrealistisch: irgendwann einmal wird das Gewinniveau wieder so hoch sein, daß die Akkumulation weitergeht. Es fragt sich nur, wann dieser Effekt eintritt und wie teuer seine Herbeiführung für die Bevölkerung ist; denn er wird ja aus der Verschlechterung ihres Lebensstandards bezahlt).

Nun kann eine Regierung in der BRD freilich nicht — und schon gar nicht kurzfristig — von sich aus Arbeitsplätze (etwa durch die Expansion der öffentlichen Unternehmen) in ausreichendem Umfang schaffen, dazu ist der Sektor der öffentlichen Unternehmen viel zu klein. Ausdehnung der Beschäftigung als Resultat einer autonomen Beschäftigungspolitik bedeutet daher unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen Ausdehnung der Beschäftigung bei den privaten Unternehmen, und diese privaten Unternehmen müssen durch die Politik der Regierung zu dieser Ausdehnung der Beschäftigung veranlaßt werden.

Die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse verbieten es aber auch, die Unternehmen etwa durch Gesetz oder Rechtsverordnung oder sonstige Anweisungen zu zwingen, mehr Arbeitskräfte einzustellen. Sie verbieten es andererseits aber nicht, wenn die Regierung die Unternehmerpropaganda und sich selbst beim Wort nimmt, um den behaupteten, aber in den letzten Monaten ganz und gar fehlenden Zusammenhang zwischen Gewinnen und Beschäftigung tatsächlich herzustellen, darauf zu insistieren, daß er realisiert wird. Die Regierung könnte durch geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen einerseits die Gewinne der Unternehmen steigern und gleichzeitig durchsetzen, daß auch Produktion und Beschäftigung steigen. Hierbei kann sie auf „klassische" Konjunkturankurbelungsinstrumente zurückgreifen, die jedoch entsprechend den neuen Bedingungen mit neuen Maßnahmen zu kombinieren sind. Das klassische Keynessche Konjunkturankurbelungsinstrument ist die Ausdehnung der Staatsausgaben, die über die Verbrauchsquote das Volkseinkommen multiplikativ vermehren, brachliegende Kapazitäten wieder nutzen und zu einer Mengenkonjunktur mit Produktions- und Beschäftigungsausdehnung ohne Preissteigerungen führen. Eine kurzfristige Anti-Krisenpolitik brauchte nichts anderes zu tun als diesen Mechanismus in Gang zu setzen, für sein effektives Arbeiten zu sorgen. Dies wäre dadurch kurzfristig herbeizuführen, daß die gewinnbringenden Staatsaufträge *unter der Bedingung* vergeben werden, daß Produktion und Beschäftigung ohne Preissteigerungen ausgedehnt werden. Ein derartiges Programm hat den Vorteil, daß einerseits dafür gesorgt wird, *daß* insgesamt mehr produziert wird und die Arbeitslosigkeit sinkt und daß andererseits von der Regierung bestimmt werden kann, *was* und *wo* produziert wird, daß also über den globalen Nachfrageeffekt hinaus noch ein produktionslenkender Struktureffekt ausgeübt wird.

Im Hinblick auf den globalen Nachfrageeffekt könnte man bei der Bestimmung der Höhe der zusätzlichen Staatsausgaben von einem Vergleich mit der Situation 1967 und den damals ergriffenen Maßnahmen ausgehen: Im Jahre 1967 wurden im Abstand von wenigen Monaten zwei Sonderhaushalte in der Gesamthöhe von 7,2 Mrd. DM verabschiedet. Die Situation war jedoch in zweifacher Hinsicht von der gegenwärtigen sehr verschieden: zum einen ist die gegenwärtige Krise ungleich gravierender, sowohl Produktionsausfall wie auch Arbeitslosenzahl liegen mehr als doppelt so hoch wie 1967, und dazu kommt noch die Inflation, die es 1967 ebenfalls nicht gab. Zum anderen fand die frühere Rezession in einer für einen schnellen Wiederaufschwung außerordentlich günstigen internationalen Konstellation statt — die meisten anderen kapitalistischen Länder hatten Hochkonjunktur —, gegenwärtig ist jedoch genau das Gegenteil der Fall, die Krise ist international. Ohne einen Anspruch auf eine genaue Ableitung des genauen Betrages kann man aus diesen Überlegungen folgern, daß die Höhe eines gegenwärtig zu verabschiedenden Sonderhaushalts etwa in der Größenordnung von 20 Mrd. DM liegen müßte, sich also keinesfalls auf die 5,75 Mrd. DM beschränken dürfte, die die Bundesregierung vorgesehen hat.

Im Hinblick auf den strukturellen Aspekt eines umfangreichen staatlichen Sonderhaushaltes des Bundes empfiehlt es sich sowohl aus gesellschaftspolitischen wie sozialen Erwägungen, als auch im Hinblick auf die Beschäftigungswirkungen, die staatlichen Aufträge in den gesellschaftlichen Infrastrukturbereich zu lenken, der überdies zu einem großen Teil aus Bauten besteht, die durch eine sehr arbeitsintensive Industrie produziert werden [15]). Die Forderung, vermehrte Staatsausgaben unter bestimmten Auflagen zu vergeben und genauer zu lenken, hat auch die IG Metall auf ihrer schon erwähnten Klausurtagung erhoben: „Die IG Metall fordert (deshalb) von Bund, Ländern und Gemeinden, die Vergabe öffentlicher Zuschüsse und Aufträge an private Investoren mit Auflagen zu koppeln (z. B. Abbau von Kurzarbeit, Neueinstellungen statt Mehrarbeit, Schaffung von Ausbildungsplätzen, Einhaltung von Schutzbestimmungen); der Vergabe öffentlicher Aufträge den Vorzug gegenüber Subventionen an die Privatwirtschaft zu geben . . ."

Der institutionellen Realisierung einer derartigen wirksamen Beschäftigungspolitik stehen keine schwerwiegenden Hindernisse entgegen. Schon die „Verordnung über die Preise bei öffentlichen Aufträgen", eine Rahmenverordnung aus dem Jahre 1953, und die ebenfalls aus dem Jahre 1953 stammenden „Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten" [16]) stellen hier Präzedenzfälle dar, zu denen in Analogie „Leitsätze für die Beschäftigungspolitik bei Staatsaufträgen" oder „Leitsätze für die Ausdehnung der Produktion bei Staatsaufträgen" entwickelt werden könnten. Eine andere Möglichkeit besteht darin, die öffentlichen Geld- und Kreditinstitute (Sparkassen) stärker an der Abwicklung der Staatsaufträge zu beteiligen und über sie Druck und Kontrolle hinsichtlich der Produktions- und Beschäftigungswirkungen der staatlichen Aufträge auszuüben.

Es wird zuweilen argumentiert, daß derartige entschiedene staatliche Ankurbelungsmaßnahmen mit einschneidenden Kontrollen hinsichtlich des Eintritts der damit beabsichtigten Wirkungen von seiten der privaten Unternehmen dadurch

15) Forderungen nach umfangreichen Staatsinvestitionen in diesen Bereichen hat auch der DGB-Vorsitzende in seinem Brief vom 9. 7. 1975 an Bundeskanzler Schmidt erhoben (vgl. Anm. 6).
16) „Verordnung über die Preise bei öffentlichen Aufträgen" mit der Anlage „Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten" (LSP), in: „Bundesanzeiger" Nr. 244 v. 18. 12. 1953. Vgl. dazu Hellmuth Ebisch und Joachim Gottschalk, Preise und Preisprüfungen bei öffentlichen Aufträgen einschließlich Bauaufträgen, München 1973 (3. Aufl.).

sabotiert werden könnten, daß sie auf die mit derartigen Auflagen versehenen Staatsaufträge verzichten, damit die Krise für die Bevölkerung vertiefen und die Regierung unter erpresserischen Druck setzen könnten. Eine derartige Argumentation überschätzt *erstens* den Organisationsgrad und die Interessenidentität der Unternehmen und vernachlässigt die Tatsache, daß die Unternehmen — auch unter monopolistischen Bedingungen — in Konkurrenz zueinander stehen, daß ein kollektiver Boykott gegenüber gewinnsteigernden Maßnahmen auch für einen entschiedenen Anhänger der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus kaum vorstellbar ist. Dies gilt um so mehr, als *zweitens* die aktuelle Situation gerade durch das Sinken der allgemeinen Profitrate und die Verschlechterung der allgemeinen Verwertungsbedingungen gekennzeichnet ist, der sich jedes Kapital durch individuelle Gewinnsteigerungsmaßnahmen — und sei es mit Hilfe von Staatsaufträgen — zu entziehen versuchen muß. Sicher ist es richtig, daß die Unternehmen, vor die Wahl gestellt, Staatsaufträge ohne oder solche mit Auflagen zu übernehmen, sich für auflagenfreie entscheiden würden. Nur stehen sie nicht vor dieser Wahl, sondern vor der zwischen Staatsaufträgen mit Auflagen und keinen Staatsaufträgen, und es ist sehr fraglich, ob sie sich angesichts der allgemeinen Krisensituation wirklich für letztere Variante entscheiden und ob das wirklich alle tun würden. Und selbst wenn einige große Monopole diese Staatsaufträge boykottieren würden, dann kämen *drittens* die Mittel eben ihren Konkurrenten oder vielen Klein- und Mittelunternehmen zugute, die ohnehin in der Regel diese Mittel dringender benötigen und zweitens arbeitsintensiver verwenden würden als die großen Monopole. *Viertens:* Auch die sofortige Kapitalflucht der Großunternehmen ist leichter angedroht als ausgeführt und keine ernsthafte praktische Möglichkeit einer kurzfristigen Reaktion, solange das Kapital in inländischen Produktionsanlagen gebunden ist, die man ja nicht einfach ausführen kann. Und schließlich *fünftens:* ein mehr oder minder offener Boykott von Staatsaufträgen mit Auflagen durch Unternehmerverbände und Großunternehmen würde deren Image nicht gerade verbessern, und der These, Großunternehmen und Schlüsselindustrien gehörten unter öffentliche Kontrolle, müßten vergesellschaftet und in demokratischer Planung und Kontrolle zum allgemeinen gesellschaftlichen Nutzen eingesetzt werden, neue Nahrung geben, und hieran kann den Monopolen und Monopolverbänden am allerwenigsten gelegen sein.

Aus diesen ökonomischen und politischen Gründen scheint ein umfassender Boykott staatlicher Aufträge, selbst wenn sie mit rigorosen Auflagen verbunden sind, unwahrscheinlich, solange sich mit diesen Aufträgen noch eine Gewinnsteigerung erzielen läßt.

Staatliche Auftragsvergabe mit der Auflage zur Expansion der Beschäftigung und der Produktion verstärken den Angebotsdruck auf den Märkten und können von daher dazu tendieren, mäßigend auf die Preisentwicklung einzuwirken. Dennoch ist dies keine Garantie dafür, daß die staatliche Wirtschaftspolitik nicht sehr kurzfristig und sehr wirksam durch die Preispolitik der Großunternehmen durchkreuzt wird. Die Preispolitik der großen marktbeherrschenden nationalen und internationalen Konzerne ist die Flanke, von der her jede wirtschaftspolitische Maßnahme unwirksam gemacht und jede beabsichtigte Verbesserung des Lebensstandards der Werktätigen verhindert werden kann. Die Politik der großen Lebensmittelkonzerne entscheidet ebenso unmittelbar über die Befriedigung der elementarsten Lebensbedürfnisse der Menschen wie die Preispolitik der Ölkonzerne und mehr oder minder durch Zwischenstufen vermittelt wirkt sich die Preispolitik aller marktbeherrschenden Unternehmen auf den realen Lebensstandard einer Gesellschaft aus. Und diese Politik ist nicht die der freien Konkurrenz, die zur schnellst-

möglichsten, umfassenden und billigsten Versorgung der Gesellschaft mit Gütern führen sollte. „Es muß unterstellt werden, daß heute die Preisbildung bei weit mehr als der Hälfte aller Güter und Leistungen unter Bedingungen erfolgt, die den Regeln des Preiswettbewerbs bei vollständiger Konkurrenz nicht entsprechen. Damit aber weicht auch die Reaktion des Marktes auf Angebot- und Nachfrageänderungen vom Modell der vollständigen Konkurrenz ab. Senkungen der Nachfrage führen nicht ohne weiteres zu Preissenkungen, wie auch Preiserhöhungen infolge unzureichenden Angebots oft keine Produktionsausweitung bewirken. Vor allem aber führen Kostensenkungen nicht mehr in gleichem Umfang und gleichem Tempo zu Preissenkungen, wie Kostenerhöhungen in anderen Sektoren der Wirtschaft zu Preiserhöhungen führen; der kompensatorische Ausgleich von Preiserhöhungen durch Preissenkungen unterbleibt" [17]).

Eine Angelegenheit von derart gravierenden und unmittelbaren Wirkungen für die Allgemeinheit muß aber öffentlicher Diskussion und Kontrolle zugänglich gemacht werden; insofern ist hier die private Dispositionsautonomie der Unternehmen zugunsten einer stärkeren Berücksichtigung der verfassungsmäßig gebotenen Sozialbindung einzuschränken. Es wäre schon ein Fortschritt, wenn die Öffentlichkeit sich in gleicher Ausführlichkeit und Detailliertheit um die Preiskalkulation und Preispolitik der Unternehmen kümmern würde, wie das gegenwärtig bei den gewerkschaftlichen Lohnforderungen der Fall ist — oder wenn der Sachverständigenrat, der soviel über die gewerkschaftlichen Lohnforderungen klagt, auch nur annähernd gleiche Aufmerksamkeit dem Problem der Preispolitik marktbeherrschender Unternehmen widmete.

Die Preispolitik der Großunternehmen muß aber nicht nur für die öffentliche Diskussion transparent gemacht, sie muß auch unter öffentliche Kontrolle gestellt werden, wenn staatliche Wirtschaftspolitik nicht völlig ohnmächtig sein will. Wenn der Markt seine von den Apologeten der Marktwirtschaft immer wieder beschworene Aufgabe — beste, billigste und umfassende Versorgung der Bevölkerung mit allen Gütern — wegen der Marktmacht der Konzerne nicht erfüllt, hat der Staat lenkend einzugreifen. Oder „Wo der Markt die Preise nicht mehr kontrollieren kann, müssen öffentliche Preiskontrollen installiert werden", schreibt der Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand, Rudolf Henschel, und fährt fort: „Das bedeutet, daß alle Unternehmen, die bestimmte Kriterien der Marktbeherrschung überschreiten, durch eine neu zu schaffende Marktaufsicht zu kontrollieren sind" [18]).

Die institutionellen Hebel für eine öffentliche Kontrolle der Preissetzungspolitik von marktbeherrschenden Unternehmen sind auch hier ohne größere Probleme zu schaffen. Soweit es sich um von Staatsaufträgen begünstigte Unternehmen handelt, könnte *erstens* über die Straffung und rigorose Anwendung der „Leitsätze für die Preisermittlung aufgrund von Selbstkosten" und die „Verordnung über die Preise bei öffentlichen Aufträgen" eine genaue Kontrolle und Bewertung der Kosten- und Preiskalkulation durchgeführt werden. *Zweitens* könnten auch hier die öffentlichen Geld- und Kreditinstitute die Preispolitik ihrer Kunden überwachen und entsprechenden Druck zur Durchsetzung von Preisdisziplin ausüben.

17) Rudolf Henschel, Preiskontrollen als Mittel der Inflationsbekämpfung, in: Manfred Krüper (Hrsg.), Investitionskontrolle gegen die Konzerne, Reinbek 1974, S. 90.

18) Ebd., S. 95. Daß auch in der SPD diese Frage zumindest diskutiert wurde, geht aus einer Rede des Bundestagsabgeordneten Schmidt (Wattenscheid) in der Energiedebatte vom 17. 1. 1974 hervor, wo er unter anderem ausführte: „Die deutschen Verbraucher fühlen sich, wie ich es empfinde, mit Recht entweder durch die Mineralölwirtschaft oder durch den Mineralölhandel oder gelegentlich durch beide übervorteilt . . . Gäbe es keine Alternative, gäbe es keine andere Wahl, wären mir im Interesse der Menschen dieses Landes und letzten Endes auch im Interesse der Wirtschaft dieses Landes durchgreifende Preiskontrollen jedenfalls lieber als vorgelegte Alibipapiere großer nationaler oder internationaler Konzerne" (Protokoll der Bundestagssitzung v. 17. 1. 1974, S. 4551).

Drittens könnte das Bundeskartellamt ermuntert und beauftragt werden, im Rahmen seiner Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen deren Preispolitik verstärkt und häufiger materiell zu überprüfen und Bußgeldverfahren bei Verstößen einzuleiten. Das Bundeskartellamt hat in den letzten Jahren schon von sich aus mit wechselndem Erfolg versucht, das mißbräuchliche Verhalten von Konzernen in der Preispolitik zu untersuchen und zu unterbinden. Wenig erfolgreich war es in dieser Hinsicht bei den großen Mineralölgesellschaften, denen trotz massiver Erhöhung der Benzinpreise ein Mißbrauch ihrer marktbeherrschenden Stellung nicht nachgewiesen werden konnte, so daß das eingeleitete Mißbrauchsverfahren im August 1974 eingestellt werden mußte [19]). Eigentlicher Grund für diese Einstellung war die Unmöglichkeit, an die tatsächlichen Kostenunterlagen der ausländischen Muttergesellschaften der westdeutschen Ölkonzerne heranzukommen, die mit weit überhöhten Einstandspreisen ihre Kostenrechnung verzerrten, ohne daß ihnen diese Verzerrung nachgewiesen werden konnte. Auch das am 24. Mai 1974 eingeleitete Verfahren gegen das Volkswagenwerk, das bei erheblich gesunkenem Mengenabsatz seine Preise am 13. Mai 1974 um 5,2 % erhöht hatte, wurde — auf einen Wink des Bundeswirtschaftsministers — mit außerordentlicher Geschwindigkeit schon am 31. Mai 1974 wieder eingestellt, „weil der Mißbrauchsverdacht nach dem Ergebnis der Verhandlungen nicht mehr aufrecht erhalten werde" [20]). Mehr Erfolg hatte das Bundeskartellamt in einem Verfahren gegen das Arzneimittelunternehmen E. Merck, dem es am 21. März 1974 auferlegte, die Preise für zwei Ausführungen von Vitamin B 12-Präparaten um 60 % bzw. 70 % zu senken; diese Verfügung ist in der anschließenden Entscheidung des Kammergerichts vom 19. März 1975 zumindest teilweise — Senkung um 39 % statt 60 % und um 57 % statt um 70 % — bestätigt worden [21]). Ferner hat das Bundeskartellamt der Firma Roche Grenzach, einer Tochtergesellschaft des Hoffmann-La Roche-Konzerns, am 16. Oktober 1974 aufgegeben, seine Preise für Valium um 40 % und für Librium um 35 % zu senken [22]). Diese Verfahren, deren Erfolge man angesichts der prinzipiellen Gegnerschaft der Regierung im Hinblick auf jede Preiskontrolle nicht gering schätzen sollte, von denen man sich aber auch aus den gleichen Gründen keine besonderen Multiplikatorwirkungen versprechen sollte, zeigen deutlich, daß man in der institutionellen Hochburg zum Schutze des Unternehmenswettbewerbs sich über diese Problematik weitgehend im klaren ist und die Notwendigkeit einer detaillierten und materiellen Prüfung der Kalkulationsgrundlagen und der Preisbestimmung der Konzerne voll eingesehen hat.

Viertens schließlich könnte relativ schnell eine spezielle Preiskontrollstelle geschaffen werden, die „ihrerseits durch paritätisch besetzte Organe zu kontrollieren wäre" [23]). Eine solche Preiskontrollstelle müßte Einblick in die Kosten- und Preiskalkulationen der Unternehmen erhalten, regelmäßig selbst Marktbeobachtungen machen und Orientierungspreise veröffentlichen, wobei eine Abweichung von diesen Preisen dem Amt gegenüber besonders zu begründen und in einer weiteren Stufe von ihm zu genehmigen wäre [24]). Das Preiskontrollamt sollte

19) Vgl. „Wirtschaft und Wettbewerb", 5/1974, S. 289, und „Wirtschaft und Wettbewerb", 9/1974, S. 592.
20) Vgl. „Wirtschaft und Wettbewerb", 6/1974, S. 367.
21) Vgl. „Wirtschaft und Wettbewerb", 7/8, 1974, S. 560 f., sowie „Wirtschaft und Wettbewerb", 10/1975, S. 649 ff.
22) Vgl. „Wirtschaft und Wettbewerb", 1/1974, S. 84 ff., insbes. S. 98.
23) Rudolf Henschel, Preiskontrollen . . ., a.a.O., S. 95.
24) Interessant ist, daß eine solche Genehmigungspflicht auch beim Bundeskartellamt für sinnvoll erachtet wird. „Der Vorsitzende der 7. Beschlußabteilung des BKartA, Markert, bezeichnete am 13. 2. 1974 vor dem Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb eine Lösung durchaus für systemkonform, bei der marktbeherrschende Unternehmen durch Rechtsverordnung verpflichtet würden, eine beabsichtigte Preiserhöhung beim BKartA anzumelden. Diese könne dann erst wirksam werden, wenn ihr das Amt binnen einer bestimmten Frist nicht widerspreche" („Wirtschaft und Wettbewerb", 3/1974, S. 147).

darüber hinaus nicht nur von sich aus, sondern auch auf Grund von Hinweisen aus der Bevölkerung, von Organisationen und Einzelpersonen tätig werden.

Für die allererste Zeit allerdings bedürfte es zur Einführung einer Preiskontrolle gar keiner neuen Institutionen; es bedürfte dazu nur politischer Entscheidungen und der Anweisung, bestimmte bestehende Vorschriften streng anzuwenden und bestimmte Entscheidungsspielräume in anderer Weise als bisher zu nutzen. Es bedürfte einer politischen Entscheidung, die im Gegensatz zur bisherigen Praxis darauf hinausliefe, daß es im „nationalen Interesse" liege, die Preispolitik marktbeherrschender Unternehmen zu kontrollieren, statt sie zur heiligen Stätte der Unternehmerfreiheit zu erklären. Man würde sich wahrscheinlich wundern, mit welcher Schnelligkeit und Gründlichkeit das „Sachargument": Preiskontrolle kann ja doch nicht funktionieren, widerlegt würde, wenn man die Bedingungen für das Funktionieren von Preiskontrollen durch klare politische Entscheidungen schaffen würde.

Wenn die Regierung mit Unterstützung — oder besser unter dem massiven Druck — der fortschrittlichen Kräfte ein derartiges kontrolliertes Beschäftigungsprogramm durchsetzen würde — umfangreiche Staatsaufträge mit Auflagen hinsichtlich der Produktions- und Beschäftigungswirkungen und mit Preiskontrollen —, dann entfiele ein Argument, das darauf hinausläuft, wegen der andernfalls zu erwartenden inflationären Wirkungen den Umfang der zusätzlichen staatlichen Investitionsausgaben so gering zu halten, daß von ihm in der Tat nur ein sehr geringer ankurbelnder Effekt ausgehen könnte. Die „zu erwartenden inflationären Wirkungen" sind in Wirklichkeit ja nur dann zu erwarten, wenn ihnen nicht entschieden entgegengetreten und die unternehmerische Dispositionsfreiheit bezüglich der Produktion von Inflation in ähnlicher Weise eingeschränkt wird, wie sie etwa bezüglich der Produktion von Umweltverschmutzung bereits — wenn auch noch nicht genügend — eingeschränkt ist, ohne daß irgendein ernstzunehmender Mensch diese letztere Einschränkung noch als unbillig und Eingriff in die Grundprinzipien der „freien Gesellschaft" empfinden würde. Preiskontrollen bei den Begünstigten von Staatsaufträgen und bei marktbeherrschenden Unternehmen verhindern diese inflationären Effekte und zerstören die Automatik, die scheinbar in der Ausdehnung von Staatsaufträgen liegt.

Mit einer derartigen autonomen Beschäftigungspolitik würde nur das erzwungen, was die bürgerliche Theorie in dieser Situation weitgehender Überkapazitäten ohnehin als zutreffend unterstellt und in den Lehrbüchern immer wieder reproduziert, was aber gerade wegen der von der bürgerlichen Ökonomie nicht zur Kenntnis genommenen weitgehenden Monopolisierung der Märkte gegenwärtig nicht automatisch eintritt: eine klassische Mengenkonjunktur mit steigender Produktion und Beschäftigung bei stagnierenden Preisen. Eine solche Entwicklung könnte ohne besondere Schwierigkeiten für die Unternehmen solange weitergehen, bis die vorhandenen Kapazitäten wieder ausgelastet sind.

Auch für den Fall der Preiskontrolle gilt, daß ihr Fehlen den Unternehmen — in erster Linie allerdings den monopolistischen Unternehmen — den höchsten Profit bringt, ohne die Gewähr für höhere Produktion und Beschäftigung zu geben. Ihre Einführung in Verbindung mit umfangreichen Staatsaufträgen bedeutet für die Unternehmen immer noch ein kräftiges Ansteigen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und damit der Gewinnchancen — wenn auch nicht in dem Umfang wie ohne Preiskontrolle —, gleichzeitig aber zumindest von der Seite der Preise her eine Stabilisierung und Verbesserung der Lebensbedingungen für die werktätige

Bevölkerung. Die Unternehmen lieben Preiskontrollen ebensowenig wie Produktions- und Beschäftigungsauflagen, am wenigsten die Monopole, die vom Fehlen derartiger Auflagen am meisten, wenn nicht sogar ausschließlich profitieren; wenn die weitere Kapitalverwertung jedoch politisch an derartige Bedingungen gebunden, aber dadurch nicht verunmöglicht wird, werden sie auch mit derartigen Auflagen leben können. Nicht die Gesetzmäßigkeit der ökonomischen Verhältnisse steht also der Einführung von Preiskontrollen entgegen, sondern die mangelnde Entschiedenheit des politischen Willens bzw. der mangelnde Druck von seiten der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Organisationen.

V. Zur Frage der Finanzierung

Die Sicherung und Erweiterung der Sozialleistungen sowie eine autonome Beschäftigungspolitik kosten natürlich Geld, und es stellt sich das Problem, wie ein derartiges Programm zu finanzieren ist. Diese Frage wird denen, die ein Alternativprogramm vorlegen, gerne als „ökonomisches Argument" im Gegensatz zu ihren politischen Wunschvorstellungen entgegengehalten, wie die Reaktion auf die Vorlage des Memorandums vom 11. April gezeigt hat.

Zur Beantwortung dieser — auch jenseits politischer Diffamierung ernstzunehmenden — Frage lassen sich prinzipiell drei Wege angeben. Die staatlichen Ausgaben des vorgeschlagenen Konjunkturprogramms lassen sich finanzieren

— über eine Erhöhung der staatlichen Einnahmen;

— über Streichung von Staatsausgaben an anderer Stelle;

— über eine Ausdehnung von Neuverschuldung.

Diese drei Möglichkeiten sollen im folgenden kurz beleuchtet werden, wobei davon auszugehen ist, daß nicht eine allein, sondern alle drei zusammen die Finanzierung des Gesamtprogramms zu leisten hätten.

Zu 1: Staatliche Einnahmesteigerung

Im Bereich der Einnahmesteigerung stehen wiederum zwei verschiedene Maßnahmemöglichkeiten zur Diskussion:

— die Erhöhung der Steuereinnahmen des Bundes;

— die Vermeidung von Mindereinnahmen des Bundes durch Streichung von Steuerhilfen.

Die im Finanzplan 1976 vorgesehenen Steuereinnahmen des Bundes werden sich nach Schätzungen der Bundesregierung auf 125 Mrd. DM belaufen [25]). Davon entfallen 35 Mrd. DM auf den Bundesanteil an der Lohnsteuer, 34 Mrd. DM auf die sogenannten Bundessteuern (17,7 Mrd. Mineralölsteuer, 9,1 Mrd. Tabaksteuer, 3,3 Mrd. Branntweinsteuer, 1,3 Mrd. Kaffeesteuer, 1,2 Mrd. Versicherungssteuer sowie 15 weitere Steuern geringeren Umfanges), 22 Mrd. DM auf den Bundesanteil an der Umsatzsteuer und 14 Mrd. DM auf die Einfuhrumsatzsteuer, die alle wegen ihrer unmittelbaren Bedeutung für die Lebenslage breitester Bevölkerungskreise nicht für eine Kürzung in Frage kommen. Es bleiben die Bundesanteile an der Einkommenssteuer (12,4 Mrd. DM), an der Körperschaftssteuer (4,5 Mrd. DM) und an der Gewerbesteuerumlage (3,6 Mrd. DM). Eine Erhöhung der Gewerbesteuer würde auch viele kleine Betriebe empfindlich treffen und kommt daher nicht in Frage; die Steigerung der Körperschaftssteuer bringt dem Fiskus kaum etwas und würde den notwendigen politischen Aufwand nicht lohnen. Eine Steigerung der Einkommenssteuer für hohe Einkommen, etwa ab 5000 DM bis zu einem Spitzensatz von 80 % etwa ist zwar unter sozialen und

Gerechtigkeitsgesichtspunkten unbedingt zu begrüßen, wird aber wenig aufkommenswirksam sein: auf diesem Wege würden wohl nicht mehr als 1 Mrd. DM zusätzlich in die Bundeskassen fließen. Man sollte natürlich nicht auf dieses Geld verzichten, sich über seine Höhe jedoch keine Illusionen machen.

Da die — theoretisch immerhin bestehende — Möglichkeit der Erhöhung des Bundesanteils an den Gemeinschaftssteuern wegen der prekären bis katastrophalen Finanzsituation der Länder und Gemeinden nicht in Frage kommt, ist der Bereich der direkten Steuererhöhungen als Finanzierungsquelle für ein umfangreiches staatliches Konjunkturprogramm von sehr untergeordneter Bedeutung.

Es besteht jedoch eine andere sinnvolle Möglichkeit, die Einnahmen des Bundes erheblich zu steigern und dadurch Finanzierungsmittel für ein wirksames Konjunkturprogramm freizusetzen: Die Steuerhilfen, die der Staat jährlich vor allem der gewerblichen Wirtschaft als Subventionen gewährt und die zu Steuermindereinnahmen führen, müssen gründlich durchforstet und auf ihre Unabweisbarkeit überprüft werden. Nach dem 5. Subventionsbericht der Bundesregierung vom 22. 10. 1975 [26]) sollen die Steuervergünstigungen im Jahre 1976 insgesamt 32,0 Mrd. DM betragen, davon sollen 15,2 Mrd. DM auf den Bund entfallen [27]), und zwar für folgende Förderungsmaßnahmen:

Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	*1 344 Mio. DM*
Bergbau	*168 Mio. DM*
Regionale Strukturmaßnahmen	*2 279 Mio. DM*
Kreditwirtschaft	*313 Mio. DM*
Gewerbliche Wirtschaft (ohne Verkehr)	*1 253 Mio. DM*
Verkehr	*755 Mio. DM*
Freie Berufe (im wesentlichen die Umsatzsteuerbefreiung für Ärzte)	*1 307 Mio. DM*
Wohnungs- und Städtebau	*803 Mio. DM*
Sparförderung und Vermögensbildung	*1 857 Mio. DM*
Sonstige	*5 169 Mio. DM*
Insgesamt	*15 248 Mio. DM*

Von diesem Gesamtbetrag sollte man zunächst die Subventionen für Sparförderung und Vermögensbildung abziehen, da sie im wesentlichen den lohn- und gehaltsabhängigen Bevölkerungskreisen zugute kommen; die Steuervergünstigungen für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten verbessern wenigstens teilweise das geringe Einkommen der meisten Bauern, und auch die Steuerminderungen für Wohnungs- und Städtebau enthalten zum Teil Posten, von denen die Bevölkerung direkt profitiert; sie werden daher zur Hälfte von der Restsumme abgezogen. Das gleiche gilt für die „sonstigen Steuervergünstigungen", die die Einnahmen der privaten Haushalte verbessern — ganz abgesehen davon, ob sie besonders sinnvoll sind, wie beispielsweise der Abzug der Kirchensteuer von der Einkommenssteuer [28]).

Nach diesen Abzügen bleiben vom Gesamtbetrag der Steuersubventionen noch rund 10 Mrd. DM übrig, die 1976 fast ausschließlich der Privatwirtschaft zufließen. Eine Kürzung dieser gewinnsteigernden Zuwendungen um die Hälfte würde zu Mehreinnahmen des Bundes von 5 Mrd. DM im Jahre 1976 führen.

[25]) Bundesministerium der Finanzen, Finanzbericht 1976, Bonn o. J. (1975). Auch die anderen Zahlen dieses Absatzes stammen aus dieser Quelle.
[26]) Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre 1973 bis 1976 gemäß § 12 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) vom 8. 6. 1967 (Fünfter Subventionsbericht), BT-Drucksache 7/4203.
[27]) Ebd., S. 18.
[28]) Ebd., S. 261.

Zählt man diesen Betrag aus der Streichung von Steuersubventionen und das grob geschätzte Ergebnis aus der Erhöhung der Besteuerung von Spitzeneinkommen zusammen, so erhält man eine Summe von fast 6 Mrd. DM an staatlichen Mehreinnahmen, die zur Finanzierung eines sozialen und kontrollierten Antikrisenprogrammes der Bundesregierung zur Verfügung stünden.

Zu 2: Haushaltskürzungen

Die Bundesregierung hat bekanntlich für das Jahr 1976 noch keine Steuererhöhungen beschlossen, sondern im wesentlichen zu dem Mittel der Haushaltskürzungen gegriffen, um Mehrausgaben zu finanzieren. Es wurde oben gezeigt, daß die konkreten Maßnahmen fast ausschließlich in den Bereich des öffentlichen Dienstes und der sozialen Sicherheit und Leistungen eingreifen sollen und aus prinzipiellen und sozialen Überlegungen nicht akzeptabel sind. Es fragt sich jetzt, ob andere Positionen des Haushaltes zur Verfügung stehen, bei denen sinnvollerweise gestrichen werden kann.

In Anknüpfung an die Überlegungen zu den Einnahmesteigerungen wären hier zunächst die Subventionen zu überprüfen, die in Form von Finanzhilfen, also als direkte Geldbeträge vom Staat ausbezahlt werden. Nach den Angaben des Subventionsberichtes werden die Finanzhilfen des Bundes für 1974 insgesamt 12,0 Mrd. DM betragen [29]). Davon entfielen an reinen Zuschüssen und Schuldendiensthilfen auf:

Landwirtschaft, Ernährung und Forsten	*2 988 Mio. DM*
Gewerbliche Wirtschaft (ohne Verkehr)	*1 467 Mio. DM*
Verkehr	*734 Mio. DM*
Wohnungswesen	*1 316 Mio. DM*
Sparförderung und Vermögensbildung	*4 200 Mio. DM*
Insgesamt	*10 705 Mio. DM*

Die Kürzung der direkten landwirtschaftlichen Subventionen, sofern sie nicht ohnehin rein sozialen Charakter haben, sondern die Zuschüsse zum europäischen Agrarmarkt betreffen, mit denen erst Überschüsse produziert und dann vernichtet werden, kann kurzfristig kaum in Frage kommen und bedarf einer grundsätzlichen Neuregelung der nationalen und europäischen Agrarpolitik. Auch die Zuschüsse zur Sparförderung und Vermögensbildung sollten von einer Streichung nicht berührt werden, so daß als Gesamtsumme der für eine Kürzung zur Verfügung stehenden Subventionen der Betrag von 3,5 Mrd. DM für 1976 übrig bliebe. Wenn man auch hier von einer Streichung der Subventionen für die Privatwirtschaft in Höhe des halben Betrages der bisherigen Summen ausgeht, so erhält man Kürzungen von 1,75 Mrd. DM, die für die Finanzierung des Konjunkturprogrammes zur Verfügung ständen.

Darüber hinaus sind aber die Staatsausgaben, auch soweit sie nicht Subventionscharakter tragen, auf ihre Notwendigkeit hin zu untersuchen. Und hier bieten sich in erster Linie die Haushaltspositionen an, die von den bisherigen Streichungsabsichten der Bundesregierung so gut wie ganz verschont geblieben sind, die Etats für Verteidigung, für Verteidigungslasten, für die zivile Verteidigung, für Forschung und Technologie und für das Bundesministerium des Inneren. Es gibt kein stichhaltiges Argument gegen die Forderung, nach der Unterzeichnung der Verträge von Helsinki nun mit der militärischen Abrüstung zu beginnen und einen Teil der erforderlichen Ressourcen für wirtschaftliches Wachstum aus den Verteidigungshaushalten zu nehmen. Bei der Abschlußkonferenz in Helsinki ist

[29]) Ebd., S. 15/16.

dies vielfach angekündigt worden, und diesbezügliche Forderungen werden neuerdings auch von den bisher in dieser Hinsicht mehr als zurückhaltenden Gewerkschaften erhoben [30]).

Auch die Ausgaben für das Bundesministerium des Inneren sind in den letzten Jahren durch die besondere Forcierung des Ausbaus des Polizeiapparates, durch Aufstellung besonderer Polizeieinheiten zur Terroristenbekämpfung etc. aufgebläht worden [31]), wobei diese Maßnahmen mehr der politischen Einschüchterung und Disziplinierung der Bevölkerung und der Vorspiegelung von polizeilicher Effizienz dienen sollten, als daß sie tatsächlich notwendig oder gar erfolgreich gewesen sind.

Auch die Ausgaben für Forschung und Technologie, die zu einem großen Teil an Rüstungskonzerne gehen, müßten im Hinblick auf ihre Reduzierbarkeit überprüft werden.

Im Finanzplan der Bundesregierung für 1976 sind für die hier angesprochenen Bereiche folgende Ausgaben vorgesehen [32]):

Verteidigung [33])	*31 447 Mio. DM*
Verteidigungslasten	*918 Mio. DM*
Zivile Verteidigung	*531 Mio. DM*
Forschung und Technologie	*3 918 Mio. DM*
Inneres	*2 242 Mio. DM*
Zusammen	*39 056 Mio. DM*

Wenn wir uns den national und international gemachten Vorschlägen zur Reduzierung der Rüstungskosten um zunächst 15 % pro Jahr anschließen und diese Forderung auch auf die schrittweise Rücknahme des aufgeblähten Polizeiapparates ausdehnen, so erhalten wir eine streichfähige Summe von 5,9 Mrd. DM.

Hinzu kommt ein weiteres Argument: Wir gehen davon aus, daß die Streichungen in den betroffenen Haushalten Zurücknahme von *Volumen* darstellen, also Bestellungen von weniger Panzern weniger Maschinengewehren und so weiter. *Wertmäßig* ergibt sich dabei eine weitere Einsparungsmöglichkeit, die in der Tatsache begründet liegt, daß die Preise für Staatsaufträge wegen der hohen Monopolisierung der von diesen Aufträgen begünstigten Märkte immer in außerordentlich viel höherem Maße gestiegen sind als alle anderen Preise. In der Zeit von 1962 bis 1973 stieg nach den Angaben des Sachverständigenrates [34]) der Preisindex

Für das Bruttosozialprodukt	*um 57 %*
Für die Einfuhr	*um 11 %*
Für die Ausfuhr	*um 15 %*
Für den privaten Verbrauch	*um 47 %*
Für die Ausrüstungsinvestitionen	*um 28 %*
Für Anlageinvestitionen in Bauten	*um 74 %*
Für Staatsverbrauch	*um 111 % (einhundertelf!)*

30) Vgl. z. B. die Ausführungen in der „Holzarbeiter-Zeitung", 11/1975, abgedruckt in: „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik", 11/1975, S. 19.

31) „Neben der äußeren gebührt auch der inneren Sicherheit weiterhin ein hoher Rang. Wir haben im Haushalt 1976 hierfür über eine Milliarde DM veranschlagt. Das ist mehr als doppelt so viel, wie wir für diesen Bereich im Jahre 1970 ausgegeben haben" (Hans Apel in der Bundestagsdebatte v. 4. 11. 1975, Protokoll S. 13 620).

32) Finanzbericht 1976, a.a.O., S. 73.

33) „Diese Zahl versteckt allerdings zwei, wie mir scheint, wichtige Aspekte: Erstens stehen dem Bundesminister der Verteidigung vor allem für 1976 aus den Konjunkturprogrammen noch erhebliche zusätzliche Mittel für Bauten und Beschaffung zur Verfügung. Zweitens wird die Einnahmen- und Ausgabenstruktur des Verteidigungshaushaltes bei Aufrechterhaltung des Streitkräfteumfangs durch die Maßnahmen des Strukturpaketes und ständige Bemühen um Rationalisierung laufend verbessert, so daß die verteidigungsinvestiven Ausgaben bis 1979 wesentlich stärker steigen als die Personal- und Betriebsausgaben" (Hans Apel in der Rede vor dem Bundestag am 4. 11. 1975, Protokoll S. 13 620).

34) Jahresgutachten 1974, BT-Drucksache, 7/2848, S. 278.

Nun sind es aber genau die Investitionen in Bauten und der Staatsverbrauch, die die staatlichen Sachausgaben absorbieren: Rüstungsausgaben fallen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in die Kategorie des Staatsverbrauches. Das heißt, in den Bereichen, in die die staatliche Nachfrage vorwiegend hineingeht, sind auch die höchsten Preissteigerungsraten anzutreffen.

Eine entschiedene und zielstrebige Politik, die sich nicht einfach der Preissetzungspolitik der Konzerne oder von Submissionskartellen aussetzt, kann hier weitere umfangreiche Mittel dadurch einsparen, daß für die nachgefragten Güter Preissenkungen auf ein normales Niveau durchgesetzt werden. Wenn nur die Beträge für laufende Sachausgaben und Sachinvestitionen des Bundes — für die im Finanzplan für 1976 die Summen von 23,2 Mrd. DM bzw. 7,0 Mrd. DM angesetzt werden [35]) — jeweils als erster Schritt um 10 % herabgesetzt werden, ergibt sich eine weitere Haushaltskürzung von rund 3 Mrd. DM.

Wenn die Bundesregierung unter dem Druck der fortschrittlichen Kräfte in den diskutierten Bereichen ein geringeres Volumen vor allem an Rüstungsgütern zu geringeren Preisen kaufen würde, ergäbe sich allein aus dieser Maßnahme eine Einsparung von 8,9 Mrd. DM.

(Die Haushalte für Wirtschaft und für Finanzen sind hier jetzt nicht in die Kürzungsvorschläge einbezogen worden, weil die dort zu kürzenden Beträge im wesentlichen direkte Finanzhilfen, also Barzuschüsse des Bundes darstellen, die oben bei der Subventionskürzung schon berücksichtigt wurden.)

Zusammen mit diesen Beträgen beläuft sich der nach einer ersten groben Schätzung durch eine entschiedene und soziale Wirtschaftspolitik einzusparende Betrag auf 10,75 Mrd. DM. Wenn man konzediert, daß es zu einigen geringfügigen Doppelzählungen bei den Streichungsvorschlägen gekommen sein mag, so bleibt doch als Ergebnis festzuhalten, daß durch entschlossene Haushaltskürzungen an den richtigen Stellen auf jeden Fall gut 10 Mrd. DM an Finanzierungsmasse für ein Expansionsprogramm im Interesse der breiten Mehrheit der Bevölkerung zu gewinnen sind.

Zweifellos muß eine politische Entscheidung in der hier vorgeschlagenen Richtung noch erheblich genauer konkretisiert und detailliert werden, und zweifellos werden sich dabei auch große Schwierigkeiten des Abwägens und Entscheidens ergeben, welche Subvention und welcher Ausgabeposten im einzelnen nun um welchen Betrag gekürzt werden soll. Derartige Schwierigkeiten tauchen aber auch bei den Überlegungen und Konkretisierungen der Entscheidungen zu Lasten der Sozialleistungen auf, und es ist nicht einzusehen, weshalb Einzelprobleme und Komplikationen im Bereich der Sozialleistungen gelöst, im Bereich der Verteidigungsausgaben und der Subventionen aber nicht gelöst werden können. Was eine derartige Lösung erschwert, sind nicht die — zweifellos vorhandenen — schwierigen Einzelfragen, es ist vielmehr der Druck der organisierten Interessen und die überwiegende Ausrichtung der Bundesregierung an den Interessen der Konzerne, die dazu geführt haben, daß der Verteidigungshaushalt und die Subventionen an die Privatwirtschaft von den bisherigen Streichungen unberührt geblieben sind. Diese Ausrichtung versucht die Bundesregierung mit dem Argument der Sachzwänge und dem Fehlen von Alternativen zu legitimieren; ein derartiger Versuch kann nicht allein durch den Aufweis gangbarer Alternativen, sondern muß auch durch den Druck der fortschrittlichen Interessen theoretisch widerlegt und praktisch zurückgewiesen werden.

35) Finanzbericht 1976, a.a.O., S. 167.

Zu 3: Ausdehnung der öffentlichen Verschuldung

Ein weiteres wichtiges Mittel zur Finanzierung der Staatsausgaben, die notwendig sind, um ein wirksames Programm zur Beseitigung der Krisenlasten für die arbeitende Bevölkerung und zum Abbau der Arbeitslosigkeit durchzuführen, ist die öffentliche Kreditaufnahme, entweder über die Emission von Staatsanleihen beim Publikum oder über die direkte Verschuldung bei der Zentralbank.

Zwar werden auch durch die hier vorgeschlagene Haushaltsumstrukturierung mit Sicherheit Beschäftigungswirkungen ausgelöst, da die Verwendung der Mittel für den Ausbau des Sozialbudgets und Staatsaufträge unmittelbar die effektive Nachfrage stärkt, während die Kürzung von Subventionen beispielsweise in der Regel keine direkten Nachfragewirkungen haben wird, sondern im wesentlichen bestimmte Reservepolster der Privatwirtschaft verdünnen dürfte. Dennoch wird man nicht davon ausgehen können, daß die bisher aus den verschiedenen Umstrukturierungen des Haushalts gewonnenen Mittel in vollem Umfang eine Aufstockung der effektiven Nachfrage darstellen; einen gewissen Entzugseffekt werden vor allem die Kürzungen der Staatsaufträge für den Verteidigungshaushalt ganz ohne Zweifel nach sich ziehen. Aus diesem Grunde erscheint es notwendig, zusätzliche Nachfrage auch über eine Ausdehnung der öffentlichen Verschuldung, über eine Ausdehnung der Geldmenge zu erzeugen.

Mit dem Schlagwort von der wachsenden Staatsverschuldung ist in den letzten Wochen und Monaten in der Öffentlichkeit ein ungeheurer Mißbrauch getrieben worden: Regierung, Opposition, Unternehmerverbände und regierungs- und unternehmerfreundliche Presse haben keine Gelegenheit ausgelassen, das Gespenst der „Zerrüttung der Staatsfinanzen" [36]), des überschuldeten, zahlungsunfähigen Staates an die Wand zu malen, der keine Leistungen mehr erbringen kann, in Abhängigkeit zu anderen Nationen gerät und die Bürger dem inneren Chaos und der äußeren Unterjochung ausgeliefert. Dieses Schreckensbild diente der Einschüchterung und Disziplinierung der Bevölkerung, der auf diese Weise der Eingriff in ihren gegenwärtigen Lebensstandard als Sicherung ihrer Zukunft verkauft werden sollte.

Ein Blick auf die Statistik zeigt jedoch, daß die Bundesrepublik in der Staatsverschuldung auf den hinteren Rängen im internationalen Spektrum rangiert, sowohl was den Anteil der Staatsverschuldung am Bruttosozialprodukt, als auch was die Prokopfverschuldung angeht: Auch nach dem abrupten Anstieg der Staatsverschuldung von 69,4 Mrd. DM in 1974 auf 105 Mrd. DM in 1975 liegt die BRD noch weit hinter den USA, Großbritannien, Belgien den Niederlanden und Norwegen und nur vor Dänemark, Frankreich, Japan und Österreich [37]).

Ein kurzfristig weiteres Ansteigen der Staatsverschuldung wird in der Regel mit zwei Argumenten zurückgewiesen:

1. Zum einen würde eine weitere Staatsverschuldung zum Zwecke der konjunkturellen Krisenbekämpfung zu einer Überbeanspruchung des ohnehin schon *strukturell* überschuldeten Haushalts führen und bewirken, daß die Lasten zur Tilgung und Verzinsung der neuen Schulden nicht mehr aufgebracht werden können [38]).

36) Vgl. die Rede des CSU-Vorsitzenden Strauß vor dem Bundestag am 5. 11. 1975, Protokoll S. 13 631—13 648.
37) Finanzbericht 1976, a.a.O., S. 237/8.
38) Eine Pionierrolle in dieser Argumentation spielt dabei das am 5. 7. 1975 übergebene Gutachten des wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium der Finanzen „Zur Lage und Entwicklung der Staatsfinanzen in der BRD", abgedruckt im „Bulletin", Nr. 103 v. 16. 8. 1975, in dem die These vom strukturellen Ungleichgewicht der öffentlichen Haushalte entwickelt und als Sanierungsmaßnahmen ein Abbau öffentlicher Leistungen sowie eine Erhöhung der Mehrwertsteuer empfohlen werden.

Jedoch: wenn die Bundesregierung davon ausgeht, daß es wieder zu einem Aufschwung der Wirtschaft kommen wird, so heißt das auch, daß das gegenwärtige staatliche Defizit in absehbarer Zukunft von einem staatlichen Überschuß abgelöst werden wird, aus dem Schuldenlast und Tilgung der Staatsschulden genauso zu tragen sind wie das früher auch der Fall war. Darüber hinaus muß darauf hingewiesen werden, daß eine konjunkturell geplante Maßnahme nicht mit einem strukturell gemeinten Argument widerlegt werden kann. Ein strukturelles Haushaltdefizit verliert durch den Verzicht auf konjunkturell bedingte und konjunkturell zu tilgende Neuverschuldung nichts an seiner Problematik, sondern muß durch längerfristige Haushaltsumstrukturierungen saniert werden; der Streitpunkt geht darum, in welche Richtung und zu wessen Gunsten diese Umstrukturierung vorgenommen wird.

2. Zum anderen wird immer wieder argumentiert, daß eine höhere Verschuldung über die Ausdehnung der Geldmenge automatisch eine weitere Beschleunigung der Preissteigerung nach sich ziehen müsse [39]). Diese Preissteigerung ist aber keine Automatik, sondern Ergebnis der Entscheidungen und Aktionen von Unternehmern oder Managern, von Entscheidungen und Aktionen, die politisch beeinflußt und u. U. auch zu verhindern sind. Eine solche politische Einflußnahme würde dafür sorgen, daß die zusätzliche Geldmenge zur effektiven Nachfrage würde, die zusätzliche Produktion induzieren, zusätzliche Beschäftigung erfordern und zu einer Ausweitung des Angebots ohne Preissteigerungen führen müßte, zu der schon mehrfach beschriebenen Mengenkonjunktur.

Die Forderung nach zusätzlicher öffentlicher Verschuldung zur Finanzierung eines kontrollierten Konjunkturprogramms kann also weder mit sachfremden Verweisen auf ohnehin vorhandene strukturelle Haushaltsprobleme noch mit Hinweisen auf scheinbare Naturgesetzlichkeiten steigender Preise zurückgewiesen werden. Ohne daß eine genaue Größe hier bestimmt werden kann, sprechen diese Argumente dafür, daß eine weitere konjunkturpolitisch bedingte Verschuldung des Bundes in der Größenordnung von etwa 10 Mrd. DM unproblematisch ist.

Bei diesem Sachstand ist das Beharren auf der Ablehnung weiterer öffentlicher Verschuldung nichts anderes als die Verschleierung möglicher Alternativen der Krisenbekämpfung, die Einstimmung der Bevölkerung auf die „strukturellen Änderungen der öffentlichen Finanzen", auf die geplanten Einschränkungen ihrer materiellen Lebensbedingungen, die Strukturbereinigung in der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums durch die Senkung der Lohnquote und den Abbau der sozialen Leistungen. Daß die Entwicklung von Unternehmerseite in diese Richtung getrieben werden soll, hat der Vorsitzende des Bundesverbandes junger Unternehmer, Michael Bömers, offen erklärt, als er seinen Verband aufforderte: „Wir müssen die historische Chance dieser Krise nutzen" [40]). Die Maßnahmen und Argumentationen der Bundesregierung leisten einer solchen Strategie objektiv Schützenhilfe.

Fassen wir die Überlegungen zur Finanzierung des vorgeschlagenen Sofortprogramms zur Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Bevölkerung und zur Beendigung der Arbeitslosigkeit zusammen:

— durch Einnahmesteigerung, vor allem durch die Kürzung von Steuervergünstigungen, können rund 6 Mrd. DM gewonnen werden;

[39]) Vgl. die Rede von Bundeskanzler Schmidt vor dem Bundestag am 17. 9. 1975, Protokoll S. 12 894, wo es heißt: „Erheblich mehr (Defizit) wäre ein unvernünftiger Beitrag zu weiterer Weltinflation."
[40]) Vgl. ppa v. 24. 10. 1975 und „Handelsblatt" v. 27. 10. 1975.

— weitere 10 Mrd. DM würden bestimmte Einschränkungen der direkten Finanzbehilfen sowie volumen- und preismäßige Kürzungen im Bereich der Staatsausgaben, vor allem für Rüstung und Polizei einbringen;

— schließlich ist eine konjunkturbedingte weitere Verschuldung der öffentlichen Hand um etwa 10 Mrd. DM weder struktur- noch konjunkturpolitisch bedenklich.

Insgesamt könnte also durch eine entschiedene Wirtschaftspolitik eine Finanzierungsmasse von 26 Mrd. DM aufgebracht werden. Diese Masse reicht aus, um erstens die ungedeckte Differenz zwischen dem hier vorgeschlagenen Sonderhaushalt in Höhe von 20 Mrd. und dem von der Bundesregierung beschlossenen zusätzlichen Ausgaben von knapp 6 Mrd. DM zu decken sowie zweitens Mittel in Höhe von zusätzlichen 12 Mrd. DM für die finanzielle Entlastung der von der Krise am stärksten betroffenen Schichten sowie für den Ausbau der Sozialleistungen bereitzustellen.

VI. Schlußbemerkung

In den vorangegangen Überlegungen wurde gezeigt:

— auf welche Schwerpunkte sich eine Wirtschaftspolitik konzentrieren müßte, die es im Gegensatz zur gegenwärtig betriebenen offiziellen Politik der Bundesregierung als ihre erste Aufgabe ansieht, die materiellen Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen zu verbessern und dem Übel der Arbeitslosigkeit ein Ende zu setzen;

Jungsozialisten und SPD

von Christoph Butterwegge

Die Widerspiegelung sozioökonomischer Entwicklungstendenzen im Verhältnis des sozialdemokratischen Jugendverbandes zur „Mutterpartei".

Obwohl die Bedeutung der Jungsozialisten in den letzten Jahren spürbar gestiegen ist, blieb die Zahl der wissenschaftlichen Publikationen über die sozialdemokratische Nachwuchsorganisation gering. Der Autor versucht, das Verhältnis des Verbandes zur „Mutterpartei" vor dem Hintergrund der sozialökonomischen und politischen Entwicklung Westdeutschlands seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu analysieren. Das Buch enthält nicht nur wichtige Hinweise zum Verlauf der Richtungskämpfe in der SPD, sondern auch detaillierte Informationen über den Status der Jungsozialisten, ihre Aufgabenstellung, den Organisationsaufbau sowie das einem ständigen Wandlungsprozeß unterworfene Selbstverständnis dieser Arbeitsgemeinschaft. Die Studie endet mit einem Ausblick auf die Zukunft der Jungsozialisten, denen bei konsequenter Vertretung antikapitalistischer Positionen auch und gerade in Phasen einer politischen Gegenoffensive der Rechtskräfte in und außerhalb der SPD eine entscheidende Rolle hinsichtlich einer längerfristig erstrebten Veränderung der Partei zufallen kann.

160 Seiten, DM 9,50

W. Runge Verlag, 2 Hamburg 60, Postfach 606 167

— wie ein auf diese Schwerpunkte konzentriertes wirtschaftspolitisches Sofortprogramm aussehen könnte;

— daß und wie ein solches Sofortprogramm zu finanzieren wäre.

Das Resultat dieser Überlegungen ist: es gibt eine realisierbare Alternative zur offiziellen Wirtschaftspolitik, die den Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung weit besser entsprechen würde, ohne jedoch die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft zu beseitigen.

Abschließend hierzu noch drei — teilweise schon früher eingestreute — Hinweise, die noch einmal vor Illusionen warnen sollen:

Erstens hat diese Alternative durchaus noch keinen ausreichenden Konkretheitsgrad und wird in der weiteren Konkretisierung mit Sicherheit auf weitere Einzelprobleme stoßen, was vielleicht auch zur Folge haben wird, daß bestimmte Argumente modifiziert, korrigiert oder ganz fallengelassen werden müssen. Hier sollte nur gezeigt werden, daß innerhalb des bestehenden Systems eine fortschrittliche Alternative zur bestehenden Antikrisenpolitik der BRD grundsätzlich möglich ist und daß die mit Sicherheit auftauchenden Einzelprobleme keinen prinzipiell anderen oder höheren Schwierigkeitsgrad „in der Sache" aufweisen als die Einzelprobleme der offiziellen Wirtschaftspolitik.

Zweitens liegt die Schwierigkeit dieser Alternative nicht in den ökonomischen Mechanismen und Zusammenhängen, sondern in dem Interesse, das sie vertritt, und das auch in der Krise die Aufrechterhaltung der materiellen Lebensbedingungen der Werktätigen zur unabdingbaren Forderung macht und insofern den Interessen der Unternehmer diametral entgegengesetzt ist: diese versuchen, sich durch die Abwälzung der Krisenlasten auf die Lohn- und Gehaltsabhängigen zu sanieren und werden hierin von der Regierung weitgehend — aus „Sachüberlegungen" heraus — unterstützt. Der Adressat der Formulierung einer derartigen Alternative ist daher auch nicht in erster Linie die Bundesregierung, sondern der Adressat ist daher zum einen eine breite Öffentlichkeit, der gegenüber der Schein der Sachnotwendigkeit der offiziellen Wirtschaftspolitik aufgelöst und diese als das Interesse des Kapitals verdeutlicht wird. Die Adressaten dieser Alternative sind aber zum anderen und vor allem die von der Krise und der Krisenpolitik der Bundesregierung in erster Linie Betroffenen, die Lohn- und Gehaltsabhängigen selbst und ihre Organisationen; denn nur sie werden der massiven Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen durch massiven Protest und energischen Widerstand entgegentreten können, indem sie gegen das Interesse des Kapitals ihr Interesse setzen und dieses auch gegenüber der Bundesregierung durchsetzen.

Drittens schließlich ist betont worden, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen die Grundlagen der Wirtschaftsordnung in der BRD, das Privateigentum an Produktionsmitteln und den Markt als wichtigen Steuerungsmechanismus für die Produktion, nicht aufheben würden. Das ist richtig, dennoch stehen diese Maßnahmen in unversöhnlichem Gegensatz zu den Interessen des Kapitals, da sie zwar die Gewinnorientierung nicht aufheben aber doch deutlich beschneiden und in kontrollierte Bahnen lenken. Es ist also nicht nur mit kurzfristigen, sondern mit langandauernden und immer aufs Neue unternommenen Widerstands- und Sabotageversuchen von Seiten der betroffenen Unternehmen, vor allem der Monopole und ihrer Verbände zu rechnen; und diese Widerstandsaktionen im ökonomischen wie im politischen Bereich erfordern Gegenmaßnahmen, soll die Politik der fortschrittlichen Kräfte nicht zur Ohnmacht und zum Scheitern verurteilt sein. Derartige Gegenmaßnahmen zur Absicherung fortschrittlicher Politik erfordern

ihrerseits aber längerfristig grundsätzliche und strukturelle Veränderungen in den Verfügungs- und Eigentumsverhältnissen in der Gesellschaft, erfordern den planmäßigen Einsatz und die demokratische Kontrolle über den Einsatz der gesellschaftlichen Ressourcen zur Schaffung des gesellschaftlichen Reichtums. Diese längerfristig erforderlichen grundsätzlichen gesellschaftlichen Strukturänderungen zum Zwecke kontinuierlicher Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen aller Mitglieder der Gesellschaft müssen auch in einem fortschrittlichen Sofortprogramm mitreflektiert werden, wenn dieses nicht der Gefahr des Illusionismus aufsitzen soll. Sie sollen in einem Anschlußartikel behandelt werden.

Das Staatsverständnis der SPD am Beispiel des „Orientierungsrahmens'85"

Von Christoph Butterwegge

Allein dadurch, daß jenes ursprünglich von der reformistischen SPD-Linken angeregte und vor dem Saarbrücker Parteitag im Mai 1970 von Willy Brandt aufgegriffene Projekt eines sozialdemokratischen Langzeitprogramms (LZP), welches später den weniger anspruchsvollen, aber auch weniger verbindlichen Namen eines „ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens" (OR '85) erhielt, nunmehr zentraler Gegenstand des Mannheimer Parteitags der SPD (11.—15. November 1975) war, gewinnt die Frage nach dem Verhältnis der SPD zum Staat erneut an Aktualität. Das Scheitern zahlreicher sozialdemokratischer Reformvorhaben seit dem „Machtwechsel" des Jahres 1969 hat die parteiinterne Auseinandersetzung über Möglichkeiten und Grenzen einer auf gesellschaftlichen Fortschritt abzielenden Reformstrategie neu entfacht. Obgleich es dem Regierungsflügel der SPD unter Ausnutzung der allgemeinen Rechtsentwicklung in der BRD gelang, Kritik am offiziellen Parteikurs auf administrativem Weg bereits im Keim zu ersticken, steht die Rolle des Staates bei der Umsetzung sozialdemokratischer Programminhalte mehr und mehr im Mittelpunkt theoretischer Debatten.

Das Wiederaufleben der Staatsdiskussion in der SPD wurde von der politikwissenschaftlichen Forschung bislang ebensowenig thematisiert wie die Wandlungen, denen die Stellung der von einer systemerhaltenden Oppositions- zur systemverwaltenden Regierungspartei avancierten Nachkriegssozialdemokratie zum Staat im Zuge sozioökonomischer Veränderungen unterworfen war. Die politische Entwicklung der SPD ist indes nur dann zu erklären, wenn man die Frage nach ihrem Staatsverständnis bzw. dem ihrer maßgeblichen Fraktionen beantwortet. Zwar wurde von verschiedener Seite zu Recht immer wieder auf die sich in der Regierungspraxis ihrer führenden Repräsentanten exemplarisch niederschlagende Identifikation der SPD mit dem bürgerlichen Staat der Gegenwart

hingewiesen, doch läßt diese vorschnell generalisierende Betrachtungsweise häufig nicht nur den historischen Kontext, die politischen und ökonomischen Determinanten der bis zum Revisionismusstreit zurückzuverfolgenden „Verstaatlichung" der Sozialdemokratie außer acht, sondern verzichtet auch auf eine differenzierte Darstellung unterschiedlicher Auffassungen innerhalb der Partei selbst. Die bei weitesten Teilen der Mitgliedschaft vorherrschenden Illusionen hinsichtlich eines klassenneutralen, dem „Gemeinwohl" verpflichteten Sozialstaates sind jedoch kein einheitliches, stringent ableitbares und in sich konsistentes Ideologem, sondern bilden ein Gemenge äußerst heterogener Vorstellungen, deren Funktion historisch-materialistisch bestimmt werden muß.

I

Innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung kann man bürgerlich-idealistische, reformistische und marxistische bzw. mit marxistischen Theorieversatzstücken angereicherte Staatsauffassungen unterscheiden, wobei letztere allerdings im Laufe des Verbürgerlichungsprozesses der Partei zunehmend verdrängt worden sind. Diese Vielfältigkeit ideologischer Wurzeln fand Eingang in die je nach dem Stand der Klassenauseinandersetzungen sowie der nicht zuletzt davon abhängenden innerparteilichen Kräfteverhältnisse mehr oder minder integrativ angelegten programmatischen Dokumente der bundesdeutschen Sozialdemokratie, die sich bis heute vergeblich bemühte, eine eigene Staatstheorie zu entwickeln. Der Kampf zweier Klassenlinien, die den gesamten Partei- und Funktionärskörper durchziehen, manifestiert sich in den Konflikten um eine „korrekte" Staatsinterpretation und markiert die gegensätzliche Stellung der verschiedenen sozialdemokratischen Fraktionen zum bürgerlichen Staat der Gegenwart. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang den von einzelnen ideologischen Strömungen innerhalb der Partei anläßlich der LZP-Diskussion propagierten Planungsmodellen zu. Die meist noch recht nebulösen Vorstellungen über imperative bzw. indikative Investitionslenkungsvarianten spiegeln dabei die innerparteilichen Divergenzen auf staatstheoretischem Gebiet insofern wider, als sich in ihnen die wichtigsten Positionsunterschiede hinsichtlich der Einschätzung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik im Spätkapitalismus niederschlagen. Bevor wir die wichtigsten Positionen in der Staatsfrage anhand entsprechender wirtschaftspolitischer Aussagen verdeutlichen, soll in Form eines historischen Kurzabrisses gezeigt werden, wie sich die Entwicklung der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg bezüglich ihrer Staatsauffassung auswirkte.

Trotz der schmerzlichen Erfahrung mit dem faschistischen Staat und der sich bereits deutlich abzeichnenden Restauration des Kapitalismus in den westlichen Besatzungszonen ging das klassische Sozialismusverständnis, wonach das Proletariat bzw. seine Parteien die politische Macht erobern müssen, um mit deren Hilfe die Eigentumsverhältnisse umzuwälzen, innerhalb der SPD unmittelbar nach der 1945/46 erfolgten Wiedergründung verloren [1]). Hatte Kurt Schumacher in seiner Dissertation über den Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie für die Anfangsphase der Weimarer Republik konstatiert, daß die Parteiführer „lassalleanisch handeln, marxisch reden und schreiben" [2]), so galt dies für die von ihm maßgeblich beeinflußte SPD in der späteren BRD entsprechend. Der Anpassungs- und Integrationsprozeß, von dem sich die sozial-

[1]) Vgl. Hans Karl Rupp, Sozialismus und demokratische Erneuerung, Die ersten Konzeptionen der Parteien in den Westzonen nach 1945, Köln 1974, S. 26.
[2]) Siehe Kurt Schumacher, Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie, Stuttgart 1973, S. 39.

demokratische Spitze eine Führungsrolle innerhalb des Parteiensystems versprach, war, begünstigt durch die reformistische Illusionen über eine krisenfreie Entwicklung des Kapitalismus wachrufende Prosperitätsphase der 50er und frühen 60er Jahre, bald so weit fortgeschritten, daß eine Totalrevision der gesellschaftspolitischen Grundsatzprogrammatik durchsetzbar erschien.

Im Godesberger Programm von 1959 wurden denn auch die terminologischen Reste des Marxismus eliminiert. Und obwohl die Staatsfrage auf dem Godesberger Parteitag noch ein zentraler Diskussionsgegenstand war, glaubte die sozialdemokratische Führung offenbar, mit der Verabschiedung des weiter verwässerten Programmentwurfs die diesbezüglichen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei ein für allemal beendet zu haben. Das Godesberger Programm sieht „im bürgerlichen Staat die Grundlage für den Aufbau einer neuen Gesellschaft" [3]), in der freilich alles beim alten bleiben muß, weil das sozioökonomische Fundament der kapitalistischen Ordnung nicht in Frage gestellt wird. „Der Staat soll Vorbedingungen dafür schaffen, daß der einzelne sich in freier Selbstverantwortung und gesellschaftlicher Verpflichtung entfalten kann. Die Grundrechte sollen nicht nur die Freiheit des einzelnen gegenüber dem Staat sichern, sie sollen als gemeinschaftsbildende Rechte den Staat mitbegründen.

Als Sozialstaat hat er für seine Bürger Daseinsvorsorge zu treffen, um jedem die eigenverantwortliche Selbstbestimmung zu ermöglichen und die Entwicklung einer freiheitlichen Gesellschaft zu fördern. Durch Verschmelzung des demokratischen mit dem sozialen und dem Rechtsgedanken soll der Staat zum Kulturstaat werden, der seine Inhalte von den gesellschaftlichen Kräften empfängt und dem schöpferischen Geist der Menschen dient" [4]). Diese der Metamorphose des Staates gewidmete Passage bildet Herbert Wehner zufolge den Kern des Grundsatzprogramms: „Wer ihn aufweicht oder aufspaltet oder modifiziert, der wirft die Sozialdemokratie zurück" [5]).

Zwar hatte die SPD im Godesberger Programm ihren Frieden mit dem bürgerlichen Staat gemacht, doch enthielt der widerspruchsvolle Unterabschnitt „Eigentum und Macht" immerhin noch eine allerdings rein deskriptive, populärwissenschaftlich-simplifizierende Aussage zum Verhältnis Ökonomie—Politik: „Mit Ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht" [6]). Damit wurde ein Aspekt berührt, der bei den späteren Erörterungen gesellschaftsanalytischer Probleme immer mehr in den Hintergrund treten sollte. Jedenfalls war die SPD nach der programmatischen Sanktionierung ihres Adaptationskurses sowie der Entwicklung des in Godesberg avisierten wirtschaftspolitischen Planungs- und Lenkungsinstrumentariums „besser denn je bereit und in der Lage, ihre Rolle als staatstragende, um den Bestand der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft bemühte Partei auszufüllen und zu Zeiten einer abgewirtschafteten Union die ‚Staatsgeschäfte' stellvertretend zu verwalten" [7]).

[3]) Siehe Sergej Gribanow, Die „Reform des Reformismus", in: Wladimir Granow u. a., Die gegenwärtige Sozialdemokratie, Neue sowjetische Analysen, Köln 1973, S. 76.
[4]) Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem Außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg 1959, in: Dieter Dowe/Kurt Klotzbach (Hrsg.), Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 354.
[5]) Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. April 1973 in Hannover, Bonn o. J., S. 166.
[6]) Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg 1959, a. a. O., S. 358.
[7]) Siehe Hartfrid Krause, Kleine Schritte zur neuen Mitte, Kurze Historie der Socialdemokratie, in: Mitarbeiter der „darmstädter studentenzeitung" (Hrsg.), SPD und Staat, Geschichte, Reformideologie, „Friedenspolitik", Berlin (West) 1974, S. 47.

Die das Ende der Rekonstruktionsperiode des Kapitalismus in der BRD bezeichnende Rezession von 1966/67 war nicht nur auslösendes Moment für die neokeynesianische Wende der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik, die in der „Globalsteuerung" Schillerscher Prägung ihren praktischen Niederchlag fand und einem neuen Abschnitt bundesrepublikanischer Sozialgeschichte zum Durchbruch verhalf. Sie belebte auch die staatstheoretische und Krisendiskussion innerhalb der SPD, mußten doch die gesellschaftspolitischen Implikationen des Problemlösungsansatzes verstärkter Staatsintervention zur Sicherung der Kapitalverwertungsbedingungen angesichts der forcierten Monopolisierung zumindest auf dem linken Parteiflügel alsbald fragwürdig werden. Wegen der immer deutlicher zutage tretenden Widersprüchlichkeit der herrschenden Wirtschaftsordnung drückte sich die mit der Intensivierung der Klassenauseinandersetzungen in der BRD verbundene Politisierung sowohl der lernenden wie studierenden Jugend als auch weiter Teile der Lohnabhängigen innerhalb der von diesen noch immer als „ihre" Partei begriffenen Sozialdemokratie in Form einer wachsenden Opposition gegen deren offen prokapitalistische Führung aus. Diese sah sich in der Folgezeit zur Bereitstellung pseudoprogressiver Reformideologien genötigt, wobei verbale Zugeständnisse an die gestärkte Linke den Zusammenhalt der Partei förderten, zumal das System ohnehin aufgrund der jähen Liquidation seiner während der langanhaltenden Prosperitätsphase mit dem Wirtschaftswundermythos abgesicherten Legitimationsbasis nach neuen Möglichkeiten der Gewährleistung von Massenloyalität verlangte.

Die letzten Ressentiments der SPD gegenüber dem „CDU-Staat" schwanden mit ihrem Eintritt in die Regierung der Großen Koalition, vollends aber mit der Wahl eines sozialdemokratischen Bundeskanzlers, die mit einer Inbesitznahme des Staatsapparates verwechselt und an der Parteibasis als hinreichende Bedingung für eine rasche Verwirklichung des „demokratischen Sozialismus" interpretiert wurde. Die mit dem nach zwei Jahrzehnten konservativer Regierungspolitik notwendig gewordenen Modernisierungsschub korrespondierende Reformeuphorie breiter Volksschichten glaubten viele Sozialdemokraten zur schrittweisen Veränderung der Gesellschaft im Sinne der in ihrem Godesberger Programm formulierten Grundwerte und Grundforderungen nutzen zu können, obwohl von den herrschenden Produktionsverhältnissen sowie der daraus resultierenden politischen Kräftekonstellation abstrahiert und der Staat zum Träger einer als sozialistisch apostrophierten Reformstrategie hochstilisiert, die Arbeiterklasse als historisches Subjekt dagegen wie so oft in der Parteigeschichte aus dem Blickfeld und in eine reine Objektrolle mit wahlsonntäglicher Akklamationspflicht gedrängt wurde. Die unkritische Übernahme bürgerlicher Staatstheorien war mit ein Grund, warum die SPD nicht einmal ihren das Akkumulationsinteresse des Großkapitals kaum tangierenden Demokratisierungsanspruch einzulösen wußte. Ihre Fixierung auf die Techniken bürgerlich-parlamentarischer Herrschaftssicherung hinderte die Sozialdemokratische Partei daran, eine an den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung ansetzende Politik zu betreiben, was eine adäquate Analyse der kapitalistischen Gesellschaft und der Bewegungsgesetze ihrer Ökonomie vorausgesetzt hätte. Da keine der innerparteilichen Richtungsgruppierungen den Klassencharakter des bürgerlichen Staates sowie den noch weit unterhalb der explizit geleugneten Systemgrenze verbleibenden, äußerst restriktiven Handlungsspielraum staatlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik zu erfassen bzw. in ihre strategischen Überlegungen einzubeziehen vermochte, blieb die SPD der Vorstellungswelt ihrer vom Opportunismus des ersten Nachkriegsjahrzehnts geprägten Programme verhaftet. Der Differenzierungsprozeß, wie er sich als Reflex sozioöko-

nomischer Entwicklungstendenzen und analoger Phänomene im Überbaubereich (außerparlamentarische Protestbewegung) gegen Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre innerhalb der SPD bemerkbar machte, ging jedoch auch an ihrem äußerst beschränkt zu nennenden staatstheoretischen Fundus nicht spurlos vorüber, sondern förderte die Herausbildung bzw. Verfestigung konträrer Staatsauffassungen, in denen die widersprüchliche Erfahrung sozialdemokratischer Regierungsführung ebenso zum Ausdruck kam wie deren unterschiedliche Bewertung von seiten der einzelnen Parteiflügel. Auf einem allerdings merklich höheren Niveau setzt sich dieses Ringen konkurrierender ideologischer Strömungen um das richtige Staatsverständnis innerhalb des sozialdemokratischen Jugendverbandes als profilierteste Linksgruppierung der Partei fort [8]).

Noch ehe die innerhalb der SPD erst relativ spät zum Tragen kommende Polarisation eine vorübergehende Konsolidierung der reformistischen bis linksreformistischen Kräfte nach sich zog und eine scheinbare Kompromißbereitschaft des Parteivorstandes erzwang, unterbreitete dieser „Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren", die vom Nürnberger Parteitag im März 1968 als Diskussionsgrundlage gebilligt, dann aber durch die Intensivierung der Theoriediskussion schnell wieder relativiert und nie endgültig beschlossen wurden. In den „Perspektiven" war es nicht mehr die „Macht der Großwirtschaft", der man begegnen zu wollen vorgab, sondern „die Gefahr einer Herrschaft der Technik und der Technokraten über den einzelnen Menschen" [9]). Wurde im Godesberger Programm der unkontrollierte Einfluß wirtschaftlicher Interessengruppen auf den Staat beklagt, so problematisierte man nun umgekehrt die Machtstellung staatlicher Organe, natürlich ohne sie in den Bedingungs- und Begründungszusammenhang von Basis und Überbau einzuordnen: „Der Staat darf dem einzelnen gegenüber nicht übermächtig sein" [10]). Neben die von Schumacher perfektionierte totalitarismustheoretische Verbrämung des systemkonformen Kurses der SPD und den für das sozialdemokratische Grundsatzprogramm charakteristischen pluralismustheoretischen Ansatz traten konvergenztheoretische Überlegungen, die in den Entwürfen für einen ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen erneut auftauchen sollten. Die Konzeption der „Perspektiven" ist die eines „partnerschaftlichen", kooperativen Staates, der in beinahe patriarchalisch zu nennender Manier das soziale Über-Ich der „modernen Industriegesellschaft" repräsentiert und den individuellen Freiheitsraum seiner Bürger respektiert. Als Vorbild dient das als Globalsteuerung bekanntgewordene Modell staatsmonopolistischer Wirtschaftsregulierung, und zwar in erster Linie die Einrichtung der Konzertierten Aktion: „Die wirtschaftlichen und sozialen Gruppen müssen an der Vorbereitung dieser Planung der staatlichen Wirtschaftspolitik mitwirken; Bundesregierung, Gewerkschaften und Unternehmer gehören auch in Zukunft an einen Tisch" [11]).

II

Da die SPD staatliches Handeln gewöhnlich auf den Funktionskreis parlamentarischer Entscheidungen reduziert und sich als führende Regierungspartei uneingeschränkt mit diesen identifiziert, ist sie außerstande, ihr Verhältnis zum Staat zu definieren. Scheinbar gewinnt der Staat allein durch parlamentarische Mehr-

8) Vgl. hierzu Christoph Butterwegge, Zum Wiesbadener Bundeskongreß der Jungsozialisten, in: „Blätter", 4/1975, S. 370 ff.
9) Siehe Horst Ehmke (Hrsg.), Perspektiven, Sozialdemokratische Politik im Übergang zu den siebziger Jahren, erläutert von 21 Sozialdemokraten, Reinbek bei Hamburg 1969, S. 58.
10) Ebd.
11) Ebd., S. 90.

heitsentscheidungen zugunsten der Sozialdemokratie und mit ihr koalierender bürgerlicher Parteien eine neue Qualität. War selbst die SPD-Spitze in der Opposition bisweilen noch bereit, den Klassencharakter des Staates jedenfalls zu Agitationszwecken zu konzedieren, so hält sie die eigene Regierungsbeteiligung für eine grundlegende Wesensänderung des staatlichen Institutionengefüges. Ein besonders eindrucksvolles Beispiel für diese Fehleinschätzung liefert der dem äußersten rechten SPD-Flügel zuzurechnende Bundestagsabgeordnete Günther Metzger, wenn er die marxistische Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus mit der Bemerkung zurückweist, es habe nur unter CDU/CSU-Regierungen Übereinstimmungen zwischen Staats- und Gruppeninteressen gegeben [12]). Kurioserweise wird das Abschneiden der SPD bei der Bundestagswahl vom 19. November 1972 als Beweis angeführt, „daß der Staat nicht mehr das Herrschaftsinstrument einer bestimmten Gruppe oder Klasse ist und nicht mehr die Interessen dieser Gruppe zum Nachteil der großen Mehrheit der Bevölkerung verfolgt" [13]). Zweifellos bedeutete der Wahlerfolg des sozial-liberalen Bündnisses eine empfindliche Niederlage für die reaktionärsten Teile der herrschenden Klasse, doch hatten einerseits fortschrittliche, stark exportorientierte Kapitalfraktionen von vornherein auf die Koalitionsparteien gesetzt, andererseits hielt die Bundesregierung, wie sich bald zeigte, ihre Zusagen hinsichtlich unternehmerfreundlicher Maßnahmen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ein oder übertraf sie noch. Schon im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes verstärkte die sozialdemokratische Führung ihre diesbezüglichen Bemühungen und tat alles, um ihre Systemloyalität unter Beweis zu stellen. Auf dem Dortmunder Parteitag, der das Wahlprogramm verabschiedete, legten die SPD-Vorsitzenden ein demonstratives Bekenntnis zum kapitalistischen Staat der BRD ab. Willy Brandt setzte hier den Schwerpunkt seiner Ausführungen:

„Für die Sozialdemokratie sind der Staat und seine Institutionen niemals — früher nicht und heute nicht — ein Mittel zum Zweck gewesen, niemals auch ein Mittel zur Bewahrung von Privilegien oder ein Mittel des mißverstandenen Klassenkampfes, sondern der Rahmen, in dem eine menschenwürdige Politik zugunsten der ganzen Gesellschaft zu leisten ist . . .

Diese Republik, liebe Freunde, ist unser Staat. (Beifall) Wir werden ihm, diesem unserem Staat, das geben, dessen er bedarf. Seine Autorität, wo immer sie gebraucht wird, legitimiert sich allein aus dem Grundgesetz und aus den von den Volksvertretungen beschlossenen Gesetzen. Wir werden unseren Staat weder den Kurzschlüssen der Panik noch den Interessen privilegierter Gruppen ausliefern . . .

Es ist wahr, daß die deutschen Sozialdemokraten allzu lange in einer Distanz vom Staat gehalten wurden. Aber sie haben diese künstliche Entfernung niemals akzeptiert. Wann immer Not am Staat war, haben sie ihn aufgefangen, haben sie ihn getragen, weil ihr Staatsgedanke solide und zuverlässig gewesen ist" [14]).

Kein Wort hingegen über das Auseinanderklaffen zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit, über die Notwendigkeit einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft, über eine Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln.

12) Vgl. Günther Metzger, Sozialdemokraten und Staat, in: Helmut Schmidt/Hans-Jochen Vogel (Hrsg.), Langzeitprogramm 5, Beiträge zu Einzelproblemen des „Entwurfs eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973—1985", Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 26.
13) Siehe ebd.
14) Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll des Außerordentlichen Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 12. bis 13. Oktober 1972 in Dortmund, Bonn o. J., S. 50 f.

Nach der Bundestagswahl beschäftigten sich Organisationsgliederungen und Arbeitsgemeinschaften der SPD schwerpunktmäßig mit dem von einer Kommission „Langzeitprogramm" unter Leitung des stellvertretenden Parteivorsitzenden Helmut Schmidt im Sommer 1972 vorgelegten „Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973—1985", wobei der linke Flügel mit seiner kritischen Beurteilung von Inhalt und Methodik des umfangreichen Papiers Rückhalt an der Parteibasis fand. Die SPD-Spitze mußte erkennen, daß sich ihre Absicht, den Innovationsrückstand der kapitalistischen Wirtschaft programmatisch einzuholen, die antimonopolistischen Rudimente des Godesberger Grundsatzprogramms zu beseitigen und die Interpretationslücken des Formelkompromisses aus den späten 50er Jahren zu schließen, zum damaligen Zeitpunkt aufgrund des innerparteilichen Linkstrends nicht realisieren ließ.

Der Katalog als dringend erachteter Anpassungsreformen für diverse gesellschaftliche Teilbereiche verzichtete nicht nur auf eine politökonomische Analyse des kapitalistischen Systems, sondern auch auf die Explikation des sozialdemokratischen Staatsverständnisses. Der Staat wird als „gesamtgesellschaftliche Repräsentanz" [15]) begriffen, in dessen Handeln sich das „Gemeinwohl" manifestiert. Integraler Bestandteil dieser Irrlehre ist die Vorstellung, daß sich die Entwicklung der Gesellschaft hin zum „demokratischen Sozialismus" über den Automatismus einer sukzessiven Ausweitung des „öffentlichen Korridors", d. h. einer Erhöhung des Anteils der Staatsverwendung am Bruttosozialprodukt, vollzieht [16]). Die zunehmende Staatstätigkeit wird zwar in ihrer quantitativen Entwicklung richtig erfaßt, nicht aber die qualitative Bedeutung der Einbeziehung des Staates in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß. Dem Entwurf der Schmidt-Kommission zufolge „müssen Dienstleistungen und Investitionen des Staates deutlich stärker steigen als der private Konsum", denn der staatliche Verbrauch diene allen, ohne die angestrebte Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes zu gefährden [17]).

Wie Gert Weisskirchen bemerkt, hat die Arbeit um den Orientierungsrahmen „nicht dargelegt, welchen Begriff des Staates die SPD zur Grundlage ihres Handelns macht" [18]). Unverkennbar ist jedoch die Anlehnung an das Wohlfahrtsstaatsmodell der skandinavischen Sozialdemokraten. Dem Anspruch nach schafft der Staat eine „soziale Infrastruktur", die jedem Bürger nicht nur materielle Sicherheit, sondern auch optimale Voraussetzungen für seine geistige Selbstverwirklichung bietet; überdeckt wird die Grundwahrheit, daß die staatliche Interventionstätigkeit als abhängige Variable im politökonomischen Kontext der privaten Kapitalverwertung notwendigerweise die Ausbeutung der Lohnarbeit zementiert und die Emanzipation des Proletariats hemmt. Den apologetischen Charakter der Theorie vom „Wohlfahrtsstaat" offenbart die Entwicklung des „Musterlandes" Schweden, in dem staatliches Handeln auf ökonomischem Gebiet bedeutet: „Unterstützung der Monopole bei der Konzentration des Kapitals, gemeinsame Industrieunternehmen von Staat und Privatwirtschaft zur gemeinsamen Ausbeutung der Werktätigen, Finanzierung von Forschung und Entwicklung für

15) Siehe Klaus Riebschläger, Zur innerparteilichen Situation der SPD, in: Helmut Schmidt/Hans-Jochen Vogel (Hrsg.), Langzeitprogramm 5, a. a. O., S. 55.
16) Vgl. Christoph Butterwegge, Programmlosigkeit — vorprogrammiert?, in: „Die Neue Gesellschaft", 3/1973, S. 196 ff.
17) Siehe Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973—1985, in: Langzeitprogramm 1, Texte, Bonn-Bad Godesberg 1972, S. 32.
18) Siehe Gert Weisskirchen, Elemente einer Staatstheorie des demokratischen Sozialismus, in: Rudolf Scharping/Friedhelm Wollner (Hrsg.), Demokratischer Sozialismus und Langzeitprogramm, Diskussionsbeiträge zum Orientierungsrahmen '85 der SPD, Reinbek bei Hamburg 1973, S. 43.

die Produktion neuer Güter mit höchstem Profit für die Privatwirtschaft, unabhängig vom echten Bedarf der Bevölkerung, Subventionen und direkte Geschenke an bestimmte Konzerne, Regulierungsmaßnahmen im Rahmen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zur Sicherung hoher Profite, direkte Eingriffe in die Lohn- und Preisbildung, um einerseits die für die kapitalistische Wirtschaft notwendige Kaufkraft zu erhalten und andererseits hohe Profite zu sichern, außerordentlich hohe Ausgaben des Staates für militärische Zwecke. Ein Teil dieser und anderer Maßnahmen, z. B. die Umverteilung des Nationaleinkommens zwischen verschiedenen Werktätigengruppen, die staatliche Beschäftigungspolitik, der Ausbau der Infrastruktur und die Übernahme wenig rentabler aufwendiger Produktionen, sollen die Zuspitzung der kapitalistischen Widersprüche, die Vertiefung der Krise und das offene Aufbrechen der Klassengegensätze abfangen und die Profitwirtschaft möglichst reibungslos absichern" [19]).

Zu Problemen der Strategie und Taktik äußert sich der Erstentwurf eines sozialdemokratischen Orientierungsrahmens ähnlich verschwommen wie das Godesberger Programm. „Der wirtschaftlichen Macht der Wenigen kann die SPD nur die politische Macht durch die Wählerstimmen der Vielen entgegensetzen" [20]). Mit dieser Selbstbeschränkung auf parlamentarische Reformarbeit bei gleichzeitigem Verzicht auf die Mobilisierung der abhängig Beschäftigten begibt sich die Sozialdemokratie von vornherein aller Möglichkeiten, die Macht des hochkonzentrierten, international organisierten Kapitals zurückzudrängen. „Die Fixierung auf den bürgerlichen Parlamentarismus, wie ihn das LZP betreibt, beraubt die Werktätigen ihrer wirksamsten Waffe: der Entfaltung von Massendruck durch außerparlamentarische Aktivitäten" [21]).

Ernsthaften Widerstand seitens der herrschenden Klasse leugnend, hofft man, die auf staatlicher Ebene wirksame politische Demokratie dadurch in eine „soziale Demokratie" umwandeln zu können, daß ihre Prinzipien für allgemeinverbindlich erklärt werden. Einerseits wird die kapitalistische Wirtschaftsordnung als ökonomischer Rahmen der gesellschaftlichen Entwicklung akzeptiert, andererseits die Gleichsetzung von Demokratie und Staat aktualisiert, ohne deren Verwurzelung in den herrschenden Produktionsverhältnissen bzw. den hieraus resultierenden Klassencharakter zu berücksichtigen. Die Frage, welche Klasse die politische Macht innehat, stellt sich somit erst gar nicht. Das Ideologem der „reinen" Demokratie läßt den fundamentalen Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Herrschaft entfallen; Ausbeutung und Unterdrückung der übergroßen Bevölkerungsmehrheit durch die Monopolbourgeoisie verschwinden hinter dem Schleier einer angeblichen Klassenneutralität des Staates, der dieser Auffassung nach keineswegs die durch das Kapitalverhältnis entscheidend geprägten Machtstrukturen der ökonomischen Basis perpetuiert, vielmehr als klassenpolitisch indifferenter Träger einer schrittweise vorangetriebenen Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft fungiert. Der Orientierungsrahmen huldigt einer naiven Transformationsideologie, die eine planmäßige, vom Kampf antagonistischer Klassen gänzlich unberührt bleibende Überführung des staatsmonopolistischen Systems in eine nach den normativen Vorgaben des Godesberger Programms gestaltete Sozialordnung propagiert. Demgemäß hebt sein formal verengtes Staatsverständnis von sozioökonomischen Determinanten ab, geht am

[19]) Edeltraud Felfe, Zur Kritik der „Wohlfahrtsstaatstheorie", in: „Staat und Recht", 4/1973, zit. nach: „Marxismus Digest", Theoretische Beiträge aus marxistischen und antiimperialistischen Zeitschriften, 1 1974 (Staat und Herrschaftssystem im heutigen Kapitalismus), S. 86 f.
[20]) Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973—1985, a. a. O., S. 30.
[21]) Heinz-Gerd Hofschen/Erich Ott, Zur Einschätzung des Langzeitprogramm-Entwurfs der SPD, in: „Blätter", 3/1973, S. 264.

Wesen der Demokratie vorbei und reduziert ihren Gehalt auf das Bestehen parlamentarischer Institutionen sowie die rechtliche Garantie eines Katalogs bürgerlicher Freiheiten.

Zwar postulierte die SPD in ihrem Programmentwurf eine nicht näher bezeichnete „Unabhängigkeit der Parteien vom Staat" [22]), doch führte sie diese Forderung durch die unkritische Übernahme von Trendprognosen und Zielprojektionen der Ministerialbürokratie selbst ad absurdum. Die vielfältigen Verflechtungserscheinungen zwischen Staat und Monopolen sind weder analysiert noch kommentiert, nichtsdestoweniger jedoch — im Hinblick auf die Kooptationsthematik — respektiert: „Der Personalaustausch zwischen Wirtschaft und öffentlichem Dienst darf nicht unnötig kompliziert werden" [23]).

Im April 1973 stand der Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens auf dem Hannoveraner Bundesparteitag zur Diskussion. Mehrere Debattenredner bemängelten u. a., daß die Staatsfrage in dem Papier der Schmidt-Kommission weder ausführlich genug noch inhaltlich zufriedenstellend abgehandelt werde. Die Delegierten beauftragten den sich einer partiell mehrheitsfähigen Opposition gegenüberstehenden SPD-Vorstand, eine neue, überwiegend mit Vertretern der Bezirke besetzte Kommission zu bilden, die eine veränderte und ergänzte Vorlage ausarbeiten sollte. Dabei war nicht nur zu prüfen, „wie das Instrumentarium der Planung und Koordinierung aller wichtigen privaten Investitionsentscheidungen unter sektoralen und regionalen Gesichtspunkten ausgebaut werden kann, um dem Allgemeininteresse Vorrang vor einzelnen Interessen zu sichern", sondern auch, „wo das Privateigentum an Produktionsmitteln durch den überwiegenden Übergang der Verfügungsgewalt an Manager, die ihrerseits anonymen Mächten dienen, seine Verfügungsgewalt verloren hat und eine Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum zweckmäßig ist" [24]).

III

Noch einmal dauerte es fast zwei Jahre, ehe die LZP-Kommission, deren Vorsitz mit Peter v. Oertzen ein prominenter Repräsentant der reformistischen Linken übernommen hatte, das Resultat ihrer Arbeit zusammenfaßte und nach einstimmiger Billigung durch die sozialdemokratische Führung an die Parteibasis weiterleitete. Der zweite Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für den Zeitraum bis 1985 wies gegenüber seinem Vorläufer zwar eine größere programmatische Prägnanz auf und erschien — hinsichtlich des „Allgemeinen Teils", der vom Mannheimer Parteitag (11.—15. November 1975) beschlossen wurde — im direkten Vergleich mit dem Ursprungstext geradezu sozialphilosophisch reflektiert bzw. theoretisch versiert, reproduziert jedoch dessen analytische Ignoranz ebenso wie die für den offiziellen Parteikurs typische Systemtreue.

Die politisch-programmatische Pazifizierung der Parteilinken erreicht einen neuen Höhepunkt, wird doch die prokapitalistische Grundtendenz des Orientierungsrahmens von den auf die Prinzipien systemimmanenten Krisenmanagements (das man nicht erst seit dem Amtsantritt der Regierung Schmidt/Genscher praktiziert) verpflichteten und in einem Prozeß theoretischer Selbstkasteiung befindlichen Kräften um den „Frankfurter Kreis" bedenkenlos akzeptiert. Die restriktiven Be-

22) Siehe Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973—1985, a. a. O., S. 76.
23) Ebd., S. 72; vgl. auch Heinz-Gerd Hofschen/Erich Ott, Zur Einschätzung des Langzeitprogramm-Entwurfs der SPD, a. a. O., S. 260.
24) Siehe Beschluß zum Orientierungsrahmen '85, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. April 1973 in Hannover, a. a. O., S. 969.

dingungen des durch die schwere zyklische Überproduktionskrise 1974/75 maßgeblich beeinflußten gesellschaftlichen Umfeldes schlagen gegenwärtig auf den zum innerparteilichen Burgfrieden neigenden linken SPD-Flügel zurück, ohne daß dieser den drohenden Gefahren einer rechtssozialdemokratischen Formierung und Uniformierung der Partei geschlossen entgegentritt.

Ein Kapitel des revidierten OR-Entwurfs beschäftigt sich mit der Rolle des Staates. Hier wird deutlich, daß die unterschiedlichen Strömungen innerhalb der Programmkommission versucht haben, sich in strittigen Punkten auf dem Weg über die Formulierung eines politischen Minimalkonsenses zu einigen, wobei dieser zwangsläufig widersprüchlich und unausgereift bleiben mußte. In Ermangelung einer von allen getragenen Konzeption besannen sich die Kommissionäre ihrer gemeinsamen Frontstellung, die nach Horst Ehmke, dem für die Erarbeitung einer Textvorlage über den Staat zuständigen Mitglied, eine doppelte ist: gegenüber Konservatismus und wissenschaftlichem Sozialismus [25]). Einerseits „ist die Vorstellung von einem neutralen, über allen Interessengegensätzen schwebenden autonomen Staat, der verfassungsmäßig aufgegebene oder politisch frei gesetzte Ziele unabhängig verwirklicht, mit der staatlichen Wirklichkeit der Bundesrepublik unvereinbar", läßt sie doch „die bestehenden Abhängigkeiten staatlicher Handlungsmöglichkeiten von den Strukturen und Leistungen des Wirtschaftssektors außer acht", andererseits wird die Behauptung verworfen, „daß der Staat entweder nur als unbewußt funktionierendes ‚Vollzugsorgan der nach wie vor spontan wirksamen Gesetze des Kapitalismus' oder aber als planmäßig handelnder ‚Agent der vereinigten Monopolkapitalisten' begriffen werden könne. Im ersten Fall wäre der Versuch, über den Staat eine Reformpolitik friedlicher schrittweiser Demokratisierung der Gesellschaft zu verwirklichen, prinzipiell illusionär und daher sinnlos. Im zweiten Fall würde eine Politik gesellschaftlicher Veränderungen einen Frontalangriff auf den sogenannten ‚Staat der Monopole' und umfassende schlagartige Eingriffe in die private Wirtschaft erfordern" [26]). Diese Stoßrichtung gegen das Großbürgertum aber paßt nun ganz und gar nicht in das wirtschaftspolitische Konzept der Verfasser des Orientierungsrahmens, dem die kapitalistische Eigentumsordnung tabu bleibt: „Die einzelwirtschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel und die Marktkonkurrenz sind weitgehend unentbehrlich" [27]). Allein die Beschränkung der Neufassung des Langzeitprogramms auf eine reine Negativabgrenzung bezüglich bürgerlich-idealistischer und marxistischer Positionen sowie der damit einhergehende Verzicht auf positive Aussagen zur Funktion des Staates dokumentieren das schier unlösbare Dilemma einer von reformistischen und offen prokapitalistischen Kräften majorisierten Arbeiterpartei, die sich weder den proletarischen Klassenstandpunkt zu eigen machen noch ihre soziale Basis durch die Festschreibung konservativ besetzter Theoreme gefährden will.

Besonders energisch wird der Universalitätsanspruch des marxistischen Theorems vom Staat als Instrument der herrschenden Klasse bestritten, um das repressive Moment der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie zu verschleiern und die systemkonforme Politik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung zu legitimieren. Denn auch die reformistische SPD-Linke verkennt, daß der Staat im gesamtkapitalistischen Interesse agiert, das wiederum die Monopolbourgeoisie als dominante Schicht innerhalb der herrschenden Klasse weitgehend

25) Vgl. Horst Ehmke, „Reform und Staat" im Orientierungsrahmen '85, in: „Die Neue Gesellschaft", 4/1975, S. 269.
26) Siehe Vorstand der SPD (Hrsg.), Zweiter Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975—1985, Bonn o. J., S. 24 f.
27) Ebd., S. 15.

autonom diktiert bzw. in entscheidendem Maße präformiert. Ein sich ständig wiederholendes Hauptargument gegen die seitens des wissenschaftlichen Sozialismus vertretene Auffassung vom Staat als Organ der Klassenherrschaft wirft ihr vor, die gegenseitige Abhängigkeit von Staat und Wirtschaft zu übersehen [28]). Allen Vorhaltungen, der Marxismus verschließe seine Augen vor den Wechselwirkungen zwischen Ökonomie und Politik, zum Trotz, haben sowohl die Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus als auch moderne Theoretiker derselben Denkrichtung diesen Aspekt immer wieder hervorgehoben. Wie Engels in einem Brief an Conrad Schmidt erklärt, hat die Staatsmacht „zwar im ganzen und großen der Bewegung der Produktion zu folgen, regiert aber auch, kraft der ihr innewohnenden, d. h. ihr einmal übertragenen und allmählich weiterentwickelten relativen Selbständigkeit, wiederum auf die Bedingungen und den Gang der Produktion. Es ist Wechselwirkung zweier ungleicher Kräfte, der ökonomischen Bewegung auf der einen, der nach möglichster Selbständigkeit strebenden und, weil einmal eingesetzten, auch mit einer Eigenbewegung begabten neuen politischen Macht; die ökonomische Bewegung setzt sich im ganzen und großen durch, aber sie muß auch Rückwirkung erleiden von der durch sie selbst eingesetzten und mit relativer Selbständigkeit begabten politischen Bewegung, der Bewegung einerseits der Staatsmacht, andererseits der mit ihr gleichzeitig erzeugten Opposition" [29]). Und einem erst in jüngster Zeit hervorgetretenen Autorenkollektiv französischer Marxisten zufolge gibt es zwischen den Monopolen und dem Staat „weder eine Fusion noch eine Trennung, sondern es besteht eine enge Wechselbeziehung, wobei jeder zugleich eine eigene Rolle spielt und dennoch beide das gleiche Ziel verfolgen: die Erhöhung der Akkumulation von Kapital und der Konzentration, die Verstärkung der kapitalistischen Ausbeutung und die Steigerung des Profits der Monopole" [30]).

Da der OR-Entwurf sowohl die idealistische Vorstellung vom freischwebenden „Schiedsrichterstaat" als auch die marxistische These des Klassenstaates ablehnt, sucht der Leser nach einem alternativen Erklärungsansatz — vergeblich. „Dem realen Verhältnis von wirtschaftlicher und politischer Macht des Kapitals wird ausgewichen" [31]). Vieles deutet allerdings darauf hin, daß man dem Glauben anhängt, der Staat verkörpere ein getreues Spiegelbild der Sozialstruktur unserer Gesellschaft: „Der Staat der BRD ist insofern kapitalistischer Staat, als er aufgrund der bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die sich in ihm reflektieren, eine eindeutige strukturelle Begünstigung von Kapitalinteressen sichert" [32]). Was Johano Strasser jedoch euphemistisch als „die klassenspezifische Schlagseite staatlicher Normen und staatlichen Handelns" [33]) umschreibt, also die einseitige Indienstnahme des Staatsapparates durch die ökonomisch herrschende Klasse, gerät der LZP-Kommission zur bloßen Kinderkrankheit des Sozialstaates, weil sie den Klassenbegriff nach dem Muster bürgerlicher Schichtungstheorien seines eigentlichen Inhalts beraubt und nicht die Stellung im Produktionsprozeß bzw. das Verhältnis zu den Produktionsmitteln als Zuordnungskriterium gelten läßt, sondern die Einkommenshöhe. Auch wenn das jeweilige Klassenkampfniveau nicht ohne Rückwirkung auf staatliches Handeln bleibt,

28) Vgl. ebd., S. 25.
29) Engels an Conrad Schmidt in Berlin, MEW, Bd. 37, S. 490.
30) Siehe Paul Boccara u. a., Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Frankfurt/M. 1972, S. 22.
31) Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Hrsg.), Der SPD-Orientierungsrahmen '85, Analyse und Kommentar zum zweiten Entwurf des SPD-Parteivorstandes eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975—1985 (OR 85), Frankfurt/M. o. J., S. 56 f.
32) Siehe Johano Strasser, Die Funktion des Staates und die Möglichkeit sozialistischer Reformpolitik im spätkapitalistischen System der BRD, in: Michael Th. Greven u. a., Krise des Staates?, Zur Funktionsbestimmung des Staates im Spätkapitalismus, Darmstadt und Neuwied 1975, S. 72.
33) Siehe ebd., S. 65.

drückt sich in diesem dennoch ein gesamtkapitalistisches Interesse aus, das mit den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung freilich teilweise zusammenfallen kann.

Obwohl der OR-Entwurf gewissermaßen eine „Allzuständigkeit" des Staates konstatiert, bleibt man auf der Erscheinungsebene stehen und dringt nicht bis zu einer wesensmäßigen Erfassung des betreffenden Phänomens vor, weil der Systembezug fehlt: „Es gibt heute keine wichtigen gesellschaftlichen Problemfelder mehr, einschließlich der Verteilungsprobleme, für die der Staat nicht zuständig geworden wäre und für die er nicht verantwortlich gemacht würde. Mit dieser Verantwortlichkeit für gesellschaftliche Probleme haben die Möglichkeiten der Politik zur Steuerung nicht Schritt gehalten" [34]). An anderer Stelle sind die Staatsfunktionen aufgelistet, ohne daß für die Strategie der SPD im folgenden irgendwelche Konsequenzen aus diesem analytischen Faktum gezogen werden: „Der Staat schafft und erhält die wirtschaftlichen, die sozialen und die politischen Existenzbedingungen der privaten Unternehmungen. Er sorgt für die produktionsbezogenen und die allgemeinen sozialen Infrastruktureinrichtungen. Er trägt die Kosten für die soziale Versorgung und für die externen Folgen der privaten Produktion. Schließlich mildert er durch Steuerungsmaßnahmen die konjunkturellen Schwankungen und durch ordnungspolitische Eingriffe die sozialen Spannungen" [35]).

Um dem tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate entgegenzuwirken, übernimmt der Staat auf einer bestimmten Entwicklungsstufe des Kapitalismus die früher in erster Linie von zyklischen Krisen erfüllte Aufgabe, einen Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals zu entwerten, was im Zuge durch weitere wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen unterstützter direkter bzw. indirekter Finanzierung der Produktion geschieht. „Die verschiedenen Formen des Eingreifens des monopolistischen Staates verschärfen den Widerspruch zwischen den Produktivkräften, die sich auch international zunehmend vergesellschaften, und dem privaten Charakter der Aneignung der Produktionsmittel noch mehr. Das ist der Beweis dafür, daß nur das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln diesen Widerspruch, der den staatsmonopolistischen Kapitalismus erschüttert, lösen und jene Krise beenden kann, durch die seine gegenwärtige Entwicklungsphase gekennzeichnet wird" [36]). Trotz der seit dem Ersten Weltkrieg, spätestens jedoch seit der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre zu beobachtenden Verschränkung von ökonomischer Basis und staatlichem Überbau erschöpft sich die Tätigkeit des bürgerlichen Staates keineswegs darin, die erweiterte Reproduktion des Monopolkapitals zu beschleunigen: darüber hinaus unternehmen staatliche Organe den Versuch, ihren Druck auf die Lohnabhängigen, bedingt durch deren Drängen nach umfassender Gesellschaftsveränderung, aber auch nach Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen noch innerhalb des bestehenden Systems selbst, zu verstärken, und zwar gleichermaßen auf sozialem, politischem und ideologischem Gebiet. Als Beispiel sei hier nur der von Sozialdemokraten mitverantwortete Abbau demokratischer Rechte genannt.

Anstatt den Funktionswandel des Staates mit in die Betrachtungen einzubeziehen, verliert sich die Zweitfassung des Orientierungsrahmens in spekulative Überlegungen im Hinblick auf soziale bzw. sozialstaatliche Systemkosmetik, nicht

34) Vorstand der SPD (Hrsg.), Zweiter Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975—1985, a. a. O., S. 24.
35) Ebd., S. 25.
36) Paul Boccara u. a., Der staatsmonopolistische Kapitalismus, a. a. O., S. 35.

ohne unter dem Eindruck der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise die Möglichkeit eines Abbaus staatlicher Leistungen anzudeuten. Die Zielsetzung dieser Erwägungen korrespondiert mit dem Bemühen der Herrschenden um eine Effektivierung der Interventionstätigkeit des Staates, erklärt man es doch für ein vordringliches Anliegen der SPD-Politik, „durch Verbesserung von Organisation, Verfahren und Koordination die Planungsfähigkeit des Staates systematisch zu erhöhen" [37]).

Dazu soll das Konzept der indirekten Investitionslenkung beitragen, dem die Kommissionsmehrheit den Vorzug gegenüber unmittelbaren Eingriffen in die Autonomie privater Kapitaleigner gegeben hat. „Die letztverantwortliche Investitionsentscheidung innerhalb des gesetzten Rahmens verbleibt ... beim Unternehmen" [38]). Die rechtssozialdemokratischen Anhänger dieses Modells, deren Exponent Herbert Ehrenberg maßgeblich an der Ausformulierung des wirtschaftspolitischen Teils der Programmvorlage beteiligt war, halten konsequent am kapitalistischen Ordnungsschema fest und behaupten, der durch die Vorgabe staatlicher Rahmendaten von seinen „Schwachstellen" befreite Marktmechanismus gewährleiste die optimale Versorgung des ganzen Volkes [39]). Etwaige Friktionen beseitige der dem sozialen Ausgleich verpflichtete demokratische Staat, dessen Wirken als Korrektur- und Koordinationsinstanz den Wirtschaftsablauf vor unerwünschten Konjunktureinbrüchen zu schützen hätte. Obgleich die Unfähigkeit des Kapitalismus zur Lösung seiner brennendsten Probleme heute offen zutagetritt, vertraut man mit der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft einer auf die Profitmaximierung der Monopole abstellenden Krisenvermeidungsstrategie.

Der reformistische Ansatz, wie ihn etwa Werner Meißner, Norbert Wievzorek und Karl Georg Zinn mit ihren Vorschlägen bezüglich eines abgestuften Systems von Investitionskontrollen verfechten, will durch die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und damit unter Umgehung der Eigentumsfrage die wegen ihrer Auswüchse scharf kritisierte Wirtschaftsordnung des Kapitalismus sozialistisch umgestalten. Diese Richtung überschätzt nicht nur den partiellen Gegensatz zwischen Staat und Privatkapital, sondern gibt sich auch der Täuschung hin, den Staat im Sinne gesamtgesellschaftlicher Bedürfnisbefriedigung umpolen zu können, ohne das Kapitalverhältnis zu durchbrechen und den monopolistischen Machtzentren die vereinte Kraft der Arbeiterklasse sowie anderer ausgepreßter Schichten entgegenzusetzen.

Demgegenüber haben marxistische Sozialdemokraten, ohne allerdings in der Partei auf nennenswerte Resonanz zu treffen, immer wieder die Notwendigkeit betont, strukturbestimmende Sektoren der Volkswirtschaft in Gemeineigentum zu überführen. Denn wegen der Tendenz des Großkapitals, selbst potentiell antimonopolistische Reformen zu unterlaufen oder für sich zu vereinnahmen, muß eine Mindestschwelle der Vergesellschaftung erreicht sein, bevor die direkte Investitionslenkung innerhalb eines Modells gesamtgesellschaftlicher demokratischer Planung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung wirksam werden kann.

Im Gegensatz zum Kapitel „Markt und Lenkung", das auf Bezirks- und Landesparteitagen der SPD für Konfliktstoff gesorgt hatte, spielten die Passagen über den Staat in der Endphase des Ringens um Formulierungskompromisse nur eine

37) Siehe Vorstand der SPD (Hrsg.), Zweiter Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975—1985, a. a. O., S. 33.
38) Ebd.
39) Vgl. zum folgenden: Manfred Zöllmer, Möglichkeiten und Grenzen der Investitionslenkung als Element einer demokratischen Wirtschaftspolitik, in: „Blätter", 5/1975, S. 512 ff.

untergeordnete Rolle. Waren die Dollpunkte der Staatsproblematik schon in der auf dem Mannheimer Delegiertentreffen gebildeten Arbeitsgemeinschaft „OR '85 — Der Staat in der parlamentarischen Demokratie" allenfalls am Rande berührt worden, so kam eine Diskussion im Plenum gar nicht erst auf [40]). Die spürbar geschwächte Parteilinke konzentrierte sich auf den Planungsabschnitt des Orientierungsrahmens, doch gelang es ihr weder in der Vergesellschaftungsfrage noch hinsichtlich einer gesamtwirtschaftlichen, die private wie die öffentliche Anlagetätigkeit erfassenden Projektion oder der Ausweitung konjunktur- und strukturpolitisch begründeter Investitionsverbote, Alternativvorschläge durchzusetzen.

Heinz Kühn bezeichnete es in seiner Eröffnungsrede als eine Lehre aus dem Schicksal der Weimarer Republik, „daß wir diesen unseren heutigen Staat des Grundgesetzes bei all seinen auch heute noch fortdauernden Unzulänglichkeiten nicht lediglich als Plattform unseres Wirkens, sondern als *unseren* Staat begreifen, den wir Sozialdemokraten — und wer sonst? — zum fortschrittlichsten und verfassungspolitisch freiesten Land Europas gemacht haben" [41]). Kritik an dem kurzerhand mit der Verfassung identifizierten „SPD-Staat" war denn auch verpönt, was besonders augenfällig wurde, als der schleswig-holsteinische Delegierte Günther Heyenn, die vom rechten Parteiflügel oktroyierte Disziplin durchbrechend, die Berufsverbotspraxis in den sozialdemokratisch regierten Bundesländern anprangerte, die Namen der betreffenden Regierungschefs in Zusammenhang mit einem „K. o. für die Rechtsstaatlichkeit" brachte — und später gezwungen wurde, sich für seine „mißverständlichen" Äußerungen zu entschuldigen [42]).

Die dem Parteitag von einer Antragskommission nach Sichtung der Änderungswünsche aus den Gliederungen vorgelegte Neufassung des Allgemeinen Teils wies gegenüber dem Zweitentwurf eines Orientierungsrahmens keine gravierenden Unterschiede auf. Wiederum verschwimmt die sozioökonomische Determiniertheit staatlichen Handelns in einem idealistischen Zerrbild, das den Staat als von den Interessen und dem „Durchsetzungskampf" organisierter gesellschaftlicher Gruppen abhängig darstellte, „einmal weil sie den Ausgang der Wahlkämpfe mitbestimmen und über die Parteien der Regierung Aufträge zu erteilen suchen, zum anderen, weil der direkte Druck solcher Gruppen den Plänen der Regierung Grenzen setzen oder deren Durchführung verhindern kann" [43]). Wer „die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer verstärken, die ‚Gegenmacht' der Gewerkschaften gegenüber der Kapitalseite sichern und den Handlungsspielraum des Staates gegenüber privater Wirtschaftsmacht erweitern" [44]) will, muß notwendigerweise eine gegen die Monopolbourgeoisie gerichtete Politik demokratischer Reformen betreiben, was der SPD-Orientierungsrahmen in Übereinstimmung mit dem Regierungskurs jedoch geflissentlich übersieht. Monierte ein Antrag aus Oldenburg, der OR-Entwurf lenke „vom zentralen Problem der Ausübung politischer Macht durch das Großkapital ab" [45]), so definierte der Unterbezirk Köln den bürgerlichen Staat als „Ausdruck der Herrschaftsverhältnisse in der Klassengesellschaft", dem die Aufgabe obliege, „Gesamtrahmenbedingungen für den Kapitalverwertungsprozeß zu schaffen. Durch die rechtliche Gewährleistung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln sowie dessen strafrechtlichen, polizeilichen, militärischen und ideologischen Schutz sichert der Staat die herrschende Stellung des Kapitals" [46]).

40) Vgl. Vorstand der SPD (Hrsg.), Unkorrigiertes Protokoll des Mannheimer Parteitages, 11.—15. November 1975, Zweiter Verhandlungstag, Mannheim o. J., S. A 29 ff., sowie: Vierter Verhandlungstag, S. 33 f.
41) Siehe unkorrigiertes Protokoll, Erster Verhandlungstag, S. 20.
42) Vgl. Unkorrigiertes Protokoll des Mannheimer Parteitages, Vierter Verhandlungstag, S. 155 ff.
43) Siehe SPD-Parteitag Mannheim, 11.—15. November 1975, Anträge OR '85, Vorlage 4, o. O. u. J., S. A 24.
44) Ebd., S. A 26.
45) Siehe Antrag OR 365, ebd., S. 273.
46) Antrag 473, ebd., S. 328.

Statt die in dem gegenwärtigen Krisendebakel angelegte Entmythologisierung der Marktwirtschaft aktiv voranzutreiben, trug die sozialdemokratische Führung zur Mystifizierung des Kapitalismus bei. Während die Koalition im Zuge einer Begrenzung der Haushaltsdefizite vor einer Streichung finanzieller Mittel etwa im Bildungs- bzw. Ausbildungsbereich nicht zurückschreckte und selbst seinerzeit als Erfolgsbeweis ihrer Reformpolitik angesehene Gesetzesbestimmungen außer Kraft setzte, nahmen die Aufwendungen für den Ausbau des staatlichen Repressionsapparats (Polizei, BGS, Bundeswehr, Verfassungsschutz usw.) prozentual und real zu. Dennoch handelt es sich bei der BRD Hans-Jochen Vogel zufolge um eine nachkapitalistische Übergangsgesellschaft, „weil dies eben nicht mehr der Staat und die Gesellschaftsordnung des klassischen Kapitalismus ist, sondern eine Ordnung, in die bereits wesentliche Elemente des demokratischen Sozialismus eingegangen und in den Forderungen des Godesberger Programms verwirklicht worden sind" [47]). Der Orientierungsrahmen, daran besteht kein Zweifel, soll die hier von einem ihrer führenden Vertreter zum Ausdruck gebrachte Verschmelzung einflußreicher Teile der SPD mit dem staatsmonopolistischen System bis in die 80er Jahre hinein programmatisch festschreiben.

Die Nürnberger Prozesse – dreißig Jahre danach

Von Robert M. W. Kempner

Am 20. November 1945, also vor dreißig Jahren, begann der erste Hauptverhandlungstermin vor dem Internationalen Militärgerichtshof (IMT) in Nürnberg, der Stadt Albrecht Dürers und Hans Sachsens, aber auch der Stätte der Reichsparteitage und der Verkündung der ruchlosen Rassegesetze. Auf der Anklagebank saßen, angefangen mit Herrmann Göring, 21 Angeklagte, Martin Bormann war in absentia angeklagt, der Angeklagte Robert Ley hatte Selbstmord begangen, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach war durch Krankheit ausgefallen. Schattenangeklagte waren die Selbstmörder Adolf Hitler, Joseph Goebbels und Heinrich Himmler *). Die Angeklagepunkte waren die Organisation von Angriffskriegen, Überfälle auf fremde Nationen, kriegsverbrecherische Ermordung von Kriegsgefangenen, abgestürzten Fliegern etc., Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Massenermordungen von Millionen Juden, Tausenden von Priestern, Zigeunern, Angehörigen der Intelligenz der Oststaaten, Versklavung von Fremdarbeitern, Vertreibung von Zivilbevölkerung und ihre Ausplünderung, um die Hauptpunkte zu nennen; außerdem waren kriminelle Organisationen, wie die Gestapo, SS, SD usw. angeklagt.

---

47) Siehe Vorstand der SPD (Hrsg.), Unkorrigiertes Protokoll des Mannheimer Parteitages, 11.—15. November 1975, erster Verhandlungstag, a. a. O., S. 91.

*) Die Urteile lauteten: Hermann Göring — Todesstrafe, Selbstmord; Rudolf Heß — Lebenslänglich; Joachim v. Ribbentrop — Todesstrafe, hingerichtet; Wilhelm Keitel — Todesstrafe, hingerichtet; Ernst Kaltenbrunner — Todesstrafe, hingerichtet; Alfred Rosenberg — Todesstrafe, hingerichtet; Hans Frank — Todesstrafe, hingerichtet; Wilhelm Frick — Todesstrafe, hingerichtet; Julius Streicher — Todesstrafe, hingerichtet; Walter Funk — Lebenslänglich; Hjalmar Schacht — Freispruch; Karl Dönitz — 10 Jahre; Erich Raeder — Lebenslänglich; Baldur v. Schirach — 20 Jahre; Fritz Sauckel — Todesstrafe, hingerichtet; Alfred Jodl — Todesstrafe, hingerichtet; Franz v. Papen — Freispruch; Arthur Seyß-Inquart — Todesstrafe, hingerichtet; Albert Speer — 20 Jahre; Konstantin v. Neurath — 15 Jahre; Hans Fritsche — Freispruch; Martin Bormann — Todesstrafe.

Dem Verfahren vor dem IMT schlossen sich 12 weitere Nürnberger Prozesse an, und zwar vor allem wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen von Ärzten, Juristen, Reichsministern, Staatssekretären, Diplomaten, Generälen, Industriellen und führenden Mitgliedern von SS-Ämtern oder Einsatzgruppen. Von den 199 Angeklagten in diesen dreizehn Prozessen wurden 38 freigesprochen, 22 Verurteilte wurden hingerichtet. Sämtliche in den Nachfolgeprozessen zu lebenslänglicher oder zeitlicher Freiheitsstrafe Verurteilten wurden bereits anfangs der 50er Jahre aufgrund starken deutschen Druckes ohne Befragung der Richter und Staatsanwälte von den dafür zuständigen amerikanischen Behörden angesichts der politischen Ära des Kalten Krieges begnadigt und entlassen. Ihre volle Strafe im Spandauer Gefängnis verbüßt haben, soweit nicht wegen Krankheit vorzeitig entlassen, die im IMT-Prozeß Verurteilten, unter ihnen Albert Speer und Baldur von Schirach (20 Jahre). Der einzige noch Einsitzende ist der über 80jährige Rudolf Hess, ehemals „Stellvertreter des Führers"; er ist übrigens der einzige der in Nürnberg Angeklagten, der lediglich wegen Verbrechens gegen den Frieden bestraft wurde. Sämtliche anderen Verurteilten fielen vor allem unter Strafgesetze, die nach dem Recht jeden Kulturstaates strafbar sind: Mord, Raubmord, Freiheitsberaubung, Plünderung etc.

Am ersten Tage der Hauptverhandlung gab der Gerichts-Vorsitzende, Lord-Richter Geoffrey Lawrence, die folgende Erklärung ab:

„Dieser Internationale Militärgerichtshof ist aufgrund der Londoner Vereinbarung vom 8. August 1945 und des dieser beigefügten Statuts gegründet worden.

Der Zweck, zu dem dieser Gerichtshof gegründet wurde, ist, wie in Artikel 1 des Statuts ausgeführt, die gerechte und rasche Prozeßführung gegen die Hauptkriegsverbrecher der europäischen Achse und ihre Bestrafung. Signatare der Vereinbarung und des Statuts sind:

die Regierung des Vereinten Königreichs von Großbritannien und Nordirland; die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika; die Provisorische Regierung der Französischen Republik und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Der Ausschuß der Hauptanklagevertreter, der von den 4 Signatarmächten ernannt wurde, hat endgültig festgelegt, wer die Hauptkriegsverbrecher sind, die von diesem Gericht abgeurteilt werden sollen, und hat die gegen die Angeklagten heute erhobene Anklage gutgeheißen.

Donnerstag, den 18. Oktober 1945, wurde die Anklage dem Gericht in Berlin eingereicht. Eine Abschrift dieser Anklage in deutscher Sprache ist jedem der Angeklagten überreicht worden, die sie seit mehr als 30 Tagen im Besitz haben.

Alle Angeklagten sind durch Verteidiger vertreten. In fast allen Fällen sind die Rechtsanwälte von den Angeklagten selbst gewählt worden. In den Fällen, in denen ein Anwalt nicht gefunden werden konnte, hat das Gericht selbst eine angemessene und dem Angeklagten genehme Verteidigung bestellt.

Das Gericht hat mit großer Befriedigung von den Maßnahmen erfahren, die die Hauptanklagevertreter getroffen haben, um den Verteidigern die zahlreichen Dokumente, auf die sich die Anklage beruft, zur Verfügung zu stellen und den Angeklagten jede Möglichkeit einer gerechten Verteidigung zu geben.

Der Prozeß, der nunmehr eröffnet wird, steht einzig in der Rechtspflege der Welt da und ist von größter Bedeutung für Millionen von Menschen auf der ganzen

Welt. Aus diesem Grund ruht auf jedermann, der daran teilnimmt, die feierliche Verantwortung, seiner Pflicht furchtlos und unparteiisch nachzukommen, gemäß den geheiligten Grundsätzen von Recht und Gerechtigkeit.

Da nunmehr die vier Signatarmächte dieses Gerichtsverfahren eröffnet haben, ist es die Pflicht aller daran Beteiligten, dafür Sorge zu tragen, daß dieses Verfahren in keiner Weise von den Grundsätzen und Traditionen abweicht, die allein der Gerechtigkeit Geltung verschaffen und ihr in den Angelegenheiten aller zivilisierten Staaten die ihr gebührende Stellung sichert.

Dieses Verfahren ist im wahrsten Sinne des Wortes ein öffentliches, und ich will daher die Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, daß der Gerichtshof auf der Wahrung von Anstand und Ordnung bestehen und diese nötigenfalls mit Anwendung von strengsten Maßnahmen erzwingen wird."

Das Verfahren wurde energisch und weise durch den Vorsitzenden geleitet, vorwiegend nach anglo-amerikanischem Verfahrensgrundsätzen, deren strikter Anhänger ich bin. Doch wurden im Laufe des Prozesses auch kontinentale Verfahrensgrundsätze benutzt.

„Der Prozeß des Jahrhunderts", wie er vielfach in der Literatur bezeichnet wurde, hatte zunächst den Zweck, die Hauptschuldigen einer gerechten Bestrafung zuzuführen. Aber der Sinn und die Ausstrahlungen des Prozesses und der darauf folgenden zwölf Nachfolgeprozesse waren viel weitgehender.

Das düstere Panorama des Dritten Reiches wurde durch tausende amtliche deutsche Dokumente enthüllt: Die Befehle zum Überfall auf fremde Nationen, zur Ermordung Kriegsgefangener, abgesprungener Flieger, Juden, katholischer Priester, slawischer „Untermenschen", „nutzloser Esser", „Minderrassiger" und der wirklichen und angeblichen Gegner des NS-Regimes konnten Deutschland und der Welt präsentiert werden. Die Prozeßprotokolle geben dafür zahlreiche Beispiele. Mit diesen Befehlen und Anordnungen, teilweise auch ihren eigenen Tagebüchern — wie z. B. das des Polengouverneurs Hans Frank — hatten sich die Angeklagten ihre eigene Anklage geschrieben.

Die Durchführung des Prozesses zeigte gleichzeitig der Weltöffentlichkeit, wer außer Hitler, Goebbels, Himmler und anderen, die bei Eintritt der Katastrophe Selbstmord begangen hatten, die Hauptschuldigen waren: Ihre Auswahl zeigt, daß die Alliierten nicht von einer Kollektivschuld des deutschen Volkes ausgingen.

Durch die Bestrafungen wurde gleichzeitig den neuen deutschen Parteiführern und Politikern der Rücken von Elementen freigemacht, die sich trotz verbrecherischer Betätigung während des Naziregimes wieder in das politische Leben hineinzuschleichen versuchten.

Über diese Erkenntnisse hinaus ist „Nürnberg" aber auch zu einem Meilenstein auf dem dornigen Wege des Völkerrechts und ein Menetekel für Staatsmänner und Politiker der ganzen Welt geworden. Die Konventionen über die Menschenrechte sowie gegen den Völkermord sind ein beredtes Beispiel für die Ausstrahlungen von Nürnberg, das zu einem völkerrechtlichen Begriff geworden ist. Worte wie Aggressoren, Angriffskriege, Völkermord (Genocidium) — auch im deutschen Strafrecht neu aufgenommen —, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Menschenwürde, „Euthanasie", d. h. Vernichtung „nutzloser Esser", Endlösung der Judenfrage, Liquidierung von Minderheiten gehören heute zum allgemeinen politischen und juristischen Sprachschatz. Seit dem Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß will niemand mehr ein Aggressor sein, über dem das Damoklesschwert einer Hinrichtung schwebt.

Die Nürnberger Prinzipien sollten, wie das der amerikanische Hauptankläger Robert H. Jackson und sein Nachfolger, General Telford Taylor, im Gerichtssaal hervorgehoben haben, für alle Kriegsverbrecher gelten, nicht etwa nur für Deutschland. Gewiß sind seit dem Ende der Nürnberger Prozesse andere Kriegsverbrechen begangen worden; wenn auch niemals in solchem Umfange und so geplant und dokumentiert wie die des Dritten Reiches. So tritt die Frage auf, ob das Völkerstrafrecht einen wirklichen Wert hat — ebenso wie das gewöhnliche Strafrecht, das auch nur eine beschränkte Anzahl von Verbrechern fassen kann. In Nürnberg hat General Taylor (im Fall 6) dazu folgendes ausgeführt:

„So traurig und entmutigend die heutigen Zustände auch sein mögen, so beweisen sie doch nicht die Schwäche des Rechts, sondern die Mängel seiner Durchführung. Das ist nichts Neues in der Rechtsgeschichte. Der Landfriede war niemals leicht herzustellen. Durch Jahrhunderte hindurch haben die Raubritter in ihren Schlössern den reisenden Kaufleuten aufgelauert, um sie zu berauben und zu ermorden, spielten mit dem Leben und dem Glück ihrer Sklaven auf dem Schloß und starben ungestraft in ihren Betten. Trotz der Ruhelosigkeit unserer Zeit läßt sich jedoch keine Stimme hören, die Angriffshandlungen in Schutz nimmt und erklärt, daß sie keine Verbrechen seien. Es besteht kein ernsthafter Zweifel mehr über die Existenz eines Rechts, das den kriegerischen Angriff verdammt, ebensowenig wie zu Bractons Zeiten ein Zweifel über das Bestehen von Rechtssätzen gegen Raub und Mord bestand. Die Richter zu Bractons Zeiten haben oft mitansehen müssen, daß des Königs Friede nicht beachtet wurde, aber wir können dafür dankbar sein, daß sie niemals verzweifelten und das Recht verwarfen, das den Menschen Hoffnung auf Friede und Sicherheit in der Zukunft gab."

Die Kenntnis über die weltgeschichtlichen Nürnberger Prozesse sollte vor allem dazu beitragen, daß die Idee der internationalen Strafverfolgung durch die Schaffung eines internationalen Straftribunals und einer internationalen Polizeiexekutive gefördert wird.

Daß der IMT-Prozeß fair geführt wurde, ist inzwischen auch von einem Verurteilten, der seine 20 Jahre Freiheitsstrafe voll verbüßt hat, nämlich dem früheren Rüstungsminister Albert Speer, in seinen „Spandauer Tagebüchern" erklärt worden, nachdem Nürnberger Verteidiger dies schon längst bestätigt hatten. Daß die Verteidigung benachteiligt wurde, wie gelegentlich behauptet, erscheint schon deshalb eigenartig, weil die Angeklagten die von ihnen unterzeichneten, oft mörderischen Dokumente seit viel längerer Zeit und besser kannten als die nichtdeutschen Ankläger, die sich erst in die Materie einarbeiten mußten, während die Verteidiger von ihren Mandanten genaue Informationen hatten. Der Vorwurf gegen Nürnberg, dort sei der Grundsatz „Keine Bestrafung ohne vorherige strafgesetzliche Regelung" (nulla poena sine lege) nicht befolgt worden, ließ sich gleichfalls nicht aufrecht erhalten. Das Gebot „Du sollst nicht töten", ist Jahrtausende älter als die Nürnberger Prozesse und in den Strafgesetzbüchern aller Kulturstaaten enthalten, Strafvorschriften für andere Verbrechen, die unter den Begriff „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" fallen, finden sich ebenfalls in den Strafgesetzbüchern. Das Verbrechen des Angriffskrieges, wegen dessen einige wenige der 199 Angeklagten in Nürnberg verurteilt wurden, ist bereits durch den Kellogg-Briand-Pakt von 1928 statutarisch in das Völkerrecht eingeführt worden. Im übrigen beruht das Völkerrecht nicht auf gesetzten, auf statutarischem Recht, sondern entwickelt sich aus Präzedenzfällen. Im anglo-amerikanischen Recht gibt es ohnehin nicht einmal den Grundsatz nulla poena sine lege, das Recht wird vielmehr durch Präzedenzfälle weiter entwickelt.

Von den Gegnern „Nürnbergs" wird oft gefragt, warum die verantwortlichen Staatsmänner anderer Staaten, die Verbrechen gegen den Frieden begangen haben, nicht bestraft werden. Dafür gibt es eine sehr einfache Antwort: nämlich das alte Rechtssprichwort „Die Nürnberger hängen keinen, sie hätten ihn denn". Gerade deshalb ist die Schaffung eines internationalen Strafgerichtshofes notwendig.

Schließlich noch der Einwand: Nürnberg war ja ein Verfahren von Siegern gegen Besiegte. Dieser Einwand ist rein propagandistischer Natur. Seit wann können Angeklagte verlangen, daß sie für ihre Verbrechen nur von Angehörigen ihrer eigenen Nation abgeurteilt werden? Wurden Holländer, Franzosen, Polen, Tschechen oder Russen, die angebliche Straftaten gegen die damalige deutsche Besatzungsmacht begangen hatten, nicht auch von den Siegern, den damaligen Besatzern, abgeurteilt? Jeder Angeklagte in jedem Land wird im übrigen von der herrschenden, der siegreichen Klasse abgeurteilt. Wenn die herrschende Schicht den Begriff Privateigentum verneint, gibt es keine Diebe mehr. Und solange eine herrschende Mehrheit die Abtreibung für strafbar hält, wird nach dem § 218 abgeurteilt. Die beschuldigte Frau kann nicht verlangen, von Abtreibungsbefürwortern abgeurteilt zu werden.

Jetzt, 30 Jahre nach Beginn des ersten und etwa 25 Jahre nach Ende des letzten Nürnberger Prozesses, sind diese weltgeschichtlichen Prozesse erneut in aller Munde.

Im Frühjahr dieses Jahres erhielt ich von dem Sohn eines in Nürnberg verurteilten Kriegsverbrechers einen Brief, in dem es heißt: „Ich will weder Gefahr noch Mühe scheuen, dabei mitzuhelfen, daß sich Verbrechen wie die Endlösung der Judenfrage nicht wiederholen." Ein anderer Deutscher, ein zu langer Haft verurteilter früherer Kriegsverbrecher, bat mich, ihm Organisationen namhaft zu machen, die sich mit der Betreuung von Naziopfern befassen. Er habe den Wunsch, einer solchen Organisation eine Spende zukommen zu lassen. Nürnberg, eine „moralische Institution" und nicht nur eine rechtliche oder historische . . .

Daß es das war, zeigen die zahlreichen Spielfilme, Vorträge, Bücher und Fernsehprogramme, die m. E. eine moralische Wirkung ausgeübt haben. In diesem Zusammenhang seien auch die letzthin ausgestrahlten Filme über Auschwitz (mit Diskussion von Schülern), Buchenwald und den „Lebensborn" erwähnt. Ferner sei auch auf die endlich erfolgte Ratifizierung des deutsch-französischen Abkommens über Verbrecher erwähnt, die in der Bundesrepublik noch frei herumlaufen.

Für viele Deutsche wirkten übrigens die Nürnberger Prozesse als eine Art Beruhigungspille, die es ihnen ermöglichte, aus der Aburteilung der wenigen eine Art Unschuldsbescheinigung für viele nicht Gefaßte herauszulesen.

Anfang der 50er Jahre machte sich allerdings eine Strömung geltend, die auf eine Revision der Nürnberger Prozesse und der diesen Prozessen zugrunde liegenden ethischen Werte abzielte. Es entstand eine „revisionistische" Literatur, die in Hitler nicht mehr den Hauptangreifer sah. Dokumentarische Beweise wurden als fragwürdig hingestellt und nazifreundliche englische und französische Publikationen wurden von unbelehrbaren Rechtsradikalen über den grünen Klee gepriesen; trotz objektiver wissenschaftlicher Arbeiten über die nationalsozialistische Epoche konnte sich ein neo-nazistischer Trend entwickeln.

1974 und in den ersten Monaten des Jahres 1975 bildeten sich in verschiedenen deutschen Städten Cliquen, die trotz einwandfrei festgestellter Tatsachen die

„Endlösung der Judenfrage" und die Grausamkeiten von Auschwitz als unwahr hinzustellen versuchen. So sei zum Beispiel die Zahl der ermordeten Juden äußerst gering, und Hitler habe angeblich von diesen Schandtaten nichts gewußt.

Solche Cliquen — offenbar Bestandteile internationaler neo-nazistischer Organisationen — versuchen, jetzt einen neuen Dolchstoß-Mythos aufleben zu lassen, etwa nach dem Muster der berüchtigten Ritualmord-Lügen.

Auch wenn sich erfreulicherweise die Bundesanwaltschaft mit derartigen Vorgängen befaßt, so ist doch der Zeitpunkt gekommen, die Öffentlichkeit erneut vor der Entwicklung neo-nazistischer Gruppen zu warnen. Ihre Vorgänger haben auch einmal klein angefangen und genügend Unheil über Deutschland und die Welt gebracht. Es gibt durchaus geschichtliche Situationen, die sich besonders im Falle von Wirtschaftskrisen wiederholen können.

Die Weltwirtschaft des Kapitals

Vierteljahresübersicht

Von Jürgen Kuczynski

I. Die Finanzseite

Natürlich ist die Industrieproduktion der Kern der kapitalistischen Wirtschaft. Sie ist auch der Herd der zyklischen Überproduktionskrise, die sich gegenwärtig in allen großen kapitalistischen Ländern abspielt. Jedoch darf man nicht vergessen, daß es gerade die Finanzseite — Banken, Staatshaushalt, Währungen — ist, die die spektakulärsten Ereignisse in einer Krise bringt, und gerade durch diese Spektakularität der Krise einen weiteren Impuls geben kann.

Man denke nur daran, welche Rolle die Zusammenbrüche der deutschen Großbanken im Juli 1931 in der Krise von 1929/32 oder der der Wiener Großbanken im Mai 1873 für die damaligen Krisen gespielt haben.

Heute hat das Kapital eine hohe Technik der Verhütung von offenen Bankrotterklärungen entwickelt — der Staat greift zumeist 5 Minuten vor 12 Uhr ein ... oder, wie vor kurzem, auch der Fonds der Altersversicherung der Lehrer in New York, der der Stadt sein Vermögen als Sicherheit für Bankkredite zur Verfügung stellte. Aber natürlich reichte dieser Fonds nur für ein paar Wochen, und es ergab

sich die erstaunliche Situation, daß der Gouverneur des Staates New York und der Oberbürgermeister der Stadt New York zu einer Demonstration gegen die Regierung, die sich weigerte, der Stadt finanziell zu helfen, aufriefen. Während diese Zeilen geschrieben werden, ist noch nicht klar, wie sich New York auf die Dauer mit seinen Gläubigern arrangieren, wer ihm in welcher Form zu Hilfe kommen wird. Dabei ist New York kein Einzelfall. Andere Städte in den USA stehen ebenfalls nicht weit vom Bankrott.

Auch in der Bundesrepublik spitzt sich gerade in der letzten Zeit die Finanzsituation zu. Die Steigerung der Staatsschulden nimmt ganz enorme Ausmaße an. Von 1974 bis 1975 wird sich das Tempo der Schuldenzunahme gegenüber dem Vorjahr verdreifachen. Nachdem Bund, Länder und Gemeinden in den 25 Jahren von 1949 bis 1974 insgesamt rund 160 Mrd. DM Schulden gemacht haben, werden allein in dem einen Jahr 1975 weitere 50 Mrd. DM als Minimum hinzukommen. Infolgedessen steht der Anleihemarkt unter Druck, und die Bundesbank hatte in kurzer Zeit für rund 8 Mrd. DM Anleihen kaufen müssen, um die Kurse zu halten. Am 23. Oktober aber erklärte sie, keine Stützungskäufe mehr vornehmen zu wollen. Bisher haben die Banken, die die größten Verkäufer alter Anleihen gewesen waren, um die neuen, höherverzinslichen kaufen zu können, noch keinen Erfolg in ihrem Sturm gegen die Bundesbankentscheidung gehabt. Unter diesen Umständen kann man damit rechnen, daß die Regierung gezwungen wird, ihre Anleihen noch höher zu verzinsen, um genügend Geld in die Kassen zu bekommen. In jedem Fall braut sich ein Gewitter in der Finanzwelt der BRD, genau wie in den USA und auch in Großbritannien, zusammen. Und ein solches Gewitter kann die Krise sehr wohl stark zuspitzen. „Die Zukunft ist auch nicht mehr, was sie war", stellen mit Bedauern so manche Bankdirektoren fest.

II. Ist der Tiefpunkt der Krise in den USA erreicht?

Genau diese Frage hatten wir in unserer vorangehenden Vierteljahresübersicht („Blätter", Heft 9/1975, S. 1018) gestellt und bemerkt: „Ziemlich allgemein wird von der Regierung der USA und von den dortigen Wirtschaftsexperten angenommen, daß der Tiefpunkt der Krise in den USA erreicht worden ist. Man hat von seiten der Regierung ein ‚Prognosebarometer' (index of leading indicators) konstruiert, das 12 Komponenten hat — darunter: Durchschnitt der in der Industrie pro Woche und Arbeiter gearbeiteten Stunden, Entlassungsrate, Neue Aufträge für Konsumgüter wie für Investitionsgüter, Nettoveränderungen in den Warenlagern, Aktienkurse usw. Und dieser Prognoseindex ist in den letzten Monaten ständig gestiegen. Auch ist die Industrieproduktion seit 8 Monaten zum erstenmal im Juni, und zwar um 0,4 %, heraufgegangen. Es sollte nicht überraschen, wenn in der Tat in den nächsten Monaten die Geschäftstätigkeit ein wenig zunimmt oder zumindest nicht merklich absinkt."

Die Geschäftstätigkeit hat in der Tat weiter zugenommen. Gleichzeitig hatten wir aber bemerkt, daß es in jeder Krise kurzfristige Aufschwünge gibt, denen eine neue Vertiefung der Krise folgt, die also nur ein „Zwischenspiel" innerhalb der Krise sind. Wir schrieben: „Frage: Ist die leichte Steigerung der Industrieproduktion in den USA ein Zeichen dafür, daß die Krise ihren Tiefpunkt erreicht hat, oder bedeutet sie nur den Beginn eines neuen ‚Zwischenspiels'?

Entschiedene Antwort: Es ist unmöglich, diese Frage im gegenwärtigen Augenblick zu beantworten.

Wohl aber schien es mir notwendig, auf die beiden Möglichkeiten der Entwicklung hinzuweisen. Denn es kann aufgrund der gegenwärtigen Daten und in der gegenwärtigen Situation unmöglich, wie es die amerikanische Regierung und die Wirtschaftsexperten tun, mit Sicherheit ein Ende der gegenwärtigen Krise angezeigt werden."

Es ist auch gegenwärtig noch nicht klar, wie die Situation in den USA zu beurteilen ist. Aber folgendes ist inzwischen geschehen: Im August waren die „leading indicators", das Prognosebarometer der Regierung, noch um 0,8 % heraufgegangen. Im September waren sie jedoch um 0,9 % gesunken, die erste Senkung seit März 1975! Man sieht die Berechtigung unserer Warnung zur Vorsicht. Man erkennt die ganze Labilität der Situation. Und man versteht auch, daß unter solchen Verhältnissen eine Zuspitzung auf der Finanzseite einen beachtlichen Einfluß auf den Gesamtverlauf der Krise haben kann.

III. Rüstung und Sozialversicherung

Die beiden Hauptposten des Staatshaushalts bzw. der öffentlichen Haushalte insgesamt in den großen kapitalistischen Ländern sind heute der Rüstungsetat und der Sozialetat.

Der Rüstungsetat der NATO hat sich in den letzten 10 Jahren mehr als verdoppelt:

Rüstungsausgaben der NATO

	Mrd. Dollar
1965	*73,968*
1970	*104,398*
1975	*150,00 *)*

*) Vorläufige Zahl

Innerhalb der EG (9 Staaten) sind sie in der gleichen Zeit sogar um rund das Zweieinhalbfache gestiegen. Gleichzeitig sind auch die Ausgaben für die Sozialversicherung laufend heraufgegangen. Insbesondere 1975 war die Steigerung dieser Ausgaben infolge der so bedeutenden Zunahme der Arbeitslosigkeit und der entsprechenden Erhöhung der Unterstützungsausgaben stark.

Da gleichzeitig infolge der Krise die Steuereinnahmen des Staates sanken, hat in allen großen kapitalistischen Ländern das Defizit zugenommen, und die Schuldenlast — wie wir oben bei der BRD gesehen haben, aber das gleiche gilt für die USA oder Großbritannien — steigt stärker denn je.

Um nun eine erneute Beschleunigung der Inflation durch noch schnellere Schuldensteigerung mit entsprechender Krediterweiterung und Geldvermehrung zu vermeiden, planen alle Regierungen Sparmaßnahmen. Überall sind bereits z. B. die Ausgaben für Bildung, Erziehung und Forschung gesenkt worden.

Aber all diese Senkungen, so erschreckend ihre Auswirkungen, spielen keine Rolle gegenüber den steigenden Ausgaben für Rüstung und Sozialpolitik. Daher wollen mehr und mehr Regierungen einen von diesen beiden Hauptposten kürzen — und mit Ausnahme von Holland tendieren alle dahin, die Ausgaben sozialpolitischen Charakters zu senken. Vor allem denken sie dabei an das System der Sozialversicherung. Ja, man kann sagen: wir stehen vor einem Generalangriff auf die Sozialversicherung, auf entscheidende Rechte, die sich die Arbeiterklasse im letzten Vierteljahrhundert erkämpft hatte.

Allen voran in diesem Kampf geht Präsident Ford in den USA, die doch von allen imperialistischen Ländern das schlechteste System der Sozialversicherung haben. In Großbritannien werden bereits erhebliche „Sparmaßnahmen" in den Krankenhäusern und bei der Verschreibung von Arzneien getroffen.

Ja, die Krankenversicherung wird mehr und mehr zum speziellen Angriffsziel der Reaktion. Schon am 18. September brachte das „Handelsblatt" eine Graphik der „Ausgabenflut der Krankenkassen", zu der es schrieb: „Eine Zeitbombe tickt in unserem System der sozialen Krankenversicherung: Allein in den letzten zehn Jahren haben sich die Ausgaben der Krankenversicherungen für Leistungen an die Versicherten annähernd vervierfacht (plus 276 %)."

Es ist unglaublich: Wenn es um die Wahl geht, das militärische Potential oder die Sozialversicherungsausgaben zu kürzen, entdeckt man Bomben nicht beim Militär, sondern in der Sozialversicherung . . .

Es ist unglaublich: Wenn infolge der Arbeitshetze und der Umweltverschmutzung die Zahl der Krankheiten zunimmt, dann sind die Krankgewordenen schuldig und sollen schlechter versorgt werden. Denn die Entschärfung der „Zeitbombe im System der sozialen Krankenversicherung" soll durch Abbau der Leistungen an die Kranken erfolgen. Sie werden doppelt bestraft: einmal, indem sie krank gemacht werden, und sodann, indem man ihre Pflege verschlechtert, sie eher sterben läßt.

So ist also die Abrüstung in doppelter Beziehung zu einer Überlebensfrage in den imperialistischen Ländern geworden: einmal durch Erhaltung des Friedens und sodann durch die Erhaltung der Sozialversicherung, insbesondere der Krankenversicherung. Man soll doch nicht vergessen, daß schon in den vorangehenden Jahren bei noch voller Erhaltung der Leistungen der Krankenversicherung in der Lebenserwartung der über 40jährigen infolge Arbeitshetze und Umweltzerstörungen eine Stagnation oder sogar ein Rückgang eintrat.

*

In diesem Zusammenhang ist es interessant, eine kürzlich von der rechtssozialdemokratischen wild antikommunistischen Friedrich-Ebert-Stiftung in Bad Godesberg herausgegebene Broschüre über „Das Gesundheitswesen in beiden deutschen Staaten" nachzulesen. Dort heißt es im „Ausblick" (S. 46 ff.): „Wenngleich es in beiden deutschen Staaten auf diesem oder jenem Gebiet des Gesundheitswesens noch Mängel und Rückstände geben mag, steht das Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik auf hohem Niveau und international mit an der Spitze. Relativ wenige Staaten der Welt können bessere und umfangreichere Angebote als beide deutsche Staaten an Ärzten oder Krankenhausbetten vorweisen . . . Unbestritten ist jedoch, daß die steigenden Aufwendungen für das Gesundheitswesen, die vor allem in den letzten zehn Jahren aufgrund neuer Erfordernisse und neuer Erkenntnisse notwendig wurden, in beiden Teilen Deutschlands neue Überlegungen notwendig machen. Da das wirtschaftliche Wachstum nicht mehr in der früheren Weise verläuft, sondern aufgrund vieler Umstände langsamer wird oder sogar zeitweise stagnieren kann, sind auch die Mittel spärlicher, die dem Gesundheitswesen zufließen können, es sei denn, man käme zu grundsätzlich neuen Gesichtspunkten bei der Verteilung und Umverteilung des Sozialproduktes."

Hier wird auch schon von sozialdemokratischer Seite angedeutet, daß eine Verbesserung der Gesundheitsfürsorge aus finanziellen Gründen immer schwieriger

wird, vorsichtig wird auf ein leises Ticken einer „Zeitbombe" hingewiesen. Zugleich aber wird völlig unsinnigerweise unterstellt, daß es in der DDR ebenfalls eine solche „Zeitbombe" gebe, da in der BRD wie in der DDR „das wirtschaftliche Wachstum nicht mehr in der früheren Weise verläuft, sondern aufgrund vieler Umstände langsamer wird oder sogar zeitweise stagnieren kann".

Nun trifft es zweifellos für die BRD zu, daß das wirtschaftliche Wachstum zwar nicht „aufgrund vieler Umstände" — wie geheimnisvoll das klingt —, sondern ganz präzis sich aufgrund der zyklischen Überproduktionskrise 1974 und 1975 in eine wirtschaftliche Schrumpfung verwandelt hat, sowie aufgrund der neuen Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus auch in Zukunft nicht wieder das Maß der vorangehenden 50er und 60er Jahre erreichen wird.

Von einer ähnlichen Entwicklung in der DDR zu sprechen, ist aber eine bewußte Irreführung, da dort weder von einer zyklischen Überproduktionskrise, noch von einer Krise des Kapitalismus, noch von „vielen Umständen" die Rede sein kann. Man vergleiche doch nur die Entwicklung der Industrieproduktion:

	Bewegung der Industrieproduktion	
Jahr	*BRD*	*DDR*
1973	+ 7 %	+ 7 %
1974	— 1 %	+ 7 %
1975 (I. Hj.)	— 9 %	+ 7 %

Auch wenn es in Bad Godesberg keinen Computer gibt, sollte man dort doch aufgrund der jedem zugänglichen amtlichen Zahlen erkennen können, wie grundverschieden die Entwicklung in der BRD und der DDR gewesen ist und daß keine Rede davon sein kann, daß es in der DDR irgendwelche Tendenzen zu einer Abnahme des wirtschaftlichen Wachstums gibt.

Natürlich haben die Godesberger recht, wenn sie ferner schreiben, daß in der DDR „der Spielraum, im Rahmen der gegebenen Verhältnisse noch gewisse Steigerungen im Gesundheitswesen zu erreichen, zweifellos größer ist" als in der BRD. Aber nicht nur, wie sie sagen, weil man sich in der DDR bemüht, den Konsum in vernünftige Bahnen zu lenken, sondern vor allem, weil in der DDR das wirtschaftliche Wachstum ständig und stetig vor sich geht, sowie weit stärker sein wird als in der BRD.

IV. Weltwirtschaftliches Wachstum

Daß das wirtschaftliche Wachstum in der Welt des Kapitalismus allgemein seit 1918 oder richtiger seit dem Ende der Interventionskriege und des Bürgerkrieges in der Sowjetunion geringer ist als in der Welt des Sozialismus, ist eine altbekannte, gesetzmäßig begründete Tatsache. Und zwar aus zwei Gründen: einmal sind, wie die Godesberger formulieren würden, „viele Umstände" dem Wachstum der Wirtschaft unter dem Sozialismus günstiger, und sodann breitet sich die Herrschaft des Sozialismus immer weiter über die Erde aus. Das wird sehr deutlich aus der folgenden Übersicht:

	Anteil an der Weltindustrieproduktion		
	1900	*1937*	*1975*
Imperialistische Länder	*84 %*	*81 %*	*50 %*
Sozialistische Länder	—	*10 %*	*40 %*
Entwicklungsländer	*16 %*	*9 %*	*10 %*

Der Anteil der imperialistischen Länder an der Weltindustrieproduktion ist ständig gesunken — besonders nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Anteil der sozialistischen Produktion ist ständig gestiegen — 1918 betrug der Anteil Sowjetrußlands an der Weltproduktion etwa 2—3 % —, insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg.

Was die Entwicklungsländer betrifft, so waren sie von 1900 bis zum Zweiten Weltkrieg unter dem Druck der monopolistischen Kolonialherrschaft eher Rückentwicklungsländer auf ökonomischem Gebiet. Erst mit der politischen und der seit einigen Jahren langsam beginnenden ökonomischen Befreiung von der monopolistischen Kolonialherrschaft beginnen sie wirklich Entwicklungsländer zu werden und ihr Anteil an der industriellen Weltproduktion wieder zu steigen. Das wird sehr deutlich auch aus der folgenden Übersicht, die sich nur auf die Industrieproduktion in der nichtsozialistischen Welt bezieht:

	Anteil an der nichtsozialistischen Industrieproduktion	
	Imperialistische Länder	*Entwicklungsländer*
1948	*89,0 %*	*11,0 %*
1960	*88,1 %*	*11,9 %*
1970	*86,0 %*	*14,0 %*
1974	*84,4 %*	*15,6 %*
*1975 *)*	*84 %*	*16 %*

*) Vorläufige Zahl

Es ist überaus wahrscheinlich, daß sich das Verhältnis in der nächsten Zukunft weiter zuungunsten der imperialistischen Länder verändern wird, die also sowohl durch die Entwicklung in den sozialistischen wie auch in den Entwicklungsländern in eine relativ immer schwächere Position getrieben werden.

V. Prognose

In unserem weiter oben zitierten vorigen Vierteljahresbericht gaben wir folgende Prognose: „In den USA und wohl auch in Japan deuten gegenwärtig keine Zeichen von Bedeutung auf eine weitere Vertiefung der Krise in den nächsten drei Monaten — obgleich sie natürlich noch auftreten können.

In den kapitalistischen Industriestaaten Westeuropas dagegen deuten keine Zeichen darauf hin, daß man mit dem Erreichen des Krisentiefpunkts in den nächsten drei Monaten rechnen kann. Ganz im Gegenteil ist eine weitere Vertiefung der Krise überaus wahrscheinlich."

Die Prognose ist eingetroffen. Wie lautet unsere Prognose für das nächste Vierteljahr?

Ich halte es nicht für wahrscheinlich, daß sich in den USA die gewissen Besserungstendenzen, die wir im Herbst beobachten konnten, ungestört im Winter fortsetzen werden — ungestört durch finanzielle Schwierigkeiten, ungestört aber auch durch Rückschläge der Produktion in einzelnen Industrien. In Japan dagegen ist es möglich, daß die leichte Besserung, die im Herbst stattfand, sich auch in den Wintermonaten fortsetzt. In Westeuropa ist die Situation düsterer. Vielleicht erreicht dieses oder jenes Land eine Talsohle, während in diesem oder jenem anderen Land sich die Krise weiter vertiefen wird. Mit letzterem kann man vor allem in Großbritannien rechnen.

Von sehr großer Bedeutung wird auch sein, ob sich die protektionistischen Tendenzen voller auswirken werden, da sie den Welthandel und die internationale Arbeitsteilung sehr ungünstig beeinflussen und so ein verstärkter Druck auf die Produktion von außen ausgeübt werden würde.

Zugleich wird man mit einer beachtlichen Steigerung der Arbeitslosigkeit rechnen müssen — und wenn jemand einwenden möchte, daß diese vor allem saisonale Gründe haben wird, dann wird man entgegnen, daß es für den Arbeitslosen nicht so entscheidend ist, ob sich seine Lebensverhältnisse aus saisonalen oder aus konjunkturellen Gründen verschlechtern. Saisonale Arbeitslosigkeit ist ebenso fühlbar wie konjunkturelle. Vor allem aber wird die politische Reaktion der Arbeiter nicht verschieden sein.

Indien vor und nach Ausrufung des Ausnahmezustands am 26. Juni 1975

Von Manohar L. Sarin

I

Am 26. Juni 1975 ließ Ministerpräsidentin Indira Gandhi mit Zustimmung des Präsidenten der Republik in Indien den Ausnahmezustand ausrufen. Dadurch wurden die von der indischen Verfassung von 1950 garantierten Grundrechte außer Kraft gesetzt. Diese Maßnahme fand die Zustimmung des indischen Parlaments. Formal juristisch gesehen ist das Vorgehen der Regierung Gandhi verfassungskonform und durch das Parlament abgesichert. Dennoch ist die Ausrufung des Ausnahmezustands in Indien selbst und im Ausland, vor allem im Westen und in China, auf Ablehnung gestoßen. Der nationale Notstand in Indien hat viele Fragen aufgeworfen. Weshalb wurde Indien in den Ausnahmezustand versetzt und warum gerade am 26. Juni 1975? Welche politischen Gründe sprachen und sprechen für und gegen die Ausrufung des Notstands? Ist dies der richtige Weg zur Bewältigung der sozialen und ökonomischen Probleme Indiens? Bevor man eine Antwort auf die gestellten und andere Fragen finden kann, muß man einen Blick auf die neuere Geschichte Indiens und seine sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse werfen.

Innerhalb des geschichtlichen Teils der vorliegenden Abhandlung sollen die Rolle der Kongreßpartei (INC), hier insbesondere der Einfluß von Mahatma Gandhi und Nehru, die Kommunistische Partei, die weiteren (oppositionellen) Parteien und die Gewerkschaftsbewegung untersucht werden. Da erst Mahatma Gandhi der Kongreßpartei zur Stellung und Funktion einer Volkspartei verholfen, er vor der Unabhängigkeit die Entwicklung Indiens weitgehend geprägt hat und die Kongreßpartei sich heute noch zum Teil auf seine Lehren beruft, ist die Kenntnis dieser Lehren zum Verständnis des gegenwärtigen Indiens unentbehrlich. Deshalb wird zunächst Mahatma Gandhis Lehre und deren Bedeutung in und für Indien untersucht.

II

Die sozialen, politischen, ethischen und religiösen Ideen Gandhis [1]), auch „Gandhimus" genannt, sind und waren die *offizielle Ideologie der nationalen Bourgeoisie* [2]), die die indische Unabhängigkeitsbewegung bestimmt hat. Der Gandhismus, eine soziale und politische Doktrin, die die Ziele, Mittel und Formen des Kampfes für die indische Freiheit bestimmte, hat eine feste theoretische Grundlage. Er ist ein kompaktes ideologisches System, das das soziale Bewußtsein in Indien beeinflußte [3]). Gandhi war kein Philosoph im herkömmlichen Sinne. Er wollte kein abgeschlossenes System der Philosophie errichten. Er war auch dagegen, daß man seine Ideen als Gandhismus bezeichnete. Er war nur bemüht, für die Probleme, mit denen Indien vor der Unabhängigkeit konfrontiert war, eine ihm gerecht erscheinende Lösung zu finden. Deshalb hat Gandhi zwar einen „ismus" hervorgebracht, aber keine philosophische Schule gegründet [4]). Gandhis Ideen sind tief verwurzelt in der indischen Religion, Philosophie und Tradition [5]). Sie sind aber auch das Resultat der sozialen, politischen und ökonomischen Zustände, in denen Indien sich Ende des 19. und Anfang des 20. Jhs. befand [6]). Diese Epoche war bestimmt durch die indische Unabhängigkeitsbewegung, in der Gandhi eine führende Rolle spielte. Seine Ideen beeinflußten nicht nur das Bewußtsein der indischen Massen, sondern auch das der indischen bürgerlichen Intelligenz; und dadurch wurde eine Einheit des indischen Volkes gegen die englische Kolonialherrschaft hergestellt [7]). Die indische Intelligenz wehrte sich heftig gegen die Verachtung der Kultur und der Würde der Inder durch die Engländer und verbreitete den Gedanken der geistigen Größe Indiens, verkörpert durch die Hindu-Religion und -Tradition [8]). Gandhi war, wie die meisten Inder, von Kindheit an streng hinduistisch erzogen worden [9]). Diese religiösen Überzeugungen Gandhis konnten durch Ideen und soziale Bewegungen des Westens nicht nennenswert beeinflußt werden. Gandhi nahm nur diejenigen Ideen des Westens auf, die zu seinen Überzeugungen paßten [10]). Dies wird deutlich, wenn man sein Verhältnis beispielsweise zu Tolstoi [11]), Ruskin [12]) und Thoreau [13]) betrachtet.

---

1) Siehe Mahatma Gandhi, The Collected Works of Mahatma Gandhi, Bd. I ff. (The Publications Division, Ministry of Information and Broadcasting, Government of India, New Delhi 1958 ff.); D. G. Tendulkar, Mahatma: Life of Mohandas Karamchand Gandhi, 8 Bde., Bombay 1951—1954; Pyarelal, Mahatma Gandhi — The Last Phase, Bde. I und II, Ahmedabad 1956 und 1958; J. L. Nehru, Mahatma Gandhi, Bombay 1949.

2) M. L. Sarin,The Case of Goa (1961) and tha Controversy regarding Gandhian Non-violent Resistance (Satyagraha) and International Law involved in it, Diss., Marburg 1972, S. 146—148; H. Mukerjee, Ganhdiji: A Study, Calcutta 1958, S. 86; R. P. Dutt, India Today and Tomorrow, London 1955, S. 139 ff., und ebd., Modern India, London 1927, S. 81; "Non-violent Non-Co-operation—The Technique of the Indian Bourgeoisie", „New Age", August 1954; A. D. Litman, „Marxistisch-leninistische Philosophie in Indien", in: „Deutsche Zeitschrift für Philosophie", 6/1974, S. 698 ff., 706—707.

3) N. K. Bose und P. H. Patwardhan, Gandhi in Indian Politics, Bombay 1967, S. 16 ff. und 72 ff.

4) Vgl. D. G. Tendulkar, a. a. O., Bd. 4, S. 54—55; J. V. Bondurant, Conquest of Violence, California University Press, 1965, S. XIV-XVIII.

5) G. N. Dhawan, The Political Philosophy of Mahatma Gandhi, Ahmedabad 1962, S. 8—20 und 38 ff.; J. L. Nehru, The Discovery of India, New York 1946, S. 73—74. Siehe auch: „Indische Philosophie", in: Philosophisches Wörterbuch, Bd. I, Leipzig 1974, S. 552—559; W. Rubin, Geschichte der indischen Philosophie, Berlin 1954; S. Radhakrishnan, Indian Philosophy, 2 Bde., London 1951; D. Chattopadhyaya, Indian Philosophy. A popular Introduction, Delhi 1964; ebd., „Eine Studie zur sozialen Funktion der indischen Philosophie", in: „Deutsche Zeitschrift für Philosophie", 11/1971, S. 1347 ff.

6) M. K. Gandhi, Hind Swaraj, Ahmedabad 1962, S. 7 ff., 41 ff.; A. D. Litman, Über die philosophischen Anschauungen M. K. Gandhis und ihre Entwicklung im heutigen Indien, in: „Deutsche Zeitschrift für Philosophie", 6/1969, S. 704.

7) G. N. Dhawan, a. a. O., S. 3—7; H. T. Muzumdar, Mahatma Gandhi, Ahmedabad 1963, S. IV-XV.

8) M. K. Gandhi, Hind Swaraj, a. a. O., S. 7 ff., 64 ff.; ebd., India of my Dreams, Ahmedabad 1970, S. 3—6, 104.

9) Vgl. H. T. Muzumdar, Mahatma Gandhi, a. a. O., S. 10 ff.

10) G. N. Dhawan, a. a. O., S. 8 ff.; J. V. Bondurant, a. a. O., S. 105 ff.

11) M. K. Gandhi, An Autobiography or The Story of my Experiments with Truth, Ahmedabad 1959, S. 65, 55—56, 99, 115; G. N. Dhawan, a. a. O., S. 25, 28, 32—35, 55, 164.

12) M. K. Gandhi, An Autobiography, a. a. O., S. 65, 220—221, 227—229; J. B. Bondurant, a. a. O., S. 106, 148, 154—156, 158.

13) "Young India" v. 2. 7. 1931; R. B. Gregg, The Power of Non-Violence, London 1960, S. 38, 42, 151.

Die Berufung auf die Religion, vor allem die Hindu-Religion [14]), ist ein besonderes Merkmal seines Herangehens an die indischen Probleme [15]). Er sah immer eine Verbindung von Religion und Politik, und hierbei dominierte die Religion [16]). Gandhi bemerkte "those, who say that religion has nothing to do with politics, do not know what religion means" [17]). Er sagte, daß Politik, die nicht auf religiösen Prinzipien basiert, keinen wirklichen Erfolg haben könne. Er behauptete weiter, daß er selbst nur dank der Religion zum Politiker geworden sei [18]).

Gandhi benutzte die Religion aber auch als Mittel zur Durchsetzung seiner politischen Ziele. Die indischen Massen, die überwiegend Analphabeten, unaufgeklärt und traditionsgebunden waren, konnten seine auf der Hindu-Religion beruhenden Ideen leicht verstehen. Er konnte sie deshalb für sein politisches Programm, den indischen Freiheitskampf, mobilisieren [19]).

Obwohl religiös, war Gandhi doch kein Fanatiker und blinder Befolger aller Normen des Hinduismus. Er lehnte kategorisch solche Prinzipien des Hinduismus ab, die seiner Meinung nach die Inder physisch, psychisch und moralisch schädigten und der antiimperialistischen Bewegung gegen die Engländer im Wege standen [20]).

Er kämpfte gegen die Unterdrückung der Frauen [21]), gegen Kinderehen und gegen die Unberührbarkeit [22]), die er als Schande der indischen Gesellschaft bezeichnete. Er setzte sich für die juristische Gleichberechtigung der „Unberührbaren" — fast eines Viertels der indischen Bevölkerung — ein. Seine Haltung beeinflußte stark die öffentliche Meinung Indiens, was auch zu Aktivitäten zur Verbesserung der Lebensbedingungen und schließlich zur Verkündung der Bürgerrechte für die Unberührbaren führte. Das Verhältnis Gandhis zum Kastenwesen [23]) überhaupt, das bis heute noch großen Einfluß hat, ist jedoch stark durch seine Verbundenheit mit den religiösen Traditionen Indiens, seine Konzeption von der gesellschaftlichen Entwicklung durch Evolution und durch einen gewissen Konservatismus bestimmt. Gandhi bejahte das Kastenwesen, das altertümliche System der vier Varnas (Stände), nämlich der Brahmanen (Priester), der Kshatrya (Krieger, Regierende), der Vaishya (Händler, Geschäftsleute, Landwirte und Handwerker) und der Shudra (Diener). Aber er lehnte die Überheblich-

14) J. L. Nehru, An Autobiography, London 1942, S. 72; C. F. Andrews, Mahatma Gandhi's Ideas, New York 1930, S. 61.
15) Dazu s. H. N. Brailsford, Why India follows Gandhi, „The Forum", Mai 1931, S. 287.
16) Vgl. „Young India" (Selections), III, Madras 1935, S. 350; G. N. Dhawan, a. a. O., S. 38 ff.
17) M. K. Gandhi, An Autobiography, Vol. II, Ahmedabad 1929, S. 591. (Übers. d. Red.: „Jene, die sagen, Religion habe nichts mit Politik zu tun, wissen nicht, was Religion bedeutet.")
18) Speeches and Writings of Mahatma Gandhi (G. A. Natesan, Madras 1922), S. 807. Gandhi betonte: "If I seem to take part in politics, it is only because politics today encircle us like the coils of a snake from which one can not get but no matter how one tries. I wish to wrestle with the snake ... I am trying to introduce religion into politics", ebd.; Romain Rolland, Mahatma Gandhi, London 1924, S. 98; „Young India" v. 19. 7. 1924.
19) H. Mukerjee, a. a. O., S. 194 ff.; A. D. Litman, a. a. O., „Deutsche Zeitschrift für Philosophie", 6/1974, S. 706 ff.
20) „Harijan" v. 20. 10. 1927; ebd. v. 10. 2. 1934; „Young India" v. 28. 8. 1924; ebd. v. 9. 1. 1930; M. K. Gandhi, My Religion, Ahmedabad 1955, S. 4.
21) M. K. Gandhi, My Non-Violence, Ahmedabad 1960, S. 273—275, 213, 209—210, 165; 150—151, 145, 28—29.
22) Vgl. M. K. Gandhi, Constructive Programme: Its Meaning and Place, Ahmedabad 1941, S. 1—28; „Harijan" v. 13. 2. 1937; ebd. v. 29. 1. 1950, 11. 2. 1933; „Young India" v. 8. 12. 1920; G. N. Dhawan, a. a. O., S. 97 ff.
23) „Harijan" v. 28. 9. 1934; Gandhi bemerkte: "The law of Varna means that every one shall follow as a matter of dharma—duty—the hereditary calling of his forefathers in so far as it is not inconsistent with fundamental ethics. He will earn his livelihood by following that calling. He may not hoard riches, but devote the balance for the good of the people", ebd.; Gandhi meinte, daß "Varna is determined by birth, but can be retained only by observing its obligations. One born of brahmana parents will be called a brahmana, but if he fails to reveal the attributes of a brahmana when he comes of age, he cannot be called a brahmana. He will have fallen from Brahmanhood. On the other hand, one who is born not a brahmana but reveals in his conduct the attributes of a brahmana will be regarded as a brahmana, though he will himself desclaim the label", „Harijan" v. 28. 9. 1934; Teachings of Mahatma Gandhi (edited by Jag Parvesh Chander), Lahore 1945, S. 72; s. auch C. Bougle', Essays on the Caste System, „Cambridge University Press", 1971, S. 7 ff.; H. Zimmer, Philosophie und Religion Indiens, Frankfurt/M. 1973, S. 49, 65, 80, 103, 146, 195, 456, 509 ff.; K. Nayra, India, The critical years (Delhi 1971), S. 236—237.

keit und Ungleichheit der Kasten ab. Er war auch dagegen, daß die Kasten, desgleichen die Vielzahl von Unterkasten, sich abkapselten und keine Beziehungen zueinander unterhielten. Er glaubte, daß das Kastenwesen im Prinzip „gut" und nur durch seine Verfälschung schlecht und starr geworden sei. Er war davon überzeugt, daß der Platz eines Menschen in der Gesellschaft durch seine ererbte Fähigkeit fixiert wird. Diese Haltung Gandhis war die Grundlage für seine Theorie des Paternalismus und der Vormundschaft (Trusteeship-Theorie) [24]). Danach haben die Großgrundbesitzer die Aufgabe, „Väter" der Besitzlosen zu sein. Die Kapitalisten besitzen, nach Meinung Gandhis, die Fähigkeit zur Wirtschaftsführung, dagegen sind die Arbeiter von Natur aus zur körperlichen Arbeit vorbestimmt [25]).

Gandhi betonte auch die Gleichheit aller Religionen, die Notwendigkeit einer Koexistenz und gegenseitigen Toleranz. Damit wollte er eine Einheit im indischen Volk, das aus verschiedenen religiösen Gemeinschaften besteht, gegen die englische Kolonialherrschaft schaffen [26]). Anders ausgedrückt, der antiimperialistische Kampf zwang Gandhi, die verschiedenen religiösen Gemeinschaften Indiens auf einen einheitlichen Standpunkt zu bringen und gleichzeitig dem Kommunalismus und dem durch die Engländer geschürten religiösen Haß zwischen Moslems und Hindus entgegenzuwirken.

Die fundamentale Idee der gandhistischen Moralkonzeption beruht auf Ahisma [27]), dem Grundprinzip der Religion und Philosophie des Jainismus [28]), wonach man keinem Lebewesen irgendwelcher Art ein Leid zufügen darf. Im Gegensatz zu den strenggläubigen Jainisten, die hauptsächlich physischen Schaden vermeiden wollen, betont Gandhi in seiner Ahimsa-Konzeption den Aspekt des Unrechts durch Gedanken und Reden. "Ahimsa means avoiding injury to anything on earth in thought, word or deed" [29]). Manchmal hat er auch Ahimsa mit dem Problem des Schutzes der Kuh [30]) verbunden. Aber seine Konzeption von Ahimsa ist primär auf den Menschen und seine Lebensinteressen gerichtet.

Gandhi sah in Ahimsa eine Kraft, die nicht zur Passivität, sondern zur Aktivität führt und den Menschen zu bestimmten Handlungen inspiriert, deren Realisierung Furchtlosigkeit und Mut voraussetzt [31]).

Das wichtigste Merkmal des Ahimsa ist die Liebe [32]). Nach Gandhi ist das Befolgen des Gesetzes der Liebe nur dann sinnvoll, wenn es auf der echten Überzeugung von seiner Kraft beruht. Nur unter diesen Umständen befreit sich der Mensch von Furcht, Feigheit und Habgier und wird dadurch zum ehrlichen Anhänger des Ahimsa. Gandhi verlangte, daß Liebe und Nachsicht alle menschlichen Beziehungen beherrschen und der Haß überwunden werden solle. Liebe und Haß sind bei Gandhi zwei sich gegenseitig ausschließende moralische Prin-

24) M. K. Gandhi, Yeravda Mandir, Ahmedabad 1933, S. 45—49; ders. und M. D. Desai, The Nation's Voice, Ahmedabad 1947, S. 170—172; „Harijan" v. 31. 3. 1937, 16. 12. 1939, 2. 3. 1947; „Young India" (Selections), III (1927—1928), Madras 1935, S. 124; K. G. Mashruwala, Gandhi and Marx, Ahmedabad 1960, S. 23—24, 76—8.2

25) Vgl. R. A. Uljanowski, Der Sozialismus und die befreiten Länder, Berlin (DDR) 1973, S. 63; Marx-Engels-Werke Bd. 9, Berlin (DDR) 1972, S. 127 ff. und 220 ff.

26) „Harijan" v. 16. 2. 1934, 13. 1. 1940; „Young India" v. 28. 8. 1934, 9. 1. 1930, 20. 10. 1927.

27) M. K. Gandhi, My Non-Violence, a. a. O., S. III-V, 3 ff., 250 ff., 337 ff.

28) H. Zimmer, a. a. O., S. 171 ff.; H. v. Glasenapp, Die Philosophie der Inder, Stuttgart 1958, S. 295—301.

29) „Harijan" v. 7. 9. 1935; The Collected Works of Mahatma Gandhi, Bd. XXVII, Government of India, New Delhi 1968, S. 131—133; und ebd., Bd. XXIV, S. 247—248; L. Fischer (Hrsg.), The Essential Gandhi, New York 1962, S. 152 ff.; D. M. Datta, The Philosophy of Mahatma Gandhi, „University of Wisconsin Press", 1953, S. 88—94. (Übers. d. Red.: „Ahimsa bedeutet, daß man vermeidet, irgend jemandem auf der Welt Unrecht zu tun, sei es in Gedanken, Wort oder Tat.")

30) M. K. Gandhi, India of my Dreams, Ahmedabad 1970, S. 127—133, 244—246, 255.

31) M. K. Gandhi, My Non-Violence, a. a. O., S. 49—54, 78, 206, 209, 235 ff., 264—265, 309—311.

32) M. K. Gandhi, Bapu's Letters to Mira, Ahmedabad 1949, S. 157; ebd., The Law of Love, Bombay 1962, S. 2—3; „Harijan" v. 3. 3. 1946.

zipien. Gandhi versucht mit dieser Theorie der Liebe, den Menschen eine konkrete Anleitung für ihre Betätigung im sozialen und politischen Bereich zu geben. Er empfiehlt den Indern, den Haß gegen die Engländer zu überwinden und mit Hilfe der Liebe einen moralischen Einfluß auf sie auszuüben. "Hate the evil, not the evil-doer" [33]), betonte Gandhi öfters. Die Beziehungen zwischen Moslems und Hindus sollten ebenfalls durch die Prinzipien der Liebe bestimmt sein. Seine Theorie schließt den Bereich der Produktion und der Arbeitswelt ein. Er glaubte, wenn die Menschen nur für das Lebensnotwendige arbeiteten, wäre genügend für jeden vorhanden, und die Probleme der Armut und Überbevölkerung seien gelöst [34]).

Ein weiteres wichtiges Element des Ahimsa ist das Gesetz des Leidens [35]). Nach Gandhi zieht die aktive Verwirklichung von Ahimsa bestimmte Leiden nach sich, die seine Anhänger bewußt auf sich nehmen müssen. Wenn der Mensch seinem Feind nichts Böses antun darf, wenn er ihn nicht durch Gewalt, sondern durch Liebe gewinnen soll, dann muß dieser Mensch Leiden auf sich nehmen, die ihm sein Gegner so lange zufügen wird, bis er durch die Kraft der Liebe überzeugt ist. Das Gesetz der Liebe ist organisch mit dem Gesetz des Leidens verbunden, sie ergänzen und bedingen einander, ihre Einheit ist das Wesen von Ahimsa. "The test of love is Tapasya and Tapasya means self-suffering" [36]). „Tapasya" bedeutet nicht nur physische und moralische Leiden, sondern es ist von Anhängern des Ahimsa freiwillig auf sich genommenes Leiden. Gandhi glaubte, daß Tapasya ein wichtiges Instrument zur Lösung innenpolitischer und sozialer Probleme Indiens sei. So könnten die Hindus durch Tapasya die Herzen der Moslems gewinnen. Auch könne Tapasya zur Beseitigung des Problems der Unberührtbarkeit beitragen. Nicht zuletzt sah er in der Anwendung von Tapasya eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Freiheitskampf in Indien. Diese Theorie von Tapasya findet ihre Stütze in jahrhundertalten philosophischen und religiösen Traditionen, die im geistigen Leben Indiens sehr stark verankert sind, und gerade dadurch gewann Gandhi und seine Ideen breite Anhängerschaft bei den indischen Massen [37]).

Neben der Liebe und dem Leiden sieht Gandhi in „Brahmacharya" [38]) ein weiteres wichtiges moralisches Prinzip zur Erlangung des sittlichen Ideals. Es bedeutet Unnachgiebigkeit des Menschen gegenüber seinen Schwächen, Selbstkontrolle über seine Gedanken, Taten und Reden. Gandhi unterschied zwei Phasen des Brahmacharya. Die erste beschränkt sich auf Unnachgiebigkeit gegenüber physischen Begierden. Die zweite Phase stellt dann das vollendete Brahmacharya dar. Sie bedeutet völlige Kontrolle aller Gedanken, Worte und Taten. Die Theorie des Brahmacharya prägte die Vorstellung Gandhis über die Stellung der Frau [39]) in der indischen Gesellschaft. Er sprach sich dagegen aus, daß man die Frau unterdrückte, erniedrigte und sie als Objekt sexueller Be-

33) „Young India" v. 19. 1. 1921. (Übers. d. Red.: „Haßt das Übel, nicht den Übeltäter.") Gandhi sagte: "I accept the interpretation of 'ahimsa' namely that it is not merely a negative state of harmlessness, but it is a positive state of love, of doing good even to the evil-doer. But that does not mean helping the evil-doer to continue the wrong or tolerating it by passive acquiescence. On the contrary, love, the active State of Ahimsa, requires you to resist the wrong-doer by dissociating yourself from him even though it may offend him or injure him physically", ebd.

34) A. D. Litman, a. a. O., „Deutsche Zeitschrift für Philosophie", 6/1969, S. 711—712.

35) „Young India" v. 9. 7. 1925.

36) „Young India" v. 12. 6. 1922; D. G. Tendulkar, Mahatma, a. a. O., Bd. 4, S. 35; M. K. Gandhi, Satyagraha, Ahmedabad 1951, S. 112—115. (Übers. d. Red.: „Der Prüfstein der Liebe ist Tapasya und Tapasya bedeutet, leiden auf sich zu nehmen.")

37) Vgl. K. L. Shridharani, War without violence, London 1939, S. 193—194, 269; The Collected Works of Mahatma Gandhi, Bd. XXII, S. 487—489; D. M. Brown, The Nationalist Movement: Indian political thought from Ranade to Bhave, „University of California Press" 1961, S. 209.

38) „Harijan" v. 23. 7. 1938, 22. 6. 1947; M. K. Gandhi, Yeravda Mandir, a. a. O., S. 23; ders., Autobiography, Bd. I, S. 485—489.

39) M. K. Gandhi, India of my Dreams, a. a. O., S. 6, 147, 224—225, 229—231, 235—238.

gierde des Mannes betrachtete. Gandhi war für die völlige Befreiung der Frau und plädierte für ihr aktives politisches Engagement im nationalen Befreiungskampf Indiens. Er meinte, daß die soziale Befreiung der Frau ihre moralische Befreiung voraussetze. Er sah die Frau als Verkörperung seiner Prinzipien des Ahimsa, des Leidens und der Liebe an. Er hielt jedoch die Befreiung der Frau allein für ein moralisches und nicht für ein soziales und politisches Problem. Eine Lösung suchte er in einer Umstellung der Moral, nicht in grundlegenden Veränderungen der gesellschaftlichen Struktur [40]).

Gandhi sagte, daß zur Verwirklichung des Ahimsa und zum Erfassen der Wahrheit Furcht zu beseitigen und Kühnheit und Furchtlosigkeit in sich zu erzielen sei. Tugenden ohne Mut und Tapferkeit sind für ihn wertlos. Bei Gandhi findet Mut nicht seinen Ausdruck im Kampf mit Feinden, nicht in der Beseitigung der Herrschenden, sondern ausschließlich in der Selbstaufopferung, in der Bereitschaft des Menschen, Leiden freiwillig auf sich zu nehmen und zu ertragen.

Einerseits kritisierte Gandhi, daß Reichtum Luxus und Müßiggang erzeuge und damit dem Prinzip der Brahmacharya widerspreche. Es sei moralisch nicht gerechtfertigt, wenn sich jemand bereichere, während viele Menschen in Indien und in anderen Teilen der Welt ihre elementarsten Bedürfnisse nicht befriedigen könnten [41]). Andererseits lehnte er aber die Enteignung der besitzenden Klassen mit der Begründung ab, daß dies ein Akt der Gewalt sei. Er appellierte nur an ihr Gewissen, indem er die Reichen aufrief, freiwillig auf all ihren Reichtum zu verzichten und diesen zur Beseitigung von Armut und Hunger vieler Inder zur Verfügung zu stellen [42]). Die Großgrundbesitzer (Zamindars) in Indien forderte Gandhi mit folgenden Worten auf, für das Wohl der Armen zu sorgen: Die Großgrundbesitzer „sollten ihren Pächtern festen Besitz gewähren, sich ihre Wohlfahrt angelegen sein lassen und gut geführte Schulen für ihre Kinder bereitstellen, Abendschulen für Erwachsene, Krankenhäuser und Apotheken für die Kranken, sich um die sanitären Verhältnisse in den Dörfern kümmern und die Pächter auf alle mögliche Weise fühlen lassen, daß sie, die Zamindars, ihre echten Freunde sind, die für ihre vielfältigen Dienste lediglich eine festgesetzte Provision nehmen" [43]). Auf die Frage, was zu geschehen habe, wenn die Großgrundbesitzer dieser Fürsorgepflicht nicht nachkämen, antwortete er, daß dann das System der Großgrundbesitzer reformiert, aber nicht beseitigt werden müsse [44]).

Alle moralischen Prinzipien, Ahimsa, Satyagraha [45]), Leiden, Liebe, Mut und Ablehnung materieller Vorteile verkörperten sich nach Gandhi im Akt des Fastens [46]). Fasten („Hungerstreik") war für ihn aber auch ein effektives Instrument des politischen Kampfes.

---

40) Ebd., Marx/Engels/Lenin, Über die Frau und die Familie, Leipzig 1972, S. 93 ff., 195 ff., 200 ff.; Engels bemerkte: „Eine wirkliche Gleichberechtigung von Frau und Mann kann nach meiner Überzeugung erst eine Wahrheit werden, wenn die Ausbeutung beider durch das Kapital beseitigt und die private Hausarbeit in eine öffentliche Industrie verwandelt ist", ebd., S. 93; A. Bebel, Die Frau und der Sozialismus, Berlin (DDR) 1964, S. 25 ff., 35 ff., 125 ff., 346 ff., 407 ff., 515 ff.; vgl. C. A. Haté, Changing status of Woman in Post-Independence India, Bombay 1969, S. VII—VIII, 3—23, 27 ff., 263—280.

41) Vgl. M. K. Gandhi, From Yeravda Mandir, a. a. O., S. 31—35, 38—44; ders., Satyagraha Ashram Ka Itihas (Hindi), Ahmedabad 1948, S. 47; N. K. Bose, Studies in Gandhism, Calcutta 1947, S. 201.

42) „Harijan" v. 23. 4. 1938.

43) „Young India" v. 28. 5. 1931.

44) „Harijan" v. 23. 4. 1938; „Young India" v. 26. 11. 1931; L. Fischer, A week with Gandhi, London 1947, S. 54, 90—91.

45) Vgl. The Collected Works of Mahatma Gandhi, a. a. O., Bd. XIX (1966), S. 466; "Satyagraha . . . is literally holding on to Truth and it means, therefore, Truth-force. Truth is soul or spirit. It is, therefore, known as soul-force." R. R. Diwakar, Satyagraha: Its technique and History, Bombay 1946, S. 1—6; S. Radhakrishnan, Great Indians, Bombay 1952, S. 35.

46) M. K. Gandhi, India of my Dreams, a. a. O., S. 86—87, 158, 274; ebd., Satyagraha Ashram Ka Itihis, a. a. O., S. 15—18.

Ein weiteres Prinzip seiner Lehre, das soziale und politische Bedeutung erlangte, ist das der Gewaltlosigkeit [47]). Der Glaube an die Gewaltlosigkeit wird dem Glauben an Gott gleichgestellt, und den Weg der Wahrheit setzt er dem Weg der Gewaltlosigkeit gleich. Oftmals erklärt er, daß seine Religion die Religion der Gewaltlosigkeit sei. Das Befolgen des Prinzips der Gewaltlosigkeit bedürfe einer intensiven Vorbereitung, hierzu gehöre das Praktizieren von Ahimsa, Brahmacharya, Liebe, Ertragen von Leiden und der Glaube an Gott.

Dieses Prinzip kann nach Gandhi von einem einzelnen Individuum, aber auch von einer Gruppe oder Gesellschaft angewandt werden [48]). Gandhi sieht im Prinzip der Gewaltlosigkeit ein Gesetz des Menschen, weil er die Gewalt für ein Gesetz der Tierwelt hält. Es sei deswegen notwendig, daß die Gewaltlosigkeit das ganze Leben des Menschen bestimme. Er unterstrich dabei den positiven Charakter der Gewaltlosigkeit, indem er ihr die Tatenlosigkeit und Passivität gegenüberstellte. „Nach meiner Auffasung", behauptet Gandhi, „ist Gewaltlosigkeit nicht Passivität, sie ist die aktivste Kraft der Welt" [49]).

Dieses Prinzip wurde von Gandhi im politischen Bereich [50]) angewandt, es wurde in massenhafter Praxis zum wichtigsten Element des Satyagraha. Satyagraha „ist eine Bewegung, die darauf gerichtet ist, gewaltsame Methoden abzulösen, und eine Bewegung, die vollständig auf Wahrheit fußt. Es ist . . . eine Ausweitung des häuslichen Rechtes auf das politische Feld" [51]). Gewaltlosigkeit war für Gandhi die einzige Kampfmethode im indischen Freiheitskampf. Zur Erlangung der Unabhängigkeit (Swaraj) Indiens lehnte er die Anwendung von Gewalt in jeglicher Form ab. Er hielt sogar die Mittel zur Gewinnung der Unabhängigkeit für wichtiger als die Unabhängigkeit selbst. Das Prinzip, daß der Zweck die Mittel heilige, lehnte er ab und behauptete: „Wie die Mittel, so das Ergebnis" [52]).

Im Grunde genommen blieb seine Idee der Gewaltlosigkeit jedoch ein abstraktes Prinzip. Die indischen Massen bejahten dieses Prinzip zwar unter dem Einfluß der großen Persönlichkeit Gandhis, sie waren aber außerstande, es in der von Gandhi geforderten Totalität zu verwirklichen [53]). Gandhi übersah vor allem, daß die indische Klassengesellschaft als Ausbeutergesellschaft selbst auf Gewalt beruht, und daß diejenigen, die den Unterdrückten Gewaltlosigkeit predigen, in Wirklichkeit die Gewalt verteidigen [54]). Gandhis Idee der Gewaltlosigkeit bedeutet, daß keine fundamentalen sozialen Veränderungen zulässig sind, da sie von ihm als Gewalt angesehen werden. Dies zeigt, wie wenig Gandhi mit seinem auf jede Analyse verkrusteter Institutionen verzichtenden Prinzip der Gewaltlosigkeit die realen Faktoren der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse berücksichtigte [55]). Die weitere geschichtliche Entwicklung Indiens vor der Unabhängigkeit brachte ihn denn auch dazu, an der Praktikabilität des Gewaltlosigkeitsprinzips zu zweifeln und es in gewissem Maße einzuschränken [56]).

Vor allem die faschistische Gewalt in Japan, Deutschland und Italien machte deutlich, daß das Prinzip der Gewaltlosigkeit nicht unter allen Umständen mit

47) „Harijan" v. 7. 9. 1935; S. Panter-Brick, Gandhi against Machiavellism, London 1966, S. 1—27, 28 ff., 221—233.
48) M. K. Gandhi, My Non-Violence, a. a. O., S. 63; M. L. Sarin, a. a. O., S. 127—128.
49) „Harijan" v. 24. 12. 1938.
50) S. Panter-Brick, a. a. O., S. 20 ff.
51) M. K. Gandhi, Satyagraha (Non-Violent Resistance), Ahmedabad 1951, S. 19; The Collected Works of Mahatma Gandhi, Bd. XVI, New Delhi 1965, S. 378—381.
52) „Young India" II (1924—1926), Madras 1927, S. 364; Gandhi glaubte, daß "if one takes care of the means, the end will take care of itself", „Harijan" v. 11. 2. 1939.
53) M. L. Sarin, a. a. O., S. 148—149; vgl. "Goa: a Portent and a Challenge" (Editorial), Gandhi Marg, 1962, Bd. 6, Nr. 1, S. 1—4.
54) M. N. Roy, India's Message, Calcutta 1950, S. 215; ders., The Future of Indian Politics, London 1926, S. 47; Statement of the Communist Party of India, Bombay 1951, S. 7.
55) E. M. S. Namboodiripad, The Mathatma and the Ism, New Delhi 1959, S. 14 ff., 124—126; M. N. Roy, Gandhism, Nationalism and Socialism, Calcutta 1940, S. 70; „New Age", Juni 1955.
56) Siehe A. D. Litman, a. a. O., „Deutsche Zeitschrift für Philosophie", 6/1969, S. 718—719.

Erfolg angewendet werden kann und daß vereinzelte, transitorische und regionale Erfolge der Methode des gewaltlosen Widerstands — es sei auf das bekannte Beispiel des norwegischen Widerstands unter der nazistischen Okkupation hingewiesen — nicht verallgemeinerungsfähig sind.

Als Indien selbst 1941 von der japanischen Aggression bedroht und Kaschmir 1947 von den Pakistanern angegriffen wurde, war Gandhi schließlich bereit, einen bewaffneten Widerstand zuzulassen [57]). Dies zeigt, daß das Prinzip der Gewaltlosigkeit keine universelle Methode zur Lösung von politischen und sozialen Problemen darstellt. Völlig scheiterte Gandhi mit seiner Idee der Gewaltlosigkeit, als Indien in zwei Staaten, Indien und Pakistan, geteilt wurde. In blutigen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslems wurden mehrere tausend Menschen getötet. Gandhi versuchte allerdings, sein Prinzip zu verteidigen, und machte den Nationalkongreß (INC) verantwortlich. Er warf dem Nationalkongreß vor, daß dieser während des Freiheitsampfes keinen gewaltlosen, sondern einen passiven Widerstand praktiziert habe [58]).

Nach Erlangung der Unabhängigkeit, d. h. nach dem Wegfall eines Hauptadressaten des von Gandhi gepredigten Widerstands, empfand die nationale Bourgeoisie, die in Indien an die Macht kam, Gandhis Prinzip der Gewaltlosigkeit und seine ethischen und sozialen Ideen als Hindernis. Während Gandhi den gewaltlosen Kampf im sozialen Bereich fortsetzen wollte, besetzten seine Mitarbeiter gegen seinen Willen die wichtigsten Stellen im Regierungsapparat und nutzten sie zur Durchsetzung ihrer eigenen Zwecke, auch zur privaten Bereicherung, aus. Die Interessen der indischen Massen blieben weitgehend unberücksichtigt [59]). Die nach der Teilung des Landes zwischen Hindus und Moslems fortbestehende Feindschaft war eine weitere permanente Absage an sein Prinzip der Gewaltlosigkeit und Liebe. Gandhi war von dieser Entwicklung tief enttäuscht [60]). Die praktische Bedeutungslosigkeit der Ideen Gandhis war jedoch, wie wir schon sagten, nur die Folge davon, daß sie die klassenmäßige Struktur der indischen Gesellschaft unberücksichtigt ließen, ja sogar verhüllten. Gandhi hatte seine Ideen auf der Grundlage von idealistischen, abstrakten und religiösen, als universell proklamierten Prinzipien aufgebaut. Aber in der von Klassengegensätzen nach wie vor tief gespaltenen indischen Gesellschaft gab und gibt es keine für alle Inder allgemeingültige menschliche Moral. Der Widerspruch in Gandhis Ideen wird deutlich, wenn man bedenkt, daß er zwar einerseits die Lage der Unberührbaren und Besitzlosen verbessern wollte, die indischen Massen aber auf der anderen Seite mit Appellen an die Reichen vertröstete und ihnen ein revolutionäres Auftreten für ihre legitimen Rechte untersagte [61]). Gandhi war auch insoweit nicht progressiv, als er sich explizit gegen den wissenschaftlich technischen Fortschritt und für das Asketentum aussprach [62]), für das Lendenschurz und Spinnrad symbolhafte Bedeutung erlangten.

Obwohl Gandhis Forderungen mit seinen Mitteln nicht realisierbar waren und die indische Regierung auch keinen ernsthaften Versuch unternahm, sie anzuwenden, gab sie Gandhis Lehre doch als ihre Staatsphilosophie aus [63]).

57) Vgl. K. Martin, „Gandhi and Goa", „New Statesman" v. 29. 12. 1961, S. 981; R. M. Lohia, Marx, Gandhi and Socialism, Hyderabad 1963, S. 158; D. G. Tendulkar, Mahatma, Bd. VII, Bombay 1953, S. 169—170.
58) R. A. Uljanowski, a. a. O., S. 62—63.
59) A. D. Litman, a. a. O., „Deutsche Zeitschrift für Philosophie", 6/1969, S. 719—720.
60) Ders., J. L. Nehru, India and the World, London 1936, S. 172.
61) C. G. Shah, Marxism, Gandhism, Stalinism, Bombay 1963, S. 244—245, 290—295; R. P. Dutt, India Today and Tomorrow, a. a. O., S. 139 ff.; H. Mukerjee, a. a. O., S. 86; B. Moore, Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie, Frankfurt/M. 1974, S. 432 ff.
62) E. M. S. Namboodiripad, a. a. O., S. 14, 21, 59, 107, 110; M. N. Roy, India in Transition, Genf 1922, S. 205—208.
63) N. K. Bose und P. H. Patwardhan, a. a. O., S. VII—XIII, 72 ff.

Nehru [64]), Gandhis engster Mitarbeiter, hatte zwar längst vor der Unabhängigkeit Indiens erkannt, daß die sozialen Probleme Indiens nicht durch Gandhis Prinzip der Gewaltlosigkeit zu lösen seien. Gleichwohl berief auch er sich nach der Unabhängigkeit, an die Macht gekommen, auf Gandhis Prinzipien.

Zu fragen bleibt, ob Gandhis Ideenwelt im heutigen Indien noch von Einfluß ist. Nach der Unabhängigkeit riefen enge Mitarbeiter Gandhis, Vinoba Bhave, Kaka Kalelkar und später Jayprakash Narayan, nach Gandhis Idee die Sarvodaya-Bewegung, d. h. Wohlfahrt für alle, ins Leben [65]). Vinoba Bhave gab dieser Bewegung eine besondere Ausformung in seiner Bhudan-Bewegung [66]). Die Bhudan-Bewegung hat sich zum speziellen Ziel gesetzt, die reichen Großgrundbesitzer zur Abgabe von Boden an die armen besitzlosen Landarbeiter zu bewegen. Die Sarvodaya-Bewegung übernahm nicht nur die ethischen und sozialen Prinzipien des Gandhismus, sondern erneuerte und entwickelte sie weiter. Sie stellt den Dienst am Menschen dem Glauben an Gott und die Güte des Menschen gleich und betonte nach Gandhis Vorbild z. B. die Gleichstellung der Unberührbaren [67]). Obwohl die Sozialarbeit dieser Bewegung anerkennenswert und die moralische Integrität ihrer Mitarbeiter über jeden Zweifel erhaben ist, ist sie doch nicht in der Lage, die gesellschaftlichen Verhältnisse Indiens grundlegend zu verbessern, sondern erschöpft sich in marginalen Korrekturen aus dem rein individuellen — „privaten" — Impetus ihrer religiös eingestimmten Mitglieder. Eine Bodenreform, die Hauptaufgabe des heutigen Indiens, hat die Bhudan-Bewegung nicht ermöglicht und kann sie auch nicht ermöglichen [68]). Die Kraft des „Gandhismus" ist verbraucht; verbindliche Lebensführungsregel ist er, der einst Millionenmassen für den Unabhängigkeitskampf zu mobilisieren vermocht hat, nur noch für eine kleine idealistische Minderheit.

(Zweiter Teil folgt)

64) Siehe Prime Minister on Goa (Government of India, New Delhi 1962), S. 27—40; ,. L. Nehru, Mahatma Gandhi, a. a. O., S. 49—50; G. Myrdal, Anstelle von Memoiren, Frankfurt/M. 1974, S. 240 ff.
65) M. K. Gandhi, Sarvodaya (The Welfare of All), Ahmedabad 1954; ders., India of my Dreams, a. a. O., S. 79—81; V. Tandon, The Social and Political Philosophy of Sarvodaya after Gandhiji, Varanisi 1965, S. 43 ff.
66) N. K. Bose und P. H. Patwardhan, a. a. O., S. 90—93.
67) W. Tandon, a. a. O., S. 43 ff., 200—205; siehe auch M. K. Gandhi, Towards Non-Violent Socialism, Ahmedabad 1962, S. 152—157, 173—186.
68) R. A. Uljanowski, a. a. O., S. 70 ff.

Kleine Bibliothek Politik Wissenschaft Zukunft
46 *Bredow,* (Hg.) Folgen der Abrüstung. 210 S. DM 12,80
47 *Hanstein,* Körperliche und geistige Arbeit. 236 S. DM 14,80
49 *Oppolzer,* Entfremdung und Industriearbeit. 304 S. DM 19,80
50 *Hahn,* Probleme der marxistischen Soziologie. 348 S. DM 14,80
51 *Beyer,* Hegel. Zwischen Phänomenologie und Logik. 350 S. DM 19,8(
52 *Kramer,* Freizeit und Reproduktion der Arbeitskraft. 279 S. DM 14,8(
54 *Räuschel,* Die BASF. Ein multinationaler Konzern. 264 S. DM 9,80
55 *Abendroth,* Sozialdemokratie und Sozialismus. 284 S. DM 12,80
56 *Doernberg u. a.,* Probleme des Friedens. 357 S. DM 17,80
57 *Elsner,* EWG-Antwort der Gewerkschaften. 208 S. DM 9,80
Pahl-Rugenstein

DDR-Forschung zwischen Ignoranz und Objektivität

Von Olaf Cless

Alljährlich treffen sich in Tutzing die bundesdeutschen „DDR-Forscher" und liefern sich und der Öffentlichkeit ein Bild vom jeweiligen Stand ihrer Forschungsdisziplin (im doppelten Sinne). Auf der diesjährigen Tagung sind die Methodengegensätze unter den Forschern besonders deutlich zutage getreten. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) nahm dies zum Anlaß, die einander gegenüberstehenden Hauptlager wie folgt zu charakterisieren: „... eine Gruppe von jüngeren Forschern begnügt sich damit, die DDR mit dem Begriffsapparat und dem Wertesystem der SED zu beschreiben. Sie drehen und wenden den anderen deutschen Staat gleichsam wie ein Stück Fleisch im eigenen Saft. Sie scheuen jeden kritischen Vergleich mit der Bundesrepublik ... Anders dagegen die Gruppe der meist älteren Wissenschaftler. Sie lehnen den marxistisch-leninistischen Denkansatz als zu einseitig ab und gründen ihre Analysen auf ein pluralistisches Wissenschaftsverständnis ..." [1]).

Wir werden im folgenden diesen Behauptungen eine Analyse der letztjährigen Tutzinger Tagungsbeiträge gegenüberstellen [2]). Auch damals bereits zog sich jener Methodenstreit durch die Referate, zum Teil zwischen denselben Repräsentanten wie 1975. Überdies verdient die 74er Tagung aufgrund ihrer besonderen Themenstellung Beachtung: waren doch die „Arbeits- und Lebensbedingungen in Industrie und Landwirtschaft der DDR", einschließlich Fragen der sozialistischen Demokratie, in der bisherigen bundesdeutschen Forschung beileibe kein Standardthema gewesen. Bei Betrachtung dieser Beiträge wird sich nun erweisen, daß die von der FAZ inkriminierten, marxistisch orientierten Autoren (d. h. vor allem H. Immler) weit wissenschaftlicher, unvoreingenommener an ihren Gegenstand herangehen als ihre gepriesenen Kollegen, die nur insofern über dem „Begriffsapparat der SED" stehen, als sie ihn unbegriffen liegen lassen; die nur insofern „pluralistisch" sind, als sie die politischen Strukturen der DDR mit nichts als der Elle ihres pluralistischen Demokratiebegriffs messen; und die die DDR nur insofern nicht in deren „eigenem Saft" drehen und wenden, als sie dazu einen vollends ungeeigneten Saft verwenden — den des Antikommunismus. Soviel im voraus.

I

Der erste Aufsatz des Sammelheftes stammt von *R. Dietz* und will „die gesellschaftliche Struktur der Arbeit" (S. 3) im Sozialismus beleuchten, wobei der Marxsche Wertbegriff eine besondere analytische Rolle spielen soll. Nach einigen Präliminarien holt Dietz jedoch unvermittelt seine erste Grundbehauptung hervor:

1) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 11. 6. 1975.
2) Deutschland Archiv, 7. Jg. 1974, Sonderheft: Arbeits- und Lebensbedingungen in Industrie- und Landwirtschaft der DDR. Siebente Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik, 4. bis 7. 6. 1974.
3) Vgl. „Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR", S. 195: Die volkswirtschaftlich erforderliche Rate des Reineinkommens „und damit die Höhe des Gewinns sind so zu bemessen, daß den Erfordernissen des sozialistischen Staates an zu zentralisierendem Reineinkommen entsprochen wird und im volkswirtschaftlichen Maßstab die Mittel für die erweiterte Reproduktion der Industrie erwirtschaftet werden."

Der „Sowjetsozialismus" orientiere sich nicht an dem klassischen Ziel, eine Gesellschaft zu entwickeln, in der die Menschen ihren Stoffwechselprozeß mit der Natur bewußt und gemeinschaftlich regeln, sondern orientiere sich „seit jeher ... bloß an der Aufhebung der *dinglichen Existenz* von Wertformen. Die Ausmerzung jeglicher Wertkategorien, die Abschaffung von Geld und Preisen ist für ihn das theoretische Synonym der kommunistischen Gesellschaft" (S. 5). Bezeichnenderweise fällt Dietz kein einziger Beleg für diese unsinnige Unterstellung ein. In der Tat hätte ihn ein auch nur flüchtiger Blick in die Literatur eines Besseren belehren müssen. Beispielsweise wendet sich das (von Dietz nur ein einziges Mal und beiläufig zitierte) Lehrbuch „Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR" entschieden und ausführlich „gegen Auffassungen ..., die die Warenproduktion im Sozialismus als Überbleibsel, als ‚Rudiment' der kapitalistischen Gesellschaft charakterisieren" (S. 260), und begründet seitenlang die Notwendigkeit und die Spezifik von Wertkategorien im Sozialismus. Ebenso hätte man sich in diesem Buch davon überzeugen können, daß es dem „Sowjetsozialismus" völlig fern liegt, die Frage der Wertkategorien zum Kern- und Angelpunkt des Hinüberwachsens zum Kommunismus zu machen (vgl. die Aufzählung der Kriterien in „Politische Ökonomie ...", S. 191 f.).

Nächste Behauptung, die sich an die erste anschließt, lautet: „Der Naturalplan wurde zum Wesen der sozialistischen Produktionsweise erhoben" (S. 8). Dem naheliegenden Einwand, daß doch zur Wesensbestimmung der sozialistischen Produktionsweise immer mindestens noch die „Frage nach der Stellung der Produzenten zu den Produktionsmitteln" (S. 8) herangezogen wird, wird von Dietz einfach mit der Bemerkung begegnet, diese Frage sei „von der Ideologie ‚Arbeiterklasse an der Macht' okkupiert" (ebd.), womit er sich ihrer auch schon entledigt fühlt und den sozialistischen Ländern wieder ihren „abstrakten Planbegriff" (ebd.) um die Ohren schlagen kann. Dietz will dahingegen die „Entscheidungsbefugnisse an die Basis" (S. 9) verlegen. Damit ist klar, daß er sich nicht gegen irgendeine Form gesamtgesellschaftlicher Planung ausspricht, sondern gegen eine solche überhaupt.

Der Affekt gegen alles, was nach „Zentralismus" und „Staat" riecht, durchzieht sämtliche Ausführungen von Dietz. Er läßt auch die bekannte scheinheilige Pflichtübung nicht aus, zu bemängeln, daß die Staatsmacht in der Sowjetunion noch immer nicht abgestorben sei. In der formalistischen Manier der „Totalitarismustheorie" wird ein „alle Bereiche der Gesellschaft durchdringende(r) Staatsapparat" (S. 13) konstatiert, statt einmal danach zu sehen, wie umgekehrt die Gesellschaft den Staat durchdringt und zu dem ihren macht; wird unablässig von „dem Staat", von der „Herrschaft des Staates" (S. 14) usw. geredet, statt seinen Klasseninhalt konkret zu untersuchen, wie es von einem sich auf Marx berufenden Autor zu erwarten wäre.

Schließlich schickt sich Dietz aber doch noch an, eine Art Klassenanalyse der sowjetischen Gesellschaft zu unternehmen. Sein Versuch, einen Widerspruch zwischen Eigentümern und Produzenten in der sozialistischen Gesellschaft der Gegenwart nachzuweisen, darf zumindest als originell gelten. Dietz schlägt sich nicht erst lange herum mit den konkreten ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnissen (geschweige denn mit der Geschichte ihrer Entwicklung — Geschichte existiert bei ihm nicht), sondern er fixiert sich ohne Umschweife einzig und allein auf eine bestimmte *Preisformel,* nämlich die Formel des sogenannten fondsbezogenen Preistyps. Aus dieser einen Formel — sie besagt, daß in den sozialistischen Industriepreis außer den Selbstkosten noch ein bestimmter Gewinn

einzugehen hat — liest Dietz nun den Abgrund heraus, der zwischen Kapital und Arbeit klafft. Dies gelingt ihm schlicht dadurch, daß er dieses sein Vorurteil in Wirklichkeit in die Formeln *hinein*liest. Weil sich der Gewinn als Überschuß des Produktenwerts über den Wert der zu seiner Erzeugung verbrauchten Faktoren c + v bestimmt, ist damit für Dietz bereits erwiesen, daß hier „die Arbeit ... bloß als technische(r) Faktor)" (S. 16) mißbraucht wird, „um g zu erhalten" (ebd.). Weil die Sachmittel c mit der Arbeit v in einer Klammer stehen, ist Dietz schon davon überzeugt, daß in diesem System „die Arbeit ... als Fremdfaktor und ... in gleicher Weise wie die Produktionsmittel (behandelt)" (ebd.) wird. Und weil in den Produktionspreis schließlich die Rentabilität des für die Produktion eingesetzten Gesamtfonds hineinspielt, ist für Dietz damit bereits die Herrschaft des Profitmachens dingfest gemacht.

So gelangt er jedesmal schnurstracks und mühelos von der Mathematik in die soziale Realität. Den gesellschaftlichen Inhalt, den er beweisen will, schmuggelt er dabei jedesmal erst selbst in die Formelsymbole hinein. Das Mehrprodukt erklärt er unter der Hand zum kapitalistischen „Mehrwert" (ebd.), die Arbeit zum „Fremdfaktor" (ebd.), mit dem man beliebig umspringt, das vom sozialistischen Staat planmäßig festgelegte erforderliche volkswirtschaftliche Reineinkommen [3]) zur kapitalistischen „Profitrate" (S. 17).

Dietz hätte sich wahrhaftig den Aufwand an Formelbeschwörungen sparen können, weil das Ergebnis schon als Voraussetzung vorhanden war: nämlich als metaphysische Gegenüberstellung von „Staat" und „Produzenten" („... nicht die Produzenten, sondern der Staat (ist) Eigentümer der Produktionsmittel ..." S. 19). Und diese Gegenüberstellung, das geht deutlich aus Dietz' Ausführungen hervor, beruht ihrerseits auf einem Sozialismus-Verständnis, welches sich Sozialismus nicht anders denn als Genossenschaftswesen, welches sich die Vergesellschaftung der Produzenten nur bis zur Stufe des „Produzentenkollektivs", der „Arbeiterkooperative" (S. 18) vorzustellen vermag. In einem solchen auf Gruppeneigentum gegründeten „Sozialismus" steht dann beispielsweise, wie sich Dietz ausmalt, die „Rate wirtschaftlichen Wachstums ... zur Disposition" (S. 18) des einzelnen Betriebs. Mit anderen Worten, es herrschte das Motto: Soll die Gesamtgesellschaft naß werden — wir produzieren in unserer Fabrik so viel Regenschirme, wie *wir* wollen ... Da hilft auch Dietz' Beteuerung nichts, das alles solle sich „im Rahmen" eines gewissen „gesellschaftlichen Koordinationsprozesses" (S. 20) vollziehen, denn dazu teilt Dietz nichts Näheres mit, und man kann sich nach den gemachten Voraussetzungen darunter schwerlich etwas anderes vorstellen als das, was Finanz- und Wirtschaftsministerium der sozialliberalen Koalition in Bonn auch gegenwärtig schon betreiben.

Auf Marx und Engels kann sich Dietz mit seinem genossenschaftlichen Sozialismus ganz gewiß nicht berufen. Für sie war Sozialismus bzw. Kommunismus stets gleichbedeutend mit direkter gesamtgesellschaftlicher Aneignung, Produktion „auf Rechnung der gesamten Gesellschaft". (Daran ändert auch nichts, daß sie aus bestimmten historischen Gründen das Gruppeneigentum für den Bereich der Landwirtschaft gelten ließen.) [4])

Daß unter den Bedingungen, da sich die Macht des Volkes in der Form der Staatsmacht organisiert — und Dietz widerlegt die Notwendigkeit dieses Tatbestandes, die sich vor allem aus dem Nebeneinander der antagonistischen Weltsysteme ergibt, auch nicht ansatzweise —, daß unter dieser Bedingung das seinem Inhalt

[4]) Vgl. hierzu H. Nick, Marktwirtschaft. Legende und Wirklichkeit, Berlin (DDR) 1974, S. 61 f.

nach gesamtgesellschaftliche Eigentum ebenfalls *staatliche Form* annimmt, sollte an sich jedem einleuchten. Für Dietz jedoch bildet dieser Tatbestand nur die Grundlage für seine Verdrehungen. Wo er auf staatlich organisierte Eigentümerfunktionen stößt, meint er, er stoße auf ein Unrecht, das „den Produzenten" angetan werde. Tatsächlich entspringt es nur seinen eigenen fixen Ideen, wenn er jeden — unschwer zu findenden — Beleg für staatliche Aneignungsprozesse (zentrale Gewinnabführung etc.) auch für einen Beleg für die Eigentums- und Rechtlosigkeit der Produzenten hält.

Aus der sicher berechtigten Befürchtung heraus, die schlichte Wirklichkeit könnte seine Thesen in Frage stellen, baut Dietz sicherheitshalber eine Art theoretischen Stoßdämpfer ins Modell ein. Wenn er auch aus der Formel vom Produktionspreis zweifelsfrei ausgerechnet haben will, daß sich die sowjetische Arbeiterklasse auf keinen Fall an der Macht befindet, stellt er sich und den Leser auf widerspenstige konkrete Tatsachen ein. Der Schlüssel zu ihrer Unschädlichmachung ist die Feststellung: „... die Ideologie der Sowjetunion (ist) der Arbeiterklasse verpflichtet" (S. 14). Und so etwas fordere eben seinen Preis, zum Beispiel: „soziale Sicherheit" und „hinreichende Arbeitsbedingungen" (S. 20). Man fragt sich: Warum macht es sich die Klasse der sowjetischen Produktionsmittelbesitzer nur so schwer? Warum bewahrt, ja kultiviert sie, der es doch nur um die „Instrumentalisierung der Arbeit" (S. 20) zum Zweck der „Verwertung des eingesetzten Werts" (S. 17) geht, der also „der Produzent nur als Objekt seiner Bestrebung, ... (ihr) Eigentum zu mehren" (S. 18), gilt, eine Ideologie, von der sie nichts als die permanente Gefährdung ihrer Machtposition zu erwarten hat? Eine wahrhaft absonderliche herrschende Klasse.

Aber immerhin, Dietz immunisiert mit diesem Zusatz sein Weltbild. Handelt der Sowjetstaat im Interesse der Arbeiterklasse, so beweist das nur, wie sehr er unter dem Druck derselben wie seiner unglückseligen Werktätigen-Ideologie zu lavieren gezwungen ist. Als letztes und besonders bezeichnendes Zugeständnis der Kremlherren ließe sich noch die Einführung des Sozialismus vorstellen, in so makelloser Ausführung, daß sogar ein Raimund Dietz daran nichts mehr auszusetzen hätte.

II

Der nächste Aufsatz ist von Irma *Hanke* (TU München) und trägt den Titel: „Sozialistische Demokratie als Einheit von Politik, Ökonomie und Moral". I. Hanke geht aus von einigen kritischen Überlegungen zum liberalen Demokratieverständnis, dessen Beschränkung auf die staatlich-politische Sphäre und auf formale Gewährungen, und gelangt von da zur Frage, welche Vorteile demgegenüber die sozialistische Demokratie gebracht habe und welche Probleme es hier gebe, besonders bezüglich des Verhältnisses von Planrationalität und Demokratie.

Diesen Fragen geht I. Hanke nun allerdings nur anhand einiger allgemeinerer, philosophischer Erörterungen aus der DDR, namentlich Aufsätzen aus der „Zeitschrift für Philosophie", nach. Das hat zur Folge, daß der Gegenstand selbst, die sozialistische Demokratie in der DDR, überhaupt nicht direkt in den Blick gerät, überhaupt nicht in seiner Konkretheit dargestellt und interpretiert wird, sondern gewissermaßen bloß als dunkler Schatten in I. Hankes polemischen Ausführungen präsent ist. Sicher kann die Beschäftigung mit der einschlägigen DDR-Philosophie sehr viel zur Klärung von Problemen der sozialistischen Demokratie beitragen; bei I. Hanke aber erfüllt das eingeschlagene Abstraktionsniveau den Zweck, der Polemik anstrengende Konkretionen zu ersparen. Es ist beispielsweise einfacher,

einen DDR-Autor (kurz) zu zitieren, der von der Entfaltung der sozialistischen Demokratie als einer „Leitungsaufgabe" (S. 28) spricht, um hieran die eigene Behauptung zu hängen, hier würden die Werktätigen also „in einer passiven Rolle" (S. 27) gehalten, als ein konkretes Bild von der Leitungstätigkeit und der Massenaktivität in der DDR, samt aller Probleme, an denen man dort arbeitet, zu entwickeln — und dann naseweise Behauptungen obiger Art aufrechtzuerhalten. Es ist einfacher, in bestimmte Ausführungen von DDR-Autoren hineinzulesen, drüben regiere moralischer Hochdruck statt kollektive Diskussion das Feld (S. 39: „... die anstehenden Sachverhalte [werden] nicht durch Diskussion entschieden, sondern dem sozialistischen Verantwortungsbewußtsein der Beteiligten anempfohlen ..."), als zum Beispiel Informationen über die Praxis der Plandiskussion im Betrieb zu geben — und dann weiter auf derartigen Klischees herumzureiten.

In all diesen Fällen, und sie durchziehen den ganzen Aufsatz, macht I. Hanke geradeheraus ihrem Vor-Urteil Luft, das da heißt: Wo die kommunistische Partei ist mit ihrem Führungsanspruch, da steht es schlecht um die „Idee der Selbstbestimmung und der aktiven Vertretung eigener Interessen" (S. 31). Man sollte nun erwarten, daß eine solch grundlegende Behauptung nach zumindest folgenden Richtungen abgestützt würde: Daß erstens die Gründe, die der Marxismus für die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats und der Führungs- und Erziehungsrolle der kommunistischen Partei anführt, entkräftet würden; daß zweitens gezeigt würde, welche wirklichen gesellschaftlichen Teilinteressen sich denn nun hinter dem behaupteten Führungsanspruch verbergen (mit anderen Worten: welche konkreten eigennützigen Ziele die kommunistische Partei im Schilde führe); daß schließlich drittens deutlich gemacht würde, was jene „Selbstbestimmung" beinhalte, welche von der Partei unterdrückt werde.

Was die Frage der führenden Rolle des Proletariats und seiner Partei betrifft, so wird deren marxistisch-leninistische Begründung teilweise durchaus wiedergegeben; so wird auf die besonderen historischen Bedingungen des Aufbaus des Sozialismus hingewiesen, der nur als bewußte gesamtgesellschaftliche Tat möglich ist; es wird das Argument wiedergegeben, daß auch die Entfaltung sozialistischer Bewußtheit kein spontaner, sondern selbst ein bewußt-politischer Prozeß ist; es wird darauf hingewiesen, daß es im Sozialismus noch Klassenunterschiede gebe, daß die Komplexität der gesellschaftlichen Verhältnisse ständig zunehme (S. 28). Doch all dem wird erstaunlicherweise keinerlei inhaltliche Gegenargumentation zuteil; I. Hanke behilft sich lediglich mit der Bemerkung, jene Führungsaufgaben der Partei würden nur „konstatiert, ... aber nicht argumentativ im Kausalzusammenhang abgeleitet" (S. 29), weswegen sie wohl einer inhaltlichen Kritik nicht wert seien (unklar, was I. Hanke nicht „abgeleitet" erscheint; vielleicht, daß nicht bei jeder Gelegenheit aufs neue die Notwendigkeit des Sozialismus „abgeleitet" wird?).

Es offenbart die Hilflosigkeit der Verfasserin, wenn sie marxistische Thesen — die häufig über lange Strecken kommentarlos referiert werden, solange bis sich wieder irgend ein Haar in der Suppe findet — nicht kritisch auseinandernimmt, sondern eine dürftige Gegenthese lediglich noch daranklebt, wie folgendes Zitat zeigt: „Einzig durch die Diktatur des Proletariats (Hanke gibt hier das sozialistische Selbstverständnis wieder, d. Verf.) läßt sich eine zielgerichtete gesellschaftliche Entwicklung zum Kommunismus hin verwirklichen, *läßt sich vor allem die Existenz der Avantgarde-Partei rechtfertigen*" (S. 26 f., Hervorhebungen von mir, d. Verf.)

Dieses Muster der Argumentation, wenn man überhaupt davon sprechen kann, kehrt immer wieder: Statt sich mit dem Wahrheitsgehalt bestimmter theoretischer Grundlagen des Sozialismus auseinanderzusetzen, im obigen Fall mit der Begründung der Diktatur des Proletariats, unterstellt man kurzerhand, jene theoretischen Grundlagen seien zur *Rechtfertigung* der Parteiherrschaft ersonnen worden. Der Beweis dafür gilt bereits als erbracht, sobald zwischen der Theorie und der Tatsache der Partei irgendein Einklang herrscht. So erscheint dann die Auffassung von der Geschichte als einem objektiven, erkennbaren und bewußt gestaltbaren Prozeß als Rechtfertigungsmittel der Partei, weil sich eben aus dieser Auffassung ergibt, daß die Arbeiterklasse bestimmte historische Aufgaben hat (vgl. S. 29); auch etwa die Widerspruchslehre und die Basis-Überbau-Theorie werden auf diese Weise ihres Rechtfertigungscharakters bezichtigt, weil sie, wie I. Hanke aus einem Zitat stumpfsinnig herausliest, „schließlich eine Argumentation zugunsten der Avantgardeposition der Partei begünstigen" (S. 36, Anm. 73). Wenn der gewöhnliche Antikommunismus die Art hat, politische Gedankengänge und Handlungen einfach aufgrund ihres unerwünscht „prokommunistischen" Ergebnisses anzuschwärzen, so haben wir hier seinen akademischen Ableger vor uns.

Indem alle Argumente für die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei beim Aufbau des Sozialismus mit der eigenen Ignoranz zugedeckt werden, ist es ein leichtes, ein Bild auszumalen, wonach die Partei eben einfach so schaltet und waltet, wie es in ihren Kram und in ihre Herrschsucht paßt: „Da sie selbst als ideologisches Führungszentrum gilt, liegt die Kompetenz, ihre eigenen Funktionen zu definieren, nur bei ihr" (S. 29). Auch die unleugbaren historischen Erfolge, die unter Führung kommunistischer Parteien erreicht wurden und damit deren Notwendigkeit praktisch bestätigen, bringen I. Hanke nicht aus der Fassung. Sie verweist einfach darauf, daß es ja dieselben Parteien seien, die darüber befänden, was Erfolg sei und was nicht. Oder mit ihren eigenen Worten: „... das Urteil über die Richtigkeit getroffener Entscheidungen (bemißt) sich vornehmlich am Ausmaß der Übereinstimmung mit den durch die Ideologie letztlich vorgegebenen Zielen ..." (S. 29). Hier hätte Frau Hanke dringend erklären müssen, woran anders sich die Richtigkeit menschlicher Entscheidungen bemessen soll, ob sie gegen Ziele überhaupt ist oder gegen welche und gegen welche nicht. Darüber hätte sich diskutieren lassen. So aber läuft ihre Position auf die Absurdität hinaus: Selbst wenn die gesamte Weltgeschichte zeigen sollte, daß der Sozialismus nie anders als unter Führung der proletarischen Partei herbeigeführt und errichtet werden kann, so besagt das eben nichts weiter, als daß diese Parteien jeweils ihren „durch die Ideologie letztlich vorgegebenen Zielen" Genüge getan haben ... Ein uferloser Relativismus.

So wenig, wie sich I. Hanke konsequent mit dem Theorem der führenden Rolle der Partei auseinandersetzt, so wenig kann sie erklären, welche konkreten *Interessen* denn nun hinter den ständigen Rechtfertigungsstrategien stehen, die sie der Partei unterstellt. Möglicherweise ist ihr diese Fragestellung überhaupt ganz fremd, da einem der Antikommunismus beigebracht hat, mit der Tautologie zufrieden zu sein: die Partei rechtfertigt ihre Vorherrschaft, um ihre Vorherrschaft zu rechtfertigen. Und in der Tat ist es bei I. Hanke einfach die schiere *Existenz* der führenden Klasse und Partei, die begriffslos zum Stein des Anstoßes erklärt wird; der grundlegende Makel ist eben ihr Vorhandensein an sich. So sind bei I. Hanke Analyse und Beweis abgeschlossen, bevor sie überhaupt angetreten wurden.

Eine Spur substanzvoller werden bei der Autorin Andeutungen über jene Interessen und Alternativen, welche die Partei unter ihrem Monopol erstickt. Da klingt an, daß die Entfaltung der Produktionsverhältnisse eine gewisse andere „Richtung" (S. 37) nehmen solle, da wird mit A. Gorz „eine allgemeine Konzeption der menschlichen Möglichkeiten" (ebd.) gefordert, es ist die Rede von einer „Umorientierung der Produktion auf die Bedürfnisse der Arbeitenden (S. 33) — was immer das heißt —, und schließlich begegnet uns der Gedanke, daß die „Leitungstätigkeit . . . aufgehoben werden könnte" (S. 38). Doch eindeutig und konkret sind diese Forderungen — wir haben uns bemüht, keine zu übersehen — wahrlich nicht; auch die Forderung nach Aufhebung der Leitungstätigkeit wagt sich nur im Konjunktiv vor. Und das Plädoyer für die ominöse „Umorientierung der Produktion" lebt von nichts als einer billigen Dämonisierung der Arbeitsdisziplin in der DDR, für die kein einziger tauglicher DDR-Beleg, dafür aber um so mehr André Gorz herhalten muß (vgl. S. 33).

Die Verschwommenheit der Alternativen entspricht voll und ganz einem politischen Konzept, dem es um die Entfesselung eines sogenannten Pluralismus schlechthin geht. Es ist bürgerlichen Demokratietheoretikern nie eingefallen, den bestimmten sozialen Inhalt von Kategorien wie Gewaltenteilung, Mehrparteiensystem, Opposition, Diktatur usw. beim Namen zu nennen. Genauso bleiben bei I. Hanke jene „Selbstbestimmung" (S. 31), der sie eine Lanze brechen will, jene „Alternativvorschläge" (S. 34), die in der DDR tabu seien, usw., namenlose Ausgeburten. Betrachten wir sie allerdings im Licht der übrigen Aussagen I. Hankes, dann entpuppen sie sich allemal als gewöhnliche antisozialistische Empfehlungen. Denn wer der Mobilisierung jedweder beliebiger „Interessen" (S. 31), ohne jede weitere Einschränkung, das Wort redet, wer es dem Sozialismus als besondere Errungenschaft westlicher Demokratie empfehlen will, daß man hier auch „bloß egoistische Interessen durchsetzen darf" (S. 30), wer dem entsprechend aus der sozialistischen Staatsmacht eine Größe machen will, die schlicht „der Verwirklichung der Meinungen des Volkes" (S. 37) dienen soll, wer schließlich die Qualifizierung der Leitungskader als autoritäre Machenschaft angreift (vgl. S. 38) und stattdessen die Demontage der Leitungsstrukturen auf die Tagesordnung setzen will (wie wär's noch mit der Drosselung der Produktion auf ein gemütliches Minimum?) — der empfiehlt nach Lage der Dinge der sozialistischen Gesellschaft die Preisgabe ihrer Existenz.

Wenn I. Hanke immerfort von der Intransigenz der DDR gegenüber „Alternativen" redet, so handelt es sich also dabei letztlich bloß um das Klagelied darüber, daß man in der DDR so stur darauf beharrt, sozialistisch zu bleiben. Zu dieser Erkenntnis hätte es freilich nicht eines ganzen Aufsatzes bedurft.

III

Ebenfalls um Mitbestimmung und Demokratie geht es im Beitrag von Arnold *Freiburg,* diesmal speziell die werktätige Jugend betreffend. Wir können uns kurz fassen: Wie I. Hanke, geht auch A. Freiburg von einem spontaneistischen Mitbestimmungsbegriff aus, um dann bei der Darstellung der betrieblichen Verhältnisse jedesmal in der Feststellung zu gipfeln, demokratische Teilhabe gebe es nur „in bestimmten Grenzen" (S. 45), nur im „vorgegebene(n) Rahmen" (S. 43), usw. Als Beweis, daß diese Grenzen, dieser Rahmen gleichbedeutend seien mit einer substanziellen Einschränkung der Interessen der Betroffenen (hier der Jugendlichen), genügt für A. Freiburg die pure Nennung solcher Sachverhalte wie des demokratischen Zentralismus, der Führungsrolle der SED, der Kompe-

tenzen der FDJ-Führung. Es wird unterstellt, daß sich Interessen nur unter *der* Bedingung „von unten nach oben ... artikulieren und ... organisieren (könnten), um Leitungen wirklich zu bestimmten Beschlüssen zu zwingen" (S. 45), wenn dies wild, spontan, über die gegebenen Einrichtungen hinweg geschehe. Und umgekehrt wird über alle vorhandenen Formen friedlich-schiedlicher Interessendurchsetzung und konstruktiver Einbettung der Jugendaktivitäten in den gesellschaftlichen Prozeß ein Dunst von Unfreiheit und Gängelung gebreitet („... die Kontrollposten der FDJ, die jedoch [!, d. Verf.] ‚Bestandteil der gesellschaftlichen Kontrolle in der DDR' sind ..." [S. 46]; „... der Jugendvertrauensmann ... hat sich aber ... mit den FDJ-Funktionären seines Bereichs abzustimmen ... [S. 47 — unerhört! abstimmen sollen die sich!]. Es liegt auf der Hand, daß dieses Interpretationsmuster zu einem gut Teil von der verdeckten Übertragung typisch kapitalistischer Erfahrungswerte auf die sozialistische Gesellschaft lebt; die Vorstellung, Betriebsleitungen müßten im Normalfall zu belegschaftsorientierten Beschlüssen „gezwungen" werden, unter Einsatz kräftezehrender Kampfmittel, zählt zu diesen grundverkehrten Projektionen.

A. Freiburg faßt am Ende sein Urteil selbst in den Worten zusammen, die Betriebsdemokratie in der DDR sei „einseitig zuungunsten der Entfaltung nicht eingeplanter Aktivitäten" (S. 48) festgelegt. Da bleibt nur zurückzufragen, was A. Freiburg eigentlich dagegen hat, daß die Werktätigen ihre Aktivitäten einplanen?!

Das ist doch gerade ein entscheidender Vorzug des Sozialismus. Oder?

IV

Zur Landwirtschaft der DDR bietet die Publikation zwei Aufsätze, den einen von H. *Immler,* den anderen von C. *Krebs* (Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Westberlin). Da sich beide, unabhängig voneinander, auch mit demselben Problemkreis befassen, nämlich den Arbeits- und Lebensbedingungen, drängt sich ein Vergleich ihrer Interpretationsmethoden geradezu auf.

Es beginnt schon mit dem unterschiedlichen Verhältnis der Autoren zur Geschichtlichkeit ihres Gegenstandes. Während Immler eine Schilderung der Agrarverhältnisse in den ostdeutschen Gebieten vor 1945 gibt und damit überhaupt die Grundlage legt für eine objektive Würdigung der ökonomischen, sozialen und kulturellen Umwälzung in der SBZ und dann DDR, steht bei Krebs gleich am Beginn eine begriffslose Momentaufnahme der gegenwärtigen Betriebsformen in der DDR-Landwirtschaft. Und während Immler die einzelnen Entwicklungsetappen — Bodenreform, Kollektivierung, Industrialisierung — skizziert und ihre Folgerichtigkeit herausarbeitet, vermeidet Krebs alles, was den Eindruck einer zielgerichteten, vorwärtsschreitenden Entwicklung aufkommen lassen könnte. In dem Bild, das Krebs zeichnet, boxt das Regime willkürlich, aus einer merkwürdigen Besessenheit heraus, kaltschnäuzige technologische und ökonomische Maßnahmen in der Landwirtschaft durch.

Krebs ist nach Kräften bemüht, diesen ganzen Prozeß als grundverkehrt und negativ schlechthin erscheinen zu lassen. Die sogenannten Kooperativen Abteilungen, die eine neue Stufe der Spezialisierung und Vergesellschaftung darstellen, schaut sich Krebs gewissermaßen von rückwärts an, um so ihr Wesen in nichts anderem als einer bedauernswerten „schrittweisen Funktionsentleerung in den LPG und VEG" (S. 70) erblicken zu können. Und überhaupt handelt es sich bei der sich vollziehenden Vollvergesellschaftung in der Landwirtschaft für Krebs um den

„Vorgang ... einer fortschreitenden Enteignung der LPG-Mitglieder (kann man die überhaupt noch enteignen?, d. Verf.) und der Genossenschaften" (S. 73) Punkt, aus. Daß damit auch die letzte Stunde der letzten Mitbestimmungsmöglichkeiten geschlagen habe, das „beweist" Krebs mit der famosen Formel: „Je größer die Belegschaft des Betriebes ist, desto geringer ist das Gewicht der einzelnen Stimme (in Belegschaftsversammlungen u. ä., d. Verf.)" (S. 75), sowie damit, daß in den großen Landwirtschaftsbetrieben der DDR das Delegiertenprinzip (!) praktiziert werde (vgl. ebd.). Abgesehen von der haarsträubenden Logik solcher Argumente fragt es sich, ob Krebs hier nicht indirekt der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der BRD in den Rücken fällt ...

Weitere Haare, die Krebs aus der Suppe fischt: Die Befugnis der Kreis- und Bezirksleitungen der DDR, zur Ernte den Einsatz der Landmaschinen zentral zu dirigieren, wird von ihm als Armutszeugnis des Sozialismus bespöttelt: „In der Geschichte der mitteleuropäischen Landwirtschaft" sei es bisher „noch nie erforderlich gewesen, den ‚Bauern' Anweisungen über die Durchführung der Ernte zu geben" (S. 76). Hier schimmert bereits jene reaktionäre Wehmut durch, unter deren Flagge Krebs tatsächlich gegen die Industrialisierung der landwirtschaftlichen Arbeit überhaupt polemisiert (S. 77 ff.). Dabei macht er sich Probleme zunutze, die unbestreitbar vorübergehend in Kauf genommen werden müssen, etwa die Monotonie bestimmter Arbeitsvorgänge.

Es lohnt sich, als Antwort darauf H. Immler wiederzugeben: Jene Nachteile der Arbeitsbedingungen in der industrialisierten Landwirtschaft, so betont er, „sind erstens verhältnismäßig klein im Vergleich zu den gewonnenen Erleichterungen wie Arbeitszeitregelungen und Arbeitserleichterung, sie sind zweitens notwendige Begleiterscheinungen beim Versuch, die *allgemeine* Rückständigkeit der landwirtschaftlichen Produktivkräfte und der daraus resultierenden ländlichen Lebensweise durch eine gesellschaftliche Neuorganisation zu beseitigen" (S. 62).

Solche Einordnung von Problemen fällt dagegen Krebs im Traum nicht ein. Dafür bemüht er sich aber umgekehrt, schwer zu leugnende Erfolge der DDR-Agrarpolitik wie Bildung und soziale Versorgung solange „einzuordnen", bis sie keine Erfolge mehr sind. Da war der beachtliche Aufschwung des Qualifikationsniveaus der werktätigen Landbevölkerung, den die DDR zu verzeichnen hat, eben einfach „dringend erforderlich" (S. 82) für die Einführung industriemäßiger Produktionsbedingungen, ebenso wie etwa die Kindergartenversorgung bei Krebs nur Gähnen erzeugt, denn wo soll die Mutter auch „hin mit den Kindern, wenn sie arbeiten soll?" (S. 84). Und was beispielsweise die kostenlose ärztliche Versorgung betrifft, so legt Krebs Wert auf die Feststellung, daß derartige Errungenschaften ja zur modernen sozialistischen „Produktionsform der Landwirtschaft in keiner Beziehung stehen" (S. 83); folglich können die Ideologen des Privatbauerntums auch in diesem Punkt ganz beruhigt sein.

Doch alle Selbstberuhigung ob des Erreichten in der DDR-Landwirtschaft reicht nicht aus, um noch eine zusammenfassende Bewertung oder womöglich eine Prognose zu geben. So endet der Aufsatz von C. Krebs ebenso unvermittelt, wie er begann. H. Immler dagegen hat diese Gequältheit der Analyse nicht nötig. Er vermag aus der großen historischen Sicht, der ausgewogenen und übersichtlichen (Gliederung der Problematik in zehn Thesen) Analyse des erreichten Fortschritts in der DDR-Landwirtschaft (wobei er Probleme nicht vertuscht: negative Nebenwirkungen der Industrialisierung, politisch-ideologische Schwierigkeiten, unbewältigte neuartige Umweltprobleme, noch ungenügende Produktionsleistung

der DDR-Landwirtschaft u. a.) sowie aus der Gegenüberstellung mit den agrarpolitischen Problemen der kapitalistischen Welt frank und frei die Gesamtprognose aufzustellen, daß „die zukünftige Überlegenheit der sozialistischen Produktionsweise in der Landwirtschaft zwingend" ist (S. 67).

V

Mit der polytechnischen Erziehung befaßt sich Horst *Messmer* (Forschungsstelle für vergleichende Erziehungswissenschaft, Marburg), genauer gesagt, mit deren „Funktionswandel" in der Zeit von 1966 bis 1973 (vgl. Untertitel). Messmer geht aus von der in der DDR zu beobachtenden „Diskrepanz zwischen den Berufswünschen eines Teils der Schulabgänger und dem in der volkswirtschaftlichen Arbeitskräftebilanz ausgewiesenen Bedarf" (S. 86). Er sieht diese Diskrepanz hauptsächlich als Folge gewisser unrealistischer Tendenzen in der polytechnischen Unterrichtskonzeption, wie sie zwischen 1966 und 1971 die Oberhand hatten. Zumindest was eine maßgebliche Veröffentlichung aus dieser Phase angeht (H. Frankiewicz, Technik und Bildung in der Schule der DDR, Berlin [DDR] 1968), gelingt Messmer der Nachweis derartiger Tendenzen auch in der Tat. Frankiewicz stellt in seiner Grundkonzeption des polytechnischen Unterrichts zu absolut auf den Typ des ingenieurmäßigen schöpferisch-technischen Handelns und Denkens ab, wohingegen der Aspekt der „politischen und sozialen Erfahrungen, die die Schüler in der Produktionsarbeit gewinnen ... können" (S. 91), wie Messmer hervorhebt, sekundär bleiben.

Soweit kann man Messmers Kritik zustimmen. Unsinnig wird sie allerdings da, wo sie der fraglichen Konzeption die Absicht unterstellt, die Realität der Industriearbeit „verschleiern" (S. 97), „verdrängen" (S. 90), „verbrämen" (S. 91) zu wollen. Nach Messmers Ansicht ist nämlich die Produktionsarbeit in der DDR in Wirklichkeit nichts als die trostlose „Wirklichkeit des repetitiven Teilarbeiters" (S. 94), ja, die von Marx analysierte kapitalistische „Entmenschlichung der Produktionsarbeit" sei in der DDR „nach wie vor vorhanden" (S. 95); ein Produktionsunterricht, der sich am Niveau der Ingenieurtätigkeit orientiere, spiegele daher vor, die „Wissenschaft befände sich in der Verfügungsgewalt der Produktionsarbeiter" (S. 93).

Ganz offensichtlich geht hier Messmer an die Frage der Überwindung der Kluft von Kopf- und Handarbeit, von Wissenschaft und Produktion nach dem Motto „alles oder nichts" heran. Er übersieht dadurch erstens, daß auf der Grundlage sozialistischer Produktionsverhältnisse prinzipiell kein *antagonistisches* Verhältnis mehr zwischen Wissenschaft und Arbeiter besteht, da jene nicht mehr in den Dienst der Ausbeutung gepreßt ist. Er übersieht zweitens, welche konkreten Fortschritte auf dieser sozialistischen Grundlage bei der Annäherung beider Bereiche schon erzielt worden sind, etwa im Wege des Neuerer- und Rationalisatorenwesens, der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit sowie auch der Weiterqualifizierung und -bildung der Massen — Fortschritte, angesichts derer es, gelinde gesagt, ignorant ist, Marxens Wort vom Arbeiter als „Zubehör einer Teilmaschine", die zu „einer materiellen Kraft verdummt" wird, auch noch für die Verhältnisse in der DDR gelten lassen zu wollen. Und drittens übersieht Messmer, daß das, was in puncto Humanisierung der Arbeit noch nicht erreicht ist, eben nicht anders als in einem längeren *Prozeß* erreicht werden kann und wird, und zwar in einem Prozeß, der sowohl eine objektive als auch eine subjektive Seite hat, weswegen Messmers Vorwurf völlig verfehlt ist, polytechnische Bildung würde als künstliche Beschönigung der Produktionsrealität fungieren (vgl.

S. 94 f.): Wer soll denn die humanisierende Umwälzung der Produktion vollbringen, wenn nicht polytechnisch gebildete Produzenten?!

Messmer erliegt streckenweise einem wahren „Entlarvungstrieb". Daraus, daß die Schüler an ihrem Unterrichtstag in der Produktion bestimmte Arbeits- und Lernaufträge erteilt bekommen, schließt er überreizt, daß da „offenbar nicht das Arbeiten selbst, sondern das Arbeiten nach Arbeitsinstruktionen erlernt werden" (S. 96) soll. Und weil die DDR-Pädagogik die Schüler nicht einfach an x-beliebiger Stelle in die Produktion schmeißt, sondern auch um die Schaffung besonderer, ergiebiger Lernsituationen bemüht ist, ist damit für Messmer bereits wieder der Tatbestand einer „Verschleierung der real vorfindlichen Arbeitsverhältnisse" (S. 97) erfüllt.

Verwundert ist man dann allerdings, zu erfahren, daß sich die DDR seit dem VIII. Parteitag der SED von diesem Konzept der „Verschleierung" so ohne weiteres gelöst hat, welche Messmer eben noch als „eine dringende gesellschaftliche Notwendigkeit" (ebd.) ausgegeben hatte. In den Zitaten, die Messmer nun als Belege für die neue Linie in der Gestaltung der produktiven Arbeit der Schüler anführt, sind wahrhaftig keinerlei Anhaltspunkte für jene ominöse Verschleierungstaktik mehr auffindbar; Margot Honnecker mahnt da ganz offen vor Tendenzen, die „bei den Schülern zu illusionären Vorstellungen über die spätere berufliche Tätigkeit" (S. 101) führen könnten. Für Messmer lediglich Anlaß, flugs auf den Vorwurf umzuschalten, jetzt werde in der DDR „eine rigide Arbeitserziehung" (S. 102) betrieben. Eine seriöse Auseinandersetzung mit der in der DDR nunmehr stärker hervorgehobenen Erziehung zu einer sozialistischen Arbeitseinstellung — „... überhaupt und in erster Linie den Schülern den Sinn ihrer Arbeit dadurch deutlich zu machen, daß sie die Bedeutung ihrer Arbeitsaufgabe für den Betrieb, die Arbeit der Werktätigen, die Volkswirtschaft, kurz: die sozialistische Gesellschaft verstehen ..." (S. 100) — findet nicht statt.

Damit hat Messmer sein Soll erfüllt. Er hat eine nicht fehlerfreie Entwicklung in der DDR ausgeschlachtet, dabei gleich noch den Sozialismus für die vom Kapitalismus ererbte Ungleichheit in der Produktion verantwortlich gemacht, sodann der DDR-Pädagogik ihr Bestreben, die Schüler zu technischem Schöpfertum zu erziehen, als ideologische Hinterlist ausgelegt und schließlich noch den seit 1971 erfolgten Korrekturmaßnahmen eins drauf gegeben. Messmer, der in Marburg vergleichende (!) Curriculumforschung betreibt, muß sich im klaren darüber sein, welche Funktion er mit derartigen Veröffentlichungen erfüllt: nämlich Ablenkung davon, daß es angesichts einer skandalösen Jugendarbeitslosigkeit, einem hohen Lehrstellenmangel, einer anachronistischen Berufsausbildung, einer unbewältigten Kluft zwischen Schule und Leben in der BRD prinzipiell nur die eine Alternative gibt: die, welche uns die DDR schon lange vorpraktiziert.

VI

Als letzter im Sonderheft gibt Volker *Gransow* einen — leider sehr knappen — Überblick über die Ziele der Freizeitpolitik in der DDR, über die Freizeitverwendung in der Bevölkerung und über wichtige Tendenzen im Umgang der Bevölkerung mit der Kultur. Er teilt dabei einige interessante Einzelheiten mit, etwa was klassen-, schichten- und geschlechtsspezifische Unterschiede in Freizeitumfang und -nutzung betrifft. Als lehrreich für die hierzulande geführte kulturpolitische Diskussion sei außerdem bei Gransow herausgegriffen, daß sich in der DDR das Interesse fürs Fernsehen und das Interesse für Literatur erwiesenermaßen nicht stören, sondern mitunter gegenseitig fördern (vgl. S. 108), und daß sich in der DDR die Zahl der Theaterbesucher seit 1967 bei rund 12 Mio. stabilisiert hat (ebd.).

Wirtschaftsinformation

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

1. Wirtschaftliche Entwicklung im 3. Quartal 1975 (in Preisen von 1962)

	Mrd. DM	Veränderung in % gegenüber 2. Quartal 1975	Veränderung in % gegenüber 3. Quartal 1974
Bruttosozialprodukt	141,3	— 0,3	— 4,4
Bruttolohn- und -gehaltssumme (in jeweiligen Preisen)	119,5	0,0	+ 2,4
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen und Abschreibungen (in jeweiligen Preisen)	83,8	— 1,5	+ 3,6
Privater Verbrauch	83,6	— 1,9	+ 1,9
Öffentlicher Verbrauch	20,9	— 1,9	+ 2,0
Ausrüstungsinvestitionen	15,8	— 4,2	— 5,6
Bauten	16,2	— 1,3	— 10,0
Ausfuhr	49,8	— 0,8	— 9,9

Quelle: DIW-Wochenbericht, Nr. 47/75 v. 20. 11. 1975, S. 394/95.

2. Preise

	Oktober 1975 in % gegenüber September 1975	Oktober 1975 in % gegenüber Oktober 1974
Private Lebenshaltung aller Haushalte	+ 0,3	+ 5,8
Arbeitnehmerhaushalte	+ 0,4	+ 6,1
Rentnerhaushalte	+ 0,3	+ 7,1
eines Kindes	+ 0,3	+ 7,6

Quelle: Statistisches Bundesamt, zit. in: „Handelsblatt" v. 11. 11. 1975.

	Preisanstieg in % August 1975 geg. August 1974	Preisanstieg in % In den letzten 5 Jahren
Lebenshaltungskosten insgesamt	+ 5,9	+ 35,0
Öffentlich administrierte Preise	+ 12,1	+ 56,0

Quelle: Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher, Bonn, zit. in: „Kölner Stadt-Anzeiger" v. 17. 9. 1975.

3. Arbeitsmarkt (in 1000)

	Oktober 1975	Veränderung in 1000 gegenüber September 1975	Veränderung in 1000 gegenüber Oktober 1974
Arbeitslose	1061	+ 46	+ 389
Kurzarbeiter	717	+ 78	+ 347
Offene Stellen	210	— 25	— 38

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/1975, S. 63.

4. Arbeitslose Akademiker

	Mai 1974	Mai 1975	davon Berufsanfänger
Akademiker ohne Arbeit insgesamt	13 800	25 200	6 300
davon:			
Mit Fachhochschulabschluß	6 300	12 100	2 100
Mit Hochschulabschluß	7 500	13 100	4 200

Quelle: Strukturanalyse der Bundesanstalt für Arbeit vom Mai 1975, Presseinformationen der BfA, S. 9 f.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird in jüngster Zeit immer häufiger mit hoffiungsvollen Attributen belegt. So überschrieb das Westberliner „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung" seinen Vierteljahresbericht mit der Schlagzeile „Reales Bruttosozialprodukt nimmt wieder zu". Eine nähere Betrachtung der veröffentlichten Daten deckt einen Widerspruch zwischen Überschrift und Inhalt auf. Denn das Bruttosozialprodukt nimmt im Jahresvergleich real mit kaum verminderten Raten ab. Auch muß berücksichtigt werden, daß die in diesen Berechnungen verwandten vorläufigen Zahlen in der Regel korrigiert werden müssen. In den letzten Vierteljahresberichten des Instituts hatten die vorläufigen Ergebnisse günstiger gelegen als in den endgültigen Berechnungen.

Die oben wiedergegebene Behauptung über das Wachstum bezieht sich denn auch nur auf den Vergleich zum Vorquartal, also zum 2. Vierteljahr 1975. In effektiven Werten ist die Entwicklung auch in diesem Vergleich noch rückläufig. Ein Wachstum ergibt sich erst dann, wenn man die Ergebnisse um Saisonschwankungen, z. B. die unterschiedliche Zahl der Arbeitstage je Quartal, bereinigt. Hier aber liegt eine Quelle von erheblichen statistischen Ungenauigkeiten.

Das soll wieder am Einfluß der unterschiedlichen Zahl der Arbeitstage gezeigt werden. In der Hochkonjunktur, wenn die Kapazitäten und die Arbeitskräfte ohnehin voll ausgelastet sind, ist die Berücksichtigung der unterschiedlichen Zahl der Arbeitstage in einem gewissen Maße berechtigt. In der Rezession aber, wenn es große Kapazitätsreserven gibt, ist eine solche Berücksichtigung fragwürdig. Ist in einem Quartal die Zahl der Arbeitstage geringer als im Vergleichsquartal, so werden die Unternehmen ihre Aufträge auf die vorhandenen Arbeitstage verlagern, d. h. die Zahl der Feiertage spielt für den Umfang der Produktion in diesem Zeitraum keine Rolle. Eine zusätzliche Berücksichtigung ausgefallener Arbeitstage muß das Ergebnis also überzeichnen.

Genau das aber ist bei dem Vergleich von 2. mit 3. Quartal 1975 der Fall: im 3. Quartal lagen weniger Arbeitstage als im Vorquartal, die Saisonbereinigung führt zu einem positiv verzerrten Ergebnis.

Alle wichtigen Größen der Verwendungsseite des Bruttosozialprodukts zeigen nur schwache Zuwächse bzw. sind erheblich rückläufig.

Der private Verbrauch steigt nur noch wenig an. Die Enwicklung der Löhne und Gehälter, die sich anbahnenden niedrigeren Tarifabschlüsse, die im kommenden Jahr sprunghaft zunehmenden Belastungen durch höhere Sozialabgaben und die nach der Steuerreform verschärft eintretende Steuerprogression werden aller Voraussicht nach diesen wichtigsten Faktor der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage verstärkt belasten. Zudem setzt sich der Beschäftigungsabbau weiter fort und würde auch durch real zunehmende Produktionen nicht gestoppt werden. Denn die Rationalisierungswelle vernichtet in großem Maße industrielle Arbeitsplätze. Nach der jüngsten Umfrage des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung planen die Unternehmen bei einem insgesamt verringerten Investitionsvolumen vor allem Rationalisierungsinvestitionen.

Geplante Investitionen nach Zielsetzungen in der verarbeitenden Industrie in Prozent der Gesamtinvestitionen

Kapazitätserweiterung			*Rationalisierung*			*Ersatzbeschaffung*		
1974	*1975*	*1976*	*1974*	*1975*	*1976*	*1974*	*1975*	*1976*
28	*26*	*16*	*48*	*47*	*54*	*24*	*27*	*30*

Quelle: „Wirtschaftskonjunktur", Nr. 10/1975, S. A19.

Die „Sparmaßnahmen" der Bundesregierung werden den Abbau von Arbeitsplätzen beschleunigen und darüber hinaus zu einer Verminderung der kaufkräftigen Nachfrage in einigen Bereichen führen.

Hinzu kommt, daß mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit der Betroffenen deren Lebensstandard sinkt. Denn eine wachsende Zahl der Arbeitslosen wird „ausgesteuert", d. h. sie erhalten nur noch die niedrigere Arbeitslosenhilfe.

Die private Kaufkraft wird sich real also aller Voraussicht nach mit Beginn des nächsten Jahres vermindern.

Die öffentliche Nachfrage stellte schon in der Vergangenheit kaum ein antizyklisches Moment dar. Trotz Konjunkturprogrammen war real kaum eine Ausweitung zu verzeichnen. Auch in der näheren Zukunft wird von dieser Seite keine kräftige Expansion zu erwarten sein. Die öffentlichen Tiefbauaufträge, Indikator der öffentlichen Investitionstätigkeit, lagen in den ersten 8 Monaten des Jahres 1975 um nominal 5,4 % unter dem entsprechenden Vorjahresstand. Schon die Haushaltsansätze von Bund, Ländern und Gemeinden waren im investiven Bereich so niedrig, daß sie real rückläufige öffentliche Investitionen bedeuten. Das DIW charakterisiert das Investitionsverhalten der öffentlichen Hand folgendermaßen: „Dieses prozyklische Verhalten steht eindeutig im Widerspruch zu den konjunkturpolitischen Erfordernissen."

Ein ausgesprochen prozyklisches Moment stellen die Bau- und Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen dar. Im abgelaufenen Quartal sind hier kräftige Minusraten zu verzeichnen gewesen. Auch die durch die Umfragen des Ifo-Instituts ermittelten Planungen der Unternehmen weisen auf eine rückläufige Investitionstätigkeit in der Zukunft hin. Demnach wird 1976 real etwa 6 % weniger investiert werden als 1975.

Schließlich ist auch vom Export keine durchschlagende Belebung zu erwarten. Die kapitalistische Welt befindet sich mitten in der Krise. Der nach einigen günstigen Monatsergebnissen erwartete Aufschwung in den USA bleibt immer noch eine bloße Hoffnung. Seit September sind die Auftragseingangszahlen dort nicht mehr positiv, die Arbeitslosenquote steigt wieder. Zudem muß die Hoffnung auf den Außenhandel, den die offizielle Konjunkturprognostik so pflegt, generell mit einem Fragezeichen versehen werden. Denn trotz rückläufigen Exports weist die Handelsbilanz der BRD mit 27,9 Mrd. DM in den ersten drei Quartalen 1975 einen erheblichen Überschuß aus. Eine kräftige Ausweitung dieses Exportsaldos würde also die Disproportionen im Welthandel erneut verschärfen und den Widerstand der so belasteten „Partnerländer" hervorrufen.

Die gegenwärtig vorliegenden Zahlen lassen eine baldige Wirtschaftsbelebung wenig wahrscheinlich erscheinen. Wie unsicher aber auch alle Prognosen über den Zeitpunkt des erwarteten „Aufschwungs" sind: die Arbeitslosen und die Masse der Arbeiter und Angestellten, die arbeitende und lernende Jugend dürfte angesichts von „Sparmaßnahmen", niedrigen Tarifabschlüssen und Personaleinschränkungen in Industrie und öffentlichem Dienst von diesem „Aufschwung" nur wenig zu erwarten haben.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Darmstädter Appell für Entspannung und Abrüstung vom 11. Oktober 1975

(Wortlaut)

Veranstaltet vom bundesrepublikanischen Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit fand am 11. Oktober 1975 in Darmstadt eine Konferenz „Die europäische Sicherheitskonferenz — Entspannung und Abrüstung" statt, auf der u. a. die Professoren Ridder, Kade und v. Bredow und als ausländische Gäste u. a. Robert de Gendt und Nikolaj Poljanow referierten. Die Teilnehmer der Konferenz beschlossen den nachstehend im Wortlaut abgedruckten „Darmstädter Appell", der zur Entfaltung einer breiten Abrüstungsinitiative in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit — für Mai 1976 wurde in diesem Zusammenhang eine Großkundgebung vorgeschlagen — beitragen soll. D. Red.

Autoren dieses Heftes

FISCHBACH, Peter, geb. 1949 in Bad Elster (Vogtland), Studienreferendar in Hamburg, Lektoratsbeauftragter des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt. *** *NAUMANN, Uwe*, geb. 1951 in Hamburg, Studium der Soziologie, Germanistik und Pädagogik an der Universität Hamburg; Mitautor von: Geschichte und Ideologie (Reinbek 1973); Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BUTTERWEGE, Christoph*, geb. 1951 in Albersloh/Krs. Münster, Sozialwissenschaftler, z. Z. Doktorand an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KUCZYNSKI, Dr. Jürgen*, geb. 1904 in Elberfeld, emeritierter Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität in Berlin (DDR); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SARIN, Manohar L.*, geb. in Indien, Dr. phil., z. Z. Lehrbeauftragter im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Gießen. *** *CLESS, Olaf*, geb. 1948 in Freiburg/Br., Studium der Soziologie, Politischen Wissenschaften und Geschichte in Freiburg/Br. und Marburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KATZENSTEN, Dr. Robert*, geb. 1928 in Berlin, Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin, Promotion und Habilitation, langjährige Forschungstätigkeit an der Deutschen Akademie der Wissenschaften und am Deutschen Wirtschaftsinstitut; zahlreiche Veröffentlichungen zum Verhältnis von Staat und Ökonomie. *** *KEMPNER, Dr. Robert M. W.*, geb. 1899 in Freiburg i. Br., in Berlin aufgewachsen, war vor der Hitlerzeit Justitiar der Polizeiabteilung im Preußischen Innenministerium und setzte sich damals, vergeblich, für die Auflösung der NSDAP und die Strafverfolgung Hitlers wegen Hochverrats und Meineides sowie seine Ausweisung ein. Nach dem Exil in den USA, wo er im Verteidigungsministerium, Justizministerium und als Hochschulprofessor tätig war, gehörte er in Nürnberg zum Stabe der US-Anklagebehörde, zuletzt als Hauptankläger im Wilhelmstraßenprozeß. Er ist jetzt als Rechtsanwalt und Publizist tätig; Verfasser zahlreicher Werke über das „Dritte Reich".

Bemerkungen

Der Generalsekretär der CDU, Kurt Biedenkopf, hat kürzlich das Ahlener Programm der CDU von 1947 wieder in die Diskussion gebracht. Aufgrund von Leseranfragen möchten wir darauf hinweisen, daß die „Blätter" den Wortlaut des Ahlener Programms in Heft 1/1968, S. 36—39, veröffentlicht haben.

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der Pädex-Verlags-GmbH bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Der Verlag bittet darum, Adressenänderungen nicht an Vertrieb oder Redaktion zu schicken, sondern beim örtlichen Postamt unter Angabe des Postvertriebskennzeichens G 1800 E vorzunehmen. Vorgedruckte Karten liegen dort bereit. — Bei Lieferungsschwierigkeiten bitte ebenfalls sofort das jeweilige Zustellpostamt (Zeitungsstelle) verständigen.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Zwanzigster Jahrgang · Heft 12/1975

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE †
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER †
HANS RHEINFELDER †
ROBERT SCHOLL †
KARL GRAF V. WESTPHALEN †
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats November 1975

1. 11. — Westsahara. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen setzt seine Bemühungen für eine friedliche Lösung des Westsahara-Problems fort. Dem Rat liegt ein Bericht von UN-Generalsekretär Waldheim vor, der Ende Oktober eine Reise in die Hauptstädte der beteiligten Staaten unternommen hatte. — Am 2. 11. fordert der Rat in einer Resolution von den Konfliktparteien, alle „einseitigen oder andere Handlungen" zu unterlassen, die die Spannungen erhöhen könnten. — Am 6. 11. beginnt der von König Hassan angekündigte „Friedensmarsch" (vgl. „Blätter", 11/1975, S. 1179); mehrere hunderttausend Marokkaner überschreiten die Grenze nach Spanisch-Sahara (Westsahara). Der Sicherheitsrat reagiert mit einem Telegramm seines Vorsitzenden, in dem verlangt wird, „den Marsch sofort zu beenden". — Am 9. 11. ordnet König Hassan den Rückzug an und erklärt, der Marsch habe „sein Ziel erreicht". — Vom 12.—14. 11. werden in Madrid neue Verhandlungen zwischen Spanien, Marokko und Mauretanien geführt. Ergebnis ist eine Vereinbarung (veröffentlicht am 21. 11. in Rabat), nach der Spanien seine Präsenz in der Westsahara bis zum 28. Februar 1976 beendet und der Beteiligung Marokkos und Mauretaniens an einer gemeinsamen „Übergangsverwaltung" zustimmt. Algerien, das ebenfalls Ansprüche erhebt, an den Verhandlungen in Madrid aber nicht teilgenommen hatte, bezeichnet die Vereinbarung als „null und nichtig".

2. 11. — Naher Osten. Die ägyptische Regierung läßt (entsprechend den Bestimmungen des „Interimsabkommen"; vgl. „Blätter", 10/1975, S. 1061 f.) erstmalig ein Schiff den Suez-Kanal passieren, dessen Fracht für Israel bestimmt ist. — Am 6. 11. beendet der ägyptische Präsident Sadat einen längeren Aufenthalt in den Vereinigten Staaten (26. 10. — 6. 11.) und kehrt nach einem Zwischenaufenthalt in London (6. bis 9. 11.) nach Kairo zurück. — Am 10. 11. verabschiedet die Generalversammlung zwei Resolutionen zum Palästina-Problem. Die erste Resolution (angenommen mit 93 gegen 18 Stimmen bei 27 Enthaltungen) regt die Bildung eines Ausschusses an, der sich mit der Gründung eines palästinensischen Staates befassen soll. Die zweite Resolution (101 gegen 8 Stimmen bei 25 Enthaltungen) fordert die Einbeziehung der Palästinensischen Befreiungs-Organisation (PLO) bei allen Bemühungen der Vereinten Nationen um eine Nahost-Lösung und die Teilnahme der PLO an der Genfer Nahost-Konferenz. Mit 72 gegen 35 Stimmen bei 32 Enthaltungen wird eine weitere Resolution angenommen, die den Zionismus als „eine Form des Rassismus und der Rassendiskriminierung" bezeichnet. Nach der Abstimmung veröffentlicht UN-Generalsekretär Waldheim eine Erklärung, in der es heißt: „Die zur Diskussion stehenden Fragen haben auf allen Seiten große Leidenschaft und Emotionen hervorgerufen. Diese Leidenschaften werden sich aber nicht legen . . ., wenn nicht rasche Fortschritte in der Auffindung einer befriedigenden Lösung für das Nahost-Problem in allen seinen Aspekten erzielt werden." Am gleichen Tag setzt sich die sowjetische Regierung in einer Note an das amerikanische Außenministerium für die baldige Wiedereinberufung der Genfer Friedenskonferenz ein. Teilnehmer sollten sein: Ägypten, Syrien, Jordanien, Vertreter der PLO, Israel sowie die UdSSR und die USA als Ko-Präsidenten.

3. 11. — USA. Auf einer Pressekonferenz in Washington gibt Präsident Ford wichtige Veränderungen in seinem Kabinett bekannt. Ford entläßt Verteidigungsminister James Schlesinger und CIA-Direktor William Colby, für deren Nachfolge Donald Henry Rumsfeld (bisher Chefberater des Präsidenten) bzw. George Bush (bisher diplomatischer Vertreter der USA in Peking) nominiert werden. Außenminister Kissinger wird das Amt des Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrates an seinen bisherigen Stellvertreter, General Brent Scowcroft, abgeben. Der Präsident nimmt außerdem den Rücktritt von Handelsminister Roger Morton an und beruft als Nachfolger Elliot Lee Richardson (bisher Botschafter in Großbritannien). In einem Brief an Präsident Ford verzichtet Vizepräsident Nelson Rockefeller auf die Kandidatur für eine weitere Amtszeit.

10.—15. 11. — UdSSR/BRD. Bundespräsident Scheel stattet der Sowjetunion einen Staatsbesuch ab. Gastgeber ist das sowjetische Staatsoberhaupt Podgorny. Scheel hält sich zunächst in Moskau auf, wo er u. a. auch mit Parteisekretär Breschnew zusammentrifft, und besichtigt anschließend die Städte Taschkent und Samarkand im asiatischen Teil der Sowjetunion. Zur Begleitung des Präsidenten gehört Bundesaußenminister Genscher, der in Moskau mit seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko konferiert.

11. 11. — Angola. Nach Abzug der letzten portugiesischen Militäreinheiten unter Hochkommissar Konteradmiral Cardoso (entsprechend der Vereinbarung vom 15. Januar 975; vgl. „Blätter", 2/1975, S. 123), wird in der Hauptstadt Luanda von der Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) die „Volksrepublik Angola" ausgerufen. Die gleichzeitig veröffentlichte Verfassung bezeichnet die Volksrepublik als souveränen, unabhängigen, demokratischen und antiimperialistischen Staat und verpflichtet die Regierung zur Herstellung der territorialen Integrität des Landes. Erster Präsident wird Antonio Agostinho Neto. Bis Ende November wird die Volksrepublik Angola von mehr als 30 Staaten anerkannt. Die Nationale Front für die Befreiung Angolas (FNLA) und die Nationale Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas (UNITA) hatten am 10. 11. in Kinshasa (Zaire) vereinbart, in den von ihnen kontrollierten Gebieten der bisherigen Überseeprovinz Portugals eine „Volksdemokratische Republik Angola" zu errichten.

11.—15. 11. — SPD. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hält ihren Parteitag in Mannheim ab. Die Delegierten beschäftigen sich mit dem „Orientierungsrahmen '85", der mit nur einer Gegenstimme bei zwei Enthaltungen angenommen wird. Der Parteivorsitzende Brandt wird mit 407

gegen 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen im Amt bestätigt. Zu seinen beiden Stellvertretern wählt der Parteitag erneut Bundeskanzler Schmidt (407:14:8) sowie den Bremer Bürgermeister Hans Koschnick (391:21:16); Koschnick tritt die Nachfolge von Ministerpräsident Heinz Kühn an, der nicht mehr kandidiert hatte.

12. 11. — U N O. Als 143. Mitglied werden die Komoren in die Organisation aufgenommen. — Am 18. 11. entscheiden Sicherheitsrat und Generalversammlung über die Besetzung von fünf der insgesamt 15 Sitze im Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen. Erstmalig wird in dieses Gremium ein Vertreter der Bundesrepublik (Hermann Mosler, Heidelberg) gewählt.

15.—17. 11. — F r a n k r e i c h. Auf Einladung von Präsident Giscard d'Estaing treffen auf Schloß Rambouillet bei Paris die Staats- und Regierungschefs von sechs westlichen Ländern zu einem Gedankenaustausch über wirtschafts- und währungspolitische Fragen zusammen. Neben Giscard d'Estaing nehmen Bundeskanzler Schmidt, der amerikanische Präsident Ford, der britische Premierminister Wilson sowie die Ministerpräsidenten Moro (Italien) und Miki (Japan) teil. Zum Abschluß wird eine „Deklaration von Rambouillet" veröffentlicht.

15.—21. 11. — V i e t n a m. In Saigon findet eine „Nationale Konferenz über die Wiedervereinigung Vietnams" statt; Süd- und Nordvietnam sind durch je 25 Delegierte vertreten. Für die erste Hälfte des kommenden Jahres werden allgemeine Wahlen für eine Nationalversammlung angekündigt.

21. 11. — P o r t u g a l. Die Entscheidung des Revolutionsrates, General Otelo de Carvalho als Militärkommandant von Lissabon abzulösen und durch Hauptmann Vasco Lourenco zu ersetzen, führt zu neuen Spannungen in der Militärbewegung. Die Ablösung Carvalhos, der in seiner Funktion als Chef der Sicherheitstruppe Copcon bestätigt wird, scheitert zunächst am Widerstand verschiedener Truppenteile der Hauptstadt. — Am 24. 11. bestätigt der Revolutionsrat noch einmal seinen Beschluß und befördert Lourenco zum Brigadegeneral. Die Gegenaktionen linksstehender Einheiten des Militärs und der Militärpolizei (Besetzung von Stützpunkten, Besetzung einer Fernsehstation) nimmt Staatspräsident Gomes zum Anlaß, um am 25. 11. den Ausnahmezustand über das Gebiet der Hauptstadt zu verhängen. Der Präsident spricht von einem „Putschversuch" und ordnet den Einsatz von Truppen zur Niederschlagung des Widerstandes an. Noch während des Ausnahmezustandes faßt der Revolutionsrat weitreichende Beschlüsse: Auflösung der Sicherheitstruppe Copcon; Ausschluß der Generäle Carvalho und Fabiao aus dem Revolutionsrat; Umbesetzungen in der militärischen Führung; Entlassung der Verwaltungs- und Redaktionsräte der verstaatlichten Zeitungen; Aussetzung aller Tarifverhandlungen zunächst bis zum Jahresende. Mehr als einhundert Militärs werden verhaftet.

22. 11. — S p a n i e n. Nach dem Tode von General Franco am 20. 11. wird Don Juan Carlos I. vor der Cortes als König von Spanien vereidigt. — Am 26. 11. erläßt der König eine Teilamnestie, von der jedoch nur wenige politische Häftlinge betroffen werden. — Am 27. 11. findet in Madrid die offizielle Inthronisation des Königs statt. Unter den Ehrengästen befindet sich auch Bundespräsident Scheel.

24.—28. 11. — B R D / B u l g a r i e n. Auf Einladung von Bundespräsident Scheel kommt der bulgarische Staatsratsvorsitzende und Parteisekretär Todor Schiwkoff in die Bundesrepublik. Schiwkoff, der auch mit Bundeskanzler Schmidt zusammentrifft, wird u. a. von Außenminister Mladenoff begleitet. Während des Besuches werden in Bonn eine „Gemeinsame Erklärung" sowie ein „Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit" unterzeichnet.

25. 11. — S u r i n a m. Die bisherige niederländische Kolonie proklamiert die Unabhängigkeit. In der Hauptstadt Paramaribo wird eine Verfassung verkündet. Der neue Staat beantragt die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen.

27.—30. 11. — I s r a e l / B R D. Bundesaußenminister Genscher führt in Israel Gespräche mit Außenminister Allon. Zu den Ergebnissen des Besuches gehören eine Vereinbarung über die Bildung einer gemeinsamen Wirtschaftskommission. Genscher erklärt vor dem Rückflug nach Bonn, beide Regierungen seien entschlossen, ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen weiter zu intensivieren.

Die private Kaufkraft wird sich real also aller Voraussicht nach mit Beginn des nächsten Jahres vermindern.

Die öffentliche Nachfrage stellte schon in der Vergangenheit kaum ein antizyklisches Moment dar. Trotz Konjunkturprogrammen war real kaum eine Ausweitung zu verzeichnen. Auch in der näheren Zukunft wird von dieser Seite keine kräftige Expansion zu erwarten sein. Die öffentlichen Tiefbauaufträge, Indikator der öffentlichen Investitionstätigkeit, lagen in den ersten 8 Monaten des Jahres 1975 um nominal 5,4 % unter dem entsprechenden Vorjahresstand. Schon die Haushaltsansätze von Bund, Ländern und Gemeinden waren im investiven Bereich so niedrig, daß sie real rückläufige öffentliche Investitionen bedeuten. Das DIW charakterisiert das Investitionsverhalten der öffentlichen Hand folgendermaßen: „Dieses prozyklische Verhalten steht eindeutig im Widerspruch zu den konjunkturpolitischen Erfordernissen."

Ein ausgesprochen prozyklisches Moment stellen die Bau- und Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen dar. Im abgelaufenen Quartal sind hier kräftige Minusraten zu verzeichnen gewesen. Auch die durch die Umfragen des Ifo-Instituts ermittelten Planungen der Unternehmen weisen auf eine rückläufige Investitionstätigkeit in der Zukunft hin. Demnach wird 1976 real etwa 6 % weniger investiert werden als 1975.

Schließlich ist auch vom Export keine durchschlagende Belebung zu erwarten. Die kapitalistische Welt befindet sich mitten in der Krise. Der nach einigen günstigen Monatsergebnissen erwartete Aufschwung in den USA bleibt immer noch eine bloße Hoffnung. Seit September sind die Auftragseingangszahlen dort nicht mehr positiv, die Arbeitslosenquote steigt wieder. Zudem muß die Hoffnung auf den Außenhandel, den die offizielle Konjunkturprognostik so pflegt, generell mit einem Fragezeichen versehen werden. Denn trotz rückläufigen Exports weist die Handelsbilanz der BRD mit 27,9 Mrd. DM in den ersten drei Quartalen 1975 einen erheblichen Überschuß aus. Eine kräftige Ausweitung dieses Exportsaldos würde also die Disproportionen im Welthandel erneut verschärfen und den Widerstand der so belasteten „Partnerländer" hervorrufen.

Die gegenwärtig vorliegenden Zahlen lassen eine baldige Wirtschaftsbelebung wenig wahrscheinlich erscheinen. Wie unsicher aber auch alle Prognosen über den Zeitpunkt des erwarteten „Aufschwungs" sind: die Arbeitslosen und die Masse der Arbeiter und Angestellten, die arbeitende und lernende Jugend dürfte angesichts von „Sparmaßnahmen", niedrigen Tarifabschlüssen und Personaleinschränkungen in Industrie und öffentlichem Dienst von diesem „Aufschwung" nur wenig zu erwarten haben.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Darmstädter Appell für Entspannung und Abrüstung vom 11. Oktober 1975

(Wortlaut)

Veranstaltet vom bundesrepublikanischen Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit fand am 11. Oktober 1975 in Darmstadt eine Konferenz „Die europäische Sicherheitskonferenz — Entspannung und Abrüstung" statt, auf der u. a. die Professoren Ridder, Kade und v. Bredow und als ausländische Gäste u. a. Robert de Gendt und Nikolaj Poljanow referierten. Die Teilnehmer der Konferenz beschlossen den nachstehend im Wortlaut abgedruckten „Darmstädter Appell", der zur Entfaltung einer breiten Abrüstungsinitiative in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit — für Mai 1976 wurde in diesem Zusammenhang eine Großkundgebung vorgeschlagen — beitragen soll. D. Red.

Eine schwere Krise hat unser Land erfaßt. Zwei Millionen Arbeiter und Angestellte sind arbeitslos oder müssen kurzarbeiten. Die Preissteigerungen nehmen kein Ende. Viele kleinere Betriebe mußten schon schließen.

Unser Volk steht also vor großen Problemen. Es müssen neue, sicherere Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir müssen mehr für unsere Zukunft, für die soziale Sicherheit von morgen, für die Bildung und Ausbildung der jungen Generation und die Weiterbildung tun. Wir brauchen mehr und bessere Krankenhäuser, preiswerte Wohnungen und Erholungsmöglichkeiten.

Das alles kostet natürlich Geld. Die Regierung sagt: Dafür ist jetzt kein Geld da, wir müssen sparen. Sparen ist richtig, aber es kommt darauf an, woran wir sparen.

Über einen Bereich wird nicht geredet: die Milliarden für Militär und Rüstung. Aber gerade an der Rüstung müssen wir sparen. Sie schafft keine Werte. Und wir können daran sparen, ohne unsere Sicherheit zu gefährden.

Die Entspannung hat den Beziehungen zwischen Ost und West eine neue Grundlage gegeben. Die Ostverträge sind in Kraft. Auf der gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz in Helsinki haben die Staaten aus Ost und West vereinbart, wie die Völker sicher und friedlich zusammen leben und arbeiten können. USA und UdSSR haben Verträge über die Begrenzung und Verringerung ihrer Atomraketen abgeschlossen. Die biologischen Waffen sind schon verboten. Abrüstung ist also möglich.

Heute müssen alle zugeben, daß das Wettrüsten keine größere Sicherheit schafft, sondern nur immer teurere und gefährlichere Waffen. Es ist unverantwortlich, jährlich 250 Milliarden Dollar für Rüstung zu verschwenden, wenn Hunderte Millionen Menschen in Hunger und Armut leben müssen.

Staaten wie England, Holland, Dänemark oder Italien haben angefangen, ihre Militärausgaben einzuschränken. Sie können das wegen der Entspannung tun und sehen darin keine Gefährdung ihrer Sicherheit.

Doch es geht nicht um einseitige, sondern um gleichzeitige Abrüstung in Ost und West. Bei der Wiener Konferenz über die Verringerung der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa haben die sozialistischen Staaten angeboten, sofort einen Rüstungsstopp für die Dauer dieser Verhandlungen zu vereinbaren. Sie haben angeboten, noch 1975 auf beiden Seiten 20 000 Mann abzubauen, 1976 die Truppen und Rüstungen um fünf Prozent und 1977 um zehn Prozent zu kürzen. Auf dieses Angebot sollte die Bundesregierung konstruktiv eingehen.

Das würde unsere Sicherheit nicht gefährden, sondern stärken. Abrüstung liegt im Interesse des ganzen Volkes. Nur eine Handvoll von Konzernen verdient am Wettrüsten. Die Umstellung von Rüstungsbetrieben auf zivile Produktion ist möglich. Auch für die Rüstungsarbeiter können mit den durch Abrüstungsmaßnahmen eingesparten Geldern sichere Arbeitsplätze geschaffen werden.

Angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise muß jetzt die Entscheidung fallen. Und die Entspannung macht Abrüstung möglich. Der Bundeskanzler hat in Helsinki gesagt: „Wir denken, das Ziel muß sein, die Europäer von der Furcht vor Kriegen zu befreien, die Rüstungslasten zu verringern und dabei ein stabiles Gleichgewicht der Kräfte zu erhalten. Ich mache keinen Hehl daraus, daß ich mir davon — zumal als Sozialdemokrat — zugleich eine Steigerung unserer sozialen Wohlfahrt und unseres wirtschaftlichen Fortschritts erwarte." Doch sein Minister Leber hat mehr Geld für die Rüstung bekommen, er brauchte nicht zu sparen.

Wir alle wissen, daß es mit der Abrüstung nicht vorangeht, wenn die Bevölkerung sich nicht aktiv für sie einsetzt, um den Widerstand mächtiger, aber uneinsichtiger Anhänger der Aufrüstung und der politischen Spannung zu überwinden.

Wir wenden uns an alle Mitbürger, an die Anhänger aller Parteien, an alle Gewerkschafter, an alle Christen, an die Frauen und an die Jugend:

Laßt uns gemeinsam für die Vernunft aktiv werden!

Kiepenheuer & Witsch, der Verlag der
»Neuen Wissenschaftlichen Bibliothek«
und der »Studienbibliothek«,
erweitert sein wissenschaftliches Programm.

pocket wissenschaft

Fachbereich Soziologie/Politologie

Hrsg.: Dieter Boris und Reinhard Kühnl, beide Marburg

Wilhelm Breuer: Zur Politischen Ökonomie des Monopols
Einführung in Probleme der Monopoltheorie
144 Seiten, Leinenkaschiert DM 14,80
Wilhelm M. Breuer analysiert den Prozeß der Monopolisierung als wesentlichen Ausdruck der kapitalistischen Produktionsweise und bestimmt damit das Monopol als zentrale Kategorie der politischen Ökonomie des gegenwärtigen Kapitalismus.

Karl Theodor Schuon: Bürgerliche Gesellschaftstheorie der Gegenwart
Einführung und Kritik
144 Seiten, Leinenkaschiert DM 14,80
Bürgerliche Gesellschaftstheorie wird in ihren verschiedenen Erscheinungsformen dargestellt. Die methodologischen Grundlagen werden herausgearbeitet, wobei vor allem wichtige Erkenntnisse der empirisch-analytischen Methodologie in ihrer Bedeutung für jede fruchtbare Gesellschaftstheorie gewürdigt werden.

Hans See: Grundwissen einer kritischen Kommunalpolitik
Wirtschaft, Staat und kommunale Selbstverwaltung
144 Seiten, Leinenkaschiert DM 14,80
Die Dialektik zwischen Wirtschaft, Kommune und Staat wird am historischen Prozeß aufgezeigt und an den neuesten Entwicklungen demonstriert. Sie in ihren großen Tendenzen zu erkennen, gehört zum Grundwissen einer kritischen und auf Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse abzielenden kommunalen Praxis.

Im August '75 erschienen zwölf Bände aus den Fachbereichen Ökonomie – Pädagogik – Psychologie – Soziologie/Politologie.
Ausführliche Prospekte fordern Sie bitte an beim
Verlag Kiepenheuer & Witsch · 5 Köln 51 · Rondorfer Straße 5

— Für den Stopp der Aufrüstung und einen konstruktiven Beitrag der Bundesrepublik auf der Wiener Konferenz über die Verringerung der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa!

— Für die von der UNO geforderte Senkung der Rüstungsausgaben um zunächst zehn Prozent!

— Für die Finanzierung der dringenden sozialen und wirtschaftspolitischen Aufgaben durch spürbare Einsparungen im Rüstungshaushalt!

Die Teilnehmer der Konferenz „Die europäische Sicherheitskonferenz — Entspannung und Abrüstung"

Darmstadt, den 11. Oktober 1975

Appell an die Frauen der Welt, verabschiedet vom Weltkongreß im Internationalen Jahr der Frau in Berlin (DDR) am 24. Oktober 1975

(Wortlaut)

Wir sind von allen Erdteilen zum Weltkongreß im Internationalen Jahr der Frau nach Berlin, der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, gekommen.

Gleichberechtigung — Entwicklung — Frieden, dieses Motto hat uns zusammengeführt. In seinem Zeichen richten wir diesen Appell an die Frauen der Welt.

Die Menschheit tritt jetzt in das letzte Viertel des 20. Jahrhunderts ein. Es ist eine Zeit unvergleichlicher Umwälzungen auf allen Gebieten des menschlichen Lebens.

Wir sind Zeugen des Aufbruchs immer neuer Völker zur Gestaltung einer Ordnung des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit.

Wir spüren die historische Chance und die Verantwortung, durch Wirken und Kampf unserer Generation zu entscheiden, wie diese Erde im nächsten Jahrhundert aussehen soll: — Ein blühender Garten — oder eine atomare Wüste.

— Eine Stätte gemeinsamen friedvollen Strebens der Völker und Staaten in gegenseitiger Achtung — oder ein Konfliktherd voller Gegensätze und Ungerechtigkeiten.

Die Antworten darauf geben wir selbst. Den Weg ins nächste Jahrtausend gestalten wir. Wir Frauen, die wir den Kindern das Leben geben, haben in besonderem Maße das Recht und die Pflicht, dafür zu streiten, daß es ein guter Weg sein wird, für uns, für unsere Kinder und Kindeskinder. Das wollen wir tun, solange Atem in uns ist.

Wir machen uns vor der ganzen Öffentlichkeit unserer Erde zum Anwalt all derer, die in einer Welt leben wollen, in der die großen Menschheitsprobleme gelöst werden. Dafür rufen wir zur internationalen Solidarität.

FRIEDE

Er war Jahrhunderte eine Sehnsucht der Völker. Heute gibt es die begründete Hoffnung auf dauerhaften Frieden. Anlaß zu solcher Zuversicht gibt uns vor allem die Wende vom Kalten Krieg zur Entspannung, das Anwachsen der Kräfte des Friedens und der nationalen Befreiung.

Dennoch ist die Gefahr des Krieges nicht gebannt. Die materielle Vorbereitung des Krieges geht weiter. 300 Milliarden Dollar werden jährlich für die Rüstung aufgewandt. Würden dieses dem Frieden so gefährlichen Mittel für soziale Zwecke ausgegeben, dann könnten um ein vieles mehr Frauen und Mädchen sichere Arbeitsplätze haben, würden sie in den Genuß von Bildung gelangen, würden staatlicher Mutter- und Kinderschutz, kostenloser Schulbesuch ermöglicht, könnten Mittel für Kunst und Kultur aufgewandt werden.

Wir sagen:
Abrüstung statt Aufrüstung — mehr Geld für die legitimen Rechte der Frau.
Wir ächten die Rüstungsmonopole, die mehr Profite wollen.

horizont

sozialistische Wochenzeitung
für internationale Politik und
Wirtschaft aus der DDR

horizont

bringt Informationen,
die Sie brauchen!

horizont

„horizont" erscheint im Berliner Verlag, Berlin, Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik

Bitte Probeexemplar anfordern.
Senden Sie den Kupon an den Berliner Verlag, DDR — 1056 Berlin, Karl-Liebknecht-Straße 29

Mit „horizont" bietet sich Ihnen eine wichtige Informationsquelle zu Fragen der Außenpolitik der DDR und zum aktuellen Weltgeschehen.

„horizont" bringt für Sie jede Woche auf 32 Seiten Exklusivberichte hervorragender Autoren aus aller Welt, Interviews, Porträts und Memoiren international bekannter Persönlichkeiten, Analysen der internationalen Politik und der Weltwirtschaft, Interessantes aus allen Kontinenten.

Wünschen Sie ein Abonnement, senden Sie den Kupon an
Brücken-Verlag GmbH
Literaturvertrieb-Import-Export
4 Düsseldorf 1, Ackerstraße 3

☐ Ich möchte „horizont" im Abonnement beziehen

☐ Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplars. (Zutreffendes ankreuzen)

Name, Vorname

Postleitzahl, Wohnort

Straße, Hausnummer

Wir prangern die Kräfte des Militarismus an, die sich dem Frieden widersetzen, um an Kriegen zu verdienen.

ENTWICKLUNG

Dieses Wort schließt für uns den Beitrag der Frauen für das gesellschaftliche Leben ein für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit ihrer Länder, für demokratische Umgestaltung und sozialen Fortschritt.

Jede zweite Frau lebt in Ländern, die eben erst die grausamen Fesseln kolonialer Ausbeutung und Unterdrückung zerbrochen haben.

Wir sagen:

Entwicklung, das heißt, alles zu tun, um das unheilvolle Erbe des Kolonialismus zu überwinden.

Die nationale Befreiung muß in der ökonomischen Unabhängigkeit ihre Ergänzung und Fortführung erfahren, die auch den Frauen reale Rechte und Möglichkeiten zur Bestimmung ihres eigenen Schicksals erschließt. Nur ein freies Volk kann die legitimen Rechte der Frau gewährleisten.

Wir wollen, daß nirgendwo Völker vom Hunger gepeinigt werden.
Wir wollen, daß die ganze Menschheit am sozialen Fortschritt teilhaben kann.

GLEICHBERECHTIGUNG

in der Gesellschaft, in Gesetz und Wirklichkeit — nichts davon fällt den Frauen in den Schoß.

Wir wollen, daß überall die Frauen in Achtung ihrer Würde und Leistung zur vollen Entfaltung ihrer Talente und Fähigkeiten gelangen können.

Wir wenden uns gegen überlebte Besitz- und Machtstrukturen, die die Frauen in ihrer Bildung, Entlohnung und gesellschaftlichen Stellung fortwährend diskriminieren.

Wir sagen:

Gleichberechtigung, das ist gleiches Recht in Familie und Gesellschaft, gleiches Recht auf Arbeit, gleiche Bezahlung bei gleicher Leistung, umfassende Förderung der Frauen auf allen Gebieten.

Gleichberechtigung ist nicht zu verwirklichen ohne das aktive Wirken der Frauen selbst. Dazu rufen wir auf!

Die Befreiung der Frau von ihren Sorgen und Nöten kann nur die Frucht der nationalen und sozialen Befreiung sein; denn das Schicksal der Frauen ist unlösbar mit dem Schicksal ihrer Völker verbunden. Überall auf der Welt sollen Frieden, Demokratie, nationale Unabhängigkeit und sozialer Fortschritt triumphieren.

Das sind *Ziele,* die uns alle verpflichten, unser aller Einsatz erfordern. Wir verfügen auch über die *Mittel,* sie zu verwirklichen.

Ihr Frauen, seid Euch der Macht bewußt, die Ihr darstellt. Eure Stimmen sind starke Waffen, erhebt sie unüberhörbar!

Von der Tat jedes einzelnen, von uns allen gemeinsam hängt die Zukunft dieser Erde ab. Schließt Euch zu gemeinsamen Aktionen zusammen!

Vielfältig sind die Möglichkeiten, über die wir Frauen verfügen. In Frauen- und Jugendverbänden, in den Gewerkschaften, in parlamentarischen und kommunalen Körperschaften, in religiösen, sozialen und kulturellen Einrichtungen, in Betrieben, in Dörfern und Städten, in nationalen oder weltweiten Organisationen — wo immer Ihr tätig seid: Werdet aktiv, sichert den Einfluß der Frauen! Festigt die Einheit der friedliebenden Kräfte!

Frauen aller Kontinente, hört diesen Ruf und greift ihn auf!

Nehmt die Sache des Friedens, der Demokratie, der nationalen Unabhängigkeit, des sozialen Fortschritts und der Gleichberechtigung in Eure Hände, kämpft dafür!

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Umwelt
Zum Verhältnis von Gesellschaft und Natur

Editorial
Umweltkrise im Schatten der Wirtschaftskrise
Dieter Hassenpflug: Umwelt zu Marktpreisen?
Ulrich Hampicke: Kapitalistische Expansion und Umweltzerstörung
Hans Immler: Die Notwendigkeit von Stoff- und Energiebilanzen

Diskussion: Sexualität und Herrschaft
Sieglinde Tömmel: „Männlicher" Kapitalismus und „weiblicher" Sozialismus
Rudi Camerer: Alice Schwarzers sexuelle Utopie und die Entpolitisierung der Frauenbewegung
Jakob Hempel: Feminismus und Psychotherapie bei Phyllis Chessler
Thorsten Graf und Manfred Herzer: Zur neueren Diskussion über die Homosexualität

Besprechungen
Schwerpunkte: Kommunikationsforschung; Faschismus; CDU/CSU; Umwelt
Zeitschriftenschau

Zeitschriftenschau

Einzelpreis 9,– DM, im Abonnement 6,– DM
Schüler und Studenten 7,– DM, im Abonnement 5,– DM

ARGUMENT-SONDERBÄNDE

AS 1/2 Argument-Reprint 18–21
Mit zwei Argument-Sonderflugblättern und einem Nachwort von Helmut Gollwitzer

AS 6 Zur Theorie des Monokapitals
Staat und Monopole (I)

Jörg Huffschmid: Begründung und Bedeutung des Monopolbegriffs in der marxistischen Ökonomie
Robert Katzenstein: Zur Frage des Monopols, des Monopolprofits und der Durchsetzung des Wertgesetzes im Monopolkapitalismus
Elmar Altvater: Wertgesetz und Monopolmacht
Thomas Hagelstange: Probleme der Klassenanalyse. Anmerkungen zur Studie des IMSF

AS 7 Projektgruppe Automation und Qualifikation:
Automation in der BRD
Probleme der Produktivkraftenwicklung (III)

Teil A: Methodische Vorbemerkungen
I. Begriff und Ermittlungsverfahren von Automation
II. Bedingungen und Schranken von Automation
Teil B: Indikatoren für technischen Fortschritt
III. Entwicklung der Produktivität
IV. Entwicklung der Arbeitskräftestruktur
V. Entwicklung der Staatstätigkeit
Teil C: Entwicklung und Ausbreitung von Automation
VI. Genese von Automation
VII. Ausbreitung automatischer Datenverarbeitung
VIII. Automation in Verwaltung, Handel und Bankwesen
IX. Automation in der Produktion
X. Zusammenfassung

Einzelpreis 15,50, im Abo 10,– DM;
Schüler und Studenten 11,– DM, im Abo 8,– DM

Argument-Verlag **75 Karlsruhe 21** **Postfach 21 07 30**

Zionismus-Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 10. November 1975

(Wortlaut)

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete am 10. November 1975 mit 72 gegen 35 Stimmen bei 32 Enthaltungen eine Resolution, in der festgestellt wird, „daß Zionismus eine Form von Rassismus und Rassendiskriminierung" sei. (Vgl. in der Chronik dieses Heftes unter „Naher Osten".) Nachstehend der Wortlaut der Resolution (aus dem Englischen). D. Red.

Die Generalversammlung,

erinnernd an ihre Resolution 1904 (XVIII) vom 20. November 1963, in der die Deklaration der Vereinten Nationen über die Beseitigung aller Formen von Rassendiskriminierung proklamiert wurde, und insbesondere an ihre Bekräftigung, daß „jegliche Doktrin der Rassentrennung oder -überlegenheit wissenschaftlich falsch, moralisch verwerflich (und) sozial ungerecht und gefährlich" ist, und an den Ausdruck ihrer Beunruhigung über „die in manchen Regionen der Welt immer noch nachweislichen Äußerungen rassischer Diskriminierung, von denen manche durch bestimmte Regierungen mittels legislativer, administrativer oder anderer Maßnahmen verhängt werden",

erinnernd auch daran, daß in ihrer Resolution 3151 G (XXVIII) vom 14. Dezember 1973 die Generalversammlung unter anderem die unheilige Allianz zwischen dem südafrikanischen Rassismus und dem Zionismus verurteilt hat,

Notiz nehmend von der Deklaration von Mexico über die Gleichberechtigung der Frau und ihren Beitrag zu Entwicklung und Frieden, proklamiert durch die vom 19. Juni bis zum 2. Juli 1975 in Mexico City abgehaltene Weltkonferenz im Internationalen Jahr der Frau, welche das Prinzip verkündete, daß „internationale Zusammenarbeit und Frieden die Erlangung der nationalen Befreiung und Unabhängigkeit erfordern, die Beseitigung von Kolonialismus und Neokolonialismus, ausländischer Besetzung, Zionismus, Apartheid und rassischer Diskriminierung in all ihren Formen ebenso wie die Anerkennung der Würde der Völker und ihres Rechts auf Selbstbestimmung",

Notiz nehmend auch von Resolution 77 (XII), angenommen durch die Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation für Afrikanische Einheit in Kampala vom 28. Juli bis zum 1. August 1975, die feststellte, „daß das rassistische Regime im besetzten Palästina und die rassistischen Regime in Zimbabwe und Südafrika einen gemeinsamen imperialistischen Ursprung haben, ein Ganzes bilden und dieselbe rassistische Struktur haben und organisch miteinander verbunden sind in ihrer auf Unterdrückung der Würde und Integrität des Menschen gerichteten Politik",

Notiz nehmend auch von der Politischen Deklaration und Strategie zur Stärkung von Weltfrieden und -sicherheit und zur Intensivierung von Solidarität und gegenseitiger Hilfe zwischen bündnisfreien Ländern, angenommen auf der Außenministerkonferenz bündnisfreier Staaten in Lima, Peru, vom 25. bis 30. August 1975, die den Zionismus auf das schärfste als eine Bedrohung von Weltfrieden und -sicherheit verurteilte und alle Staaten aufrief, sich dieser rassistischen und imperialistischen Ideologie zu widersetzen,

stellt fest, daß Zionismus eine Form von Rassismus und Rassendiskriminierung ist.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Zwanzigster Jahrgang

Jahresregister 1975

Autorenverzeichnis

	Heft	Seite
Abendroth, Wolfgang: Einheitsgewerkschaft oder antikommunistische Richtungsgewerkschaft? Der Frontwechsel der GEW-Führung	3	271
Albers, Detlev: Abriß der sozialen und politischen Entwicklung in Italien 1971 bis 1974	1	72
— Abriß der sozialen und politischen Entwicklung in Italien 1971 bis 1974 (II)	2	184
— Italien nach den Regionalwahlen	7	721
Albrecht, Ulrich, u. a.: Rüstungstransfer und -produktionsverlagerung in periphere Länder	10	1073
Axt, Heinz-Jürgen: Aktuelle Tendenzen der Bonner Westeuropa-Politik	9	992
Becher, Brigitte, u. a.: Integration oder Auflösung der Bundeswehrhochschulen? Zum aktuellen Stand	2	167
Beutin, Wolfgang, u. a.: vgl. *Becher, Brigitte*	2	167
Beyer, Wilhelm Raimund: Drei neue philosophische Wörterbücher (Rezension)	2	226
Bieber, Léon: Zur Entwicklung in Argentinien unter den peronistischen Regierungen seit 1973 Die Rolle des Peronismus	7	777
Bothmer, Lenelotte v., u. a.: Stellungnahmen zum Internationalen Jahr der Frau	3	278
Bredow, Wilfried v.: Zum Ausbau des Instrumentariums der ‚Inneren Sicherheit' in der BRD	7	755
— Neue Literatur zur Entwicklung der Ost-West-Beziehungen (Sammelrezension)	7	811
Bredthauer, Karl D.: Determinanten des Rechtstrends	3	244
Bünemann, Richard: Zur Kontinuität der Berufsverbotspraxis von Metternich zu den Ministerpräsidentenbeschlüssen	3	316
Butterwegge, Christoph: Zum Wiesbadener Bundeskongreß der Jungsozialisten	4	370
— Das Staatsverständnis der SPD am Beispiel des „Orientierungsrahmens '85"	12	1342

	Heft	Seite
Cless, Olaf: DDR-Forschung zwischen Ignoranz und Objektivität	12	1376
DEMAG AG, Duisburg, u. a.: Perspektive der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen RGW-Ländern aus der Sicht bundesrepublikanischer Unternehmen. Eine Umfrage	11	1222
Doormann, Lottemi, u. a.: Stellungnahmen zum Internationalen Jahr der Frau	3	279
Deppe, Frank: Das „Soziale Modell" des Hanns-Martin Schleyer. Anmerkungen zur Ideologie der gewaltsamen Partnerschaft (Rezension)	5	577
— Ein Schritt vorwärts, zwei Schritt zurück. Anmerkungen zu Kurt H. Biedenkopfs „Fortschritt in Freiheit" (Rezension)	9	1034
Drewitz, Ingeborg, u. a.: Stellungnahmen zum Internationalen Jahr der Frau	3	280
Ehrler, Klaus: Europa dreißig Jahre ohne Krieg. Zur historischen Bedeutung des 8. Mai 1945	4	373
— Zum Mannheimer Parteitag der CDU	7	716
— Verpflichtungen und Perspektiven der Bonner Vertragspolitik zwischen Helsinki und Belgrad	9	971
— Zur Dialektik von Völkerrecht und Menschenrechten in der Friedensarbeit der UNO. Eine Bilanz nach dreißig Jahren	11	1210
ELMATIK, Breitbrunn, u. a.: Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen RGW-Ländern aus der Sicht bundesrepublikanischer Unternehmen. Eine Umfrage	11	1223
Elsner, Wolfram: Sozialdemokratie und Europa (Rezension)	6	690
— Die „neue politische Ökonomie" und Ansätze politisch-ökonomischer Neubesinnung in den Wirtschaftswissenschaften	11	1233
Ernst, Dieter, u. a.: vgl. *Albrecht, Ulrich*	10	1073
Fabian, Anne-Marie, u. a.: Stellungnahmen zum Internationalen Jahr der Frau	3	282
Fabian, Walter: Günstige Aussichten für die KSZE	4	364
Feustel, Manfred: Politische Tendenzen des Steuersystems und der Steuerreform in der BRD	3	299
Fischbach, Peter, und *Naumann, Uwe:* Fünf Jahre Werkkreis Literatur der Arbeitswelt	12	1303
Fried, Erich: Vietnam: Frieden und Sieg	5	484
Fülberth, Georg, und *Harrer, Jürgen:* Zur Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung	5	526
— Zur Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung (II)	6	660
Giesenfeld, Günter: Genres und Gebrauchswert (5: Klischees?)	2	225
— Jenes unerläßliche Gefühl	4	467
— Genres und Gebrauchswert (6: Der Realismus des Fernsehkrimis)	6	689
— „... aber in jedem Fall heiter" ... wie das deutsche Fernsehen eben so ist	9	1941
— Die Verbrecherin aus verlorener Ehre	11	1283
Goldberg, Jörg: Konjunkturzyklus und Arbeitslosigkeit	1	26
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	1	106
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	2	229
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	3	349
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	4	469
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	5	586
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	6	698
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	7	817
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	9	1042
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	10	1165
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	11	1284
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	12	1391
Goralczyk, Dietmar: Internationale Konzerne. Sammelrezension deutschsprachiger Literatur zum Internationalen Konzern (IK) (Sammelrezension)	10	1156

	Heft	Seite
von der Grün, Max: Hans-Günther Sohl. Ein Porträt des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie	5	544
Güldenpfennig, Sven, u. a.: Zweite Europäische Sportkonferenz in Dresden	7	725
Gundlach, Ingrid, u. a.: vgl. *Becher, Brigitte*	2	167
Gundlach, Volker, u. a.: vgl. *Becher, Brigitte*	2	167
Haagensen, Frauke, u. a.: vgl. *Rissom, Heirulf*	2	132
Halfmann, Dieter: Lebensweg und Karriere des Franz Josef Strauß	1	43
— Lebensweg und Karriere des Franz Josef Strauß (II). Der Griff nach der Atomwaffe	2	192
— Lebensweg und Karriere des Franz Josef Strauß (III). Von der „Spiegel"-Affäre zum „Entwurf für Europa"	4	439
— Lebensweg und Karriere des Franz Josef Strauß (IV). Das Scheitern des Interimskanzlers Erhard	6	678
— Lebensweg und Karriere des Franz Josef Strauß (V). Der Weg zur Großen Koalition	10	1147
Hall, Martin: Rockefellers neue Rolle	1	4
Harrer, Jürgen, u. a.: vgl. *Fülberth, Georg*	5	526
— u. a.: vgl. *Fülberth, Georg*	6	660
Hartung, Oswin, und *Ibrahim, Salim,* u. a.: vgl. *Ibrahim, Salim*	1	57
Haug, Frigga, u. a.: Stellungnahmen zum Internationalen Jahr der Frau	3	283
Hecker, Wolfgang: Zum Orientierungsrahmen '85 der SPD	7	767
Henry, Ernst: Die Legende von Dschingis-Khan	2	211
Herde, Georg: Zur anhaltenden Förderung der Vertriebenenverbände aus Steuermitteln	1	8
Hervé, Florence, u. a.: Stellungnahmen zum Internationalen Jahr der Frau	3	284
Huffschmid, Jörg: Zum Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung	2	124
— Zum Charakter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Der Einfluß von Überakkumulation und Kapitalkonzentration auf die Bedingungen und Perspektiven fortschrittlicher Politik	4	386
— Aus dem Alltag der Marktwirtschaft: Jahrestagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie	7	820
— u. a.: vgl. *Sörgel, Angelina*	9	958
— Alternativen wirksamer und sozialer Wirtschaftspolitik	12	1318
Hund, Wulf D.: Rückblick auf ein Fernsehjahr	1	96
— Reportage und Klassenauge	3	353
Ibrahim, Salim, u. a.: Zur Aktualisierung der Palästinafrage	1	57
Jeschow, Wsewolod: Vom Kalten Krieg zur friedlichen Koexistenz. Zwanzig Jahre Beziehungen UdSSR—BRD aus der Sicht eines sowjetischen BRD-Experten	9	977
Kade, Gerhard: Aus dem Alltag der Marktwirtschaft	1	109
— Aus dem Alltag der Marktwirtschaft	2	231
— Aus dem Alltag der Marktwirtschaft	3	351
— Aus dem Alltag der Marktwirtschaft	4	471
— Aus dem Alltag der Marktwirtschaft	5	589
Kaiser, Peter M.: Monopolprofit und Massenmord im Faschismus. Zur ökonomischen Funktion der Konzentrations- und Vernichtungslager im faschistischen Deutschland	5	552
Katzenstein, Robert: Zum Problem einer marxistischen „Staatsableitung"	4	426
— Automation in der BRD (Rezension)	12	1387
Kempner, Robert M. W.: Die Nürnberger Prozesse — dreißig Jahre danach	12	1356
Kessler, Gisela, u. a.: Stellungnahmen zum Internationalen Jahr der Frau	3	285
KHD Industrieanlagen AG, Köln, u. a.: Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen RGW-Ländern aus der Sicht bundesrepublikanischer Unternehmen. Eine Umfrage	11	1223

	Heft	Seite
Kieber, Walter (Liechtenstein), u. a.: Ansprachen auf der Abschlußsitzung der KSZE vom 30. Juli bis 1. August 1975 in Helsinki	8	897
Knorr, Lorenz: NATO-Gipfel und NATO-Krise. Zur gegenwärtigen Situation und Politik des Nordatlantikpaktes	6	612
— Sicherheitspolitik — für wen und wozu?	11	1193
Konze, Marianne, u. a.: Stellungnahmen zum Internationalen Jahr der Frau	3	286
Koppel, Helga, u. a.: Stellungnahmen zum Internationalen Jahr der Frau	3	288
Krickeberg, Klaus, u. a.: vgl. *Zassenhaus, Angela*	4	418
Krüer-Buchholz, Wiebke, und *Sörgel, Angelina:* Zur Entwicklung der Haushaltskrise in der BRD	5	501
Fried. Krupp GmbH, Essen (Ernst Wolf Mommsen), u. a.: Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen RGW-Ländern aus der Sicht bundesrepublikanischer Unternehmen. Eine Umfrage	11	1224
Kuczynski, Jürgen: Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht	3	340
— Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht	6	625
— Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht	9	1015
— Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht	12	1361
Kühlmann, Mira v., u. a.: Stellungnahmen zum Internationalen Jahr der Frau	3	289
Kühnl, Reinhard: Zur Lage der Geschichtswissenschaft in der BRD. Ein Literaturbericht	1	97
Kuhn, Annette, u. a.: Stellungnahmen zum Internationalen Jahr der Frau	3	290
Kurz, Ingrid, und *Roßmann, Erich:* Entscheidende Phase im Kampf gegen den neuen McCarthyismus. Ausmaß und Grenzen der Politik der Berufsverbote	5	491
Lind, Antonius: Zur Situation in Nordirland	9	967
Linde AG, Werksgruppe Industriekälte, Köln (G. Schumacher), u. a.: Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen RGW-Ländern aus der Sicht bundesrepublikanischer Unternehmen. Eine Umfrage	11	1225
Lock, Peter, u. a.: vgl. *Albrecht, Ulrich*	10	1073
Gesellschaft für Außenhandel, R. Mann KG, Offenbach, u. a.: Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen RGW-Ländern aus der Sicht bundesrepublikanischer Unternehmen. Eine Umfrage	11	1226
Mannesmann AG, Düsseldorf, u. a.: Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen RGW-Ländern aus der Sicht bundesrepublikanischer Unternehmen. Eine Umfrage	11	1227
Mannhardt, Klaus, und *Schwamborn, Winfried:* Kriegsdienstverweigerung ohne Prüfungsverfahren? Kritische Anmerkungen zu den Suspendierungsplänen der SPD/FDP-Koalition und ihrem Verhältnis zur Wehrstrukturreform	6	649
Maske, Achim: Von Helsinki nach Wien	10	1064
Matthiessen, Gunnar: Die Krise des Westens und die Perspektiven der Entspannungspolitik 1975	1	13
— Abrüstung — von der Utopie zum Sachzwang? Eine Bestandsaufnahme der bisherigen Ergebnisse und der Perspektiven der Abrüstungsbemühungen	7	728
— Die Wiener Gespräche über die Reduzierung von Truppen und Rüstungen in Zentraleuropa	9	1007
Mausbach-Bromberger, Barbara, u. a.: Stellungnahmen zum Internationalen Jahr der Frau	3	291
Mayer, Udo: Mitbestimmung und Grundgesetz	2	158
— Normative Aspekte einer demokratischen Investitionskontrolle	11	1255
Meinke, Harald, u. a.: vgl. *Becher, Brigitte*	2	167
Melnikow, Nikolai: Zur Rohstofflage in der UdSSR	10	1069
Metscher, Thomas: Anleitung zur „Kapital"-Lektüre (Rezension)	3	346

	Heft	Seite
Meyer, Gert: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Sowjetrußland (1917 bis 1930)	7	795
Moldenhauer, Bernd: Politische und ökonomische Entstehungsbedingungen der zivilen Atomindustrie	7	741
— Die Atomindustrie in der BRD	10	1087
Naumann, Uwe, u. a.: vgl. *Fischbach, Peter*	12	1303
Oehlke, Paul: Großbritannien: Die „englische Krankheit" und die Arbeiterbewegung	11	1187
„Orion" Schiffahrts-Gesellschaft Reith & Co., Hamburg, u. a.: Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen RGW-Ländern aus der Sicht bundesrepublikanischer Unternehmen. Eine Umfrage	11	1228
Ostrowsky, Jürgen: Zur Lage in Angola und Moçambique	6	603
— Das rassistische System Südafrikas in der Krise	11	1264
Overbeck Schleifmaschinen, Herborn (Hofmann), u. a.: Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen RGW-Ländern aus der Sicht bundesrepublikanischer Unternehmen. Eine Umfrage	11	1228
Peter, Lothar: Die politische Entwicklung Portugals seit dem 25. April 1974	3	324
Pokatajew, Juri, und *Schenajew, Wladimir:* Zu einigen Besonderheiten der gegenwärtigen Wirtschaftskrise	11	1248
Poljanow, Nikolai: Vertrauenskrise in der NATO	5	487
PRÄZIWE, Ernst Haat, Frankfurt, u. a.: Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen RGW-Ländern aus der Sicht bundesrepublikanischer Unternehmen. Eine Umfrage	11	1229
Priester, Karin, u. a.: Stellungnahmen zum Internationalen Jahr der Frau	3	292
Ridder, Helmut: Politisch-institutionelle Konsequenzen der KSZE. Ein Diskussionsbeitrag	6	600
— Europa nach Helsinki. Zur Perspektive von Akzeptanz und Widerstand	12	1307
Riemeck, Renate, u. a.: Stellungnahmen zum Internationalen Jahr der Frau	3	294
Rilling, Rainer: Die Krise der bürgerlichen Wissenschaft und die Verantwortung des Wissenschaftlers	10	1125
Rissom, Heiruli, u. a.: Zur Situation in Dänemark	2	132
Römer, Peter: Zur verfassungswidrigen Praxis der Anhörungsverfahren	2	127
Roßmann, Erich, u. a.: vgl. *Kurz, Ingrid*	5	491
— Berufsverbote und Sondergesetz	11	1184
Runge, Erika, u. a.: Stellungnahmen zum Internationalen Jahr der Frau	3	295
Sarin, Manohar L.: Indien vor und nach Ausrufung des Ausnahmezustands am 26. Juni 1975	12	1367
Schefer, Gerwin: Streiflichter aus der Geschichte der politischen Verfolgung. Das Beispiel Vormärz	1	85
Schenajew, Wladimir, u. a.: vgl. *Pokatajew, Juri*	11	1248
Schneider, Hans-Peter: Vom Rechtsstaat zum Gesinnungsstaat? Wider den Ungeist der Inquisition im Lenhart-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts	9	1021
Schuchardt, Helga, u. a.: Stellungnahmen zum Internationalen Jahr der Frau	3	295
Schui, Herbert: Ökonomische Stabilisierung durch Monetarismus? Ideologie und Technik eines Konzeptes	6	632
Schulke, Hans-Jürgen, u. a.: vgl. *Güldenpfennig, Sven*	7	725
Schulze, Reiner: Sechs Jahre „Revolutionäre Regierung der Streitkräfte" in Peru	4	457
Schwamborn, Winfried, u. a.: vgl. *Mannhardt, Klaus*	6	649
Siemens AG, München (Dr. Paul Dax), u. a.: Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen RGW-Ländern aus der Sicht bundesrepublikanischer Unternehmen. Eine Umfrage	11	1230

	Heft	Seite
Simon, Walter: Personelle, institutionelle und sachliche Aspekte der Verflechtung von Unternehmerverbänden und Staat	2	138
Sölle, Dorothee: Die Peinlichkeit der Befreiung. Zum 8. Mai 1975	6	608
Sörgel, Angelina, u. a.: vgl. *Krüer-Buchholz, Wiebke*	5	501
— und *Huffschmid, Jörg:* Aufschwung für wen? Zu Sondergutachten und Konjunkturprogramm	9	958
Sotiron, Michael: Wachsende Widersprüche zwischen Kanada und den USA	9	963
Sperr, Monika, u. a.: Stellungnahmen zum Internationalen Jahr der Frau	3	297
Sprigath, Gabriele: Die Entwicklung in Südvietnam und das Pariser Abkommen	4	409
Stuby, Gerhard: Dreißig Jahre Potsdamer Abkommen. Seine historische und aktuelle Relevanz	3	251
— u. a.: vgl. *Wulff, Erich*	3	248
Thomas, Tobias: Atomare Kooperation BRD—Brasilien	7	719
Vilar, Sergio: Evolution oder Bruch? Spanien nach Franco	11	1181
Weinberg, Peter, u. a.: vgl. *Güldenpfennig, Sven*	7	725
Wiener, Norman R.: Relikte des Kalten Krieges. Zur Rolle der Sender „Radio Liberty" und „Radio Free Europe"	10	1116
— Gesellschaft für Menschenrechte e. V., NTS und andere	12	1300
Wüstenhagen, Hans-Helmuth: Erfahrungen mit Bürgerinitiativen für Umweltschutz	10	1105
Wulff, Erich, und *Stuby, Gerhard:* Dritte Tagung der Internationalen Chile-Untersuchungskommission in Mexico City	3	248
Wulff, Herbert, u. a.: vgl. *Albrecht, Ulrich*	10	1073
Zassenhaus, Angela, u. a.: Wissenschaft in der Demokratischen Republik Vietnam. Ein Bericht	4	418
Zöllmer, Manfred: Möglichkeiten und Grenzen der Investitionslenkung als Element einer demokratischen Wirtschaftspolitik	5	512
Zorn, Gerda, u. a.: Stellungnahmen zum Internationalen Jahr der Frau	3	298

Sachverzeichnis

Innenpolitik der BRD

Zur anhaltenden Förderung der Vertriebenenverbände aus Steuermitteln (Georg Herde)	1	8
Zum Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung (Jörg Huffschmid)	2	124
Zur verfassungswidrigen Praxis der Anhörungsverfahren (Peter Römer)	2	127
Personelle, institutionelle und sachliche Aspekte der Verflechtung von Unternehmerverbänden und Staat (Walter Simon)	2	138
Mitbestimmung und Grundgesetz (Udo Mayer)	2	158
Integration oder Auflösung der Bundeswehrhochschulen? Zum aktuellen Stand (Brigitte Becher, Horst Bethge, Wolfgang Beutin, Ingrid Gundlach, Volker Gundlach und Harald Meinke)	2	167
Determinanten des Rechtstrends (Karl D. Bredthauer)	3	244
Einheitsgewerkschaft oder antikommunistische Richtungsgewerkschaft? Der Frontwechsel der GEW-Führung (Wolfgang Abendroth)	3	271

	Heft	Seite
Stellungnahmen zum Internationalen Jahr der Frau: Lenelotte v. Bothmer, 278; Lottemi Doormann, 279; Ingeborg Drewitz, 280; Annemarie Fabian, 282; Frigga Haug, 283; Florence Hervé, 284; Gisela Kessler, 285; Marianne Konze, 286; Helga Koppel, 288; Mira v. Kühlmann, 289; Annette Kuhn, 290; Barbara Mausbach-Bromberger, 291; Karin Priester, 292; Renate Riemeck, 294; Erika Runge, 295; Helga Schuchardt, 295; Monika Sperr, 297; Gerda Zorn, 298	3	278
Politische Tendenzen des Steuersystems und der Steuerreform in der BRD (Manfred Feustel)	3	299
Zur Kontinuität der Berufsverbotspraxis von Metternich zu den Ministerpräsidentenbeschlüssen (Richard Bünemann)	3	316
Zum Wiesbadener Bundeskongreß der Jungsozialisten (Christoph Butterwegge)	4	370
Zum Charakter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Der Einfluß von Überakkumulation und Kapitalkonzentration auf die Bedingungen und Perspektiven fortschrittlicher Politik (Jörg Huffschmid)	4	386
Europa dreißig Jahre ohne Krieg. Zur historischen Bedeutung des 8. Mai 1945 (Klaus Ehrler)	4	373
Entscheidende Phase im Kampf gegen den neuen McCarthyismus. Ausmaß und Grenzen der Politik der Berufsverbote (Ingrid Kurz und Erich Roßmann)	5	491
Zur Entwicklung der Haushaltskrise in der BRD (Wiebke Krüer-Buchholz und Angelina Sörgel)	5	501
Möglichkeiten und Grenzen der Investitionslenkung als Element einer demokratischen Wirtschaftspolitik (Manfred Zöllmer)	5	512
Das „Soziale Modell" des Hanns-Martin Schleyer. Anmerkungen zur Ideologie der gewaltsamen Partnerschaft (Frank Deppe)	5	577
Die Peinlichkeit der Befreiung. Zum 8. Mai 1975 (Dorothee Sölle)	6	608
Kriegsdienstverweigerung ohne Prüfungsverfahren? Kritische Anmerkungen zu den Suspendierungsplänen der SPD/FDP-Koalition und ihrem Verhältnis zur Wehrstrukturreform (Klaus Mannhardt und Winfried Schwamborn)	6	649
Zum Mannheimer Parteitag der CDU (Klaus Ehrler)	7	716
Zum Ausbau des Instrumentariums der „Inneren Sicherheit" in der BRD (Wilfried v. Bredow)	7	755
Zum Orientierungsrahmen '85 der SPD (Wolfgang Hecker)	7	767
Aufschwung für wen? Zu Sondergutachten und Konjunkturprogramm (Angelina Sörgel und Jörg Huffschmid)	9	958
Gesellschaft für Menschenrechte e. V., NTS und andere (Norman R. Wiener)	12	1300
Das Staatsverständnis der SPD am Beispiel des „Orientierungsrahmens '85" (Christoph Butterwegge)	12	1342
Vom Rechtsstaat zum Gesinnungsstaat? Wider den Ungeist der Inquisition im Lenhart-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (Hans-Peter Schneider)	9	1021
Ein Schritt vorwärts, zwei Schritt zurück. Anmerkungen zu Kurt H. Biedenkopfs „Fortschritt in Freiheit" (Frank Deppe)	9	1034
Erfahrungen mit Bürgerinitiativen für Umweltschutz (Hans-Helmuth Wüstenhagen)	10	1105
Relikte des Kalten Krieges. Zur Rolle der Sender „Radio Liberty" und „Radio Free Europe" (Norman R. Wiener)	10	1116
Berufsverbote und Sondergesetz (Erich Roßmann)	11	1184
Normative Aspekte einer demokratischen Investitionskontrolle (Udo Mayer)	11	1255

Außenpolitik der BRD

Die Krise des Westens und die Perspektiven der Entspannungspolitik 1975 (Gunnar Matthiessen)	1	13

	Heft	Seite
Dritte Tagung der Internationalen Chile-Untersuchungskommission in Mexico City (Erich Wulff und Gerhard Stuby)	3	248
Politisch-institutionelle Konsequenzen der KSZE. Ein Diskussionsbeitrag (Helmut Ridder)	6	600
NATO-Gipfel und NATO-Krise. Zur gegenwärtigen Situation und Politik des Nordatlantikpaktes (Lorenz Knorr)	6	612
Sozialdemokratie und Europa (Wolfram Elsner)	6	690
Atomare Kooperation BRD—Brasilien (Tobias Thomas)	7	719
Abrüstung — von der Utopie zum Sachzwang? Eine Bestandsaufnahme der bisherigen Ergebnisse und der Perspektiven der Abrüstungsbemühungen (Gunnar Matthiessen)	7	728
Verpflichtungen und Perspektiven der Bonner Vertragspolitik zwischen Helsinki und Belgrad (Klaus Ehrler)	9	971
Vom Kalten Krieg zur friedlichen Koexistenz. Zwanzig Jahre Beziehungen UdSSR—BRD aus der Sicht eines sowjetischen BRD-Experten (Wsewolod Jeschow)	9	977
Aktuelle Tendenzen der Bonner Westeuropa-Politik (Heinz-Jürgen Axt)	9	992
Die Wiener Gespräche über die Reduzierung von Truppen und Rüstungen in Zentraleuropa (Gunnar Matthiessen)	9	1007
Von Helsinki nach Wien (Achim Maske)	10	1064
Sicherheitspolitik — für wen und wozu? (Lorenz Knorr)	11	1193
Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen RGW-Ländern aus der Sicht bundesrepublikanischer Unternehmen. Eine Umfrage (nähere Angaben unter „Wirtschaft")	11	1221
Das rassistische System Südafrikas in der Krise (Jürgen Ostrowsky)	11	1264

Politik anderer Länder

Rockefellers neue Rolle (Martin Hall)	1	4
Zur Aktualisierung der Palästinafrage (Salim Ibrahim und Oswin Hartung)	1	57
Abriß der sozialen und politischen Entwicklung in Italien 1971 bis 1974 (Detlev Albers)	1	72
Zur Situation in Dänemark (Heirulf Rissom und Frauke Haagensen)	2	132
Abriß der sozialen und politischen Entwicklung in Italien 1971 bis 1974 (II) (Detlev Albers)	2	184
Die Legende von Dschingis-Khan (Ernst Henry)	2	211
Dritte Tagung der Internationalen Chile-Untersuchungskommission in Mexico City (Erich Wulff und Gerhard Stuby)	3	248
Die politische Entwicklung Portugals seit dem 25. April 1974 (Lothar Peter)	3	324
Die Entwicklung in Südvietnam und das Pariser Abkommen (Gabriele Sprigath)	4	409
Wissenschaft in der Demokratischen Republik Vietnam. Ein Bericht (Angela Zassenhaus und Klaus Krickeberg)	4	418
Sechs Jahre „Revolutionäre Regierung der Streitkräfte" in Peru (Reiner Schulze)	4	457
Vietnam: Frieden und Sieg (Erich Fried)	5	484
Zur Lage in Angola und Moçambique (Jürgen Ostrowsky)	6	603
Atomare Kooperation BRD—Brasilien (Tobias Thomas)	7	719
Italien nach den Regionalwahlen (Detlev Albers)	7	721
Zur Entwicklung in Argentinien unter den peronistischen Regierungen seit 1973. Die Rolle des Peronismus (Léon Bieber)	7	777
Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Sowjetrußland (1917—1930) (Gert Meyer)	7	795
Wachsende Widersprüche zwischen Kanada und den USA (Michael Sotiron)	9	963

	Heft	Seite
Zur Situation in Nordirland (Antonius Lind)	9	967
Vom Kalten Krieg zur friedlichen Koexistenz. Zwanzig Jahre Beziehungen UdSSR—BRD aus der Sicht eines sowjetischen BRD-Experten (Wsewolod Jeschow)	9	977
Zur Rohstofflage in der UdSSR (Nikolai Melnikow)	10	1069
Evolution oder Bruch? Spanien nach Franco (Sergio Vilar)	11	1181
Großbritannien: Die „englische Krankheit" und die Arbeiterbewegung (Paul Oehlke)	11	1187
Das rassistische System Südafrikas in der Krise (Jürgen Ostrowsky)	11	1264
Indien vor und nach Ausrufung des Ausnahmezustands am 26. Juni 1975 (Manohar L. Sarin)	12	1367
DDR-Forschung zwischen Ignoranz und Objektivität (Olaf Cless)	12	1376

Internationale Politik

Die Krise des Westens und die Perspektiven der Entspannungspolitik 1975 (Gunnar Matthiessen)	1	13
Dreißig Jahre Potsdamer Abkommen. Seine historische und aktuelle Relevanz (Gerhard Stuby)	3	251
Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht (Jürgen Kuczynski)	3	340
Günstige Aussichten für die KSZE (Walter Fabian)	4	364
Europa dreißig Jahre ohne Krieg. Zur historischen Bedeutung des 8. Mai 1945 (Klaus Ehrler)	4	373
Vertrauenskrise in der NATO (Nikolai Poljanow)	5	487
Politisch-institutionelle Konsequenzen der KSZE. Ein Diskussionsbeitrag (Helmut Ridder)	6	600
NATO-Gipfel und NATO-Krise. Zur gegenwärtigen Situation und Politik des Nordatlantikpaktes (Lorenz Knorr)	6	612
Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht (Jürgen Kuczynski)	6	625
Abrüstung — von der Utopie zum Sachzwang? Eine Bestandsaufnahme der bisherigen Ergebnisse und der Perspektiven der Abrüstungsbemühungen (Gunnar Matthiessen)	7	728
Verpflichtungen und Perspektiven der Bonner Vertragspolitik zwischen Helsinki und Belgrad (Klaus Ehrler)	9	971
Neue Literatur zur Entwicklung der Ost-West-Beziehungen (Wilfried v. Bredow)	7	811
Aktuelle Tendenzen der Bonner Westeuropa-Politik (Heinz-Jürgen Axt)	9	992
Die Wiener Gespräche über die Reduzierung von Truppen und Rüstungen in Zentraleuropa (Gunnar Matthiessen)	9	1007
Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht (Jürgen Kuczynski)	9	1015
Von Helsinki nach Wien (Achim Maske)	10	1064
Rüstungstransfer und -produktionsverlagerung in periphere Länder (Ulrich Albrecht/Dieter Ernst/Peter Lock/Herbert Wulf)	10	1073
Sicherheitspolitik — für wen und wozu? (Lorenz Knorr)	11	1193
Zur Dialektik von Völkerrecht und Menschenrechten in der Friedensarbeit der UNO. Eine Bilanz nach dreißig Jahren (Klaus Ehrler)	11	1210
Zu einigen Besonderheiten der gegenwärtigen Wirtschaftskrise (Juri Pokatajew und Wladimir Schenajew)	11	1248
Europa nach Helsinki. Zur Perspektive von Akzeptanz und Widerstand (Helmut Ridder)	12	1307
Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht (Jürgen Kuczynski)	12	1361

	Heft	Seite
Geschichte und Zeitgeschichte		
Lebensweg und Karriere des Franz Josef Strauß (Dieter Halfmann)	1	43
Zur Aktualisierung der Palästinafrage (Salim Ibrahim und Oswin Hartung)	1	57
Streiflichter aus der Geschichte der politischen Verfolgung. Das Beispiel Vormärz (Gerwin Schefer)	1	85
Zur Lage der Geschichtswissenschaft in der BRD. Ein Literaturbericht (Reinhard Kühnl)	1	97
Lebensweg und Karriere des Franz Josef Strauß (II). Der Griff nach der Atomwaffe (Dieter Halfmann)	2	192
Die Legende von Dschingis-Khan (Ernst Henry)	2	211
Dreißig Jahre Potsdamer Abkommen. Seine historische und aktuelle Relevanz (Gerhard Stuby)	3	251
Zur Kontinuität der Berufsverbotspraxis von Metternich zu den Ministerpräsidentenbeschlüssen (Richard Bünemann)	3	316
Die politische Entwicklung Portugals seit dem 25. April 1974 (Lothar Peter)	3	324
Europa dreißig Jahre ohne Krieg. Zur historischen Bedeutung des 8. Mai 1945 (Klaus Ehrler)	4	373
Lebensweg und Karriere des Franz Josef Strauß (III). Von der „Spiegel"-Affäre zum „Entwurf für Europa" (Dieter Halfmann)	4	439
Vietnam: Frieden und Sieg (Erich Fried)	5	484
Zur Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung (Georg Fülberth und Jürgen Harrer)	5	526
Monopolprofit und Massenmord im Faschismus. Zur ökonomischen Funktion der Konzentrations- und Vernichtungslager im faschistischen Deutschland (Peter M. Kaiser)	5	552
Die Peinlichkeit der Befreiung. Zum 8. Mai 1975 (Dorothee Sölle)	6	608
Zur Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung (II) (Georg Fülberth und Jürgen Harrer)	6	660
Lebensweg und Karriere des Franz Josef Strauß (IV). Das Scheitern des Interimskanzlers Erhard (Dieter Halfmann)	6	678
Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Sowjetrußland (1917—1930) (Gert Meyer)	7	795
Vom Kalten Krieg zur friedlichen Koexistenz. Zwanzig Jahre Beziehungen UdSSR—BRD aus der Sicht eines sowjetischen BRD-Experten (Wsewolod Jeschow)	9	977
Lebensweg und Karriere des Franz Josef Strauß (V). Der Weg zur Großen Koalition (Dieter Halfmann)	10	1147
Zur Dialektik von Völkerrecht und Menschenrechten in der Friedensarbeit der UNO. Eine Bilanz nach dreißig Jahren (Klaus Ehrler)	11	1210
Die Nürnberger Prozesse — dreißig Jahre danach (Robert M. W. Kempner)	12	1356
Bildungs- und Kulturpolitik		
Streiflichter aus der Geschichte der politischen Verfolgung. Das Beispiel Vormärz (Gerwin Schefer)	1	85
Zur verfassungswidrigen Praxis der Anhörungsverfahren (Peter Römer)	2	127
Integration oder Auflösung der Bundeswehrhochschulen? Zum aktuellen Stand (Brigitte Becher, Horst Bethge, Wolfgang Beutin, Ingrid Gundlach, Volker Gundlach und Harald Meinke)	2	167
Drei neue philosophische Wörterbücher (Wilhelm Raimund Beyer)	2	226
Einheitsgewerkschaft oder antikommunistische Richtungsgewerkschaft? Der Frontwechsel der GEW-Führung (Wolfgang Abendroth)	3	271

	Heft	Seite
Zur Kontinuität der Berufsverbotspraxis von Metternich zu den Ministerpräsidentenbeschlüssen (Richard Bünemann)	3	316
Wissenschaft in der Demokratischen Republik Vietnam. Ein Bericht (Angela Zassenhaus und Klaus Krickeberg)	4	418
Entscheidende Phase im Kampf gegen den neuen McCarthyismus. Ausmaß und Grenzen der Politik der Berufsverbote (Ingrid Kurz und Erich Roßmann)	5	491
Hans-Günther Sohl. Ein Porträt des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (Max von der Grün)	5	544
Zweite Europäische Sportkonferenz in Dresden (Sven Güldenpfennig, Hans-Jürgen Schulke und Peter Weinberg)	7	725
Vom Rechtsstaat zum Gesinnungsstaat? Wider den Ungeist der Inquisition im Lenhart-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (Hans-Peter Schneider)	9	1021
Die Krise der bürgerlichen Wissenschaft und die Verantwortung des Wissenschaftlers (Rainer Rilling)	10	1125
Berufsverbote und Sondergesetz (Erich Roßmann)	11	1184
Fünf Jahre Werkkreis Literatur der Arbeitswelt (Peter Fischbach und Uwe Naumann)	12	1303

Gesellschaftspolitik

Personelle, institutionelle und sachliche Aspekte der Verflechtung von Unternehmerverbänden und Staat (Walter Simon)	2	138
Mitbestimmung und Grundgesetz (Udo Mayer)	2	158
Einheitsgewerkschaft oder antikommunistische Richtungsgewerkschaft? Der Frontwechsel der GEW-Führung (Wolfgang Abendroth)	3	271
Stellungnahmen zum Internationalen Jahr der Frau: *Lenelotte v. Bothmer*, 278; *Lottemi Doormann*, 279; Ingeborg Drewitz, 280; Annemarie Fabian, 282; Frigga Haug, 283; Florence Hervé, 284; Gisela Kessler, 285; Marianne Konze, 286; Helga Koppel, 288; Mira v. Kühlmann, 289; Annette Kuhn, 290; Barbara Mausbach-Bromberger, 291; Karin Priester, 292; Renate Riemeck, 294; Erika Runge, 295; Helga Schuchardt, 295; Monika Sperr, 297; Gerda Zorn, 298	3	278
Politische Tendenzen des Steuersystems und der Steuerreform in der BRD (Manfred Feustel)	3	299
Zum Charakter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Der Einfluß von Überakkumulation und Kapitalkonzentration auf die Bedingungen und Perspektiven fortschrittlicher Politik (Jörg Huffschmid)	4	386
Zum Problem einer marxistischen „Staatsableitung" (Robert Katzenstein)	4	426
Möglichkeiten und Grenzen der Investitionslenkung als Element einer demokratischen Wirtschaftspolitik (Manfred Zöllmer)	5	512
Hans-Günther Sohl: Ein Porträt des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (Max von der Grün)	5	544
Monopolprofit und Massenmord im Faschismus. Zur ökonomischen Funktion der Konzentrations- und Vernichtungslager im faschistischen Deutschland (Peter M. Kaiser)	5	552
Das „Soziale Modell" des Hanns-Martin Schleyer. Anmerkungen zur Ideologie der gewaltsamen Partnerschaft (Frank Deppe)	5	577
Ökonomische Stabilisierung durch Monetarismus? Ideologie und Technik eines Konzeptes (Herbert Schui)	6	632
Zum Mannheimer Parteitag der CDU (Klaus Ehrler)	7	716
Zum Ausbau des Instrumentariums der „Inneren Sicherheit" in der BRD (Wilfried v. Bredow)	7	755
Zum Orientierungsrahmen '85 der SPD (Wolfgang Hecker)	7	767

	Heft	Seite
Aufschwung für wen? Zu Sondergutachten und Konjunkturprogramm (Angelina Sörgel und Jörg Huffschmid)	9	958
Erfahrungen mit Bürgerinitiativen für Umweltschutz (Hans-Helmuth Wüstenhagen)	10	1105
Großbritannien: Die „englische Krankheit" und die Arbeiterbewegung (Paul Oehlke)	11	1187
Normative Aspekte einer demokratischen Investitionskontrolle (Udo Mayer)	11	1255
DDR-Foschung zwischen Ignoranz und Objektivität (Olaf Cless)	12	1376
Wirtschaft		
Konjunkturzyklus und Arbeitslosigkeit (Jörg Goldberg)	1	26
Zum Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung (Jörg Huffschmid)	2	124
Politische Tendenzen des Steuersystems und der Steuerreform in der BRD (Manfred Feustel)	3	299
Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht (Jürgen Kuczynski)	3	340
Zum Charakter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Der Einfluß von Überakkumulation und Kapitalkonzentration auf die Bedingungen und Perspektiven fortschrittlicher Politik (Jörg Huffschmid)	4	386
Zur Entwicklung der Haushaltskrise in der BRD (Wiebke Krüer-Buchholz und Angelina Sörgel)	5	501
Möglichkeiten und Grenzen der Investitionslenkung als Element einer demokratischen Wirtschaftspolitik (Manfred Zöllmer)	5	512
Hans-Günther Sohl. Ein Porträt des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (Max von der Grün)	5	544
Monopolprofit und Massenmord im Faschismus. Zur ökonomischen Funktion der Konzentrations- und Vernichtungslager im faschistischen Deutschland (Peter M. Kaiser)	5	552
Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht (Jürgen Kuczynski)	6	625
Ökonomische Stabilisierung durch Monetarismus? Ideologie und Technik eines Konzeptes (Herbert Schui)	6	632
Atomare Kooperation BRD—Brasilien (Tobias Thomas)	7	719
Politische und ökonomische Entstehungsbedingungen der zivilen Atomindustrie (Bernd Moldenhauer)	7	741
Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Sowjetrußland (1917—1930) (Gert Meyer)	7	795
Aufschwung für wen? Zu Sondergutachten und Konjunkturprogramm (Angelina Sörgel und Jörg Huffschmid)	9	958
Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht (Jürgen Kuczynski)	9	1015
Zur Rohstofflage in der UdSSR (Nikolai Melnikow)	10	1069
Rüstungstransfer und -produktionsverlagerung in periphere Länder (Ulrich Albrecht/Dieter Ernst/Peter Lock/Herbert Wulf)	10	1073
Die Atomindustrie in der BRD (Bernd Moldenhauer)	10	1087
Internationale Konzerne. Sammelrezension deutschsprachiger Literatur zum Internationalen Konzern (IK) (Dietmar Goralczyk)	10	1156
Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen RGW-Ländern aus der Sicht bundesrepublikanischer Unternehmen. Eine Umfrage: DEMAG AG, Duisburg, 1222; ELMATIK, Breitbrunn, 1223; KHD Industrieanlagen AG, Köln, 1223; Fried. Krupp GmbH, Essen, 1224; Linde AG, Werksgruppe Industriekälte, Köln, 1225; Gesellschaft für Außenhandel, R. Mann KG, Offenbach/M., 1226; Mannesmann AG, Düsseldorf, 1227; „Orion" Schiffahrtsgesellschaft Reith & Co., Hamburg, 1228; Overbeck Schleifmaschinen, Herborn, 1229; PRÄZIWE, Frankfurt/M., 1229; Siemens AG, München, 1230	11	1221

	Heft	Seite
Die „neue politische Ökonomie" und Ansätze politisch-ökonomischer Neubesinnung in den Wirtschaftswissenschaften (Wolfram Elsner)	11	1233
Zu einigen Besonderheiten der gegenwärtigen Wirtschaftskrise (Juri Pokatajew und Wladimir Schenajew)	11	1248
Normative Aspekte einer demokratischen Investitionskontrolle (Udo Mayer)	11	1255
Alternativen wirksamer und sozialer Wirtschaftspolitik (Jörg Huffschmid)	12	1318
Automation in der BRD (Robert Katzenstein)	12	1387

Chronik der Monate Dezember 1974 und Januar bis November 1975

1/1, 2/121, 3/241, 4/361, 5/481, 6/597, 7/713, 9/953, 10/1061, 11/1177, 12/1297

Medienkritik

Rückblick auf ein Fernsehjahr (Wulf D. Hund)	1	96
Genres und Gebrauchswert (5: Klischees?) (Günter Giesenfeld)	2	225
Reportage und Klassenauge (Wulf D. Hund)	3*	353
Jenes unerläßliche Gefühl (Günter Giesenfeld)	4	467
Genres und Gebrauchswert (6: Der Realismus des Fernsehkrimis) (Günter Giesenfeld)	6	689
„... aber in jedem Fall heiter" ... wie das deutsche Fernsehen eben so ist (Günter Giesenfeld)	9	1041
Die Verbrecherin aus verlorener Ehre (Günter Giesenfeld)	11	1283

Bücher

Zur Lage der Geschichtswissenschaft in der BRD. Ein Literaturbericht (zu Arbeiten von Manfred Asendorf [Hrsg.], J. Geiss und R. Tamchina [Hrsg.], Gerhard Schulz [Hrsg.], B. Faulenbach [Hrsg.], Bernt Engelmann und Dieter Riesenberger) (Reinhard Kühnl)	1	97
Drei neue philosophische Wörterbücher (von Georgi Schischkof [Hrsg.], Joachim Ritter [Hrsg.], Georg Klaus/Manfred Buhr [Hrsg.]) (Wilhelm Raimund Beyer)	2	226
Anleitung zur „Kapital"-Lektüre (zu einer Arbeit von Wolfgang Fritz Haug) (Thomas Metscher)	3	346
Das „Soziale Modell" des Hanns-Martin Schleyer. Anmerkungen zur Ideologie der gewaltsamen Partnerschaft (Frank Deppe)	5	577
Sozialdemokratie und Europa (zu Arbeiten von Gerda Zellentin, Rudolf Hrbek und Günter Slotta [Hrsg.]) (Wolfram Elsner)	6	690
Neue Literatur zur Entwicklung der Ost-West-Beziehungen (zu Arbeiten von Bernard Willms, Halina Jaroslawska, Wolfgang v. Lingelsheim-Seibicke u. a.) (Wilfried v. Bredow)	7	811
Ein Schritt vorwärts, zwei Schritt zurück. Anmerkungen zu Kurt H. Biedenkopfs „Fortschritt in Freiheit" (Frank Deppe)	9	1034
Internationale Konzerne. Sammelrezension deutschsprachiger Literatur zum Internationalen Konzern (IK) (zu Arbeiten von Klaus Busch, Christel Neusüß, Katja Nehls, IMSF [Hrsg.], Heinz Jung, Kurt P. Tudyka [Hrsg.], Otto Kreye [Hrsg.], Ernst Piehl, Christopher Tugenthat, Charles Levinson) (Dietmar Goralczyk)	10	1156

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher

1/105, 4/468, 5/584, 6/696, 7/816, 10/1163, 11/1281, 12/1388

Heft Seite

Wirtschaftsinformation

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten (Jörg Goldberg): 1/106, 2/229, 3/349, 4/469, 5/586, 6/698, 7/817, 9/1042, 10/1165, 11/1284, 12/1391

Aus dem Alltag der Marktwirtschaft (Gerhard Kade): 1/109, 2/231, 3/351, 4/471, 5/589

Aus dem Alltag der Marktwirtschaft: Jahrestagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (Jörg Huffschmid) 7 820

Dokumente zum Zeitgeschehen

Kommuniqué des Kongresses für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit in Bonn-Bad Godesberg am 7. Dezember 1974 (Wortlaut) 1 111

Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrats am 13. Dezember 1974 in Brüssel (Wortlaut) 1 114

Entschließung des Bremer Juso-Rats vom 10. Dezember 1974 zum Bombenanschlag auf dem Bremer Hauptbahnhof (Wortlaut) 1 116

Erklärung der GEW Bayern: Drei Jahre Ministerpräsidentenbeschluß in Bayern (Wortlaut) 2 234

Bonner Aufruf zum Internationalen Jahr der Frau vom 7. Januar 1975 (Wortlaut) 2 238

Dokumentation zur Intervention der Bundesregierung in die Verhandlungen der DDR mit Österreich und anderen Staaten über Konsularabkommen und zur Zurückweisung der These vom Fortbestand einer einheitlichen deutschen Staatsbürgerschaft 3 355

Frankfurter Aufruf zum 8. Mai 1975 als 30. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg (Wortlaut) 4 474

Erklärung Konstanzer Professoren zur Praxis des Radikalenerlasses (Wortlaut) 4 476

Erklärung und Aufruf zur Hilfe der Hilfsaktion Vietnam e. V. vom 2. April 1975 (Wortlaut) 4 479

Zehn-Punkte-Programm der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietnam für die neu befreiten Gebiete (veröffentlicht von der Nachrichtenagentur VNA am 11. April 1975) (Wortlaut) 5 591

Abschlußerklärung des Zweiten Forums der europäischen Öffentlichkeit für Sicherheit und Zusammenarbeit in Brüssel und Lüttich vom 26. bis 29. April 1975 (Wortlaut) 5 593

Kommuniqué der Tagung des Nordatlantikrates am 29. und 30. Mai in Brüssel (Wortlaut) 6 701

Neun-Punkte-Programm des ZK der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets und der Regierung der Sowjetunion für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit vom 9. Mai 1975 . . . . . 6 702

Plattform des konstitutionellen Einverständnisses zwischen der Bewegung der Streitkräfte (MFA) und den politischen Parteien in Portugal (Wortlaut) . . 6 704

Resolution des Bezirksvorstandes der SPD Hessen-Süd vom 24. Mai 1975 zur Praxis der Berufsverbote (Wortlaut) 6 709

Aufruf hessischer Persönlichkeiten vom Mai 1975 zur Verteidigung der verfassungsmäßigen Rechte (Wortlaut) 6 710

Kommuniqué des Revolutionsrates und Politischer Aktionsplan der Bewegung der Streitkräfte Portugals vom 21. Juni 1975 (Wortlaut) 7 822

Mitteilung des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) vom 22. Mai 1975 über britische, dänische, französische, italienische und niederländische Initiativen gegen die Berufsverbote in der BRD (Wortlaut) 7 828

Appell des internationalen Hearings zu den Berufsverboten in der BRD vom 7. Juni 1975 in Bonn (Wortlaut) 7 830

	Heft	Seite
Petition der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" an das Europäische Parlament, übergeben in Straßburg am 17. Juni 1975 (Wortlaut)	7	831
Ansprachen auf der Abschlußsitzung der KSZE vom 30. Juli bis 1. August 1975 in Helsinki: Urho Kekkonen, Finnland (Eröffnungsrede), 836; Kurt Waldheim, UNO (Begrüßungsansprache), 837; Harold Wilson, Großbritannien (Wortlaut), 840; Konstantin Karamanlis, Griechenland (Zusammenfassung), 845; Geir Hallgrimsson, Island (Zusammenfassung), 848; Pierre Elliot Trudeau, Kanada (Zusammenfassung), 849; Todor Shiwkow, Bulgarien (Zusammenfassung), 849; Erich Honecker, DDR (Wortlaut), 850; Aldo Moro, Italien (Zusammenfassung), 853; Pierre Graber, Schweiz (Auszüge), 854; Helmut Schmidt, BRD (Wortlaut), 855; Gustav Husak, CSSR (Zusammenfassung), 858; Edward Gierek, Polen (Wortlaut), 860; Valéry Giscard d'Estaing, Frankreich (Wortlaut), 863; Leonid Breschnew, UdSSR (Wortlaut), 866; Francisco da Costa é Gomes, Portugal (Zusammenfassung), 870; Liam Cosgrave, Irland (Zusammenfassung), 871; Erzbischof Makarios, Zypern (Zusammenfassung), 871; Josip Broz Tito, Jugoslawien (Wortlaut), 872; János Kádár, Ungarn (Zusammenfassung), 878; Süleyman Demirel, Türkei (Zusammenfassung), 879; Anker Jörgensen, Dänemark (Zusammenfassung), 879; Leo Tindemans, Belgien (Auszüge), 880; Olof Palme, Schweden (Zusammenfassung), 881; Bruno Kreisky, Österreich (Wortlaut), 882; Urho Kekkonen, Finnland (Zusammenfassung), 885; Carlos Arias Navarro, Spanien (Zusammenfassung), 886; Gerald Ford, USA (Wortlaut), 886; Anton Buttigieg, Malta (Zusammenfassung), 892; Joop den Uyl, Niederlande (Zusammenfassung), 892; André Saint-Mleux, Monaco (Zusammenfassung), 893; Trygve Bratelli, Norwegen (Zusammenfassung), 893; Nicolae Ceausescu, Rumänien (Auszüge), 894; Walter Kieber, Liechtenstein (Zusammenfassung), 897; Gian Luigi Berti, San Marino (Zusammenfassung), 897; Gaston Thorn, Luxemburg (Zusammenfassung), 897; Agostino Casaroli, Heiliger Stuhl (Zusammenfassung), 898 . .	8	833
Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Wortlaut)	8	899
Erklärung des Europäischen Rates vom 17. Juli 1975 zu den Ergebnissen der KSZE (Wortlaut)	8	943
Entschließung des Deutschen Bundestages zu den Ergebnissen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 28. Juli 1975 (Wortlaut)	8	944
Erklärung des Internationalen Komitees für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit in Brüssel vom 28. Juli 1975 (Wortlaut)	8	946
Erste Stellungnahme des Vorsitzenden des Initiativkreises KSZE in der Bundesrepublik, Prof. Dr. Walter Fabian, zum Abschluß der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Wortlaut)	8	947
Wortlaut eines Gesprächs zwischen Admiral Rosa Coutinho (MFA) und Günter Wallraff	9	1045
Gemeinsamer Appell von Wissenschaftlern und Schriftstellern aus sieben westeuropäischen Ländern vom 27. August 1975: „Wahrheit über Portugal" (Wortlaut)	9	1049
Erklärung der Sozialistischen Partei Chiles: „Portugal darf kein neues Chile werden!" (Wortlaut)	9	1050
Die Unidad Popular und die Aufgaben des chilenischen Volkes — Vereinbarung der Führer der Parteien der Unidad Popular im Ausland, getroffen in Berlin (DDR) am 27. Juli 1975 (Wortlaut)	9	1052
Die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten, verabschiedet von der XXIX. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 12. Dezember 1974 (Wortlaut)	10	1168
Memorandum von Wirtschaftswissenschaftlern „Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik", vorgelegt am 4. November 1975 in Bonn (Wortlaut) . .	11	1287

	Heft	Seite
Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 7. Oktober 1975 (Wortlaut)	11	1293
Darmstädter Appell für Entspannung und Abrüstung vom 11. Oktober 1975 (Wortlaut)	12	1393
Appell an die Frauen der Welt, verabschiedet vom Weltkongreß im Internationalen Jahr der Frau in Berlin (DDR) am 24. Oktober 1975 (Wortlaut) . . .	12	1396
Zionismus-Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 10. November 1975 (Wortlaut)	12	1400

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 183, Telefon 36 22 41.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfrs 28,—/56,—; öS 175,—/350,—; hfl 25,—/50,—; bfrs 360,—/720,—; FF 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lit 5500,—/11 000,—; dkr 55,—/110,—; nkr 50,—/100,—; skr 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Telefon 36 25 01. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Druck: Peter Millard KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

FISCHBACH, Peter, geb. 1949 in Bad Elster (Vogtland), Studienreferendar in Hamburg, Lektoratsbeauftragter des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt. *** *NAUMANN, Uwe*, geb. 1951 in Hamburg, Studium der Soziologie, Germanistik und Pädagogik an der Universität Hamburg; Mitautor von: Geschichte und Ideologie (Reinbek 1973); Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BUTTERWEGE, Christoph*, geb. 1951 in Albersloh/Krs. Münster, Sozialwissenschaftler, z. Z. Doktorand an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KUCZYNSKI, Dr. Jürgen*, geb. 1904 in Elberfeld, emeritierter Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität in Berlin (DDR); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SARIN, Manohar L.*, geb. in Indien, Dr. phil., z. Z. Lehrbeauftragter im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Gießen. *** *CLESS, Olaf*, geb. 1948 in Freiburg/Br., Studium der Soziologie, Politischen Wissenschaften und Geschichte in Freiburg/Br. und Marburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KATZENSTEN, Dr. Robert*, geb. 1928 in Berlin, Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin, Promotion und Habilitation, langjährige Forschungstätigkeit an der Deutschen Akademie der Wissenschaften und am Deutschen Wirtschaftsinstitut; zahlreiche Veröffentlichungen zum Verhältnis von Staat und Ökonomie. *** *KEMPNER, Dr. Robert M. W.*, geb. 1899 in Freiburg i. Br., in Berlin aufgewachsen, war vor der Hitlerzeit Justitiar der Polizeiabteilung im Preußischen Innenministerium und setzte sich damals, vergeblich, für die Auflösung der NSDAP und die Strafverfolgung Hitlers wegen Hochverrats und Meineides sowie seine Ausweisung ein. Nach dem Exil in den USA, wo er im Verteidigungsministerium, Justizministerium und als Hochschulprofessor tätig war, gehörte er in Nürnberg zum Stabe der US-Anklagebehörde, zuletzt als Hauptankläger im Wilhelmstraßenprozeß. Er ist jetzt als Rechtsanwalt und Publizist tätig; Verfasser zahlreicher Werke über das „Dritte Reich".

Bemerkungen

Der Generalsekretär der CDU, Kurt Biedenkopf, hat kürzlich das Ahlener Programm der CDU von 1947 wieder in die Diskussion gebracht. Aufgrund von Leseranfragen möchten wir darauf hinweisen, daß die „Blätter" den Wortlaut des Ahlener Programms in Heft 1/1968, S. 36—39, veröffentlicht haben.

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der Pädex-Verlags-GmbH bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Der Verlag bittet darum, Adressenänderungen nicht an Vertrieb oder Redaktion zu schicken, sondern beim örtlichen Postamt unter Angabe des Postvertriebskennzeichens G 1800 E vorzunehmen. Vorgedruckte Karten liegen dort bereit. — Bei Lieferungsschwierigkeiten bitte ebenfalls sofort das jeweilige Zustellpostamt (Zeitungsstelle) verständigen.

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt, zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	70,–	78,–	94,–	110,–	117,–	164,–	203,–	242,–
8 Seiten	117,–	133,–	156,–	176,–	195,–	273,–	332,–	390,–
12 Seiten	176,–	195,–	226,–	254,–	289,–	363,–	429,–	499,–
16 Seiten	234,–	254,–	293,–	332,–	371,–	456,–	538,–	632,–
20 Seiten	293,–	324,–	363,–	398,–	437,–	558,–	663,–	788,–
24 Seiten	332,–	371,–	421,–	468,–	507,–	651,–	772,–	975,–
28 Seiten	382,–	421,–	476,–	538,–	585,–	706,–	874,–	1092,–
32 Seiten	429,–	468,–	527,–	585,–	632,–	761,–	983,–	1209,–
36 Seiten	455,–	496,–	554,–	605,–	644,–	850,–	1084,–	1295,–
40 Seiten	476,–	519,–	578,–	636,–	675,–	909,–	1154,–	1334,–